



Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen

Erbschaften und Vermögensverteilung

Gutachten für das

Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (BMGS)

Forschungsgruppe Altern und Lebenslauf (FALL), Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Martin Kohli (Projektleiter)

Dr. Harald Künemund (wiss. Mitarbeiter)

Claudia Vogel (wiss. Mitarbeiterin)

Markus Gilles (stud. Hilfskraft)

Jan Paul Heisig (stud. Hilfskraft)

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW, Berlin)

Dr. Jürgen Schupp (Projektkoordinator)

Andrea Schäfer (wiss. Mitarbeiterin)

Romy Hilbrich (stud. Hilfskraft)

Berlin, Mai 2005

Inhaltsverzeichnis

0	Kurzfassung	3
1	Fragestellung und Aufbau des Gutachtens	7
1.1	Fragestellung	8
1.2	Gliederung	10
2	Forschungsstand	12
3	Datengrundlage	24
3.1	Das Sozio-oekonomische Panel	24
3.1.1	Erhebungsmethode und Instrumente 1988	24
3.1.2	Erhebungsmethode und Instrumente 2001/2002	27
3.1.3	Jahresbezogene Informationen zu Erbschaften und Schenkungen	31
3.1.4	Verlässlichkeit der Daten	32
3.2	Der Alters-Survey	34
3.2.1	Erbschaftsvariablen	35
3.2.2	Vermögensvariablen	39
4	Das Erbschafts- und Schenkungsgeschehen	42
4.1	Erbquote	43
4.1.1	Erbquote aus SOEP und Alters-Survey im Vergleich	43
4.1.2	Erbquote nach Erblassern	45
4.1.3	Erbquote nach soziodemographischen Merkmalen der Erben	48
4.1.4	Erbquote nach Vermögensposition der Erben	51
4.1.5	Erbquote nach soziodemographischen Merkmalen der Erblasser	52
4.1.6	Multivariate Analysen	54
4.2	Erbsumme	56
4.2.1	Durchschnittliche Erbsumme	57
4.2.2	Streuung der Erbsumme	60
4.2.3	Multivariate Analysen	61
4.2.4	Art der Erbschaften	63
4.3	Das Erbschaftsgeschehen auf Haushaltsebene	64
4.3.1	Höhe und Verbreitung von Erbschaften	64
4.3.2	Soziodemographische Differenzierung der Erbchancen	65
4.3.3	Erbschafts- und Schenkungsvolumen privater Haushalte	69
4.4	Schenkungen (<i>inter vivos</i> Transfers)	70
4.4.1	Geleistete aktuelle monetäre <i>inter vivos</i> Transfers	71
4.4.2	Empfangene aktuelle monetäre <i>inter vivos</i> Transfers	73
4.4.3	Frühere Transfers und Koinzidenz von Erbschaften und Schenkungen	75
4.4.4	Frühere Unterstützungsleistungen und Erbschaften	75
4.5	Zukünftige Erbschaften	78

5	Das Vermögen privater Haushalte in Deutschland	80
5.1	Vermögen – Vermögensarten – Vermögensfunktionen	80
5.2	Höhe und Verteilung von Vermögen in privaten Haushalten	80
5.3	Verbreitung von Immobilienbesitz und Geldvermögen	82
5.3.1	Immobilienbesitz	82
5.3.2	Schulden aus dem Erwerb von Immobilienbesitz	83
5.3.3	Bruttogeldvermögen	84
5.3.4	Schulden und Konsumentenkredite	87
5.3.5	Zusammenhang von Immobilienvermögen und Geldvermögen	88
5.4	Vermögensbestände von Erben	89
6	Der Einfluss von Erbschaften auf das Vermögen	91
6.1	Erbschafts-Vermögens-Relation	91
6.1.1	Erbschafts-Vermögens-Relation im Jahr 1988	93
6.1.2	Erbschafts-Vermögens-Relation im Jahr 1996	95
6.1.3	Erbschafts-Vermögens-Relation im Jahr 2002	96
6.1.4	Vergleich der Erbschafts-Vermögens-Relation 1988 und 2002	97
6.2	Veränderung der Vermögensverteilung durch Erbschaften	98
6.3	Einfluß von Erbschaften auf Vermögensbildung und –position	104
6.3.1	Effekte von Erbschaften auf die Vermögensbildung	106
6.3.2	Veränderung von Vermögenspositionen durch Erbschaften – Ergebnisse der Längsschnittperspektive	107
7	Ergebnisse der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik	112
7.1	Entwicklung des Erbschaft- und Schenkungsteueraufkommens	112
7.2	Ergebnisse der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik 2002	112
7.3	Vergleich der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik mit Ergebnissen des SOEP zu Erbschaften und Schenkungen	115
8	Motive für Vermögensaufbau und -vererbung	117
8.1	Soziodemographische Differenzierung der Motivlagen	120
8.2	Sparen und Entsparen	121
9	Überlegungen zur künftigen Verbesserung der Datengrundlage	124
10	Zentrale Ergebnisse und sozialpolitische Schlussfolgerungen	129
11	Anhang	133
	Anhang A: Verteilungsmaße	133
	Anhang B: Mittelwertimputationen von Vermögenswerten	137
	Anhang C: Sensitivitätsanalysen	138
	Anhang D: Selektivität und Disproportionalität	141
	Anhang E: Erhebungsinstrumente	143
12	Literatur	163
13	Tabellen	169

0 Kurzfassung

In diesem Gutachten wird der Zusammenhang von Erbschaften und Vermögensverteilung empirisch untersucht. Eine systematische *Literaturübersicht* zeigt eine Reihe von Divergenzen in den Befunden der vorliegenden Studien auf. So wird beispielsweise der Anteil ererbten Vermögens am gesamten Vermögensbestand von einigen Autoren auf ein Fünftel, von anderen auf vier Fünftel geschätzt. Allerdings können diese Unterschiede teilweise mit unterschiedlichen Abgrenzungen oder Datengrundlagen erklärt werden. Andere Arbeiten thematisieren mit dem Einfluss von Erbschaften auf die Vermögensverteilung eine der zentralen Fragestellungen des Gutachtens und gelangen ebenfalls zu widersprüchlichen Ergebnissen: Einige Autoren konstatieren eine Vergrößerung der Vermögensungleichheit durch Erbschaften, andere eine Verringerung oder keinen signifikanten Einfluss. Wir zeigen, dass diese Unterschiede zu einem guten Teil darin begründet sind, dass sich die Autoren bei der Interpretation ihrer Ergebnisse an unterschiedlichen Auffassungen von sozialer Ungleichheit und ihrer empirischen Bestimmung orientieren. Die Unterscheidung zweier verschiedener Ungleichheitsmaße – „relativ“ und „absolut“ – kann einige zunächst widersprüchlich erscheinende Schlussfolgerungen aufhellen. Außerdem ergeben sich unterschiedliche Aussagen je nachdem, ob nur die Ungleichheit in der Erbgeneration oder diejenige in der Gesamtbevölkerung betrachtet wird.

Im *empirischen Teil* werden diese Fragen aufgegriffen. Zunächst werden *Häufigkeit* und *Umfang* der Vermögensübertragungen *mortis causa* bestimmt. Hierzu werden die beiden empirischen Mikrodatensätze herangezogen, die auf repräsentativer Basis umfassende Informationen zur Vermögensausstattung und zum Vermögenstransfer privater Haushalte bereitstellen – das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) und der Alters-Survey. Anhand dieser Datensätze wird untersucht, welche Erbchancen einzelne Personen bzw. Haushalte mit bestimmten soziodemographischen Merkmalen haben.

2001/2002 hatten dem SOEP zufolge 10,6 Prozent aller Erwachsenen schon eine Erbschaft gemacht. Dem Alters-Survey zufolge (der explizit auch nach kleineren Erbschaften fragt und sich auf die zweite Lebenshälfte beschränkt) liegt diese Quote deutlich höher – fast die Hälfte der 40- bis 85-jährigen Bundesbürger hat schon

einmal eine Erbschaft gemacht. Der Großteil der bisher erhaltenen Erbschaften stammt von den *eigenen Eltern*. Dabei zeigt sich, dass diejenigen häufiger und höhere Beträge erben, die ohnehin schon über ein höheres Vermögen und/oder ein höheres Einkommen verfügen. Dies bestätigt sich sowohl auf Individual- als auch auf Paar- und Haushaltsebene, auch bei Kontrolle von Drittvariablen. Zudem ergeben sich in diesen Perspektiven deutliche Unterschiede zwischen Ost und West – im Osten Deutschlands wird seltener geerbt, und die geerbten Beträge sind niedriger. Ähnliches zeigt sich hinsichtlich der für die Zukunft erwarteten Erbschaften.

In einem zweiten Schritt wird die *Vermögensverteilung* betrachtet. Bei einer Differenzierung von Erben und Nicht-Erben erweist sich auch hier, dass Erbschaften zu einer Verstärkung der absoluten Vermögensunterschiede in der Empfängergeneration beitragen. Dies ist der Fall, weil erstens nur ein Teil der Bevölkerung überhaupt eine Erbschaft macht und zweitens dieser durch Erbschaften begünstigte Teil der Bevölkerung an sich schon über höhere Vermögen verfügt. Daraus folgt aber noch nicht, dass die Vermögensverteilung insgesamt ungleicher wird.

Dies wird in einem dritten Schritt anhand einer *Modellrechnung*, die einen *Wegfall der Erbschaften* simuliert, genauer untersucht. Zusätzlich wird in einer Längsschnittbetrachtung geklärt, wie weit die Vermögensübertragungen durch Erbschaften in Haushalten anfallen, die schon vorher ein beträchtliches Vermögen aufgebaut haben, und wie weit diese Erbschaften selber den Ausgangspunkt für die Vermögensbildung darstellen. Auf Basis des SOEP zeigt sich z.B., dass der Anteil der Erbschaften am Nettogesamtvermögen 1988 durchschnittlich 87 Prozent betrug. Dieser Anteil ist bei methodisch vergleichbaren Annahmen auf 79 Prozent im Jahr 2002 gesunken, wobei sich das durchschnittliche Gesamtvermögen gegenüber 1988 mehr als verdoppelt hat, die durchschnittliche Erbschaftshöhe hingegen lediglich um rund 40 Prozent angestiegen ist. Der modellhaft simulierte Abzug der Erbsumme legt dann die Schlussfolgerung nahe, dass die Ungleichheit der Vermögensverteilung ohne intergenerationale Vermögenstransfers größer wäre als mit diesen. Eine Zunahme der Ungleichheit der Vermögensverteilung aufgrund des Erbschaftsgeschehens kann also nicht nachgewiesen werden. Die Ergebnisse weisen darauf hin, dass Erbschaften auf die bestehende Vermögensverteilung deshalb tendenziell nivellierend wirken, weil Haushalte, die ohne Erbschaften über keinerlei Vermögen

verfügen würden, erst dadurch überhaupt in die Lage versetzt werden, ein (wenn auch vielleicht geringes) Vermögen aufzubauen, während der Vermögenszuwachs durch Erbschaften bei der Gruppe der ohnehin bereits vermögenden Haushalte von relativ geringerem Gewicht ist und daher nicht zu einer höheren Konzentration des Gesamtvermögens führt. Dies bestätigt sich auch darin, dass die relative Ungleichheit unter jenen höher ist, die nicht geerbt haben.

Ähnliche Schlussfolgerungen ergeben sich aufgrund der *Längsschnittanalysen*. Beispielsweise gehören knapp 45 Prozent der 40- bis 85-Jährigen, die 1996 über kein oder nur geringfügiges Vermögen verfügten und zwischen 1996 und 2002 nicht geerbt haben, auch 2002 noch der untersten Vermögensgruppe an. Demgegenüber gelingt vier Fünfteln der Erben dieser Gruppe zwischen 1996 und 2002 der Aufstieg in eine höhere Vermögensgruppe. Eine vergleichbar hohe Bedeutung von Erbschaften kann für Befragte mit höherem Ausgangsvermögen nicht festgestellt werden. Teilweise sind sogar die Abstiegswahrscheinlichkeiten für Erben aus höheren Vermögensgruppen höher. Auch diese Befunde weisen somit in die Richtung, dass Erbschaften in bislang wenig vermögenden Haushalten in deutlich stärkerem Maße zur Vermögensbildung und Vermögenssteigerung beitragen als in Haushalten, die zuvor bereits über hohe Vermögen verfügten. Zwar tritt in letzteren Haushalten durch Erbschaft häufiger ein weiterer Zuwachs auf, dieser macht jedoch einen geringeren Anteil an ihrem Gesamtvermögenszuwachs aus.

Zusammenfassend kann man auf der Grundlage der bislang erhobenen Daten festhalten, dass bei einem *relativen* Ungleichheitskonzept – wie es im größten Teil der Literatur zu Einkommens- und Vermögensverteilung und zu Armut und Reichtum Verwendung findet – die Vermögensungleichheit durch Erbschaften nicht zu-, sondern tendenziell sogar etwas abnimmt. Dieser auf den ersten Blick kontraintuitive Befund erklärt sich u.a. daraus, dass die Erbschafts-Vermögens-Relation (Anteil der Erbschaften am Vermögen) für die oberen Gruppen der Vermögenshierarchie geringer ist als für die unteren. Die absolut höheren Erbsummen, die an die vermögenden Erben gehen, sind für sie weniger relevant, vergleicht man sie mit den Erben ohne oder mit geringem Vermögen. Für letztere bieten Erbschaften häufig erst die Grundlage für einen – zumeist bescheidenen – Vermögensaufbau (oder für eine Entschuldung). Erbschaften können also nicht für die Zunahme der relativen Vermö-

gensungleichheit seit Beginn der 1990er Jahre verantwortlich gemacht werden. Sie dürften diese im Gegenteil eher etwas abgemildert haben.

1 Fragestellung und Aufbau des Gutachtens

Zwischen Erbschaften und Vermögensverteilung besteht eine wechselseitiger Zusammenhang: Beim Aufbau von Vermögen spielen Erbschaften und Schenkungen eine zentrale Rolle; umgekehrt werden die aufgebauten Vermögen ihrerseits in erheblichem Ausmaß zur Grundlage von Schenkungen und Vererbung. In den letzten fünfzig Jahren wurden in der alten Bundesrepublik – und in geringerem Ausmaß auch in den neuen Ländern – erhebliche Vermögenswerte erarbeitet und angespart, weshalb in Zukunft ein steigendes Erbvolumen zu erwarten ist. In welcher Weise diese Erbschaften nachhaltig Einfluss auf die künftige Vermögensverteilung nehmen und zu deren Strukturveränderung beitragen werden – bereits die Erwartung künftiger Erbschaften oder Schenkungen könnte z.B. über das Sparverhalten indirekt Einfluss auf die Vermögensbildung haben –, ist noch kaum untersucht, da für Deutschland bislang nur wenige belastbare und verallgemeinerbare Daten hierzu vorliegen.

Ziel des Gutachtens ist es, diesen Wissensstand auf der Basis der vorliegenden Literatur und der verfügbaren aktuellen Mikrodatensätze zu aktualisieren und zu vertiefen. Dabei geht es zunächst um eine Bestandsaufnahme der Forschung zum Thema Erbschaften und die Analyse und Bewertung der verfügbaren Datenquellen, danach im Hauptteil um das Herausarbeiten der empirischen Zusammenhänge zwischen Erbschaften und Vermögensverteilung auf der Basis dieser Datenquellen. Vor diesem Hintergrund sollen zum Schluss Wege und Perspektiven für die zukünftige Forschung diskutiert werden. Neben der Identifikation offener Fragen betrifft dies vor allem die Erörterung von neuen Datenerhebungsstrategien, die für verlässliche Aussagen zu den Wechselwirkungen zwischen Erbschaften und Vermögensverteilung erforderlich sind.¹

1 Im Allgemeinen verwenden wir in diesem Gutachten geschlechtsneutrale Gruppenbezeichnungen wie z.B. „Erbende“. Selbstverständlich sind jedoch auch dann, wenn aus Gründen der Vereinfachung nur die männliche Substantivform – z.B. „Erben“ – verwendet wird, sowohl Frauen als auch Männer gemeint.

1.1 Fragestellung

Nie zuvor in der deutschen Geschichte stand eine Generation von Erben einer Generation von potenziellen Erblassern gegenüber, die über so hohe Vermögen verfügte. Diese Vermögen konnten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts unter den Bedingungen wirtschaftlichen Wohlstands und politischer Stabilität akkumuliert werden. Der gesamte Vermögensbestand privater Haushalte in Deutschland umfasst mehrere Billionen Euro. Schätzungen auf Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) kommen auf etwa 4,3 Billionen Euro, die Deutsche Bank weist – unter Einschluss auch der Unternehmenswerte – sogar etwa 7,1 Billionen Euro aus (Stein 2004: 153). In den kommenden Jahren und Jahrzehnten werden diese Vermögenswerte an die nächste Generation übertragen.² Braun et al. (2002) schätzen, dass zwischen 2000 und 2010 ca. 2 Billionen Euro vererbt werden, also in etwa 200 Milliarden im Jahr. Die Tendenz ist steigend, da in der Bundesrepublik jede Erblasserkohorte durchschnittlich höhere Vermögen aufbauen konnte als die Vorherige. Zugleich wird es aufgrund der demographischen Entwicklung – dem Rückgang der durchschnittlichen Kinderzahl und dem Trend zur „Bohnenstangen-Familie“ (Bengtson 2001) – zukünftig weniger Erben in den Familien geben, die somit jeweils einen größeren Teil des Erbschaftsvolumens für sich erwarten können.

Ob eine Erbschaft hinterlassen wird und in welcher Höhe sie ausfällt, hängt zunächst vom Vermögen der Erblasser ab. Dass Vermögen wesentlich ungleicher verteilt sind als Einkommen, ist in der Literatur vielfach nachgewiesen worden (vgl. Davies & Shorrocks 2000; Hauser & Stein 2001; Schüssler & Funke 2002; Stein 2004). Dieser Zusammenhang zwischen Vermögen und Erbschaften lässt darauf schließen, dass in der Vergangenheit Erbchancen sozial ungleich verteilt waren und es auch in Zukunft bleiben werden. Die konkrete Höhe einer Erbschaft, die bei den Erbenden anfällt, wird des Weiteren durch die Zahl der Erbberechtigten – also in erster Linie durch Familienstand und die Zahl der Kinder – und diesbezügliche rechtliche Regelungen (z.B. Pflichtanteile) sowie die jeweilige Besteuerungspraxis (z.B. hinsichtlich

2 In den Medien wird dieses Phänomen häufig als „Erbschaftswelle“ bezeichnet, welche auf die jüngere Generation zurolle. Der Begriff der Generation ist in diesem Kontext zwar gängig, aber wenig präzise: er bezieht sich hier allein auf die Generationenfolge innerhalb der Familie, nicht auf politische oder wohlfahrtsstaatliche Generationen im Sinne historisch abgrenzbarer Geburtskohorten (vgl. ausführlicher Kohli & Szydlik 2000).

der Freibeträge oder der Bewertung von Immobilien) beeinflusst, liegt aber zum Teil auch im Ermessen der Erblassenden (die wiederum die genannten Faktoren und Spielräume berücksichtigen können, um ihr Erbe zu verteilen). Die zentrale Frage, inwieweit die Vermögensverteilung von Erbschaften und Schenkungen³ beeinflusst wird, kann auf der Ebene der Erbenden weiter kompliziert werden durch mehrfache Schenkungen bzw. Erbschaften und somit auch durch den Familienstand. Bereits diese Überlegungen verdeutlichen, dass es sich um ein komplexes Geschehen handelt, dessen empirische Aufklärung eine sehr differenzierte Untersuchungsanlage voraussetzt.

Die Vermögensungleichheit in Deutschland hat zwischen 1993 und 1998 leicht zugenommen (Stein 2004: 210ff). Welchen Anteil haben Erbschaften und Schenkungen an diesem Konzentrationsprozess? Es herrscht, wie die anschließende Diskussion des aktuellen Forschungsstandes zeigen wird, Uneinigkeit darüber, unter welchen Bedingungen Vermögensübertragungen welchen Einfluss auf die Vermögensverteilung haben. Nimmt die Vermögenskonzentration zu, weil die großen Erbschaften eher den Wohlhabenderen zugute kommen? Verändert sich die Vermögensverteilung dadurch, dass diejenigen, die schon über höhere Vermögen verfügen, auch häufiger erben? Werden bestehende soziale Ungleichheiten durch die Vererbung von Vermögen (re-)produziert und möglicherweise verstärkt, so dass die Ungleichheit in der Erbengeneration größer ausfällt als in der Erblassergeneration? Oder wirken Erbschaften und große Schenkungen eher ungleichheitsreduzierend, beispielsweise weil Erbschaften von einem Erblasser meist auf mehrere Erben verteilt werden?

Es gibt eine Vielzahl unterschiedlicher Arten von Transfers von Todes wegen. Neben monetären Transfers wie z.B. Übertragungen von Wertpapieren, Bargeld, Schmuck, Urheberrechten, Unternehmungen, Grund und Boden oder Immobilienbesitz besteht ein Teil der Erbmasse aus Bildern, Familienbriefen und Fotos; gelegentlich werden

3 Private intergenerationelle Vermögenstransfers lassen sich danach unterscheiden, ob sie zu Lebzeiten der Geber geleistet (Schenkungen) oder durch deren Tod bedingt sind (Erbschaften). Im ersten Fall sprechen wir auch von Transfers *inter vivos*, im letzteren von Transfers *mortis causa*. Im Fokus unserer Betrachtungen stehen die *intergenerationalen* Transfers, die zwischen den familialen Generationen – überwiegend von der älteren zur jüngeren Generation – fließen, weniger die *intragenerationalen* Transfers etwa zwischen Geschwistern und Ehepartnern.

auch Werte oder Orientierungen der verstorbenen Person als immaterielles Erbe gewertet (vgl. Langbein 2002; 2003). Diese Transfers erfüllen für Erblasserinnen und Erblasser unterschiedlichste Funktionen, z.B. die Überlieferung traditioneller Familienwerte an die nächste Generation, die Identifikation mit und Platzierung innerhalb der Familien, Erinnerungen an die verstorbene Person, oder auch die Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung und Redistribution des Vermögens. In diesem Gutachten werden Erbschaften soweit betrachtet, als sie für die Vermögensverteilung relevant sind – symbolische oder ideelle Transfers werden außer Acht gelassen. Zudem erfolgt zumeist eine Beschränkung auf die Perspektive der Erben, deren Erbchancen und Erbhöhen. Die empirischen Befunde werden z.T. für verschiedene Perspektiven – Individuen, Paare und Haushalte für verschiedene Zeitpunkte und Datensätze – gesondert ausgewiesen. Aus diesem Grund werden einige der zentralen Ergebnisse – etwa die Differenzen zwischen Ost und West – mehrfach genannt werden müssen, sofern diese in all diesen Perspektiven Bestand haben.

1.2 Gliederung

Um die genannten Fragen zu klären, wird in diesem Gutachten empirisch untersucht, wie umfangreich die gegenwärtigen Schenkungen und Erbschaften sind, von wem sie stammen und an wen sie gehen, welchen Beitrag sie zur Vermögensbildung leisten und welchen Einfluss sie auf die Vermögensverteilung in der Empfängergeneration haben.

Nach einem Überblick über den Forschungsstand (Kapitel 2) werden zunächst Häufigkeit und Umfang der Vermögensübertragungen *mortis causa* bestimmt. Hierzu werden die beiden empirischen Erhebungen herangezogen, die über umfassende Informationen zur Vermögensausstattung und zum Vermögenstransfer privater Haushalte verfügen – das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) und der Alters-Survey (AS) (Kapitel 3). Anhand dieser Datensätze wird untersucht, welche Erbchancen einzelne Personen bzw. Haushalte mit bestimmten soziodemographischen und sozioökonomischen Merkmalen haben (Kapitel 4). Dazu gehört insbesondere die Frage, ob diejenigen häufiger und höhere Beträge erben, die ohnehin schon über ein höheres Vermögen und/oder ein höheres Einkommen verfügen.

In Kapitel 5 folgt die Darstellung der Vermögenssituation privater Haushalte. Darauf aufbauend wird in Kapitel 6 die Bedeutung der Erbschaften für die aggregierte Vermögensverteilung untersucht: Welchen Einfluss haben Erbschaften auf die Vermögen der Haushalte, und in welcher Hinsicht führen diese zu einer Verringerung oder Vergrößerung der Ungleichheit der Vermögensverteilung? Anschließend werden Ergebnisse der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik (Kapitel 7) sowie Befunde zu Sparmotiven und Sparverhalten (Kapitel 8) vorgestellt, die zu einer abgewogenen Beurteilung der Ergebnisse beitragen können. Abgeschlossen wird der Bericht durch eine kritische Würdigung der Befunde und Vorschläge zur zukünftigen Verbesserung der Datengrundlagen (Kapitel 9).

2 Forschungsstand

Die empirische Literatur zu den Zusammenhängen zwischen Erbschaften und Vermögensverteilung und verwandten Fragen ist noch begrenzt. Die Auffassungen und Befunde der einzelnen Autoren unterscheiden sich dabei teilweise ganz erheblich. In diesem Abschnitt soll vor allem der Forschungsstand zu folgenden vier zentralen Fragen referiert werden:

1. Welchen Anteil hat das ererbte Vermögen am insgesamt vorhandenen Vermögen – und welchen das durch eigenes Sparen aufgebaute?
2. Welchen Einfluss haben Erbschaften auf die Vermögensungleichheit in der Erbgeneration?
3. In welchem Verhältnis stehen Erbschaften und Schenkungen, und inwieweit folgen sie unterschiedlichen Verteilungslogiken, mit denen ggf. unterschiedliche Verteilungswirkungen einhergehen?
4. Welche Rolle spielen Erbschaften für Prozesse sozialer Mobilität zwischen Eltern- und Kindergeneration sowie Veränderungen in der sozialen Ungleichheit der Vermögensverteilung in der Gesamtgesellschaft?

Die Quantifizierung des Anteils der Erbschaften und Schenkungen am Gesamtvermögen (Frage 1) wird bisher hauptsächlich in der ökonomischen Literatur diskutiert (Davies & Shorrocks 2000). Es ist noch nicht abschließend geklärt, wie groß der Beitrag privater intergenerationaler Transfers zum Gesamtvermögen der privaten Haushalte ist. Die Schätzungen für die USA im Rahmen der Kontroverse zwischen Kotlikoff und Modigliani reichten ursprünglich von unter 20 Prozent bis zu 80 Prozent. Kotlikoff und Summers näherten sich dieser Frage, indem sie untersuchten, wie viel Vermögen ohne intergenerationale Transfers bestehen würde, und schätzten, dass Vermögen aus gesparten Erwerbseinkommen nur 20 Prozent des Gesamtvermögens ausmachen (Kotlikoff & Summers 1981; Kotlikoff 1988). Damit führen die Autoren 80 Prozent des privaten Vermögens auf intergenerationale Transfers zurück. Andere Autoren gingen von einer wesentlich geringeren Bedeutung intergenerationaler Transfers für die Vermögensbildung aus. Modigliani berechnete, dass in den USA ein Anteil von über 80 Prozent des Vermögensbestandes auf Sparen von selbst

erwirtschafteten Einkommen zurückzuführen sei (Modigliani 1988). Mehrere Studien haben die Ergebnisse von Modigliani gestützt. So schätzten z.B. Hurd und Mundaca in ihrer Sekundäranalyse von Surveydaten, dass zwischen 15 und 20 Prozent der Vermögen privater Haushalte auf Erbschaften und zwischen 5 und 10 Prozent auf Schenkungen zurückzuführen sind (Hurd & Mundaca 1989). Brown und Weisbenner schätzen, dass ungefähr ein Viertel des aggregierten Gesamtvermögens auf Vermögenstransfers zurückzuführen ist. Sie machen insbesondere darauf aufmerksam, dass nur ein kleinerer Teil der Bevölkerung überhaupt Transfers erhalten hat; für diesen Teil machen die erhaltenen Transfers in der Tat einen großen Teil ihres Vermögens aus (Brown & Weisbenner 2002: 18). Wolff kommt zum Ergebnis, dass das gesamte Vermögen sich aus je einem Drittel *inter vivos* Transfers, einem Drittel Erbschaften und einem Drittel Sparen zusammensetzt (Wolff 1999). Auch Gale und Scholz nehmen mit ihrem Ergebnis, dass ungefähr die Hälfte des Vermögens auf Transfers zurückgeht, eine mittlere Position ein (Gale & Scholz 1994). Davies und Shorrocks gehen in ihrer zusammenfassenden Darstellung der wichtigsten Arbeiten zu dieser Frage von einem Anteil der intergenerationalen Transfers am Vermögen zwischen 35 und 45 Prozent aus (vgl. Davies & Shorrocks 2000); vgl. auch die Überblicksdarstellung dieser Befunde in Gale und Potter (2003).

Die Ergebnisse streuen unter anderem deshalb so stark, weil die Vermögensarten unterschiedlich abgegrenzt werden (Davies & Shorrocks 2000: 654ff): Erstens werden die Transfers selbst unterschiedlich definiert, je nachdem, ob nur Erbschaften oder auch Schenkungen berücksichtigt werden oder ob z.B. zusätzlich auch „Humankapitalinvestitionen“ mit in die Berechnungen eingehen. Zweitens ist von Bedeutung, ob aus Vermögenstransfers resultierende Einkommen der Transferkomponente oder aber den selbst erwirtschafteten Vermögen zugerechnet werden. Drittens gibt es weitere Unterschiede, die aus der Bewertungsproblematik – z.B. Berücksichtigung unterschiedlicher Verzinsungsraten – entstehen. Die Ergebnisse streuen weiterhin aufgrund unterschiedlicher methodischer Vorgehensweisen. Ein wichtiger Unterschied ergibt sich aus Datenbeschränkungen: Wenn die Bedeutung privater intergenerationaler Transfers für die Vermögensbildung auf der Basis von Surveydaten ermittelt wird, in denen große Vermögen nicht angemessen erfasst werden, wird das Gewicht von Erbschaften und Schenkungen unterschätzt (vgl.

DeLong 2003). Auch die Erbschaften selber werden in vielen Surveys (etwa dem SOEP) untererfasst.

Auch die wenigen Studien, die bislang für Deutschland – auf der Datengrundlage des SOEP oder der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) – durchgeführt wurden, haben mit diesen Problemen zu kämpfen. Auf der Grundlage der Analyse dieser Surveydaten ergibt sich ein positiver, aber geringer Einfluss der Erbschaften auf die Vermögensbildung: „Am Ende der 80er Jahre sind nur etwa 10 Prozent des privaten Gesamtvermögens nachweisbar auf die in der EVS und im SOEP erfassten Erbschaften zurückzuführen. Das heißt umgekehrt, dass der überwiegende Teil des vorhandenen Vermögens aus eigenen Lebenszyklusersparnissen stammt“ (Reil-Held 2002: 104). Wie weit dieser im Vergleich mit den USA niedrige Beitrag der Erbschaften am Gesamtvermögen eine Folge der erwähnten Datenbeschränkungen ist, bleibt offen. Für die Zeit nach Ende der 1980er Jahre kann jedenfalls mit einer Zunahme des Gewichts von Erbschaften gerechnet werden. So weist Reil-Held darauf hin, dass der bislang geringe Anteil der Transfers an der Vermögensbildung in Deutschland auf historische Einschnitte wie die beiden Weltkriege zurückzuführen ist. Für die kommende Generation der Erben wird die Bedeutung vererbten Vermögens zunehmen, da die heutigen Alten größere Vermögen ansparen konnten.

Aus diesen Ergebnissen folgt noch nicht zwangsläufig, dass Erbschaften zu mehr Ungleichheit führen. Hier muss z.B. untersucht werden, wie sich die Erbschaften auf die Erben verteilen. Die bisher diskutierten Arbeiten ermitteln den Beitrag ererbten Vermögens zum Gesamtvermögensbestand im Aggregat der Bevölkerung. Der Zusammenhang zwischen Erbschaften und Vermögensverteilung wird dabei nur am Rande thematisiert.

Andere Autoren haben die Frage aufgegriffen, welche Merkmale das Erbschaftsgeschehen strukturieren: Worin und inwieweit sich Erblasser von Personen, die nichts hinterlassen, und Erben von jenen ohne Erbschaft unterscheiden. Eine ganze Reihe derartiger Analysen zum Thema Erbschaften und Schenkungen ist von der *Forschungsgruppe Altern und Lebenslauf* mit Daten des Alters-Survey 1996 und des SOEP durchgeführt worden (vgl. Kohli & Szydlik 1999; Szydlik 1999; Kohli & Künemund 2000; Kohli et al. 2000; Szydlik 2000; Kohli & Künemund 2003a; Szydlik 2004). Knapp die Hälfte der 40- bis 85-jährigen Befragten des Alters-Survey gaben an, sie

selbst oder ihr Partner hätten bereits eine Erbschaft erhalten (Szydlík 1999). Zwar erbt die Hälfte der Bevölkerung – und nur für diesen Teil der Bevölkerung können Erbschaften zur Vermögensbildung beitragen –, aber nur wenige erben sehr hohe Summen. Immerhin ein Viertel aller Erben erhält 51.129 Euro und mehr, aber nur fünf Prozent der Erben sind Empfänger von Erbschaften über mindestens 255.646 Euro (Szydlík 2000: 157ff).⁴ Dementsprechend ist auch die durchschnittliche Erbsumme recht niedrig.

Szydlíks Analyse beinhaltet erstmals den Vergleich von Erbschaften in Ost- und Westdeutschland (Szydlík 1999; 2000). Es zeigt sich, dass Ostdeutsche im Vergleich zu Westdeutschen seltener und weniger erben, da die Vermögensausstattung von Ostdeutschen historisch bedingt deutlich niedriger ist. Diese Studie zeigt auch, dass die Wahrscheinlichkeit einer Erbschaft mit der Bildung der Erben steigt, die wiederum stark mit der beruflichen Stellung der Eltern korreliert: Akademiker haben im Vergleich zu Hauptschulabgängern „eine doppelt so große Chance, bereits etwas geerbt zu haben und eine über drei Mal so hohe Wahrscheinlichkeit, zukünftig etwas zu erhalten“ (Szydlík 1999: 97). Szydlík schließt daraus, dass Erbschaften die soziale Mobilität hemmen (Frage 4) und zur Verschärfung sozialer Ungleichheiten in der Erbgeneration beitragen, weil diejenigen die schlechtesten Erbchancen haben, die auch anderweitig benachteiligt sind (Frage 2).

Schlomann hat den Einfluss von Erbschaften auf das Vermögen privater Haushalte anhand der fünften Welle des SOEP von 1988 untersucht, die zum ersten Mal Daten zur Höhe und Verteilung von Erbschaften bereitstellte (Schlomann 1991; 1992). Nach Schlomann erben Haushalte, deren Vorstände Beamten, Selbständige oder Angestellte sind, überdurchschnittlich häufig, Arbeiter- oder Nichterwerbstätigenhaushalte dagegen seltener (Schlomann 1991: 9). Die durchschnittliche Erbsumme beträgt umgerechnet rund 45.000 Euro. Außerdem ergibt sich ein positiver Zusammenhang von Haushaltsnettoeinkommen und Erbschaften; der Anteil der Haushalte mit Erbschaften ist – die unterste Nettoeinkommensklasse ausgenommen – bei denjenigen mit höherem Haushaltsnettoeinkommen größer (Schlomann 1991: 7). Dies kann teilweise darauf zurückgeführt werden, dass das Haushaltseinkommen

4 Erfragt wurde der Betrag in DM, was bei der Umrechnung in Euro mit dem Faktor 1,95583 zu „krummen“ Beträgen führt.

positiv mit dem Alter des Haushaltsvorstandes korreliert ist. Es kann aber auch bedeuten, dass diejenigen, die selbst einer höheren Einkommensschicht angehören, aus einer höheren sozialen Schicht stammen, die wiederum häufiger etwas zu vererben hatte, oder dass sich durch die Erbschaft das Haushaltseinkommen erhöht hat.

Schlomann zeigt damit, dass die Zugangschancen zu Erbschaften durch Alter, berufliche Stellung und Einkommen der Erbenhaushalte strukturiert werden. Ganz ähnlich wie Szydlík schließt er daraus, dass Erbschaften dazu beitragen, soziale Ungleichheit zu reproduzieren. Er diskutiert auch die These, Erbschaften könnten die Ungleichheit der Vermögensverteilung vergrößern, da Haushalte mit hohem selbst erworbenem Vermögen eine Erbschaft eher dazu nutzen, dieses Vermögen zu vermehren, während Haushalte mit keinem oder wenig Vermögen eine Erbschaft eher dazu verwenden, Konsumwünsche zu befriedigen oder Schulden zu tilgen. Schlomann selbst prüft diese These aber nicht.

In einer Studie für das Deutsche Institut für Altersvorsorge haben Braun et al. untersucht, in welchem Alter wie oft geerbt wird. Die Autoren stellen den höchsten Erbschaftsanfall über die vergangenen zehn Jahre – wobei nur Erbschaften von mehr als 25.000 Euro einbezogen sind – für Haushalte mit 50- bis 59-jährigen Haushaltsvorständen fest (Braun et al. 2002: 27). Während in jungen Jahren die Wahrscheinlichkeit groß ist, dass die Eltern noch leben und man deshalb (noch) nicht geerbt hat, ist im Alter die Wahrscheinlichkeit groß, dass die Eltern bereits verstorben sind und man deshalb nicht (mehr) erbt. Die Wahrscheinlichkeit, eine Erbschaft zu machen, ist deshalb im mittleren Alter am höchsten. Dies bedeutet auch, dass die Begünstigten die geerbten Vermögen erst in einem Lebensalter erhalten, in dem sie selbst schon Vermögen angespart haben können. In diesem Zusammenhang kann also auch die Frage aufgegriffen werden, in welcher Weise der Vermögensaufbau durch den biographischen Zeitpunkt der Erbschaft beeinflusst wird und welche Hinweise auf die Motive der Geber sich aus dem Transferverhalten ergeben (vgl. Masson & Pestieau 1997).

Schließlich haben Lauterbach und Lüscher mit den Daten des SOEP von 1988 die Erbschaften untersucht, die Westdeutsche zwischen 1960 und 1988 erhalten haben (Lauterbach & Lüscher 1996; Lauterbach 1998). Die Autoren zeigen, dass höhere

Einkommensgruppen öfter eine Erbschaft erhalten und diese eher für den Kauf einer Immobilie einsetzen als niedrigere Einkommensgruppen. Auch beeinflusst eine Erbschaft noch im späteren Lebensalter den Lebenslauf der Erben: Die Wahrscheinlichkeit, eine Immobilie zu erwerben, steigt, oder es ergibt sich die Möglichkeit, in die vererbte Immobilie zu ziehen.

Die bisher genannten Studien sprechen dafür, dass Vererbungen bestehende soziale Ungleichheiten in der nächsten Generation reproduzieren und möglicherweise verstärken. Eine Reihe von Autoren kommt jedoch, zumindest was die Verschärfung von Ungleichheiten in der Erbgeneration betrifft (Frage 1), zu entgegengesetzten Ergebnissen. Westerheide, der mittels des SOEP aus dem Jahr 2002 die Auswirkungen von Erbschaften und Schenkungen auf die Vermögensbildung untersucht, zeigt, dass die Sparneigung aus den erhaltenen Transfers hoch ist, denn mehr als 80 Prozent der Transfersummen werden durchschnittlich der Vermögensbildung zugeführt (Westerheide 2004). Die Sparneigung ist jedoch nicht für alle Haushalte gleich, sondern weniger vermögende Haushalte weisen tendenziell eine höhere Sparneigung aus den erhaltenen Transfers auf. Deshalb erwartet Westerheide verteilungsnivellierende Effekte von Erbschaften und Schenkungen. Hier sollte allerdings bedacht werden, dass es sich bei der Sparneigung aus Erwerbseinkommen umgekehrt verhält: Sie ist für wohlhabendere Haushalte höher als für weniger vermögende (Schüssler, Lang & Buslei 2000). Im Verhältnis zum selbst erzielten Einkommen scheinen also intergenerationale Transfers für weniger vermögende Haushalte von größerer Bedeutung zu sein, während wohlhabendere Haushalte auch ohne solche Transfers leichter Vermögen aus ihrem laufenden Einkommen ansparen können.

Schüssler und Funke untersuchen den Beitrag einzelner Vermögenskomponenten zur Ungleichverteilung der Vermögen mit der EVS: „Der Gini-Koeffizient für die Summe des geschätzten aktiven Sparens und der Vermögenseinkommen (...) beträgt für Deutschland 47,07%. Nimmt man die (geschätzten) Wertänderungen bei Immobilien und Aktien mit hinzu, dann erhöht sich der Gini-Koeffizient auf 57,90%; die Verteilung wird ungleicher. Das hängt damit zusammen, dass von Wertänderungen bei Immobilien und Aktien nur ein Teil der Haushalte betroffen ist, was für sich genommen ein Element von Ungleichheit darstellt. Die weitere Hinzunahme der

geschätzten Immobilienerbschaften vermindert dagegen den Gini-Koeffizient leicht auf 57,25%. Dies gilt, obwohl von empfangenen Immobilienerbschaften ebenfalls nur ein Teil der Haushalte betroffen ist, was für sich genommen die Ungleichheit erhöhen müsste" (Schüssler & Funke 2002: 123). Erbschaften haben hier also keine ungleichheitssteigernde, sondern tendenziell sogar eine ungleichheitsmindernde Wirkung.

Nicht nur in Deutschland werden diese Fragen vor dem Hintergrund einer langsamen, aber stetigen Zunahme der Vermögensungleichheit diskutiert. Für die USA stellt Wolff fest, dass die Vermögenskonzentration in den 90er Jahren zugenommen hat – besonders am oberen Ende der Vermögensverteilung, wo wenige „Superreiche“ (das oberste Prozent) noch wesentlich reicher geworden sind (Wolff 2003). Außerdem variiert die Bedeutung der Erbschaften für die sozialen Schichten: „while both the percentage of households receiving a wealth transfer and the value of those transfers rise almost monotonically with income and wealth class, wealth transfers as a share of household net worth for a given group *decline* with both income and wealth. In 1998, the present value of wealth transfers amounted to 45 percent of total net worth of the lowest class and only 18 percent for the highest income class“ (Wolff 2003: 370). Obwohl wohlhabendere Haushalte durchschnittlich höhere Transfers erhalten, sind die Transfers somit für die weniger wohlhabenden Haushalte von relativ größerer Bedeutung. Erbschaften und Schenkungen tragen auf diese Weise dazu bei, dass die Vermögensverteilung in bestimmter Hinsicht gleicher wird. Wolff macht jedoch auch zwei Einschränkungen geltend: Erstens basieren diese Ergebnisse auf der Annahme, die fehlenden Angaben zum Vermögen in der Studie seien unsystematisch verteilt. Falls jedoch die vermögenderen Haushalte die Vermögensangaben häufiger verweigern, würde die tatsächliche Ungleichheit der Vermögen unterschätzt und der ungleichheitsreduzierende Effekt der Erbschaften überschätzt. Zweitens hat der Autor alle transferierten Vermögensarten einheitlich mit drei Prozent verzinst. Da aber die Renditen für höhere Vermögen gewöhnlich höher sind, wären die Transfers für die Reicheren relativ bedeutsamer, so dass wiederum der ungleichheitsnivellierende Effekt der Erbschaften überschätzt würde (Wolff 2003). Aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive bleibt überdies zu berücksichtigen, dass Wolff

nur die Empfänger betrachtet; wie sähe die Veränderung der Verteilung aus, wenn die gesamte Bevölkerung in den Blick genommen würde?

Auch dann finden sich keine Hinweise darauf, dass intergenerationale Transfers zu einer stärkeren Konzentration der Vermögensverteilung beitragen, so Klevmarken in seiner Studie über die Ungleichheit der Vermögensverteilung in Schweden (Klevmarken 2004). Im Gegenteil, Klevmarken zeigt, dass die Nettogesamtvermögensverteilung mit Erbschaften und Schenkungen gleicher ist als unter Abzug der Erbschaften und Schenkungen. Als mögliche Erklärungen führt Klevmarken an, dass Erbschaften meistens auf mehrere Erben verteilt werden, dass Vermögen meistens von den wohlhabenden zu den weniger wohlhabenden Haushalten transferiert werden (von den älteren zu den jüngeren) und dass Erbschaften für weniger vermögende Haushalte relativ wichtiger sind als für wohlhabendere. Da Erbschaften durch einen Todesfall bedingt sind, ist für die Konzentrationswirkung der Erbschaften insgesamt zu bedenken, dass wohlhabende Personen aus der Vermögensverteilung ausscheiden und ihr Nachlass neu verteilt wird, so dass die Verteilung der Vermögen in einem Querschnittvergleich der Gesamtbevölkerung durch Erbschaften ausgeglichener werden kann.

Auf den ersten Blick stellt sich die vorhandene Literatur zum Zusammenhang zwischen Erbschaften und Vermögensverteilung somit als widersprüchlich dar. Die Befunde von Szydlík und Schlomann zu den soziodemographischen Korrelaten des Erbens und insbesondere ihre Folgerung daraus, Erbschaften trügen zur Zunahme der Vermögensungleichheit in der Erbengeneration bei, scheinen mit den eben referierten Befunden von Autoren wie Wolff und Klevmarken schwer in Einklang zu bringen zu sein. Der Schlüssel zur Auflösung dieses vermeintlichen Widerspruchs liegt in der Präzisierung des zugrunde gelegten Ungleichheitskonzepts (absolute oder relative Ungleichheit) und der ins Auge gefassten Bevölkerung (Erbengeneration oder Gesamtbevölkerung). Szydlík und Schlomann folgen einem absoluten Ungleichheitskonzept, das die Vermögens*abstände* in den Blick fasst. In Geldeinheiten gemessen, vergrößern sich die Abstände zwischen Arm und Reich, wenn ohnehin Vermögendere höhere Summen erben. Einfache statistische Kenngrößen für die Messung derart verstandener Ungleichheit sind Streuung/Varianz und Perzentilsabstände. Wolff und Klevmarken folgen dagegen einem relativen Ungleichheits-

konzept, wie es sich in der Forschung über Einkommens- und Vermögensverteilung und insbesondere auch in der Armuts- und Reichtumsforschung weitgehend durchgesetzt hat. Versteht man Vermögensungleichheit – wie es die meisten gebräuchlichen Ungleichheitsindikatoren operationalisieren (vgl. Amiel & Cowell 1999) – in diesem relativen Sinn als die Ungleichverteilung der *individuellen Anteile am gesamten in einer Bevölkerung (oder Gruppe) verfügbaren Vermögen*, können Vermögens-transfers selbst dann ungleichheitsmindernd wirken, wenn Transferhöhe und Rang in der Vermögensverteilung (vor den Transfers) positiv korreliert sind.

Sowohl für das absolute wie für das relative Ungleichheitskonzept lassen sich gute Argumente vorbringen. Wir können an dieser Stelle nicht im Detail die verschiedenen für die jeweiligen Auffassungen von Ungleichverteilung vorgebrachten Argumente diskutieren (vgl. hierzu insbesondere Amiel & Cowell 1999; Cowell 2000). Offensichtlich liegen der Orientierung an dem einen oder anderen Konzept Wertentscheidungen zugrunde, die je nach Bereich und Disziplin unterschiedlich ausfallen können und sich auch historisch verändert haben (vgl. z.B. Beckert 2004).⁵ Neben methodischen Gründen spricht jedoch auch die Anschlussfähigkeit an die Hauptströmungen der Verteilungs-, Armuts- und Reichtumsforschung für die relative Perspektive. Sie steht deshalb in unseren Analysen im Vordergrund.

Wir werden diese Fragen im Anschluss an die empirische Untersuchung der Zusammenhänge von Erbschaften und Vermögensverteilung wieder aufgreifen (für eine Definition der verwendeten Indikatoren vgl. Anhang A). Absolute und relative Ungleichverteilung können theoretisch durch Erbschaften beide vergrößert oder verringert werden; häufig verhält es sich jedoch so, dass die relative Ungleichverteilung zurückgeht, während die absolute Ungleichverteilung wächst. Dabei ist daran zu erinnern, dass in den bisherigen Arbeiten die Wirkungen der Erbschaften auf die

5 Diekmann (2004: 565) gibt dazu folgendes Beispiel: „Wird das Einkommen eines Geringverdieners real von 3000 auf 3300 DM erhöht und das Einkommen des ‚Besserverdieners‘ von 10.000 auf 11.000 DM (10 % Lohnerhöhung für beide), so bleibt [der Variationskoeffizient] V unverändert. Man könnte aber auch argumentieren, dass die Verteilung nach der Lohnerhöhung ungleicher ist, denn der Geringverdiener hat einen Zuwachs von nur 300 DM, der besser verdienende Haushalt aber einen Zuwachs von 1000 DM erhalten. Wird Ungleichheit auf der Basis der *absoluten Differenz* definiert, dann wäre V kein geeignetes Maß. Man muss wissen, dass sämtliche in der Ökonomie verwendeten Maße nur auf die Veränderung der relativen Unterschiede ansprechen. Dies folgt aus der geforderten Eigenschaft der Unempfindlichkeit gegenüber proportionalen Transformationen (Bresciani-Turroni-Bedingung).“

Vermögensverteilung in Deutschland noch nicht direkt empirisch untersucht wurden – es wurden lediglich diesbezügliche indirekte Schlussfolgerungen gezogen, deren Stichhaltigkeit in diesem Gutachten nun zu prüfen ist.

Eine weitere Frage in diesem Zusammenhang ist jene nach dem Einfluss privater intergenerationeller Transfers zu Lebzeiten (Schenkungen).⁶ Obwohl das Volumen der Erbschaften das Schenkungsvolumen bei weitem übertrifft⁷, spielen auch letztere im Sinne von vorgezogenen Erbschaften eine wichtige Rolle. Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang die Frage, ob solche Schenkungen den Charakter vorgezogener Erbschaften auch insofern haben, dass sie dem gleichen Verteilungsmuster folgen und die gleichen Konsequenzen für die Vermögensverteilung haben, oder ob sich die Verteilungswirkungen beider Transferarten voneinander unterscheiden (vgl. Masson & Pestieau 1997).

Künemund, Motel-Klingebiel und Kohli zeigen, dass die beide Transferarten unterschiedlichen Logiken folgen. Große Schenkungen sind den Erbschaften vergleichbar, kleinere Schenkungen tendieren dagegen eher zur Verringerung von Ungleichheiten, weil für sie die Bedürftigkeit der Empfänger ein wichtiges Kriterium ist (Künemund, Motel-Klingebiel & Kohli 2005). Die Orientierung an Bedürftigkeit impliziert in aller Regel eine Ungleichbehandlung von Kindern (soweit mehrere vorhanden sind), während Erbschaften typischerweise gleich verteilt werden (Dunn & Phillips 1997). McGarry (2000) sieht einen wichtigen Grund für die größere Bereitschaft der Eltern, ihre Kinder bei Transfers *inter vivos* ungleich zu behandeln, in der geringeren Sichtbarkeit der letzteren im Vergleich zu Erbschaften. Allerdings gilt auch für Transfers *inter vivos*, dass ihr Auftreten und Umfang stark vom Vermögen der Geber – typischerweise der Eltern – abhängen. Dementsprechend ist, bei allen Unterschieden, ein deutlicher positiver Zusammenhang zwischen Erbschaften und Schenkungen gegeben: Wer Eltern hat, die schon zu Lebzeiten Unterstützungsleistungen geben konnten, hat auch bessere Chancen, etwas zu erben (Kohli 2004).

6 Es sollte allerdings nicht übersehen werden, dass einige weitere wichtige Arten intergenerationeller Transfers (direkte Humankapitalinvestitionen, Koresidenz etc.) in keine der beiden Kategorien fallen.

7 Rund ein Fünftel der intergenerationalen Transfers erfolgt *inter vivos*, rund vier Fünftel *mortis causa* (Schupp & Szydlík 2004: 64).

Forschungen zu intergenerationeller sozialer Mobilität (Frage 4) haben Vermögens-transfers *mortis causa* bislang vernachlässigt (vgl. Piketty 2000), obwohl viele Arbeiten zum Thema Erbschaften offensichtlich davon ausgehen, dass Erbschaften einen wichtigen Beitrag zur Reproduktion von sozialer Ungleichheit leisten. Im Blick der Mobilitätsforschung haben traditionell vor allem berufliche, Bildungs- und Einkommensmobilität gestanden (vgl. Berger 1998). Finanzielle Transfers spielen als erklärende Variablen vor allem bis zum Übergang ins Erwachsenenalter eine wichtige Rolle: Die Bedeutung von Humankapitalinvestitionen für den Erwerb von Bildung und beruflichem Status ist bekanntermaßen groß. Die Relevanz von Erbschaften dürfte in diesem Zusammenhang geringer sein, weil sie auf Grund des allgemeinen Anstiegs der Lebenserwartung nur noch selten in den Lebensphasen erfolgen, die für den primären Statuserwerb entscheidend sind. Kohli, Künemund und Lüdike zeigen jedoch, dass Erbschaften im mittleren Erwachsenenalter einen zusätzlichen positiven Effekt auf Einkommen haben (Kohli, Künemund & Lüdike 2005).

Während die Bedeutung von Erbschaften für die „klassischen“ Merkmale der Mobilitätsforschung wie Bildung und Beruf aus den beschriebenen Gründen fraglich ist, drängt sich die Vermutung auf, dass sie für Prozesse der intergenerationellen Vermögensmobilität sehr wichtig sein können. Leider ist zur Frage der Vermögensmobilität bisher kaum gearbeitet worden. Angesichts der mangelhaften Datenlage zu Vermögenspositionen ist das auch wenig verwunderlich (vgl. Keister & Moller 2000) – empirische Untersuchungen hierzu bedürften schließlich nicht nur verlässlicher Daten über die Vermögensverhältnisse der Befragten, sondern auch über jene der Eltern und ggf. Schwiegereltern.

Zusammenfassend können wir an dieser Stelle festhalten, dass die empirische Literatur zu den Zusammenhängen zwischen Erbschaften und Vermögensverteilung zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen kommt. So wird beispielsweise der Anteil ererbten Vermögens am gesamten Vermögensbestand von einigen Autoren auf ein Fünftel, von anderen auf vier Fünftel geschätzt. Allerdings können diese Unterschiede teilweise mit unterschiedlichen Abgrenzungen oder Datengrundlagen erklärt werden. Andere Arbeiten thematisieren mit dem Einfluss von Erbschaften auf die Vermögensverteilung eine der zentralen Fragestellungen des Gutachtens und gelangen ebenfalls zu *prima facie* widersprüchlichen Ergebnissen: Einige Autoren

konstatieren eine Vergrößerung der Vermögensungleichheit durch Erbschaften, andere eine Verringerung oder keinen signifikanten Einfluss. Wie erörtert liegen diese Unterschiede wohl zu einem guten Teil darin begründet, dass sich die jeweiligen Autoren bei der Interpretation ihrer Ergebnisse an unterschiedlichen Auffassungen von sozialer Ungleichheit und ihrer empirischen Bestimmung orientieren. Die Unterscheidung zweier verschiedener Ungleichheitskonzepte – „relativ“ und „absolut“ – kann einige zunächst widersprüchlich erscheinende Schlussfolgerungen aufhellen. Außerdem ergeben sich unterschiedliche Aussagen je nachdem, ob nur die Ungleichheit in der Erbengeneration oder diejenige in der Gesamtbevölkerung betrachtet wird. Insgesamt legt die Literatur den Schluss nahe, dass Erbschaften zu einer Zunahme absoluter und zugleich zu einer leichten Abnahme relativer Ungleichheit in der Erbengeneration und in der Gesamtbevölkerung führen. Konkret bedeutet dies, dass Erbschaften und Schenkungen in bislang wenig vermögenden Haushalten relativ stärker zum Vermögensaufbau beizutragen scheinen als in den Haushalten, die zuvor bereits über hohe Vermögen verfügten. Diese Ergebnisse können aber aufgrund der bekannten Erhebungsprobleme und der geringen Zahl der Studien nur als bedingt gesichert gelten.

3 Datengrundlage

3.1 Das Sozio-oekonomische Panel

Mit dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) werden – für die „alten“ Bundesländer seit 1984, für die „neuen“ seit 1990 – Individual- und Haushaltsdaten erhoben. Dabei wurden zunächst 12.290 Personen in 5.921 Haushalten befragt (Stichproben A und B bei Westdeutschen und Gastarbeitern in Westdeutschland), bei denen seither jährlich erneut Erhebungen durchgeführt werden. Noch vor der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion konnte 1990 die Basiserhebung in der DDR mit 4.453 Personen in 2.179 Haushalten durchgeführt werden (Stichprobe C). Im Jahr 1994 wurde eine weitere Stichprobenergänzung um die Gruppe der Zuwanderer nach Deutschland vorgenommen (Stichprobe D). In den Jahren 1998 sowie 2000 folgten Stichprobenergänzungen sowohl für West- als auch Ostdeutschland (Stichproben E und F), und schließlich wurde im Jahr 2002 eine spezielle Stichprobe von Hocheinkommensbezieher⁸ miteinbezogen (Stichprobe G). Das SOEP liefert sowohl in der Querschnitt- wie auch in der Längsschnittperspektive repräsentative Informationen zu Personen und privaten Haushalten in Deutschland. In den Jahren 1988 sowie 2001-2002 wurden neben den jährlich gleich bleibenden Fragen als spezielle Themengebiete u.a. Vermögensübertragungen durch Erbschaften und Vermögensbestände bzw. Vermögensausstattung auf Individualebene erfasst. Seit 2000 erfolgt zudem auf Haushaltsebene eine regelmäßige Erhebung der Erbschaften und Schenkungen des letzten Kalenderjahres.⁹

3.1.1 Erhebungsmethode und Instrumente 1988

Dem Auswertungsschwerpunkt „Vermögensbilanz“ liegen die Daten der Welle 5 des Jahres 1988 des Sozio-oekonomischen Panel zugrunde.¹⁰ Ausgangspunkt war hier die Befragung der Haushaltsvorstände, die gebeten wurden, einen speziellen

8 Zur Stichprobe G vgl. Methodenbericht des SOEP (2002) sowie Schupp et al. (2003).

9 Die entsprechenden Fragebogenteile werden im Anhang E dokumentiert. Die vollständigen Erhebungsinstrumente sind im Internet unter www.diw.de einsehbar.

10 In diesem Jahr wurden die Teilstichproben A und B interviewt.

Fragebogen „Vermögensbilanz privater Haushalte“ auszufüllen. Entsprechend beschränken sich die Daten 1988 auf die Haushaltsebene in den alten Bundesländern.

Bei dieser gesonderten Befragung der Haushalte zu Erbschaften und Vermögen hatten die Personen die Wahl, den Fragebogen (1) als mündliches Interview vor Ort, (2) durch Selbstaussfüllen in schriftlicher Form oder (3) durch Selbstaussfüllen in schriftlicher Form mit Übergabe des Fragebogens in einem Kuvert zu beantworten. Infolgedessen hatten teilnahmebereite Personen die Möglichkeit, die vielfach als heikel erachteten Fragen zur Vermögenssituation komplett zu verweigern, aber am restlichen Erhebungsprogramm teilzunehmen. Das übliche Erhebungsprogramm des SOEP sieht vor, dass pro Haushalt ein Fragebogen zum Einsatz kommt; zusätzlich wird mit jedem Haushaltsmitglied über 16 Jahren ein individuelles personengebundenes Interview mit einem separaten Personenfragebogen durchgeführt. Die Erhebungsmethode des Fragebogens zur Vermögensbilanz lehnte sich an den SOEP-Standard an.¹¹

Die Rücklaufquote des Erhebungsinstrumentes „Vermögensbilanz privater Haushalte“ betrug anteilig an allen befragten Haushalten des Jahres 1988 94,4 Prozent (Tabellen 3.1 und 3.2) – 94,3 Prozent bei den deutschen und 96,7 Prozent bei den ausländischen Haushalten.¹² Die Gründe für die Verweigerung der Teilnahme lagen vermutlich einerseits an der Sensibilität der Fragen, andererseits aber auch an der Komplexität des Fragebereiches (Infratest Burke Sozialforschung 1988: 6). Tabelle 3.1 weist die Anteile der Verweigerer nach verschiedenen soziodemographischen Merkmalen aus. Neben dem Unterschied nach Nationalität zeigen sich auch leichte Unterschiede nach Geschlecht, Bildung, Alter, Haushaltsgröße und Immobilienbesitz. Zum Komplex Erbschaften wurde in der Vermögensbilanz privater Haushalte folgende Frage gestellt: „Haben Sie (oder ein anderes Haushaltsmitglied) nach 1960 einmal eine Erbschaft gemacht, bei der Ihnen Haus- und Grundbesitz, Wertpapiere, Beteiligungen oder sonstiges Vermögen zugeflossen ist?“ Das Erhebungskonzept

11 Dieser sieht eine mündlich-persönliche Befragung vor. Ein Selbstaussfüllen des Fragebogens durch die Befragungsperson ist zulässig, sofern die Befragungsperson dies bevorzugt. Beide Interviewformen wurden in herkömmlicher Weise mit einer gedruckten Fassung des Fragebogens (PAPI) durchgeführt.

12 Zur Selektivität und Disproportionalität siehe Anhang D.

gibt eine zeitliche Begrenzung von max. 28 Jahren vor dem Beobachtungszeitpunkt vor, d.h. die Vermögensbilanz repräsentiert lediglich das Erbschaftsgeschehen des Zeitraumes 1960 bis 1988 in Westdeutschland. Des Weiteren wurde im selben Fragenkomplex nach dem Gesamtvermögen des Haushaltes in folgender Form gefragt: „Wenn Sie einmal überschlägig das gesamte Vermögen dieses Haushaltes zusammenrechnen (Geld und Sachvermögen, einschließlich des selbst genutzten Wohneigentums, aber ohne Hausrat und Auto), wie hoch ist etwa der Gesamtwert?“

Die Daten der Vermögensbilanz 1988 der privaten Haushalte wurden mit den übrigen Befragungsdaten verknüpft. Spezifische personengebundene Informationen wurden hier über die Merkmale des Haushaltsvorstandes zugewiesen. Die personengebundenen Angaben, wie Lebensalter, Familienstand, berufliche Stellung, beziehen sich demnach zunächst auf den Haushaltsvorstand zum Beobachtungszeitpunkt.¹³ In der Analyse verwendete Haushaltscharakteristika wie z.B. das Haushaltseinkommen beziehen sich auf den jeweiligen Haushalt, in dem die Erben zum Beobachtungszeitpunkt lebten.

Von insgesamt 4.814 befragten Haushalten im Jahr 1988 füllten 4.566 Haushalte (94,4 Prozent) die Fragen zur „Vermögensbilanz“ aus. Davon gaben 584 Haushalte an, eine Erbschaft zwischen 1960 und 1988 erhalten zu haben – das entspricht 13,8 Prozent bzw. hochgerechnet ca. 3,8 Millionen Haushalten (Tabelle 3.2).¹⁴

Bezüglich der Angaben zum Vermögen gaben 3.083 (hochgerechnet ca. 18,7 Millionen) Haushalte einen Wert für das Gesamtvermögen des Haushaltes an; 1.483 (hochgerechnet ca. 8,9 Millionen) Haushalte verweigerten die Angabe oder konnten keinen Betrag nennen. Daraus ergibt sich eine Quote von 32,2 Prozent der Haushalte, bei denen kein Gesamtvermögen beobachtet werden konnte (Tabelle 3.2). Es wurde bewusst darauf verzichtet, fehlende Angaben der Vermögensfragen des Jahres 1988 durch gängige Imputationsverfahren zu ergänzen, auch wenn offensichtlich ist, dass hierdurch das Gesamtvolumen des Vermögens tendenziell unterschätzt wird.¹⁵

13 In den Fällen, in denen der Haushaltsvorstand kein Interview gewährte, wurden die entsprechenden Personenmerkmale der Auskunft gebenden Person des Haushaltsfragebogens zugespielt.

14 3.931 Haushalte gaben an, keine Erbschaft bekommen zu haben, 51 verweigerten die Angabe.

15 Ebenso erfolgte für 1988 auch keine Imputation der fehlenden Angaben zur Erbsumme.

Alle deskriptiven Analysen im Bericht werden gewichtet vorgenommen, wodurch sowohl die Disproportionalität der beiden SOEP-Stichproben (Deutsche und Ausländer) als auch die Selektivität in der Teilnahmebereitschaft ausgeglichen werden. Daraus ergibt sich eine Quote von 13,8 Prozent oder 3,6 Millionen Haushalten, die Begünstigte einer Erbschaft gewesen sind. Eine Angabe zur Höhe der erhaltenen Erbschaften machten insgesamt 463 Haushalte, davon 35 Haushalte mit einem ausländischen und 428 Haushalte mit einem deutschen Haushaltsvorstand (Tabelle 3.2).

3.1.2 Erhebungsmethode und Instrumente 2001/2002

Der Versuch, Vermögenstatbestände der Teilnehmerhaushalte zu erfassen, wurde nach 1988 aus zwei Gründen in dieser Form nicht wiederholt: wegen der mangelnden Vollständigkeit der erhobenen Daten und der Beeinträchtigung der Teilnahme-motivation bei einer nicht unerheblichen Zahl von Panelhaushalten (Rendtel 1995; Rosenblatt, SOEP-Gruppe & Infratest Sozialforschung 2002: 11-12). Nach einer gründlichen Überarbeitung, Kürzung sowie partiellen Erweiterung des Themenbereiches „Vermögensbilanz“ wurde er in den Jahren 2001 bis 2003 für Gesamtdeutschland wiederholt. Im Jahr 2001 erfolgte der Einstieg mit ausführlichen Fragen auf der Individualebene zu Erbschaften oder Schenkungen (im Anschluss an Fragen zu Familienbeziehungen). Diese vermögensrelevanten Informationen wurden im Jahr 2002 durch eine umfassende Befragung zur „persönlichen Vermögensbilanz“ der Panelteilnehmer komplettiert. Im Jahr 2003 erfolgte für die Hocheinkommensstichprobe im Biographiefragebogen die Nacherhebung der erbschaftsrelevanten Fragen, die in den übrigen SOEP-Stichproben bereits 2001 erfragt worden waren. Zwar gehören die im Jahr 2001 erhobenen Fragen inhaltlich zum Themenschwerpunkt „persönliche Vermögensbilanz“ des Jahres 2002, sie wurden aber sowohl aus Platz- wie aus Motivationsgründen bewusst in Verbindung zum Thema „Familie und soziale Unterstützungsleistungen“ platziert.

Die Erhebung von Erbschaften erfolgte – ebenso wie die Vermögenserfassung im Jahr 2002 – personenbezogen, gleichwohl können durch Aggregation auch Ergebnisse auf Haushaltsebene ausgewiesen werden. Das Konzept enthält im Gegensatz zu den Daten der 5. Welle im Jahr 1988 zudem keine zeitliche Begrenzung der

zurückliegenden Erbschaften (was zu einer gewissen Erhöhung der Erbquote führen müsste).

Konkret lautete die Frageformulierung im Jahr 2001 (bzw. 2003 in Stichprobe G): „Haben Sie persönlich schon mal eine Erbschaft gemacht oder eine größere Schenkung erhalten? Wir meinen dabei Übertragungen von Haus- und Grundbesitz, von Wertpapieren, Beteiligungen, sonstigen Vermögen oder größeren Geldbeträgen“. Die Frage bezieht sich also auf Erbschaften und Schenkungen von höherem materiellem Wert, nicht aber auf kleinere Nachlässe, Erinnerungsstücke, ideelle oder symbolische Werte. Dabei wurde gefragt, ob es sich um eine Erbschaft oder eine Schenkung handelt, und es wurden bis zu drei Erbschaften oder Schenkungen erfasst. Zu jeder von ihnen wurden Fragen zum Zeitpunkt des Erhalts, zur Art des erhaltenen Vermögens, zur Höhe des damaligen (Verkehrs-)Wertes sowie zur Person, von der sie stammt gestellt. Abgeschlossen wurde der Themenkomplex mit Fragen zu zukünftigen Erbschaften oder Schenkungen.

Insgesamt 3.307 der befragten 22.351 Personen gaben an, bis 2001 eine Erbschaft oder Schenkung in Form von Haus- und Grundbesitz, von Wertpapieren, Beteiligungen oder größeren Geldbeträgen erhalten zu haben. Hinzu kommen 617 von 2.329 Personen der Hocheinkommensstichprobe, die im Biographiefragebogen des Jahres 2003 Angaben zu Erbschaften oder Schenkung machten und die Frage nach Vermögenstransfers bejahten.

Hinsichtlich der Vermögensausstattung wurden im Jahr 2002 sieben verschiedene Vermögenstatbestände im Personenfragebogen erhoben, und zwar im Kontext von Fragen zur sozialen Sicherung. Es wurde sowohl nach dem selbst genutzten und dem sonstigen Immobilienbesitz gefragt als auch nach dem aktuellen Verkehrswert der Immobilien und – soweit Belastungen vorliegen – dem Darlehenswert (ohne Zinsen) über die gegenwärtige Restschuld. Neben dem Immobilienbesitz sollte auch das Geldvermögen¹⁶, soweit es zusammen mehr als 2.500 Euro beträgt, angegeben werden. Das Versorgungsvermögen wurde über den geschätzten Rückkaufwert von Lebensversicherungen, privaten Rentenversicherungen oder Bausparverträgen erfasst. Überdies bat man die Befragten, ihr Betriebs- oder Produktivvermögen zu bewerten. Zusätzlich mussten sie den „heutige(n) Vermögenswert Ihres Betriebes

16 Darunter fallen Sparguthaben, Spar- oder Pfandbriefe, Aktien oder Investitionsanteile.

bzw. Ihrer Beteiligung“ vor Steuern unter Berücksichtigung eventuell bestehender Kreditbelastungen angeben und ob sie als alleinige oder beteiligte Unternehmer und Unternehmerinnen agieren. Sachvermögen¹⁷ wird ab einem Wert von 2.500 Euro erfasst. Zuletzt wurde nach Schulden und Krediten ab 2.500 Euro gefragt, die „als Privatperson bei einer Bank, einer sonstigen Einrichtung oder bei einer Privatperson aufgenommen“ wurden und für die Privathaftung besteht: „Gemeint sind nur größere Schulden von 2.500 Euro oder mehr. Ohne Hypotheken und Baudarlehen!“ Diese Restschulden wurden ohne Zinsen erfragt.

Neben persönlichem Wohneigentum, sonstigem Haus- und Grundbesitz, Geldanlagen, Kapital, Lebensversicherungen, Bausparverträgen, gewerblichem Eigentum und Sachvermögen wurde auch die Höhe der Verbindlichkeiten aus Hypotheken und Krediten der Befragten ermittelt. Zu jedem Punkt wurden, soweit zutreffend, folgende Aspekte erfragt: der Wert in Euro, der persönliche Eigentumsanteil und ggf. noch bestehende Belastungen.

Die Erhebung der Vermögenswerte im SOEP 2002 erfolgte bereits in Euro, während der Wert der Erbschaften und Schenkungen in den Jahren 1988 und 2001 noch in D-Mark erhoben wurde. Um die Vergleichbarkeit mit Beobachtungen späterer Jahre, aber auch mit den Angaben aus 1988 sicherzustellen, wurden sämtliche Beträge, die in D-Mark vorliegen, in Euro umgerechnet. Die Beträge von Erbschaften, die in der früheren DDR gemacht wurden, wurden eins zu eins in D-Mark übernommen.

Das Erhebungskonzept fußt in den Jahren 2001-2002 – im Gegensatz zum Jahre 1988 – auf der Individualebene.¹⁸ Die vorangehenden Themenkomplexe zur sozialen Sicherheit und zur Altersvorsorge bilden im Personenfragebogen die thematische Einbettung der Vermögensfrage, was einen vergleichsweise niedrigen Item-Non-Response zur Folge hatte (vgl. Schupp et al. 2003).

Von insgesamt 23.892 befragten Personen gaben 9.108 an, Eigentümer des selbst bewohnten Hauses bzw. der Wohnung zu sein, 2.814 besaßen sonstigen Haus- und Grundbesitz, 10.187 verfügten über Geldanlagen jeglicher Art, 11.618 besaßen

17 „In Form von Gold, Schmuck, Münzen oder wertvollen Sammlungen“; „ohne Kraftfahrzeuge“.

18 Dieser Ansatz unterscheidet sich von den anderen einschlägigen Erhebungen in Deutschland: der Einkommens- und Verbrauchstichprobe (EVS) und der Mannheimer Save-Studie.

Lebens- oder Rentenversicherungen, 1.183 nannten einen gewerblichen Betrieb ihr Eigen und 2.210 hatten Sachvermögen oder Kapital über 2.500 Euro vorzuweisen.

Ein besonderes Problem der integrierten Analyse von Erbschafts- und Vermögensvorgängen bestand darin, die Antworten der drei Erfassungszeitpunkte (2001 Erbschaften A-F, 2002 Vermögensbilanz A-G, 2003 Erbschaften Stichprobe G) zusammenzufügen. Als gemeinsame Grundlage des Datensatzes sowie Grundlage der Hochrechnung wurden die Haushalte und Personen aus dem Jahr 2002 herangezogen.¹⁹ Die in der Hocheinkommensstichprobe genannten Transfers aus den Jahren 2002 und 2003 wurden nicht einbezogen, um eine selektiv höhere Quote der Hocheinkommensbezieher aufgrund des längeren Referenzzeitraumes zu vermeiden. Erbschaften und Schenkungen berechnen sich somit für sämtliche Teilstichproben auf das Jahr 2001, Vermögen hingegen auf das Jahr 2002.

Alle drei Datensätze der Jahre 2001 bis 2003 zusammen ergeben einen integrierten Datensatz für das Jahr 2001/2002, der insgesamt 23.761 Privatpersonen beinhaltet, von denen für 21.890 Personen zu allen Zeitpunkten Informationen vorliegen. Diese Personen bilden die Basis für die Hochrechnung auf 67 Millionen Erwachsene in Deutschland. Darunter finden sich hochgerechnet ca. sieben Millionen Personen mit Erbschaften, das sind 10,6 Prozent aller Erwachsenen (Tabelle 3.3).

Analog zum Erhebungskonzept des Jahres 1988 haben wir einige Analysen auch auf Haushaltsebene durchgeführt, um einen Vergleich der zwei Zeitpunkte zu ermöglichen. Dabei ergibt sich jedoch die Notwendigkeit, dass neben haushaltsbezogenen auch personenbezogene Merkmale ausgewiesen werden sollen. Vereinfachend wird daher bezüglich der personenbezogenen Merkmale ein Haushaltsmitglied stellvertretend für den gesamten Haushalt betrachtet. Wir haben hierzu den Haushaltsvorstand nach der Definition des SOEP gewählt. Kann kein Haushaltsvorstand identifiziert werden²⁰, wird alternativ die Person gewählt, die den Haushaltsbogen ausfüllte.

Der Datensatz besteht somit aus einzelnen Haushalten, denen die personenbezogenen Merkmale des Haushaltsvorstandes zugespielt werden. Die Stichprobe der folgenden Untersuchung schließt Haushalte in Anstalten und Institutionen (z.B.

19 Dies impliziert, dass Personen, die 2001, aber nicht mehr 2002 an der Befragung teilnahmen, in den folgenden Analysen nicht berücksichtigt wurden.

20 Z.B. wenn der Haushaltsvorstand in dieser Welle temporär nicht teilnahm.

Seniorenwohnheime) nicht mit ein. Auf dieser Basis werden sämtliche Beträge aus Erbschaften auf Haushaltsebene aggregiert. Sobald Informationen von mindestens einer Person im Haushalt vorhanden sind, werden diese auf den Haushalt angerechnet und der Haushalt als Informationsträger identifiziert. Beispielsweise erhalten Haushalte, in denen nur eine Person eine Erbschaft erhalten hat, eine Markierung als ‚Haushalt mit Erbschaft‘.

Insgesamt enthält der den Analysen zugrunde liegende Datensatz 12.692 Haushalte, von denen 286 (5,3 Prozent) keine Informationen für das Jahr 2001 aufweisen und 342 Haushalte (0,6 Prozent) der Hocheinkommensstichprobe keine Angaben für das Jahr 2003 machen (Tabelle 3.4); d.h. von 94,1 Prozent der Haushalte liegen Informationen zu allen drei Zeitpunkten vor. Um die Disproportionalität der SOEP-Stichproben sowie die Selektivität in der Teilnahmebereitschaft (vgl. ausführlich Tabelle 3.5) zu berücksichtigen, werden die deskriptiven Analysen wiederum gewichtet (vgl. bereits Abschnitt 3.1.1).²¹ Es ergeben sich hochgerechnet auf Gesamtdeutschland ca. 6,2 Millionen Haushalte mit Erbschaften, das sind 15,9 Prozent aller Haushalte.

3.1.3 Jahresbezogene Informationen zu Erbschaften und Schenkungen

Die Haushaltsdaten des SOEP erlauben seit der Erhebung im Jahr 2000 zudem eine kontinuierliche jährliche Berichterstattung über die Häufigkeit sowie Größenordnung von Erbschaften und Schenkungen des jeweils letzten Jahres. Seit 2000 wird allen am SOEP teilnehmenden Haushalten im Standarderhebungsprogramm eine Frage nach einer im letzten Kalenderjahr erhaltenen größeren Summe an Geld gestellt.²² Dieses zeitnahe Erhebungskonzept läuft weniger Gefahr, durch Erinnerungsfehler zu einer Unterschätzung zu führen. Jedoch ist bei den in Abschnitt 4.3.3 präsentierten Analysen zu berücksichtigen, dass bis 2003 kleinere Erbschaften oder Schenkungen in der Regel untererfasst sind. So gibt es in der entsprechenden Frage des Haus-

21 Zur Selektivität und Disproportionalität siehe Anhang D.

22 Die entsprechende Frage im Haushaltsfragebogen lautet: „Haben Sie oder ein anderes Haushaltsmitglied im letzten Jahr einen größeren Geldbetrag oder entsprechende Vermögenswerte (z.B. Immobilien, Auto) durch Erbschaft, als Geschenk oder als Lotteriegewinn erhalten? Wir meinen nur Geldbeträge oder Sachwerte ab 5.000 DM (2.500 Euro).“ Dabei werden die einzelnen Transferarten, jedoch nur ein gemeinsamer Gesamtbetrag erhoben.

haltsbogens eine Einschränkung auf „Geldbeträge oder Sachwerte ab 5.000 DM“ (seit 2002 „ab 2.500 Euro“), was tendenziell zu einer Unterschätzung des tatsächlichen Erbschafts- und Schenkungsgeschehens in Deutschland führt.²³

Aufgrund der vergleichsweise geringen Fallzahl von Schenkungen und Erbschaften pro Jahr werden in den folgenden inhaltlichen Analysen die jeweiligen Angaben des letzten Jahres für den Zeitraum von 2000 bis 2003 kumuliert (gepoolt) ausgewiesen. Dieses Vorgehen vervierfacht die jährliche Fallzahl von rund 190 Haushalten bei Erbschaften (und rund 150 Haushalten bei Schenkungen) und erlaubt damit auch Differenzierungen nach Ost- und Westdeutschland sowie zur Höhe der Vermögens-transfers. Die anschließend hochgerechneten Anteile werden als Jahresdurchschnittswerte dieser Perioden in Tabelle 4.31 ausgewiesen.

3.1.4 Verlässlichkeit der Daten

Im Vergleich zum Alters-Survey (s.u.) fallen die Erbquoten im SOEP relativ gering aus. Auf die Ursachen dafür gehen wir in Abschnitt 3.2.1 ein. Ein weiteres grundsätzliches Problem ergibt sich aus der zurückhaltenden Antwortbereitschaft bei den Angaben zur Höhe der Erbschaft wie auch des Wertes der Vermögensbestände. Die Ursachen dafür können vielfältig sein. Möglicherweise haben die Befragten unzureichende Kenntnisse über ihre tatsächlichen Vermögensbestände, denkbar sind aber auch falsche Bewertungen oder Erinnerungsfehler. Auch eine bewusste Unterangabe ist nicht auszuschließen. Es ist zu vermuten, dass die Fehler beide Größen gleichermaßen betreffen. So gaben 22,9 Prozent aller Haushalte mit Erbschaften zwischen 1960 und 1988 und mehr als ein Viertel der Haushalte und Personen mit Erbschaften vor 2001 deren Höhe nicht an (Tabellen 3.2 bis 3.4). Rund ein Fünftel der Haushalte machten 1988 keine Aussagen zu ihren Vermögensbeständen. Dieser Anteil ist im Jahr 2001/2002 auf nur noch 3,6 Prozent gesunken (Tabellen 3.2 und 3.4); diese deutliche Verbesserung ist vor allem dem Fragedesign zu verdanken. Allerdings gaben rund elf Prozent der Haushalte mit Vermögen dessen Betrag nicht an.

23 Die Eingangsschwelle wurde im SOEP-Fragebogen 2005 (mit der Erfassung von Erbschaften, Schenkungen und Lotteriegewinnen des Jahres 2004) auf lediglich 500 Euro abgesenkt.

Die zurückhaltende Antwortbereitschaft erfolgt offensichtlich nicht rein zufällig: Von den Haushalten ohne Angaben zum Wert der Erbschaft verweigerten rund 17 Prozent auch die Angabe des Werts einer Vermögenskomponente. Insbesondere wohlhabende Haushalte reagieren reserviert auf die Frage nach ihrem Hab und Gut. Gut die Hälfte der Haushalte ohne Angaben zum Wert der Erbschaft gehört den obersten 20 Prozent der Vermögensverteilung an (Tabelle 3.6). Um dieses Problem auszuleuchten und eventuelle Unterschätzungen im Volumen darzustellen, wurden separate Sensitivitätsanalysen mit Imputationen der fehlenden Beträge in den Erbsummen für das Jahr 2001/2002 durchgeführt (vgl. Anhang C).

Eine erhebliche potenzielle Fehlerquelle bei retrospektiven Fragen stellen die Erinnerungseffekte dar. Vor allem der Wert der Erbschaft wird im Nachhinein unterschätzt oder gar nicht angegeben. Dies ist umso häufiger der Fall, je länger die Erbschaft zurückliegt. Dies lässt darauf schließen, dass es sich vielfach eher um Erinnerungsfehler (Vergessen) handelt als um eine Verweigerung eines als heikel erachteten Tatbestandes.

Um die Verlässlichkeit der Daten zum Erbschaftsgeschehen zu prüfen, lassen sich mit den SOEP-Daten der Jahre 1988 und 2001 zudem Längsschnittanalysen durchführen. Der Vergleich der Angabe des Erbzeitpunktes gibt Aufschluss darüber, welche Haushalte konsistent geantwortet haben (Tabelle 3.7). In der Längsschnittbetrachtung gab mehr als die Hälfte (57,9 Prozent) derjenigen, die 1988 positiv auf die Frage nach einem Erbe geantwortet hatten, in der Erhebung 2001 an, bislang noch keine Erbschaft gemacht zu haben. Nur reichlich ein Viertel (26,1 Prozent) antwortete konsistent, im Zeitraum von 1960 bis 1980 eine Erbschaft gemacht zu haben. Umgekehrt gaben von der Gruppe der Nicht-Erben des Jahres 1988 knapp 2 Prozent im Jahr 2001 an, bereits im Zeitraum 1960 bis 1988 eine Erbschaft erhalten zu haben. Wir können daran erkennen, dass länger zurückliegende Erbschaften tatsächlich relativ häufig nicht genannt werden, ein Effekt, der auch schon in der Erhebung von 1988 in gleicher Weise bestanden haben dürfte und auf eine grundsätzliche Unterschätzung hinweist.

3.2 Der Alters-Survey

Die erste Welle des Alters-Survey wurde unter der Leitung von Martin Kohli und Freya Dittmann-Kohli in Kooperation der Forschungsgruppe Altern und Lebenslauf (Berlin), der Forschungsgruppe Psychogerontologie (Nijmegen) und infas-Sozialforschung (Bonn) durchgeführt und mit Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert (vgl. zur Konzeption Dittmann-Kohli et al. 1997; vgl. für einen Überblick zu den wichtigsten Befunden Kohli & Künemund 2000; Kohli et al. 2000; Dittmann-Kohli, Bode & Westerhof 2001). Die Befragung der 40- bis 85-Jährigen – deutsche Staatsangehörige der Geburtsjahrgänge 1911 bis 1956 – fand 1996 zum ersten Mal statt. Die Stichprobenziehung dieser ersten Welle basierte auf Angaben der Einwohnermeldeämter in 290 Gemeinden der Bundesrepublik, sie wurde geschichtet nach alten und neuen Bundesländern (Verhältnis zwei Drittel – ein Drittel), je drei Altersgruppen (40-54, 55-69 und 70-85 Jahre, jeweils ein Drittel) und Geschlecht (jeweils zu gleichen Anteilen). Diesem disproportionalen Stichprobenansatz wird bei den deskriptiven Analysen durch eine entsprechende Gewichtung Rechnung getragen. Die Haupterhebung bestand aus drei getrennten Erhebungsteilen: Zuerst wurde den Befragten ein Satzergänzungsverfahren zum Selbstausfüllen vorgelegt, mit dem die Selbst- und Lebenskonzeptionen sowie das subjektive Alterserleben auf eine möglichst offene Weise erfasst wurden. In einem zweiten Schritt wurden im Rahmen des mündlichen Interviews von etwa 80 Minuten Dauer die komplexeren Fragen erhoben, darunter jene zu den privaten Transfers. Schließlich wurde den Befragten ein schriftlicher Fragebogen als *drop-off* hinterlassen, den die Zielperson ohne Beisein des Interviewers ausfüllte. Hier waren u.a. die Fragen zu Vermögen und Erbschaften untergebracht.

Im Jahr 2002 wurde in analoger Weise eine zweite Welle vom Deutschen Zentrum für Altersfragen (Berlin) und infas-Sozialforschung (Bonn) im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) erhoben, die direkt auf der ersten Welle aufbaute (vgl. Tesch-Römer et al. 2002a). Hier bestand jede Befragung aus dem mündlichen Interview und einer schriftlichen Befragung in Form

eines *drop-off*. Der Alters-Survey 2002²⁴ umfasst drei Stichproben, die Panelstichprobe, eine Replikationsstichprobe 40- bis 85-jähriger Bundesbürger sowie eine Ausländerstichprobe, auf die hier nicht näher eingegangen wird. Für das Panel wurden die Teilnehmer des Alters-Survey 1996 erneut befragt; sie waren 2002 zwischen 46 und 91 Jahre alt (n=1.524).²⁵

3.2.1 Erbschaftsvariablen

Dieser Abschnitt stellt die unmittelbar erbschaftsbezogenen Fragen des Alters-Survey vor, die im schriftlichen Teil der Befragung (*drop-off*) gestellt wurden (vgl. Dittmann-Kohli et al. 1997; Tesch-Römer et al. 2002b).²⁶ Die Frage zu bislang erhaltenen Erbschaften lautet: „Haben Sie oder Ihr (Ehe-)Partner schon einmal etwas geerbt? Bitte denken Sie dabei auch an kleinere Nachlässe.“ Durch den expliziten Hinweis auf kleinere Erbschaften sollte das aus dem SOEP bekannte Problem der Untererfassung von Erbschaften gemindert werden, so dass Aussagen zu den Erbenden auf einer breiteren Grundlage möglich werden. Hatten die Befragten mit „ja, schon einmal etwas geerbt“ geantwortet, wurde weiterführend erhoben, von wem und in welcher Höhe geerbt wurde: „Aus dem Nachlaß welcher Personen stammt diese Erbschaft bzw. stammen diese Erbschaften?“ Die Antwortvorgaben umfassen 1996: „Eigene Eltern“; „Eltern des (Ehe-)Partners“; „Großeltern“; „Großeltern des (Ehe-)Partners“ und „Andere (bitte angeben)“. Im Alters-Survey 2002 wurden zusätzlich „(Ehe-)Partner“; „Partner aus vorangegangener Ehe“ und „Geschwister“ in diese Liste aufgenommen.

Die Gesamthöhe aller Erbschaften wurde kategorial erfasst: „Wenn Sie einmal alles zusammenrechnen, wie hoch wäre der heutige Wert dieser Erbschaften in etwa insgesamt?“, mit den Antwortkategorien „unter 5.000 DM (unter 2.556 Euro)“; „5.000

24 In der zweiten Welle wird der deutsche Begriff *Alter* nicht mehr durch einen Bindestrich vom englischen *Survey* getrennt (und ggf. auch um ein dem Genetiv korrespondierendes *s* ergänzt); wir halten uns im folgenden an die ältere Schreibweise.

25 Die Fallzahlen im Detail: 1996 – mündliches Interview n=4.838, *drop-off* n=4.034; 2002 Replikationsstichprobe – mündliches Interview n=3.084, *drop-off* n=2.787; 2002 Panel – mündliches Interview n=1524, *drop-off* n=1.437 (*drop-off* aus 1996: n=1.363).

26 Die entsprechenden Fragebogenteile werden im Anhang E dokumentiert. Die Erhebungsunterlagen sind im Internet einsehbar – für die erste Welle unter www.fall-berlin.de, für die zweite unter www.dza.de.

bis unter 25.000 DM (2.556 bis unter 12.782 Euro)“; „25.000 bis unter 100.000 DM (12.782 bis unter 51.129 Euro)“; „100.000 bis unter 500.000 DM (51.129 bis unter 255.646 Euro)“; „500.000 bis unter 1.000.000 DM (255.646 bis unter 511.292 Euro)“; „1.000.000 DM und darüber (511.292 Euro und darüber)“.

Schließlich sollten die Befragten angeben, ob sie für die Zukunft mit weiteren Erbschaften rechnen: „Erwarten Sie oder Ihr (Ehe-)Partner in Zukunft eine oder mehrere Erbschaften? Bitte denken Sie dabei auch an kleinere Nachlässe.“ Im Falle einer Bejahung wurde weiterführend gefragt „Wie hoch könnte insgesamt der Wert dieser Nachlässe ungefähr ausfallen?“ Die Antwortkategorien waren identisch mit jenen der Frage nach den erhaltenen Erbschaften.

Im Längsschnitt des Alters-Survey ergeben sich durch die Platzierung der Frage im schriftlichen Fragebogen zusätzliche Probleme hinsichtlich der Fallzahlen: 1996 haben weniger (n=1.363) und 2002 (n=1.437) dann zum Teil auch unterschiedliche Panelteilnehmer den *drop-off* ausgefüllt, so dass sich für die *drop-off* Angaben 1996 und 2002 nur eine Schnittmenge von 1.286 Personen ergibt. Die Fallzahl der identifizierbaren Erbschaften zwischen 1996 und 2002 wird dadurch sehr klein.

Beinahe die Hälfte aller im Alters-Survey Befragten hat schon einmal eine Erbschaft gemacht. Damit liegt die Erbquote des Alters-Survey deutlich über der des SOEP von ca. 15 Prozent. Dieser Befund spricht dafür, dass die Erbquote mit dem SOEP deutlich unterschätzt wird. Es gibt verschiedene Gründe, auf die die Differenz der Erbquoten des Alters-Survey und des SOEP zurückgehen könnten (Szydlik 2000: 153/154). Während im Alters-Survey explizit auch nach kleineren Nachlässen gefragt wurde, dürften beim SOEP vor allem die großen Erbschaften angegeben worden sein, denn im SOEP liegt der Schwerpunkt der Fragestellung auf größeren Vermögensübertragungen. Auch der weitere Fragekontext könnte von Bedeutung sein. Die Erbschafts-Fragen der fünften SOEP-Welle waren in einen ganzen Fragekomplex zum Vermögen eingebunden, der insgesamt zu hohen Verweigerungsquoten führte. Die Vererbungsfragen des Alters-Survey wurden gegen Schluss des *drop-off* erhoben, also nach dem allergrößten Teil der Befragung (Szydlik 2000: 153/154).

Es spricht einiges dafür, dass die Erbquoten auch im Alters-Survey noch unterschätzt werden. Erstens gaben einige Befragte der zweiten Welle an, bisher keine Erbschaft erhalten zu haben, obgleich eben diese Befragten in der ersten Welle die

Frage nach den erhaltenen Erbschaften bejaht hatten. Diese Fälle wurden von uns genauer untersucht und stichprobenweise in den Erhebungsmaterialien nachgeschlagen, um Fehler in der Datenerfassung definitiv ausschließen zu können und Hinweise für die Interpretation dieses Phänomens zu erhalten. Es zeigt sich, dass es sich überwiegend um kleinere Erbschaften handelt, die offenbar nach einer gewissen Zeit nicht mehr erwähnenswert scheinen oder aber schlicht vergessen werden. Dann müsste aber auch schon in der ersten Welle eine solche Untererfassung vorgelegen haben. Zweitens gaben manche Befragte der zweiten Welle an, eine Erbschaft von den eigenen Eltern erhalten zu haben, die dies in der ersten Befragung noch verneint hatten, obgleich beide Elternteile vor 1995 verstorben sind. Auch in diesen Fällen wurde in den Erhebungsunterlagen nachgeschlagen, und auch diese Fälle deuten in Richtung einer Untererfassung der Erbschaften.

Da Ältere bereits häufiger etwas geerbt haben können, dürfte ein großer Teil der Unterschiede zwischen dem SOEP und dem Alters-Survey auch dadurch erklärt werden, dass im SOEP alle Personen ab 16 Jahre befragt werden, während der Alters-Survey ausschließlich die 40- bis 85-Jährigen untersucht. Im SOEP sind auch die Ausländer repräsentiert, eine Gruppe, die ebenfalls seltener als Deutsche erben. Zudem wurden beim SOEP 1988 nur Erbschaften nach dem Jahr 1961 erfasst, beim Alters-Survey aber alle bisherigen Erbschaften.²⁷ Schließlich kann die Erbquote im Alters-Survey auch deshalb höher liegen, weil die Frage auf der Haushaltsebene gestellt, d.h. auch die Nachlässe von (Ehe-)Partnern berücksichtigt wurden, während im SOEP explizit nach persönlich erhaltenen Erbschaften gefragt wurde. Aus diesem Grund ist in den Analysen auf die klare Trennung von Individual- und Haushaltsebene zu achten.

Dabei kann es zu einer gewissen Unschärfe kommen. Wenn die Antwort auf die Frage „Haben Sie oder Ihr (Ehe-)Partner schon einmal etwas geerbt?“ positiv ausfällt und die Angabe „von den eigenen Eltern“ erfolgt, dann sind streng genommen

27 Berücksichtigen wir den genannten Panel-Befund, der für eine Unterschätzung länger zurückliegender Erbschaften spricht, dürfte dieser Effekt aber nicht übermäßig stark ins Gewicht fallen. Im SOEP wird der Zeitpunkt der Erbschaft erhoben (im Alters-Survey nicht), so dass auch die Verteilung der Erbfälle über die Jahre von diesem Effekt betroffen sein müsste, ohne dass dieser ohne weiteres von einem generellen Kohorteneffekt isoliert werden könnte.

folgende Antwortkombinationen denkbar (wobei die dritte allerdings wenig plausibel ist):

- „Ja, ich habe schon einmal etwas geerbt“ und zwar: „von meinen eigenen Eltern“.
- „Ja, mein Partner hat schon einmal etwas geerbt“ und zwar: „von seinen eigenen Eltern.“
- „Ja, mein Partner hat schon einmal etwas geerbt“ und zwar: „von meinen eigenen Eltern“, also von den Eltern der befragten Person und damit eigentlich von seinen Schwiegereltern.

Schließlich kann es sich tatsächlich um eine gemeinsame Erbschaft handeln (Haushaltsebene):

- „Ja, mein Partner und ich, wir haben schon einmal etwas geerbt“ und zwar entweder „von meinen eigenen Eltern“ oder „von seinen eigenen Eltern“.

Ebenso sind mehrere Möglichkeiten vorstellbar, wenn die Antwort lautet, „Ja“ und „von den Eltern des (Ehe-)Partners“. Die Frage- und Antwortformulierungen führen in diesen Fällen nicht zu absolut eindeutig interpretierbaren Ergebnissen.

Wir sehen aus diesem Grund davon ab, die individuellen Erbchancen der Partner der Befragten zu analysieren, und konzentrieren uns auf die Erbchancen der Befragten selber. Zu diesem Zweck müssen wir erstens wissen, ob der Befragte selber geerbt hat (und nicht allein sein Partner), und zweitens, von wem der Befragte tatsächlich geerbt hat. Da die Kategorie „eigene Eltern“ hierzu keine eindeutige Auskunft gibt, benötigen wir zusätzliche Informationen, um die Erblasser identifizieren zu können. Der Alters-Survey enthält zu Eltern und Schwiegereltern die Information, ob diese noch leben (mit der Einschränkung, dass Informationen zu den Eltern nur dann vorliegen, wenn die Befragten auch bei diesen aufgewachsen sind). Wir können diese Informationen heranziehen, um die Erbschaftsfrage zu überprüfen.²⁸ Wenn es nur um die Analyse der Erbschaften von den eigenen Eltern geht, müssten conse-

28 Eine weitere Schwierigkeit ergibt sich aus dem Umstand, dass der Zeitpunkt, zu dem die Erbschaft gemacht wurde, nicht bekannt ist. In den Fällen, in denen der Partner gewechselt hat, besteht durchaus die Möglichkeit, dass dies nach dem Erbschaftszeitpunkt geschehen ist. In diesen Fällen bleibt also bei der Identifikation der Schwiegereltern eine gewisse Unschärfe.

quenterweise immer all diejenigen aus der Analyse ausgeschlossen werden, deren beide Elternteile noch leben. Da jedoch in den folgenden Analysen oft auch Erbschaften von anderen Personen berücksichtigt werden, ist diese Beschränkung nicht immer sinnvoll.

Trotz dieser Unschärfen – die meist nur wenige Fälle betreffen – können die Daten auf der Individualebene unter gewissen Annahmen sinnvoll analysiert und die Ergebnisse sinnvoll dargestellt und interpretiert werden. Wenn sich die Erbschaften von den eigenen Eltern als individuelle Erbschaften der Befragten eindeutig identifizieren lassen, dann können Erbschaften von den eigenen Eltern nicht nur durch die Merkmale der Befragten (der Erben) selbst, sondern auch durch diejenigen der Eltern als Erblasser erklärt werden.

3.2.2 Vermögensvariablen

Im schriftlichen *drop-off* gibt es mehrere Fragen zum Vermögen der privaten Haushalte. Die Frage zum Immobilienvermögen lautet:

- „Haben Sie oder Ihr (Ehe-)Partner Haus-, Wohnungs- oder Grundstückseigentum?“ Wenn ja: „Haben Sie oder Ihr (Ehe-)Partner aus dem Erwerb von Immobilien noch Schulden zu tilgen?“

Das Geldvermögen wird wie folgt abgefragt:

- „Bei den nun folgenden Fragen geht es um Ihre finanzielle Situation. Verfügen Sie oder Ihr (Ehe-)Partner über eine Lebensversicherung?“
- „Wenn Sie einmal an Ihr gesamtes Vermögen denken, also an Sparbücher, Bausparverträge, Lebensversicherungen, Wertpapiere und Wertgegenstände, die Ihnen oder Ihrem (Ehe-)Partner gehören, nicht aber an Immobilien: Wie hoch ist der Betrag in etwa?“
- „Einmal abgesehen von Hypotheken: Haben Sie oder Ihr (Ehe-)Partner zurzeit Schulden aus Krediten, die Sie z.B. bei einer Bank oder Sparkasse, bei einem Kauf- oder Versandhaus oder bei einer Privatperson aufgenommen haben? Wenn Ja, wie hoch ist der Betrag in etwa?“

Der *drop-off* enthält schließlich noch folgende Fragen zum Sparverhalten.

- „Haben Sie oder Ihr (Ehe-)Partner in den vergangenen 12 Monaten regelmäßig oder unregelmäßig etwas Geld zurückgelegt? Wenn ja, für welche Zwecke?“, und „Sofern Sie Geld zurückgelegt haben, wie viel war das ungefähr insgesamt in den letzten 12 Monaten? Bitte geben Sie den Betrag entweder in DM oder in Euro an!“
- „Haben Sie oder Ihr (Ehe-)Partner in den letzten 12 Monaten auf Ihr Ersparnis oder Ihr Vermögen zurückgegriffen? Wenn ja, zu welchen Zwecken?“, und „Sofern Sie auf Ersparnis oder auf Vermögen zurückgegriffen haben: Wenn Sie einmal grob schätzen, wie viel war das ungefähr insgesamt in den letzten 12 Monaten? Bitte geben Sie den Betrag entweder in DM oder in Euro an!“

Der Alters-Survey enthält also Angaben zur Höhe des Bruttogeldvermögens und zur Höhe der Schulden. Die Höhe des Bruttogeldvermögens ist in zehn Kategorien erhoben. Die Auszählung der Originalvariable Bruttogeldvermögen in Tabelle 3.13 zeigt, dass nur ein Zehntel der Befragten keine Angabe zu ihrem Bruttogeldvermögen gemacht hat. Bei offener Abfrage der Vermögens- und auch der ebenfalls kategorial erhobenen Schuldenhöhe hätten die Verweigerungsquoten erfahrungsgemäß wesentlich höher gelegen. Die höheren Response-Raten werden allerdings mit einer gewissen Unschärfe der Ergebnisse erkaufte. Für die vielfach interessantere Variable des Nettogeldvermögens ist die Ungenauigkeit sogar noch größer, weil sie als Summe von Bruttogeldvermögen und Schulden (negativem Vermögen) durch Kombination zweier kategorial erhobener Werte errechnet werden muss.

Immobilienvermögen wird in der Geldvermögensfrage ausdrücklich ausgeschlossen und sein Wert auch nicht an anderer Stelle erhoben. Die Angabe, ob die Befragten und ihre (Ehe-)Partner Haus-, Wohnungs- oder Grundstückseigentum haben, ist jedoch enthalten. Zusätzlich enthält der Alters-Survey 2002 die Frage, ob und in welcher Höhe noch Schulden aus dem Erwerb von Immobilien zu tilgen sind.²⁹

29 Wir haben versucht, für die Befragten des Alters-Survey den Wert der Immobilien mit dem SOEP – auf der Grundlage von Merkmalen wie Familienstand und Kohorte usw. – zu schätzen, um diese Werte dem Alters-Survey als beste Näherung an die Immobilienvermögen zuzuspielen zu können. Aufgrund der sehr unterschiedlichen Kategorien, in denen der Immobilienbesitz im SOEP und im Alters-Survey erhoben wurde, sowie der teilweise sehr kleinen Fallzahlen erwies sich ein solches Vorgehen jedoch auf Individualebene als wenig verlässlich, so dass wir lediglich bei der

Mit diesen Einschränkungen ist eine Vermögensanalyse auf Grundlage des Alters-Survey möglich. Zusätzlich können Aussagen zum Spar- und Entsparverhalten der Befragten in den letzten zwölf Monaten vor dem Befragungszeitpunkt gemacht werden.

Berechnung der Erbschafts-Vermögens-Relation in der Gesamtpopulation auf diese Schätzungen zurückgreifen.

4 Das Erbschafts- und Schenkungsgeschehen

Im Erbfall wird das materielle Eigentum des verstorbenen Erblassers oder der verstorbenen Erblasserin als Erbschaft an einen oder mehrere Erben übertragen. In den folgenden Analysen werden – auf der Grundlage der beiden repräsentativen Datensätze – hauptsächlich Übertragungen von Immobilien-, Geld- und Sachvermögen an natürliche Personen als Transfers *mortis causa* betrachtet. Damit wird nur ein Teil des Erbschaftsgeschehens erfasst: Wird das Erbe ausgeschlagen, an Stiftungen übertragen oder z.B. eine Kirche als Erbe eingesetzt, kommt es in dieser Perspektive nicht in den Blick. Berücksichtigung finden auch Transfers *inter vivos*, die von den Gebern – als einmalige Schenkungen oder regelmäßige Unterstützungsleistungen – zu Lebzeiten übertragen werden und in bestimmten Fällen durchaus als vorgezogene Erbschaften gelten können.

Die zentrale Frage der ungleichheitsbezogenen Erbschaftsforschung ist, ob Vermögenstransfers *mortis causa* die soziale Ungleichheit reproduzieren oder gar verschärfen, indem sie zur Kumulation von Privilegien und Benachteiligungen beitragen. Bekommen also z.B. Wohlhabendere, Höhergebildete oder Männer häufiger und höhere Erbschaften? Eine solche Struktur wird in Anlehnung an die bekannte Formel aus dem Matthäusevangelium auch als „Matthäusprinzip“ bezeichnet: „wer hat, dem wird gegeben“. Zahlreiche Studien sind zu dem Schluss gekommen, dass das Erbschaftsgeschehen in Deutschland diesem Prinzip folgt (vgl. Kapitel 2).

Gilt das Matthäusprinzip, dann impliziert dies eine Zunahme *absoluter* Vermögensungleichheit in einer Kohorte von Erben, d. h. der absoluten Unterschiede zwischen hohen und tiefen (bzw. negativen) Vermögen. Um Missverständnissen vorzubeugen, sei nochmals betont, dass die Gültigkeit des Matthäusprinzips noch keine bestimmte Richtung der Wirkung von Erbschaften auf die *relative* Vermögensungleichheit in dieser Kohorte impliziert, ebenso keine Richtung der Veränderung der absoluten oder der relativen Ungleichheit der Vermögensverteilung auf der Ebene der Gesamtbevölkerung, d.h. bei Einbezug auch der Erblasser in die Betrachtung.

In diesem Kapitel werden zunächst Häufigkeit und Umfang der Vermögensübertragungen *mortis causa* aus der Perspektive der Erbenden bestimmt. Anhand des

Alters-Survey und des SOEP wird dargestellt, wer erbt (Abschnitt 4.1) und in welcher Höhe eine Erbschaft bei welchen Personengruppen anfällt (Abschnitt 4.3). Dabei kann die Gültigkeit des Matthäusprinzips überprüft werden (Abschnitt 4.2). Des Weiteren wird analysiert, wer Transfers *inter vivos* gibt oder von anderen erhält (Abschnitt 4.5). Schließlich wird ein Ausblick auf die Erwartungen künftiger Erbschaften gegeben (Abschnitt 4.6).

4.1 Erbquote

4.1.1 Erbquote aus SOEP und Alters-Survey im Vergleich

Als Erbquote wird der Anteil der Erben an allen Personen – bzw. auf der Haushaltsebene: der Anteil der Erbenhaushalte an allen Haushalten – ausgewiesen. Wie in Kapitel 3 erläutert erlaubt das SOEP, die individuelle Erbquote für das Jahr 2001 auszuweisen, da die Erbschaften im Personenfragebogen erhoben wurden. Für das Jahr 1988 hingegen liegen im SOEP nur Informationen auf der Haushaltsebene vor. Im Alters-Survey sind die Erbschaften sowohl 1996 als auch 2002 auf der Paarebene erhoben worden, d.h. Erbschaften an den (Ehe-)Partner werden berücksichtigt, nicht jedoch solche anderer Haushaltsmitglieder. Wird jedoch die Restriktion eingeführt, nur Erbschaften von den eigenen Eltern zu betrachten, so lassen sich auch Aussagen auf der Individualebene treffen.³⁰ Da die große Mehrheit der Erbschaften von den eigenen Eltern stammt, ist diese Einschränkung durchaus vertretbar, insbesondere dann, wenn die Erbchancen der Kinder in Abhängigkeit von Merkmalen ihrer Eltern analysiert werden.³¹ Es ist jedoch klar, dass die Erbquote niedriger ausfällt, wenn nur Erbschaften von den eigenen Eltern und nicht auch solche von anderen Erblassern berücksichtigt werden.

30 Im Folgenden werden für die Analysen meist weitere Einschränkungen vorgenommen; z.B. werden Fälle, bei denen beide Elternteile noch leben, aus der Analyse ausgeschlossen, da diese noch nichts von ihren Eltern geerbt haben können. Die unterschiedlichen Abgrenzungen der Analyseseinheiten können zu Abweichungen in den Erbquoten führen.

31 Die Ergebnisse des Alters-Survey 1996 und 2002 zeigen, dass über 70 Prozent der Erbschaften von den eigenen Eltern stammen (Tabelle 4.6); im SOEP 2001/2002 sind es 66,4 Prozent (Tabelle 4.8).

Die Tabellen 4.1 und 4.2 geben zunächst auf der Grundlage des SOEP einen deskriptiven Überblick zu den unterschiedlichen Chancen der Personen, eine Erbschaft erhalten zu haben – 4.2 beschränkt auf diejenigen, deren beide Eltern bereits verstorben sind. 2001/2002 hatten demzufolge 10,6 Prozent aller Erwachsenen schon eine Erbschaft gemacht (Tabelle 4.1). Sind bereits beide Elternteile verstorben – und somit aus dem Elternhaus keine weiteren Transfers mehr erwartbar –, beträgt die Erbquote rund 18 Prozent (Tabelle 4.2). In den Tabellen 4.3 und 4.4 werden die Erbquoten auf der Grundlage des Alters-Survey für die Jahre 1996 und 2002 ausgewiesen³² – in Tabelle 4.3 bezogen auf alle Erbschaften, in Tabelle 4.4 auf diejenigen im Wert von mindestens 2.556 Euro.

Gemäß dem Alters-Survey hat fast die Hälfte der 40- bis 85-jährigen Bundesbürger schon einmal eine Erbschaft gemacht (Tabelle 4.3). Die Erbquote liegt im Jahre 2002 mit 48 Prozent geringfügig über der des Jahres 1996 (Tabelle 4.3). Ein deutlicher Anstieg der Erbquote, wie er gelegentlich erwartet wird (Braun et al. 2002), ist hier also (noch) nicht festzustellen. Immerhin rund zwei Fünftel dieser Altersgruppe haben schon eine Erbschaft mit einem Wert von mehr als 2.556 Euro erhalten, rund jeder Dritte hat bereits mehr als 2.556 Euro von seinen Eltern geerbt (Tabelle 4.4).³³

Auf der Haushaltsebene lässt sich mit dem SOEP ein Zeitvergleich zwischen 1988 und 2002 durchführen, um einen längeren Zeitraum abdecken zu können. Dies ist freilich nur für Westdeutschland möglich, da Angaben für das Jahr 1988 nur dort vorliegen (Tabellen 4.29 und 4.30). Im Jahre 1988 hatten knapp 14 Prozent aller westdeutschen Haushalte schon geerbt, im Jahre 2002 erhöhte sich dieser Anteil leicht auf 16,7 Prozent. Bezogen auf Gesamtdeutschland liegt der Anteil im Jahre

32 Die erste Spalte der Tabellen 4.3 und 4.4 enthält die Erbquoten von 1996 und 2002, in die alle erhaltenen Erbschaften eingehen, unabhängig davon, von wem geerbt wurde. In den Spalten zwei bis vier sind die Quoten danach wiedergegeben, von wem die Erbschaft stammt. Die Variable in Spalte zwei – Erbschaft von den (Schwieger-)Eltern – fasst alle Erbschaften zusammen, die entweder von den eigenen Eltern (Spalte drei) oder von den Eltern des Partners (Spalte vier) kommen. Es ist zu beachten, dass Mehrfachantworten möglich waren: Ein Teil der Befragten (und/oder ihrer Partner) hat von mehreren Erblassergruppen Erbschaften erhalten.

33 Die erheblichen Unterschiede zwischen dem Alters-Survey und dem SOEP gehen zu einem großen Teil auf unterschiedliche Abgrenzungen der Untersuchungseinheiten und Besonderheiten der Fragestellung zurück (vgl. ausführlicher hierzu Kapitel 3). Dies führt zu einer deutlichen Untererfassung der Erbschaften im SOEP.

2001/2002 bei 16 Prozent.³⁴ Berücksichtigt man, dass 1988 lediglich nach Erbschaften gefragt wurde, die innerhalb der letzten 28 Jahre stattfanden (nämlich seit 1960), und beschränkt den Referenzzeitraum entsprechend auch für 2001 auf 28 Jahre (also von 1973 bis 2001), so ergibt sich ein gleich hoher Anteil von rund 13 Prozent aller Privathaushalte in Westdeutschland, in denen in den letzten 28 Jahren ein Vermögenstransfer durch Erbschaften stattfand. Damit erweist sich das Erbschaftsgeschehen auch in dieser Perspektive als über die Zeit recht konstant.

4.1.2 Erbquote nach Erblässern

Dem Alters-Survey gemäß stammt ein Großteil der bisher erhaltenen Erbschaften von den *eigenen Eltern*. Rund ein Drittel der 40- bis 85-Jährigen hat schon von diesen geerbt, wobei der Anteil der Erbschaften von den eigenen Eltern zwischen 1996 und 2002 nahezu konstant blieb (Tabellen 4.3 und 4.4).³⁵ Nur ein Sechstel hat dagegen schon einmal etwas von den *Eltern des (Ehe-)Partners* geerbt. Diese Quote scheint zu niedrig, denn die Wahrscheinlichkeit, von den Eltern des (Ehe-)Partners zu erben, müsste für Paarhaushalte ungefähr gleich hoch ausfallen.³⁶ Gut zwei Fünftel haben eine Erbschaft von der vorangehenden Generation – Eltern und/oder Schwiegereltern – erhalten (Tabelle 4.3). Bei der großen Mehrheit der Erbschaften handelt es sich also um intergenerationale Transfers.

Betrachtet man die Erbquote derjenigen im Detail, die von ihren eigenen Eltern geerbt haben, so zeigt sich, dass diese Gruppe auch besonders häufig zusätzlich

34 Würde man den Anteil der Haushalte, die von 2001 bis 2002 eine Erbschaft machten, zur Erbquote hinzuzählen, ergäbe sich für Gesamtdeutschland ein Anteil von 16,6 Prozent.

35 Hier sind alle Personen in die Analyse einbezogen, also auch z.B. diejenigen, deren Eltern beide noch leben. Würde die Quote nur für diejenigen ausgewiesen, deren Eltern schon verstorben sind, ergäben sich höhere Erbquoten.

36 In die Analyse sind alle Befragten eingeschlossen, unabhängig davon, ob sie zum Befragungszeitpunkt Partner haben. Mehr als drei Viertel der im Alters-Survey Befragten leben in Partnerschaften, der niedrige Anteil kann also nicht allein mit dem Anteil allein lebender Personen erklärt werden. Natürlich kann die Partnerschaft zum Zeitpunkt der Erbschaft (der nicht bekannt ist), noch nicht bestanden haben. Bei Befragten ohne Partner besteht theoretisch die Möglichkeit, dass sie eine Erbschaft eines früheren Partners erwähnen. Wahrscheinlicher ist jedoch eine gewisse Untererfassung der Erbschaften von (Ehe-)Partnern durch mangelnde Kenntnis davon oder durch eine irrtümliche Angabe der „eigenen“ statt der Schwiegereltern (vgl. dazu Abschnitt 3.2.1).

von anderen geerbt hat (Tabelle 4.5). Fast ein Drittel derjenigen, die von ihren eigenen Eltern eine Erbschaft erhielten, haben auch noch von den Eltern ihres Partners geerbt. Von denjenigen ohne bisherige Erbschaft von den eigenen Eltern hat dagegen nur jeder zehnte von seinen Schwiegereltern geerbt (Tabelle 4.5).³⁷ Ein Teil dieser Differenz dürfte durch das durchschnittlich höhere Alter der Erstgenannten zustande kommen, ein Teil aber auch durch Statushomogamie (überwiegend der Ehen zwischen Partnern mit ähnlichem sozialem Status) mit der Folge kumulierender Erbchancen. Wer von seinen Eltern einen Nachlass erhalten hat, der hat auch häufiger von seinen Großeltern geerbt, was verdeutlicht, wie durch das Erbschaftsgeschehen Vermögen und Ungleichheit über die Generationen weitergegeben wird. Solche Mehrfacherbschaften können zu einer Konzentration der Vermögensverteilung beitragen. Allerdings ist nicht allein die Zahl erhaltener Erbschaften, sondern vor allem ihre Höhe für ihre Verteilungswirkung ausschlaggebend.

Von allen Erben haben mehr als 70 Prozent von den eigenen Eltern geerbt (Tabelle 4.6). Die zweitgrößte Gruppe unter den Erblassern stellen mit gut einem Drittel die Eltern des (Ehe-)Partners. Die Ergebnisse des SOEP und des Alters-Survey stimmen in dieser Perspektive weitgehend überein: Auch im SOEP bilden Nachlässe von den eigenen Eltern mit 66 Prozent den größten Anteil der anfallenden Erbschaften (Tabelle 4.8). Erbschaften von den *Großeltern* kommen wesentlich seltener vor – im SOEP nur bei acht Prozent (Tabelle 4.8), im Alters-Survey 1996 ebenfalls (Tabelle 4.6). Der Alters-Survey zeigt zwischen 1996 und 2002 einen leichten Anstieg, d.h. Erbschaften von den Großeltern haben etwas an Bedeutung gewonnen.

Die Differenzierung nach Altersgruppen im Alters-Survey zeigt, dass der Anteil der eigenen Eltern an den Erblassern bei den 40- bis 54-jährigen Erben geringer als bei den älteren Gruppen ausfällt, da bei ihnen die Chance höher ist, dass die Eltern noch leben (Tabelle 4.6). Zugleich hat 2002 schon fast jeder fünfte zwischen 40 und 54 Jahre alte Erbe von den Großeltern geerbt. Nach den Daten des SOEP 2001/2002 – das den Vorteil bietet, das Alter der Erben zum Zeitpunkt der Erbschaft berechnen zu können – waren fast 90 Prozent der Begünstigten, die von ihren Großeltern geerbt

37 Die tatsächliche Zahl der Erbschaften bleibt hier unbekannt, denn man kann ein oder zweimal von den eigenen Eltern erben, aber auch mehrmals von Schwieger- oder Großeltern. Im Alters-Survey ist nur erhoben, ob dies je der Fall war, nicht jedoch, wie oft.

haben, unter 40 Jahren alt (Tabelle 4.8).³⁸ Die Wahrscheinlichkeit, von den eigenen Eltern zu erben, ist in der Altersgruppe der 40- bis 54-Jährigen am höchsten (43 Prozent), 20 Prozent dieser Erbschaften werden in der Altersgruppe der 55- bis 69-Jährigen gemacht.

Sonstige Erblasser sind relativ unbedeutend. Dem Alters-Survey 2002 zufolge haben nur sechs Prozent der Befragten von ihrem (*Ehe-*)*Partner* geerbt, weniger als ein Prozent von einem früheren Partner (Tabelle 4.7). Angesichts der Tatsache, dass das Erbrecht für Ehepartner einen Pflichtteil vorsieht, erscheint dieser Wert sehr niedrig. Auch im SOEP 2001/2002 werden die Ehepartner nur von sechs Prozent der Erben als Erblasser genannt (Tabelle 4.8). Die Begünstigten sind in diesen Fällen ganz überwiegend die Frauen, die ihre (*Ehe-*)Männer aufgrund ihrer höherer Lebenserwartung und ihrem durchschnittlich geringeren Alter in den Partnerschaften überleben und beerben (93 Prozent, Tabelle 4.8). Die geringe Nennung von Erbschaften von (*Ehe-*)Partnern ist möglicherweise darauf zurückzuführen, dass der Übergang des – zumeist gemeinsam erwirtschafteten – Vermögens an den überlebenden Ehegatten nicht als Erbschaft empfunden wird. Auch die vergleichsweise geringe Erbquote von Verwitweten lässt darauf schließen, dass intragenerationale Vermögensübertragungen *mortis causa* zwischen Ehepartnern für die Befragten nicht als Erbschaft gelten (Tabelle 4.1).

Die Dominanz der intergenerationalen Transfers im Erbschaftsgeschehen dürfte deshalb etwas überschätzt werden. Der geringe Anteil der Erben mit Erbschaften von (*Ehe-*)Partnern kommt aber auch deshalb zustande, weil ein Großteil der Befragten zum jeweiligen Zeitpunkt der Erhebung noch in Partnerschaften lebt – im Alters-Survey 2002 waren immerhin noch drei Viertel der Befragten verheiratet. Die Erbschaften von Partnern nehmen erst in einem höheren Alter stark zu, nämlich in der Gruppe der 70- bis 85-Jährigen (Tabelle 4.7). Während also Erbschaften von den Großeltern überwiegend in den jüngeren und solche von den Eltern in den mittleren

38 Das Lebensalter zum Befragungszeitpunkt wurde aus der Subtraktion des Geburtsjahres vom Erhebungsjahr ermittelt – es indiziert also streng genommen die Zugehörigkeit zu Einjahresgeburtskohorten, während das tatsächliche Lebensalter bis zu einem Jahr abweichen kann – und anschließend zur besseren Vergleichbarkeit der Ergebnisse aus SOEP und Alters-Survey kategorisiert.

Jahren erfolgen, fallen die Erbschaften vom Ehepartner erst zu einem späteren Zeitpunkt im Lebenslauf an (Tabelle 4.8).

Je nachdem, von welchem Erblasser sie stammt, unterscheidet sich auch die Art der Erbschaft. Mit dem SOEP lässt sich belegen, dass Erben von den eigenen Eltern vorwiegend Immobilienvermögen sowie Bargeld oder Wertpapiere erhalten. Ebenso stammt das vererbte Betriebsvermögen zum überwiegenden Teil aus dem Besitz der Eltern. Bei den Großeltern liegt der Schwerpunkt auf Bargeld oder Wertpapieren, bei den (Ehe-)Partnern auf Immobilienvermögen (Tabelle 4.8).

4.1.3 Erbquote nach soziodemographischen Merkmalen der Erben

Der Anteil derjenigen, die bereits eine Erbschaft erhalten haben, variiert systematisch mit mehreren soziodemographischen Merkmalen. Die Unterschiede zwischen den *Altersgruppen* verweisen sowohl auf Lebenslaufeffekte (Anstieg der Erbquote mit zunehmendem Alter) als auch auf Kohorteneffekte (bedingt durch die historisch zunehmenden Möglichkeiten der Vermögensakkumulation sind die Erbquoten der älteren Kohorten geringer). Im Alters-Survey ist der Anteil derjenigen, die von ihren Eltern geerbt haben, bei den 40- bis 54-Jährigen am geringsten (Tabelle 4.3), weil der Anteil derjenigen, deren Eltern noch leben, in dieser Altersgruppe höher ist. Der höchste Erbenanteil findet sich aber nicht in der ältesten, sondern der mittleren Altersgruppe, weil die Erbchancen der ältesten Kohorten aufgrund der historischen Wohlfahrtsentwicklung schlechter waren. Sie haben zwar den höchsten Anteil an verstorbenen Eltern, im Querschnitt überwiegt jedoch der Kohorteneffekt den Lebenslaufeffekt. Zusätzlich könnte hier auch ein Erinnerungseffekt derart zum Tragen kommen, dass länger zurückliegende Erbschaften weniger oft genannt werden.

Diese Ergebnisse lassen sich mit Analysen des SOEP bestätigen (vgl. auch Tabelle 4.2) und ergänzen. Die Erbschaften fallen überwiegend in die zweite Lebenshälfte (Tabelle 4.18): Im Querschnitt erfolgten fast drei Fünftel der Erbfälle – genauer: der höchsten erhaltenen Erbschaft – im Alter zwischen 40 und 69 Jahren, 38 Prozent zwischen 40 und 54 Jahren. Dies ist eine Lebensphase, in der die besonderen Belastungen des frühen Erwachsenenlebens – Aufbau der Familie und der Berufs-

karriere(n) – lange vorbei sind und häufig bereits eigenes Vermögen gebildet werden konnte.

Unterschiede in der Erbquote zwischen *Männern und Frauen* – aus der Elternperspektive: Söhnen und Töchtern – sind nicht zu finden. Frauen erben nicht seltener als Männer, Töchter nicht seltener als Söhne (Tabellen 4.1 bis 4.3). Der in der Literatur beschriebene Trend einer zunehmenden Egalisierung der Erbschancen zwischen den Geschlechtern bestätigt sich also. Ähnliches gilt für die Höhe der Erbschaften. Kosmann hatte für 1985 auf der Grundlage von Nachlassdaten noch festgestellt, dass haupterbende Söhne fast anderthalb Mal soviel Geld wie Haupterbinnen erhielten (Kosmann 1998). Derart hohe Differenzen zeigen sich im SOEP und im Alters-Survey nicht (Tabellen 4.1, 4.2 und 4.19).

Deutlich erkennbar sind *regionale* Unterschiede. Im Osten Deutschlands sind Erbschaften seltener. Dem Alters-Survey von 1996 zufolge hatten 41 Prozent der Ost- und fast die Hälfte der Westdeutschen schon einmal eine Erbschaft erhalten. 2002 betrug die Erbquote der 40- bis 85-jährigen Westdeutschen mehr als 50 Prozent, jene der Ostdeutschen lediglich rund 38 Prozent (Tabelle 4.3). Ostdeutsche haben nicht nur seltener etwas geerbt als Westdeutsche, sondern auch weniger. Entsprechend ist die Differenz zwischen Ost und West stärker ausgeprägt, wenn nur Erbschaften ab 2.556 Euro berücksichtigt werden. Ein gutes Viertel der Ost-, jedoch mehr als zwei Fünftel der Westdeutschen haben bereits eine solch größere Erbschaft erhalten (Tabelle 4.4). Zurückführen lassen sich die unterschiedlichen Erbschancen auf die separate historische Entwicklung der beiden Teile Deutschlands. In der alten Bundesrepublik konnten seit den Zeiten des „Wirtschaftswunders“ unter den Bedingungen wirtschaftlichen Wachstums, kapitalistischer Eigentumsverhältnisse und politischer Stabilität große private Vermögen gebildet werden, während die sozialistische Vergangenheit Ostdeutschlands zu einem deutlich niedrigeren privaten Vermögensaufbau führte (Hauser & Stein 2001; Stein 2004). Die Erbquote der Ostdeutschen ist niedriger, weil vor der Wende weniger vererbt wurde, aber auch weil die Unterschiede im Vermögensaufbau das Erbschaftsgeschehen weiterhin beeinflussen.

Mit beiden Datenquellen lässt sich bestätigen, dass *Bildung* ein zentrales Korrelat der Erbschancen ist: Höhere Bildungsschichten erben wesentlich häufiger als niedri-

ge.³⁹ Hochschulabsolventen erben z.B. fast doppelt so häufig wie Personen mit Hauptschulabschluss (Tabelle 4.2).⁴⁰ Bis 2002 haben nur ein Viertel der Hauptschüler ohne berufliche Ausbildung eine Erbschaft im Wert von 2.556 Euro und mehr von ihren Eltern erhalten, jedoch zwei Fünftel der Akademiker⁴¹ (Tabelle 4.4). Der Zusammenhang zwischen Bildung und Erbschancen erklärt sich dadurch, dass sowohl die Bildungserfolge als auch die geerbten Vermögen mit dem sozialen Status der Eltern zusammenhängen. Auch der Zusammenhang mit *Einkommen*⁴² ist deutlich (Tabellen 4.2 und 4.3).

Obgleich die Nachweisquote der Erbschaften im SOEP wesentlich geringer ist als im Alters-Survey, lässt sich insgesamt festhalten, dass die Ergebnisse zur soziodemographischen Struktur der Erbenden weitgehend übereinstimmen, was einen zusätzlichen Beleg für die Verlässlichkeit der ermittelten Zusammenhänge darstellt.

-
- 39 Für die Bildungsvariablen wurden – entsprechend der CASMIN-Klassifikation – der höchste Schulabschluss und der höchste Ausbildungsabschluss kodiert. Die CASMIN-Klassifikation hat neun Ausprägungen: 1a kein Abschluss; 1b Hauptschulabschluss ohne berufliche Ausbildung; 1c Hauptschulabschluss mit beruflicher Ausbildung; 2b Mittlere Reife ohne berufliche Ausbildung; 2a Mittlere Reife mit beruflicher Ausbildung; 2c_gen Fachhochschulreife/Abitur ohne berufliche Ausbildung; 2c_voc Fachhochschulreife/Abitur mit beruflicher Ausbildung; 3a Fachhochschulabschluss; 3b Hochschulabschluss (vgl. Braun & Müller 1997; Granato 2000).
- 40 Die SOEP-Analysen auf Personenebene wurden mit der folgenden auf CASMIN basierenden und kategorisierten Bildungsvariable durchgeführt: In der ersten Gruppe befinden sich Personen mit Hauptschulabschluss mit und ohne berufliche Ausbildung (1b/1c) ; in der zweiten Personen mit Mittlerer Reife mit und ohne berufliche Ausbildung (2a/2b), in der dritten Personen mit Fachhochschulreife oder Abitur mit und ohne berufliche Ausbildung (2c) und in der letzten Personen mit Fachhochschul- oder Hochschulabschluss (3a/3b).
- 41 In der Analyse des Alters-Survey wurden die Bildungsgruppen folgendermaßen zusammengefasst: Niedrige Bildung (1a/1b); Mittlere Bildung (1c); Höhere Bildung (2a/2b/2c), Höchste Bildung (3a/3b). Die Abweichungen zwischen SOEP und Alters-Survey sind bedingt durch die unterschiedlichen jeweils betrachteten Kohorten: bei den 1996 und 2002 je 40- bis 85-Jährigen sind niedrige und mittlere Bildungsabschlüsse häufiger.
- 42 Das hier verwendete monatliche äquivalenzgewichtete Haushaltsnettoeinkommen wurde sowohl für den Alters-Survey als auch für das SOEP mit Hilfe der „neuen“ OECD-Skala berechnet. Sie weist dem Haushaltsvorstand ein Gewicht von 1 zu, jeder weiteren erwachsenen Person im Haushalt den Wert 0,5 und jedem Kind unter 15 Jahren im Haushalt einen Faktor von 0,3. Ein Vierpersonenhaushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern erhält somit ein Äquivalenzgewicht von 2,1. Ziel der Äquivalenzgewichtung ist es, Einspareffekte des gemeinsamen Wirtschaftens mehrerer Personen in unterschiedlichen Haushaltsgrößen zu berücksichtigen.

4.1.4 Erbquote nach Vermögensposition der Erben

Im Folgenden untersuchen wir, inwieweit vermögende Personen eher von einer Erbschaft profitieren als Personen ohne Vermögen. Die Ergebnisse des Alters-Survey 2002 zeigen hier erhebliche Differenzen auf: Nur jeder Fünfte ohne Geldvermögen, jedoch zwei Fünftel der Personen mit niedrigem Geldvermögen und sogar drei Fünftel derjenigen mit hohem Geldvermögen haben bereits eine Erbschaft über 2.556 Euro erhalten (Tabelle 4.9). Auch hat die Hälfte aller Immobilienbesitzer eine Erbschaft erhalten, während die Erbquote bei denjenigen ohne Immobilienvermögen nur bei 20 Prozent liegt (Tabelle 4.9).⁴³ Gleiches ergibt die Analyse auf Basis des SOEP: Personen aus dem höchsten Vermögensquintil haben häufiger geerbt als solche aus den mittleren und unteren Quintilen (Tabelle 4.1). Personen, die in Haushalten mit Haus- und Grundbesitz⁴⁴ leben, erben rund dreimal häufiger als diejenigen aus Haushalten ohne Wohneigentum.

Dieser Befund ist freilich endogen, da Personen gerade durch ihre Erbschaft einem höheren Vermögensquintil angehören oder Immobilien erworben haben können. Deshalb haben wir in einem weiteren Schritt die Höhe des Erbes vom Gesamtvermögen des Jahres 2002 abgezogen und erneut eine Vermögensschichtung in Quintile vorgenommen. Bei dieser Darstellung zeigt sich deutlich, dass auch im untersten Vermögensquintil große Erbschaften vorkommen und zum Aufstieg in der Vermögensverteilung führen können, etwa wenn ein Hof geerbt wird. Entsprechend ist die geringe Erbsumme im untersten Vermögensquintil vor Abzug der Erbsumme zu interpretieren: Personen mit höheren Erbschaften sind danach in höheren Vermögensquintilen zu finden.⁴⁵ Obgleich somit ein Teil des genannten Befundes, dass

43 Und innerhalb der Gruppe der Eigentümer unterscheidet sich der jeweilige Anteil der erhaltenen Erbschaften noch einmal stark nach Art des Immobilienbesitzes. Vor allem diejenigen, die über mehrere Immobilien verfügen, also z.B. über ein Haus und eine Wohnung, haben besonders häufig geerbt. 2002 haben sogar über 85 Prozent derjenigen, die über mindestens ein Mehrfamilienhaus und weitere Immobilien verfügen, bereits eine Erbschaft gemacht.

44 Für die Analyse des SOEP werden Haushalte mit von solchen ohne Haus- und Grundbesitz über die Frage nach dem Wohneigentum: „Bewohnen Sie diese Wohnung als Hauptmieter, Untermieter oder Eigentümer?“ unterschieden.

45 Kritisch bleibt bei dieser Berechnung die implizite Annahme, dass seit der Erbschaft kein Vermögensverzehr stattgefunden hat. Der Abzug der Erbsumme vom Vermögen zum Befragungszeitpunkt kann bei Personen, die ihr Vermögen nicht mehr oder nur noch teilweise besit-

höhere Vermögensgruppen höhere Erbschancen und Erbsummen aufweisen, auf genau die Erbschaften zurückzuführen ist, bleibt ein Teil der Differenz auch bei Abzug der Erbsumme erhalten: Abgesehen vom untersten Quintil haben die höheren Vermögensgruppen auch weiterhin höhere Erbschaftswahrscheinlichkeiten und Erbsummen. Der konkrete Effekt bleibt empirisch zu bestimmen.

4.1.5 Erbquote nach soziodemographischen Merkmalen der Erblasser

Diesen deskriptiven Überblick abschließend betrachten wir nun den Zusammenhang zwischen soziodemographischen Merkmalen der Eltern und der Erbquote ihrer Kinder. In diesen Analysen auf Basis des Alters-Survey werden nur Erbschaften ab 2.556 Euro von den eigenen Eltern berücksichtigt und ausschließlich Personen einbezogen, bei denen zum Befragungszeitpunkt mindestens ein Elternteil verstorben war. Die Erbquoten der Befragten werden zunächst in Abhängigkeit von Geburts- und Sterbejahr, beruflicher Stellung und beruflicher Tätigkeit dargestellt. Geburts- und Sterbejahre können Aufschluss über zeitgeschichtliche Einflüsse (Perioden- bzw. Kohorteneffekte) auf das Erbschaftsgeschehen geben, berufliche Stellung und Tätigkeit – bzw. der aus dieser Information gewonnene *ISEI (International Socio-Economic Index of Occupational Status)* (vgl. Ganzeboom, De Graaf & Treiman 1992) – werden herangezogen, um die Zusammenhänge zwischen Erbschancen und sozioökonomischem Status der Eltern zu erhellen.

Erwartungsgemäß ist die Wahrscheinlichkeit höher, von den eigenen Eltern geerbt zu haben, wenn bereits beide Eltern verstorben sind. Nach dem Tod des ersten Elternteils haben rund 30 Prozent eine Erbschaft erhalten, nach dem Tod beider Elternteile erhöht sich dieser Anteil auf mehr als 40 Prozent (Tabelle 4.19). Deutlich erkennbar ist dieser Effekt auch im SOEP (Tabelle 4.1). Ein gewisser Anteil der Befragten hat also erst nach dem Tod des zweiten Elternteils geerbt, entweder in

zen, zu einem deutlichen Abstieg in der Vermögenshierarchie führen, von dem wir nicht wissen, ob diese Position vor der Erbschaft tatsächlich so existiert hat. Insofern ist ein Teil des hier genannten ungleichheitsreduzierenden Effekts allein auf diese Berechnung zurückzuführen. Da wir jedoch wissen, dass Erbschaften häufig zum Vermögensaufbau bzw. Sparen genutzt werden (vgl. Westerheide 2004 sowie Abschnitt 8.2), gehen wir davon aus, dass zumindest ein Teil des ungleichheitsreduzierenden Effekts real ist. Empirisch trennen ließen sich die beiden Teileffekte nur, wenn Angaben zum Vermögen zum Zeitpunkt der Erbschaft vorliegen würden, so dass wir hier auf eine genauere Quantifizierung verzichten müssen.

dem Sinne, dass die Kinder vorher tatsächlich nichts erhielten (was über das „Berliner Testament“ mit Straf- bzw. Verwirkungsklausel möglich ist) oder verzichteten, oder aber in dem Sinne, dass sie zwar bereits einen kleinen Anteil erhielten, diesen aber in Erwartung des Hauptteils des Erbes nach dem Tod des zweiten Elternteils bei der Befragung nicht als Erbschaft angaben.

Der Blick auf den Zusammenhang zwischen Sterbekohorten und Erbquote zeigt, dass die Erbquote der Kinder umso höher ausfällt, je später die Eltern verstorben sind (Tabelle 4.10). Angesichts der Wohlstandsentwicklung seit der Nachkriegszeit geht ein historisch späterer Todeszeitpunkt der Eltern also mit einem höheren Vermögen und daher mit höheren Erbchancen für ihre Kinder einher. Die Erbquote steigt auch mit dem Alter der Eltern und damit der Länge des potenziellen Zeitraums für einen Vermögensaufbau. Die Zugehörigkeit der Eltern zu einer Geburtskohorte ist demgegenüber bislang weniger entscheidend. Hier ist allerdings auch zu bedenken, dass jung verstorbene Elternteile in den beiden spätesten Geburtskohorten überrepräsentiert sind.

Die Erbchancen der Kinder hängen erwartungsgemäß auch sehr stark mit dem sozioökonomischen Status der Eltern zusammen (Tabelle 4.11). Von wenigen noch zu diskutierenden Ausnahmen abgesehen, steigt die Wahrscheinlichkeit, eine Erbschaft erhalten zu haben, mit dem *ISEI* der Eltern.⁴⁶ Auch bei Betrachtung der Erbchancen nach beruflicher Stellung der Eltern zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen. Kinder von Landwirten, Selbständigen und Beamten erben wesentlich häufiger als Kinder von Angestellten und Arbeitern. Die hohen Erbquoten der Kinder von Landwirten – die offenbar häufig Haus- und Grundbesitz erben – erklären auch die ansonsten überraschend hohe Erbquote der Nachkommen von Eltern aus dem untersten *ISEI*-Quintil: Die Landwirtschaftshaushalte fallen zu über 90 Prozent in das erste *ISEI*-Quintil und tragen dessen hohe Erbquote.⁴⁷

46 Der *ISEI* hat einen *Range* von 16 bis 85. Bei unterschiedlichen Angaben für Mutter und Vater wird der höhere der beiden Werte als *ISEI* der Eltern verwendet.

47 Die Erbquote der Nachkommen von Landwirten mit einem *ISEI*-Wert aus dem ersten Quintil liegt bei 46 Prozent, die der Nachkommen von Personen mit anderer beruflicher Stellung und einem *ISEI*-Wert aus dem untersten Quintil bei 28 Prozent.

Wie sich den folgenden multivariaten Modellen zu den soziodemographischen Korrelaten der Erbschaften entnehmen lässt, können die Befunde des Alters-Survey hinsichtlich der beruflichen Stellung der Eltern durch die Befunde des SOEP erhärtet und um das Merkmal Schulbildung der Eltern erweitert werden. Bereits hier können wir aber festhalten: Kinder, deren Eltern einer höheren sozialen Schicht angehören, haben bessere Erbchancen.

4.1.6 Multivariate Analysen

Die deskriptiven Befunde zur Erbquote werden nun mit Hilfe logistischer Regressionen bei Kontrolle von Drittvariablen überprüft. In der Analyse des Alters-Survey 2002⁴⁸ nimmt die binäre abhängige Variable den Wert 1 an, wenn die Befragten bereits von den eigenen Eltern geerbt haben und die Erbsumme über 2.556 Euro liegt. Es werden nur Fälle mit mindestens einem verstorbenen Elternteil einbezogen, d.h. es geht um die Unterschiede zwischen Erben und Personen, die keine Erbschaft erhalten haben (Tabellen 4.15 und 4.16). Anschließend wird analog die Höhe der Erbschaft analysiert (Tabelle 4.25). Die Regressionen auf der Grundlage des SOEP hingegen sind stärker deskriptiv bezogen auf die Gesamtpopulation angelegt – hier sind auch jene Personen im Modell eingeschlossen, bei denen beide Eltern noch leben, und die abhängige Variable umfasst alle Erbschaften, nicht nur diejenigen von den eigenen Eltern (Tabellen 4.17 und 4.26).

Grundsätzlich stützen die multivariaten Ergebnisse die bereits berichteten deskriptiven Befunde. Aus Tabelle 4.16 ist beispielsweise ersichtlich, dass die Wahrscheinlichkeit, nach dem Tod des zweiten Elternteiles zu erben, deutlich höher ist. Das gleiche Muster zeigt sich auch als Ergebnis einer logistischen Regression auf Basis des SOEP (Tabelle 4.17).⁴⁹ Hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen sozioökonomischem Status der Eltern und Erbquote der Kinder stimmen die Befunde des SOEP und des Alters-Survey ebenfalls überein. Alle Modelle weisen signifikant

48 Angesichts der Konsistenz der Befunde des Alters-Survey 1996 und 2002 ist es hier ausreichend, die Ergebnisse der aktuelleren zweiten Welle zu berichten.

49 Beim einem Vergleich der Effekte in diesen Modellen auf unterschiedlicher Datengrundlage ist daran zu erinnern, dass die Abgrenzung im SOEP anders vorgenommen wurde – hier sind auch diejenigen im Modell eingeschlossen, bei denen beide Eltern noch leben. Außerdem berücksichtigt die abhängige Variable alle Erbschaften, nicht nur diejenigen von den eigenen Eltern.

höhere Erbchancen der Kinder von Landwirten und Selbständigen aus (Tabellen 4.16 und 4.17).

Die Zugehörigkeit der Eltern zum obersten *ISEI*-Dezil trägt – zusätzlich zum Effekt der beruflichen Stellung – signifikant dazu bei, dass die Kinder bessere Chancen haben, ihre Eltern zu beerben (Tabelle 4.16). Da das oberste *ISEI*-Dezil⁵⁰ hauptsächlich berufliche Tätigkeiten einschließt, die ein abgeschlossenes Hochschulstudium erfordern, handelt es sich hier überwiegend um einen Bildungseffekt – Akademiker versus Nichtakademiker –, der mit dem Alters-Survey nicht direkt beobachtet werden kann, da das Bildungsniveau der Eltern nicht erhoben wurde. Im SOEP liegen die Informationen zu den Bildungsabschlüssen⁵¹ der Eltern direkt vor. Personen mit höher gebildeten Eltern haben signifikant häufiger geerbt als diejenigen mit Herkunft aus dem mittleren Bereich, solche aus einem Elternhaus mit niedriger Bildung signifikant seltener (Tabelle 4.17).

Dass die Erbchance positiv mit der Schichtzugehörigkeit der Erben korreliert, wird in der multivariaten Betrachtung sehr deutlich (Tabelle 4.15). Selbst bei Kontrolle der Merkmale der Erblasser bleibt die Bildung der Erben ein signifikanter Prädiktor der Erbschaftswahrscheinlichkeit (Tabelle 4.16). Damit kann eine der zentralen These zum Zusammenhang zwischen Erbschaften und sozialer Ungleichheit auf der Grundlage des Alters-Survey als bestätigt angesehen werden.

Ungleiche Erbchancen bestehen nicht nur hinsichtlich der Bildung, sondern auch hinsichtlich der Ressourcenausstattung. Subtrahiert man auf der Grundlage des SOEP hypothetisch die Erbsumme vom bestehenden Vermögen, ordnet die Vermögensinhaber und -inhaberinnen nach der Höhe ihres Vermögens und unterteilt sie in fünf gleichgroße Gruppen, dann liegt die Erbchance der Personen im obersten Vermögensquintil fast doppelt so hoch wie im dritten Quintil (Tabelle 4.17). Die hohe Erbchance der weniger vermögenden Personen des ersten Quintils erklärt sich wieder aus der Relation ihres Nachlasses zum Vermögen. Die Erbschaft nimmt hier

50 Die untere Grenze des obersten *ISEI*-Dezils liegt bei einem Wert von 67.

51 Die schulische Bildung der Eltern wurde folgendermaßen abgegrenzt: Niedrige Bildung (kein Abschluss, keine Schule besucht), Mittlere Bildung (Hauptschule, Realschule) und Hohe Bildung (Fachhochschule, Abitur).

oft einen großen Anteil (wenn nicht gar ein Vielfaches) des Vermögens ein, und in der Konsequenz verändert sich die Vermögensposition durch die Erbschaft.

Darüber hinaus verlieren auch die regionalen Unterschiede bei Kontrolle weiterer unabhängiger Variablen nicht an Deutlichkeit. Ostdeutsche haben eine signifikant kleinere Chance auf ein elterliches Erbe (Tabelle 4.16). Schließlich zeigen die Modelle, dass die Existenz von Geschwistern nicht zu signifikant niedrigeren Erbschaften führt, was unter den gegebenen erbrechtlichen Regelungen (insbesondere der Pflichtteilregelung) auch nicht zu erwarten ist. Ebenso zeigt sich keine Benachteiligung von Frauen hinsichtlich der Chancen, eine Erbschaft von den eigenen Eltern zu erhalten.

Insgesamt kann man sagen, dass die Merkmale der Erblasser mehr zur Erklärung der Erbquote beitragen als die Merkmale der Erben (Tabelle 4.16); schließlich sind es die Erblasser, aus deren Vermögen das Erbe stammt. Die Merkmale der Erben sind dennoch auch von Interesse, weil die Auswirkungen von Erbschaften auf die Ungleichheit der Vermögensverteilung und die soziale Ungleichheit im umfassenderen Sinne davon abhängen, welche Personenkreise häufiger bzw. seltener und mehr bzw. weniger als andere erben. Die Ergebnisse sprechen in dieser Hinsicht für eine relativ breite Gültigkeit des Matthäuseffekts, obgleich auch gegenteilige Tendenzen sehr deutlich erkennbar sind.

4.2 Erbsumme

Ob sich diese Tendenz auch hinsichtlich der Höhe der Erbschaften zeigt, kann mittels OLS-Regressionen untersucht werden. Zunächst soll aber auch hier ein Überblick zu den deskriptiven Befunden gegeben werden. Um beantworten zu können, wie Erbschaften in der Vergangenheit zur Reproduktion sozialer Ungleichheit beigetragen haben, ist die Frage nach der Höhe der Erbschaften essentiell. Da Vermögen stark ungleich verteilt sind, kann man davon ausgehen, dass auch die Höhe der Erbschaften stark variiert. Zusätzlich wird die Höhe auch davon beeinflusst, ob es einen oder mehrere Erben gibt und – bei mehreren – wie der Nachlass aufgeteilt wird. Schließlich hängen die folgenden Befunde natürlich von den in Deutschland gegebenen institutionellen Rahmenbedingungen des gültigen Erbrechts und der

jetzigen Form der Erbschaftsbesteuerung ab. Wir betrachten zunächst die durchschnittliche Erbsumme und ihre Streuung, anschließend werden die soziodemographischen Korrelate der Erbschaftshöhe untersucht und die Bedeutung verschiedener Erbschaftsarten dargestellt.

4.2.1 Durchschnittliche Erbsumme

Im SOEP beträgt die durchschnittliche Erbsumme aller Privatpersonen, die bis 2002 eine Erbschaft erhalten haben, 75.000 Euro in Preisen des Jahres 2002 (Tabelle 4.1).⁵² Pro Haushalt beläuft sich die durchschnittliche Höhe des geerbten Vermögens 2001/2002 auf annähernd 100.000 Euro (Tabelle 4.30). Die Ergebnisse des Alters-Survey 2002 zeigen – auf der Paarebene – eine durchschnittliche Höhe der erhaltenen Erbschaften von 73.000 Euro und liegen damit deutlich unter dem vergleichbaren SOEP-Wert auf Haushaltsebene (Tabelle 4.19). Zur Erklärung dieser Differenz ist daran zu erinnern, dass der Alters-Survey explizit auch nach kleineren Erbschaften fragt, im SOEP hingegen eher größere Erbschaften erfasst werden. Denkbar ist auch ein Einfluss des unterschiedlichen Zeitpunkts, auf den sich die Angabe der Höhe der Erbschaft beziehen sollte – sei es, dass mit der Frage nach dem heutigen Wert (im Alters-Survey) der Wert zum Zeitpunkt des Erbfalls unterschätzt wird oder sei es, dass mit der Frage nach dem damaligen Wert und der Berücksichtigung der seitherigen Wertsteigerung (im SOEP) der Wert zum Zeitpunkt des Erbfalls überschätzt wird. Schließlich haben fast alle Erben im Alters-Survey auch die Höhe der erhaltenen Erbschaften angegeben, im SOEP hingegen ist der Anteil der Erben, die die Höhe der Erbschaften verweigert haben, größer und systematisch.⁵³

52 Die Frageformulierung bezieht sich auf den Wert zum Zeitpunkt der Erbschaft. Da jede Person bis zu drei Erbfälle angeben konnte, ist die Erbsumme definiert als kumulierte Summe der Beträge der einzelnen Erbschaften. Die angegebenen Beträge wurden für die Preisentwicklung und die Immobilienwertsteigerung seit dem Erbfall bereinigt, was den Vergleich mit den Vermögensbeständen des Beobachtungszeitpunktes erlaubt. Die allgemeine Preisbereinigung basiert auf Preisen von 2002, wobei vor dem Erhebungsjahr 1998 die Preise getrennt nach Ost- und Westdeutschland angepasst wurden. Da für die Preisentwicklung von Immobilien in Deutschland keine konsistenten amtlichen Angaben vorliegen, wurde auf einen von Schüssler und Funke (2002: 107ff) entwickelten Immobilien-Index zurückgegriffen.

53 Dies ist ein Vorteil der kategorialen Abfrage im Alters-Survey. 1996 haben nur 3,5 Prozent der Erben den heutigen Wert der Erbschaften nicht angegeben, 2002 6,8 Prozent. Im SOEP 2001-2003 beträgt der Anteil der Verweigerer dagegen 27 Prozent (Tabelle 3.3).

Die Höhe der Vermögensübertragungen *mortis causa*⁵⁴ ist, wie die Erbquote, mit mehreren soziodemographischen Merkmalen der Empfänger korreliert. Beispielsweise ergibt sich im Alters-Survey eine etwas geringere Erbsumme der Frauen im Vergleich zu den Männern (Tabellen 4.1 und 4.19), ebenso im SOEP. Die Erbsumme nach Altersgruppen ist unter Berücksichtigung der Periode und der Kohortenzugehörigkeit zu interpretieren. Nach dem Alter zum Zeitpunkt der Befragung haben, so die Ergebnisse des SOEP 2002, jüngere Personen weniger geerbt, ältere mehr; der Altersunterschied ist bei der Erbsumme deutlich größer als bei der Erbquote (Tabelle 4.1). Da die Erbschaften der älteren Befragten im Schnitt länger zurück liegen, könnte dies zum Teil dem erwähnten „Vergessen“ kleinerer oder bereits vollständig verzehrter Übertragungen geschuldet sein.⁵⁵ Der durchschnittliche Wert der Erbschaften, die vor mehr als 30 Jahren anfielen, ist mit über 120.000 Euro am höchsten, der Durchschnitt der Erbschaften der letzten 10 Jahre beträgt mit rund 60.000 Euro nur die Hälfte (Tabelle 4.18). Dies widerspricht den Erwartungen, die man hinsichtlich des historischen Periodeneffekts haben müsste. Andererseits ist der Alterseffekt plausibel, nicht nur aufgrund der mit dem Alter zunehmenden Chance zu einer Kumulation mehrerer Erbschaften, sondern auch aufgrund des altersspezifischen Musters der Erblasser von Großeltern zu Eltern und (Ehe-)Partnern. Nach dem Alter zum Zeitpunkt des Erhalts der Erbschaft ergibt sich ein etwas anderes Bild. Diejenigen, die erst im Alter von 70 und mehr Jahren geerbt haben, erbten die geringste durchschnittliche Summe von 40.000 Euro; den höchsten Durchschnitt erreichten diejenigen, die im Alter zwischen 55 und 69 Jahren erbten (Tabelle 4.18).⁵⁶

Wie bereits dargestellt, gehen die Erbschaften zum größten Teil auf die eigenen Eltern zurück. Der Mittelwert der Erbschaften von den eigenen Eltern liegt mit 84.000 Euro überdurchschnittlich hoch. Am höchsten ist mit 134.000 Euro die durchschnittli-

54 Beim Betrag der einzelnen Erbfälle sprechen wir von „Erbschaftshöhe“, beim Gesamtbetrag aller Erbschaften, die eine Person (oder ein Paar bzw. Haushalt) erhalten hat, von „Erbsumme“.

55 Denkbar ist auch wiederum, dass die Erbschaftshöhe fälschlicherweise statt zum damaligen zum aktuellen Zeitpunkt angegeben wird, was nach der Bereinigung für Preisentwicklung und Wertsteigerung zu einer erheblichen Überschätzung führen würde.

56 Da die Erbschaften von den (Ehe-)Partnern im Schnitt am höchsten ausfallen, verweist der geringe Durchschnittswert der Ältesten möglicherweise auch auf eine mit dem Alter steigende Relevanz der Erbschaften von Geschwistern oder sogar den eigenen Kindern. Die geringe Fallzahl im SOEP (n=47) lässt hier kaum weitergehende Analysen zu.

che Erbsumme, die vom Ehepartner hinterlassen wird, am geringsten ist sie (unter den hier ausgewiesenen Kategorien) bei Erbschaften von den Großeltern.

Der überwiegende Teil der Bevölkerung hat bisher – wenn überhaupt – lediglich einmal geerbt. Nur 8,2 Prozent der Begünstigten geben mindestens eine weitere Erbschaft an. Die durchschnittliche Summe der Mehrfacherbschaften fällt aber insgesamt wesentlich höher aus (Tabelle 4.18). Wie bereits in Abschnitt 4.1.2 die Ergebnisse zu den Erbchancen weisen diese Befunde zur Summe der Erbschaften auf eine konzentrierende Wirkung der Mehrfacherbschaften für die Vermögensverteilung hin.

Am stärksten unterscheiden sich die durchschnittlichen Erbsummen zwischen Ost- und Westdeutschland, sowohl auf der Personen- als auch auf der Paarebene. Nach dem SOEP haben westdeutsche Erben mit rund 80.000 Euro im Vergleich zu ostdeutschen fast das Vierfache an Vermögen erhalten (Tabelle 4.1). Im Alters-Survey 2002 beträgt das Verhältnis etwa drei zu eins (Tabelle 4.19). Die Erklärung dafür ist wiederum in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu suchen, in denen die Elterngeneration der Erben lebte und wirtschaftete.

Des Weiteren zeigt sich, dass diejenigen, die über hohe Einkommen verfügen, auch mehr geerbt haben. Im obersten Einkommensquintil beträgt die Erbsumme durchschnittlich knapp 100.000 Euro (Tabelle 4.1). Nach beiden Datensätzen hat das oberste Quintil am meisten, das mittlere Quintil am wenigsten geerbt (Tabellen 4.8 und 4.19). Die beiden unteren Quintile liegen höher als das mittlere, was wiederum auf die Zusammensetzung der Erbschaften verweist: Es handelt sich hierbei häufiger um Nachlässe wie z.B. den elterlichen Hof, wo eine hohe Erbsumme durchaus mit einem geringen Einkommen zusammentreffen kann.

Auch hinsichtlich der Bildung ist der Befund nicht so eindeutig, wie es das Matthäusprinzip erwarten lassen würde. Zwar haben dem SOEP zu Folge die Erben mit der höchsten Bildung auch die höchste Erbsumme erhalten, doch sind die Summen über die Bildungsgruppen hinweg vergleichsweise ähnlich (Tabellen 4.1 und 4.2). Beispielsweise haben Akademiker eine doppelt so hohe Erbquote, aber nur eine um ein Sechstel höhere Erbsumme wie Hauptschüler. Im Alters-Survey ist ein Bildungseffekt auf die Erbsumme kaum auszumachen (Tabelle 4.19). Solche Mittelwerte sagen allerdings wenig über die Ungleichheit der Erbchancen, weshalb im Folgenden auch

die Variation der Erbsumme untersucht wird und Ergebnisse multivariater Analysen vorgestellt werden.

4.2.2 Streuung der Erbsumme

Aus den deskriptiven Analysen des SOEP geht hervor, dass ein Drittel der bisherigen Erbschaften einen Wert von bis zu 12.000 Euro haben. Über die Hälfte der erhaltenen Erbschaften liegt zwischen 12.000 Euro und 255.000 Euro, und knapp sieben Prozent erben mehr als 255.000 Euro. Die sehr hohen Beträge kommen also einer vergleichsweise kleinen Gruppe zugute (Tabelle 4.18).

Auch nach dem Alters-Survey haben die meisten Erbschaften einen kleinen bis mittleren Wert. Ein Fünftel beläuft sich heute auf weniger als 2.556 Euro, knapp die Hälfte auf bis zu 12.782 Euro, ein weiteres Viertel liegt zwischen 12.782 bis unter 51.129 Euro, und nur 5 Prozent bei 255.646 Euro und mehr (Tabelle 4.27).⁵⁷ Sehr hohe Erbschaften sind also eher selten, gleichwohl können sie hinsichtlich der Vermögenskonzentration bedeutsam sein.

Frauen erhalten etwas weniger häufig große und deutlich häufiger kleinere Erbschaften (Tabelle 4.20). Die Erbschaften von den eigenen Eltern fallen – bei ähnlicher Verteilung – etwas höher aus als der Gesamtdurchschnitt (Tabelle 4.24).⁵⁸ Ostdeutsche haben nicht nur seltener geerbt als Westdeutsche, sie haben auch wesentlich niedrigere Erbschaften gemacht. Tabelle 4.22 zeigt dies auf Basis des Alters-Survey. Im Osten ist die Erbsumme stärker am unteren Ende der Skala konzentriert; große Erbschaften über 255.646 Euro kommen kaum vor.

Die Unterschiede zwischen den Bildungsschichten fallen – wie bereits erwähnt – nicht besonders stark aus. In allen Schichten liegt rund die Hälfte der Erbschaften zwischen 12.782 Euro und 255.646 Euro (Tabelle 4.23). Diese Unterschiede in der Erbsumme sind deutlich geringer als diejenigen der Erbquote nach Bildung.

57 Im Zeitvergleich zwischen 1996 und 2002 zeigt sich eine leichte Abnahme bei den kleinen und eine geringfügige Zunahme bei den höheren Erbschaften.

58 In diese Ergebnisse gehen auch die (relativ wenigen) Erbschaften ein, die von anderen Personen als den eigenen Eltern stammen, da bei mehreren Erbschaften im Alters-Survey nur deren heutiger Gesamtwert bekannt ist.

4.2.3 Multivariate Analysen

Im Mittelpunkt dieses Abschnitts steht die Frage, mit welcher Wahrscheinlichkeit verschiedene nach soziodemographischen Merkmalen differenzierte Personengruppen zu Empfängern von Erbschaften bestimmter Höhe werden. Die Analyse beschränkt sich auf Seiten der Erblasser wiederum auf die Elternhaushalte, weil in Alters-Survey und SOEP die Merkmale der Eltern detailliert erhoben wurden, nicht aber solche anderer Erblasser. Da die überwiegende Mehrzahl der Erbschaften von den eigenen Eltern stammt, scheint uns dieses Vorgehen gerechtfertigt. Es erlaubt wesentlich weitergehende Interpretationen der Ergebnisse, liefert jedoch ein nicht ganz vollständiges Bild der Verteilungseffekte des Erbschaftsgeschehens.

Der Einfluss der Merkmale von Eltern und Kindern auf die Erbsumme (Gesamthöhe aller zum Befragungszeitpunkt erhaltenen Erbschaften) wird mittels ordinaler logistischer Regressionen untersucht. Es ist anzunehmen, dass sich jene Merkmale, die mit der Erbquote korrelieren, im großen und ganzen auch auf die Höhe der Erbsummen auswirken.

Die Analyse der Erbsummen beschränkt sich naturgemäß auf die Gruppe der Erben und weist damit eine andere Zusammensetzung als die Gesamtstichprobe auf.⁵⁹ Wie bereits gezeigt, sind die Erbchancen keineswegs gleich verteilt. Die charakteristische Zusammensetzung der Gruppe der Erben muss bei der Interpretation der folgenden Ergebnisse daher berücksichtigt werden. Würden Fälle ohne Erbschaften mit der Summe Null einbezogen, würden die Effekte der Erbquoten und der Erbsummen konfundiert und z.B. der deutliche Effekt der Bildung hinsichtlich der Erbquote auf die Analyse der Erbsummen übertragen.

Die Effekte in den entsprechenden Modellen weisen tendenziell in die erwartete Richtung, sind aber im Vergleich zu den Analysen der Erbquoten oft weniger stark ausgeprägt und z.T. nicht statistisch signifikant (Tabelle 4.25). Ausnahmen im Modell auf der Grundlage des Alters-Survey sind lediglich der erwartbare Einfluss von

59 Die Erbsumme wurde im Alters-Survey als Gesamthöhe aller bisher gemachten Erbschaften erhoben. Weil in die Modelle zu den Erbsummen auch Merkmale der Elternhaushalte eingehen, werden diejenigen Befragten nicht berücksichtigt, die ausschließlich von anderen Personen als den eigenen Eltern geerbt haben. Personen, die sowohl von den eigenen Eltern als auch von anderen Personen geerbt haben, werden einbezogen.

weiteren Erbschaften auf die Erbsumme und die Differenz zwischen Ost und West. Der Effekt der Bildung ist minimal, und auch jener der beruflichen Stellung auf die Erbsumme ist gering. Insgesamt ist die Besserstellung ohnehin Privilegierter im Sinne des Matthäusprinzips bei der Erbquote stärker als bei der Erbsumme.

Mit der Zahl der Geschwister sinkt erwartungsgemäß die Erbsumme, jedoch erweist sich dieser Zusammenhang nicht als signifikant. Und auch diese Modelle weisen keine statistisch signifikante Benachteiligung von Frauen aus.⁶⁰ Lediglich der Vergleich zwischen Ost und West weist sehr deutlich in die erwartete Richtung: Ostdeutsche erben nicht nur seltener als Westdeutsche, sondern auch signifikant weniger. Auch die Befunde einer OLS-Regression mit der logarithmierten Erbsumme als abhängigen Variablen auf Basis des SOEP im Jahr 2002 weist diesen deutlichen Ost-West-Unterschied aus (Tabelle 4.26). Zusätzlich kann mit dem SOEP gezeigt werden, dass die Höhe der Erbschaft mit der Art des übertragenen Vermögens zusammenhängt: Betriebs- und Immobilienerbschaften sind im Durchschnitt wesentlich höher als die Geldvermögensübertragungen.

Auch wenn die Erklärungskraft der Modelle relativ gering ist, geben sie doch Aufschluss darüber, welche Faktoren das Erbschaftsgeschehen beeinflussen. Zusammenfassend lassen sich an Hand der Daten des Alters-Survey folgende Punkte festhalten: Erbschaften fallen oft erst nach dem Tod des zweiten Elternteils an. Zudem ist eine starke Abhängigkeit der Erbchancen von der (früheren) sozioökonomischen Stellung der Eltern gegeben. Neben den Merkmalen der Eltern fallen die Unterschiede in den historischen Rahmenbedingungen ins Gewicht. Auch liegen klare Anzeichen dafür vor, dass der Vererbungsprozess Personen bevorteilt, die bereits in anderer Hinsicht privilegiert sind. Bezüglich des Einflusses von Erbschaften auf die Ungleichheiten in der Vermögensverteilung lassen die Ergebnisse dieses Abschnittes so zwar durchaus einige Schlussfolgerungen, allerdings keine Quantifizierungen zu. Bezüglich des Zusammenhangs zwischen Erbschaften und der Veränderung der Vermögensverteilung in intergenerationaler Perspektive kann an dieser Stelle nur eine sehr allgemeine Feststellung gemacht werden: Kinder reicher Eltern erben – wenig überraschend – häufiger, eine Reproduktion von Ungleichheit

60 Für weitere Analysen erscheint in diesem Zusammenhang vor allem der Einfluss der Geschwisterkonstellation auf die Erbsumme der Frauen interessant.

durch Erbschaften ist also gegeben. Ausmaß und Richtung der Veränderung der Ungleichheit in der Gesamtgesellschaft bleiben aber mit diesen Analysen noch unbestimmt.

4.2.4 Art der Erbschaften

Neben den Erbmustern – wer erbt von wem – wurde im SOEP auch die Art des Erbes erhoben. Hier zeigt sich, dass die Erbschaften dem Wert nach überwiegend aus Immobilienvermögen⁶¹ bestehen. Die Hälfte der Erben erhält eine Immobilie, 46 Prozent erhalten ausschließlich Bargeld oder Wertpapiere und nur rund 2 Prozent Vermögen in Form von Betriebseigentum⁶² (Tabelle 4.18). Wird Betriebsvermögen vererbt, dann handelt es sich jedoch um hohe Beträge von im Schnitt 480.000 Euro. Der Wert des vererbten Haus- und Grundeigentums (134.000 Euro) macht durchschnittlich ein gutes Viertel davon aus, vererbtes Geldvermögen (24.000 Euro) ein Zwanzigstel.

Eine getrennte Analyse der Korrelate von Geld- und Immobilienerbschaften (Tabelle 4.27) zeigt, dass letztere im Vergleich zu ersteren im Osten Deutschlands eine etwas geringere Bedeutung haben. Die vererbten Immobilienvermögen sind in Westdeutschland durchschnittlich drei und die vererbten Geldvermögen zweieinhalb Mal so hoch wie in Ostdeutschland. Ansonsten sind die Strukturunterschiede gering. Tendenziell sind die Erben von Immobilienvermögen etwas älter als diejenigen, die Erbschaften in Form von Bargeld oder Wertpapieren erhalten. Bezüglich der Ressourcenlage der Haushalte deuten die Ergebnisse darauf hin, dass die positive Korrelation von Einkommen und Vermögen mit Erbschaften für beide Vermögensarten gilt. Mehr als die Hälfte derjenigen, die Immobilien erben, und noch fast ein Drittel derjenigen, die Geldvermögen erben, sind im obersten Fünftel der Vermögensverteilung anzutreffen. Nach Abzug der Erbsumme zeigt sich sowohl bei Geld- als auch Immobilienerbschaften jedoch der bereits erläuterte Effekt der Erbschaften auf die sozioökonomische Stellung der Erben zum Zeitpunkt der Befragung: Im untersten

61 Das vererbte Vermögen muss in dieser Operationalisierung zum Teil aus Immobilien bestehen, kann aber auch andere Vermögenswerte beinhalten, ausgenommen Betriebsvermögen.

62 Das vererbte Vermögen muss Betriebsvermögen beinhalten, kann aber auch alle anderen Vermögenswerte einschließen.

Quintil nach Abzug der Erbsumme sind Erbchance und -summe deutlich höher. Wir betrachten dies wiederum als Indiz dafür, dass der Erbprozess die Vermögensungleichheit tendenziell reduziert: Ein Teil der unteren Vermögensgruppe erreicht durch die Erbschaften einen Aufstieg in der Vermögensposition.

4.3 Das Erbschaftsgeschehen auf Haushaltsebene

Unsere Analysen zum Einfluss von Erbschaften auf die Vermögensausstattung privater Haushalte im Jahr 1988 aktualisieren die Ergebnisse, die bereits Schlomann in seiner Monographie vorgelegt hatte (Schlomann 1992). Eine solche Aktualisierung der bestehenden Analysen war einerseits deshalb erforderlich, weil im Jahr 2000 eine rückwirkende Revision sämtlicher SOEP-Hochrechnungsfaktoren stattgefunden hat, andererseits aber auch, weil sich nach Sichtung der methodischen Annahmen von Schlomann die Notwendigkeit weitergehender Sensitivitätsanalysen zeigte. Zur Spezifizierung der Ergebnisse wurden zusätzliche Variablen hinzugezogen sowie Umrechnungen in Euro vorgenommen. Diese Analysen wurden anschließend für das Jahr 2001/2002 für Gesamtdeutschland fortgeschrieben bzw. für Westdeutschland repliziert.

4.3.1 Höhe und Verbreitung von Erbschaften

Die Tabellen 4.29 und 4.30 geben einen Überblick über Höhe und Verteilung sowie relevante Charakteristika der Haushalte mit Erbschaften zum jeweiligen Beobachtungszeitpunkt als Anteil an der gesamten Stichprobe.⁶³ Während im Jahr 1988 in 13,8 Prozent aller westdeutschen Haushalte eine Erbschaft vorlag, erhöhte sich dieser Anteil im Jahr 2002 leicht auf 16,7 Prozent (Tabellen 4.29 und 4.30). Für Gesamtdeutschland liegt der Anteil im Jahr 2001/2002 bei 15,9 Prozent.⁶⁴ Berücksichtigt man, dass im Jahr 1988 lediglich nach Erbschaften gefragt wurde, die seit 1960 (also innerhalb der letzten 28 Jahre) stattfanden, und beschränkt deshalb

63 Direkte Vergleiche dieser beiden Tabellen für 1988 und 2002 sind nicht sinnvoll, da sich die Angaben für 1988 nur auf Westdeutschland beziehen.

64 Würde man den Anteil der Haushalte, die von 2001 bis 2002 eine Erbschaft machten, zur Erbquote hinzuzählen, ergäbe sich für Gesamtdeutschland ein Anteil von 16,6 Prozent.

entsprechend auch für 2001 den Referenzzeitraum auf 28 Jahre (zwischen 1973 und 2001), so ergibt sich ein etwa gleich hoher Anteil von rund 13 Prozent.

Die durchschnittliche Erbsumme betrug im Jahr 1988 77.887 Euro⁶⁵ und erhöhte sich bis 2001/2002 auf annähernd 100.000 Euro pro Haushalt. Berechnet man die in Westdeutschland angefallenen Erbschaften des Jahres 2001/2002 in Preisen des Jahres 1988, so hätte sich allerdings auch die durchschnittliche Erbsumme lediglich geringfügig erhöht.

Die Möglichkeit, durch eine Erbschaft ein Vermögen zu bilden oder zu vergrößern, ist sehr ungleich verteilt. Dies belegt einerseits der Gini-Koeffizient, der mit einem Wert von über 0,7 für Gesamtdeutschland auf eine starke Ungleichverteilung der vererbten Vermögen verweist (vgl. Anhang C). Anschaulich lässt sich dies auch anhand einer Schichtung der Erbsumme darstellen.⁶⁶ So hat ein Drittel der Haushalte in den alten Bundesländern eine geringe Summe von bis zu rund 13.000 Euro geerbt. In den neuen Bundesländern liegt der entsprechende Anteil sogar bei 60 Prozent. Der Anteil der Haushalte, die eine sehr hohe Summe von mehr als einer viertel Million Euro als Erbe erhalten haben, beträgt insgesamt 10 Prozent, wobei der Unterschied zwischen den alten und den neuen Bundesländern noch markanter ist: Der Anteil ist im Westen mehr als zehnmal so hoch wie im Osten.

Die Ergebnisse des SOEP weisen ebenso darauf hin, dass der Anteil der kleineren Erbschaften – in diesem Fall zwischen 2.556 Euro und 12.782 Euro – im Jahr 2002 etwas niedriger lag als im Jahr 1988. Der Anteil der Erbschaften zwischen einer viertel und einer halben Million Euro verdoppelte sich dagegen fast in diesem Zeitraum (Tabelle 4.28).

4.3.2 Soziodemographische Differenzierung der Erbchancen

Die differenzierte Aufgliederung nach verschiedenen soziodemographischen Charakteristika gibt Aufschluss über die Zusammensetzung und Merkmale privater Haushal-

65 Bei Schlomann (1992) betrug die Erbquote 13,8 Prozent und die durchschnittliche Erbsumme 43.939 Euro, so dass nicht von signifikanten Veränderungen der SOEP-Daten in Folge der aktualisierten Hochrechnungsfaktoren ausgegangen werden kann.

66 Für die Auswertung der Erbsumme nach soziodemographischen Haushaltsgruppen werden nur die Haushalte berücksichtigt, die Angaben zum Betrag der Erbschaft gemacht haben.

te, die Vermögenszugänge durch Erbschaften aufweisen, was die Grundlage für die Bewertung des Zusammenhangs zwischen Erbschaftshöhen eines Haushaltes und dessen Nettovermögen bildet.

Es zeigt sich eine deutlich höhere Erbquote der Haushalte mit Haus- und Grundbesitz: Sie erhalten nicht nur wesentlich häufiger Erbschaften, sondern auch erheblich höhere durchschnittliche Werte. Von den Mieterhaushalten haben lediglich acht Prozent vor 1988 eine Erbschaft erhalten, von den Haus- und Grundbesitzern 23,9 Prozent. Die durchschnittliche Erbsumme beläuft sich auf 40.000 gegenüber 101.000 Euro (Tabelle 4.29). 2001/2002 nennen von allen Haushalten 41 Prozent Immobilien ihr Eigen und 59 Prozent haben keinerlei Haus- und Grundbesitz. Von letzteren haben neun Prozent schon geerbt, während dieser Anteil bei den Eigentümerhaushalten bei 25 Prozent liegt. Die Eigentümerhaushalte erhalten erwartungsgemäß nicht nur wesentlich öfter Erbschaften, sondern mit durchschnittlich 126.497 Euro eine mehr als doppelt so hohe Summe (Tabelle 4.30).

Einkommen⁶⁷ – ein klassischer Indikator sozialer Ungleichheit – zeigt den erwartet markanten Zusammenhang mit der Erbquote und der Erbsumme. 1988 ist – mit Ausnahme des dritten Quintils – mit zunehmenden Haushaltseinkommen ein Anstieg der Erbquote zu beobachten, und zwar von 16 Prozent bei einem Haushaltsnettoeinkommen bis zu ca. 780 Euro auf knapp 29 Prozent im Quintil der Bestverdienenden (Tabelle 4.29). Der Mittelwert des Einkommens von Haushalten, die bereits geerbt haben, liegt mit 1.406 Euro fast 200 Euro über dem der Haushalte ohne Erbe. In der Gruppe der Erben ist das Haushaltseinkommen wesentlich ungleicher verteilt als zwischen den Haushalten ohne Erbe.

Auch im Jahr 2001/2002 liegt die durchschnittliche Erbsumme der Haushalte mit den höchsten Haushaltseinkommen mit 158.692 Euro deutlich über der Erbsumme der niedrigeren Einkommensschichten. Ähnlich bei der Erbquote: sie liegt im untersten Quintil lediglich bei 10 Prozent, im obersten ist sie hingegen mehr als doppelt so hoch (23 Prozent). Haushalte höherer Einkommensschichten haben somit eine

67 Für die Analysen wird das Haushaltsnettoeinkommen des letzten Monats des jeweiligen Befragungsjahres mit Hilfe von Quintilen ausgewiesen. Auch hier kann Endogenität vorliegen: Ein Teil des Einkommens kann auf die Erbschaften zurückgehen.

deutlich höhere Chance, etwas zu erben und ihre Vermögensposition zu verbessern (Tabelle 4.30).

Da Erbschaften am häufigsten von den (Schwieger-)Eltern stammen, steigt die Erbschaftswahrscheinlichkeit über die Altersgruppen zunächst an und fällt dann bei den Ältesten wieder ab. Mit zunehmendem Alter steigt zudem die Höhe der Erbschaft. So erhalten Haushalte mit über 54-jährigen Haushaltsvorständen ungefähr zehnmal so hohe Erbsummen wie Haushalte mit Haushaltsvorständen unter 24 Jahren (Tabelle 4.30). Da die hohen Erbschaften häufig von den (Ehe-)Partnern stammen, fällt die durchschnittliche Summe auch bei den über 70-Jährigen noch recht hoch aus.

Auch die soziale und berufliche Stellung der Haushaltsvorstände (bzw. der auskunftsgabenden Personen), die in den Analysen des SOEP durch eine Kombination der Informationen zu Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit und Stellung im Beruf ermittelt wurde und deren Hauptkategorien Erwerbstätige und Nichterwerbstätige sind, erweist sich als relevant.⁶⁸ 1988 wie auch 2001/2002 liegen die Erbquoten von Beamten und Angestellten über dem Durchschnitt. Sowohl Selbstständige als auch Landwirte verzeichnen nicht nur hohe Erbquoten, sondern zudem überdurchschnittlich hohe Erbsummen. Haushalte, in denen der Haushaltsvorstand Arbeiter oder arbeitslos ist, haben hingegen unterdurchschnittlich häufig geerbt (Tabellen 4.29 und 4.30). Auch diese Ergebnisse bestätigen, dass Erbschaften zur Reproduktion sozialer Ungleichheit beitragen, ohne dass jedoch die Verteilungswirkungen damit schon determiniert sind.

Besonders häufig sind Vermögensübertragungen sowohl bei den verheirateten – hier gibt es mehr potenzielle Erblasser – wie auch bei den verwitweten Haushaltsvorständen – bei ihnen ist zumindest eine Erbschaft vom Partner sehr wahrscheinlich – festzustellen. 1988 hat fast ein Sechstel der Verheirateten schon geerbt, und mit durchschnittlich 111.000 Euro pro Haushalt liegen sie deutlich über dem Durchschnitt aller Haushalte mit Erbschaften (Tabelle 4.29). Auch 2001/2002 ist festzustellen, dass Erbschaften am häufigsten in Haushalte mit verheirateten und verwitweten (je

68 Nichterwerbstätige sind hier Personen, die nichterwerbstätig ohne weiteren Zusatz, Wehrpflicht oder Zivildienst nannten. In die Kategorie Arbeitslose fallen Personen, die sich als Nichterwerbstätige eingestuft und beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet haben.

19 Prozent) Haushaltsvorständen fließen und bei ihnen die Erbsumme höher ist (Tabelle 4.30).

2001/2002 haben wir die Zusammensetzung der Haushalte zusätzlich nach dem Migrationshintergrund der Haushaltsmitglieder analysiert, von dem unterschiedliche Möglichkeiten des Vermögensaufbaus und der Vermögensweitergabe abhängen. Die Kategorisierung der Haushaltsmitglieder erfolgt auf Basis ihres Geburtslandes und ihrer Staatsbürgerschaft. Der Großteil der Stichprobe setzt sich aus Haushalten mit deutschem Haushaltsvorstand (86 Prozent) zusammen. Davon haben 17 Prozent einen Nachlass erhalten. Differenziert man nach der Nationalität aller Haushaltsmitglieder, so wird deutlich, dass gemischte Haushalte (mit 21 Prozent) sogar eine höhere Erbquote haben als Haushalte mit ausschließlich deutschen Haushaltsmitgliedern (17 Prozent) (Tabelle 4.30).⁶⁹ Wesentlich tiefer ist die Erbquote der Haushalte, die sich allein aus Mitgliedern mit Migrationshintergrund zusammensetzen (5 Prozent).⁷⁰ Bei der Erbsumme liegen die gemischten Haushalte dagegen noch unter denjenigen mit ausschließlichem Migrationshintergrund.

Der Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland zeigt auch auf der Haushaltsebene markante Unterschiede. So sind im Osten Deutschlands Erbschaften deutlich seltener, und die Erbsumme ist deutlich niedriger. Zwölf Prozent der ostdeutschen Haushalte, aber 17 Prozent der westdeutschen haben vor dem Jahr 2001 eine Erbschaft erhalten. Die durchschnittliche Erbsumme liegt im Westen mit 108.000 Euro rund viereinhalb Mal so hoch wie im Osten mit 24.000 Euro (Tabelle 4.30).

Ebenfalls deutlich ist der Zusammenhang mit (Aus-)Bildung:⁷¹ Mit steigendem Bildungsniveau des Haushaltsvorstandes steigt die Erbquote. Beispielsweise haben

69 „Migrationshintergrund“ meint ausländische Staatsbürgerschaft und/oder ausländischer Geburtsort. Unterschieden werden a) inländische Haushalte, in denen nur Personen inländischer Staatsbürgerschaft und Herkunft leben, b) gemischte Haushalte, in denen mindestens eine Person mit Migrationshintergrund mit einer in Deutschland geborenen Person deutscher Staatsangehörigkeit zusammenlebt, und c) Zuwanderer-Haushalte, in denen nur Personen mit Migrationshintergrund leben.

70 Bei diesen ist allerdings die extrem hohe Quote der Verweigerungen der Angabe der Erbhöhe auffällig, was den Verdacht einer gewissen Untererfassung auch der Erbquote nahe legt.

71 In Anlehnung an die CASMIN-Klassifikation wurden nach der Höhe der schulischen und beruflichen Qualifikation des Haushaltsvorstandes vier Bildungsgruppen unterschieden: Haus-

der höchsten Bildungskategorie zugehörige Haushalte eine Erbquote von 22 Prozent. Bei den Haushalten mit Vorständen, die der niedrigsten Bildungskategorie zugehören, beträgt die Erbquote nur acht Prozent (Tabelle 4.29).

Im Jahr 2002 lässt sich ein ähnliches Muster beobachten: Die Haushalte mit hochqualifizierten Vorständen haben in 22 Prozent der Fälle schon geerbt – durchschnittlich jeweils mit einer Erbsumme von 133.000 Euro. Von den Haushalten mit geringqualifizierten Vorständen verzeichnen demgegenüber nur neun Prozent eine Vermögensübertragung *mortis causa*, und zwar mit einer Erbsumme von durchschnittlich 86.000 Euro (Tabelle 4.30).

4.3.3 Erbschafts- und Schenkungsvolumen privater Haushalte

Die Haushaltsdaten des SOEP erlauben seit der Erhebung im Jahr 2000 auch eine kontinuierliche jährliche Berichterstattung über die Häufigkeit sowie Größenordnung von Erbschaften und Schenkungen des jeweils letzten Jahres.⁷² Für 1999 bis 2002 wurden jahresdurchschnittliche Erbschafts- und Schenkungsquoten berechnet, die in Tabelle 4.31 ausgewiesen sind. Demnach erhielten Privathaushalte in Deutschland für den gesamten Zeitraum der Jahre 1999 bis 2002 Vermögenswerte in Höhe von jährlich knapp 50 Milliarden Euro, wobei Erbschaften mit etwa 36 Milliarden Euro pro Jahr rund drei Viertel dieser Transferbeträge ausmachten.

In jedem einzelnen Jahr fallen Erbschaften solch größerer Geldbeträge lediglich in knapp zwei Prozent aller Privathaushalte an (Schenkungen in rund einem Prozent). Dies entspricht für den Zeitraum 1999 bis 2002 im Durchschnitt pro Jahr etwa 575.000 Haushalten mit Erbfällen sowie rund 400.000 Haushalte mit Schenkungen. In Westdeutschland sind Erbschaften und Schenkungen um rund einen halben Prozentpunkt häufiger als in Ostdeutschland. Der durchschnittliche Betrag, der

haltsvorstände in der untersten Kategorie weisen maximal einen Hauptschulabschluss ohne berufliche Qualifikation vor, diejenigen in der zweiten Kategorie einen solchen plus abgeschlossener Lehre. Die dritte Kategorie beinhaltet Haushaltsvorstände mit höherer Schulbildung und sowohl jene mit beruflicher Ausbildung als auch diejenigen ohne. Die höchste Kategorie umfasst all diejenigen mit Hochschul- bzw. Fachhochschulabschlüssen.

72 Jedoch ist hierbei zu berücksichtigen, dass bislang kleinere Erbschaften oder Schenkungen untererfasst werden: In der entsprechenden Frage des Haushaltsbogens erfolgt eine Einschränkung auf „Geldbeträge oder Sachwerte ab 5.000 DM“ (seit 2002 ab 2 500 Euro). Im Jahr 2004 wurde die Schwelle auf 500 Euro gesenkt.

privaten Haushalten als Erbschaft zufließt, beträgt in der Stichprobe des SOEP knapp 64.000 Euro, bei erneut deutlichen Unterschieden zwischen West- und Ostdeutschland (knapp 70.000 Euro gegenüber rund 15.000 Euro). Bei Schenkungen ist der Ost-West-Unterschied (34.000 zu 20.000 Euro) geringer. Insgesamt führen die in Ostdeutschland deutlich geringere Wahrscheinlichkeit, überhaupt eine Erbschaft oder Schenkung zu erhalten und die deutlich niedrigeren durchschnittlichen Erbschafts- und Schenkungsbeträge zu einem Transfervolumen von lediglich einer Milliarde Euro pro Jahr in Ostdeutschland, gegenüber mehr als 35 Milliarden in Westdeutschland.

Bei Erbschaften wie bei Schenkungen besteht zudem eine große Spannweite der zugeflossenen Vermögenswerte. 45 Prozent aller Erbschaften liegen unter 20.000 Euro (in Ostdeutschland 68 Prozent), knapp zwei Prozent bei 500.000 Euro und mehr. Insgesamt legen die Ergebnisse nahe, dass das Erbschafts- und Schenkungsgeschehen in Deutschland mit durchschnittlich 50 Milliarden Euro jährlich einen Vermögenstransfer zwischen den Generationen darstellt, der knapp 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts entspricht. Ob nach dem Vermögensaufbau der Nachkriegsgeneration der Höhepunkt der Erbschaftswelle jetzt bereits erreicht ist und sich die Nachkommen längerfristig auf geringere Erbhöhen einstellen müssen, kann erst in Kombination mit der Betrachtung der Entwicklung der Vermögen genauer eingeschätzt werden.

4.4 Schenkungen (*inter vivos* Transfers)

Die Untersuchung des intergenerationalen Transfergeschehens bliebe unvollständig, würden nicht auch *inter vivos* Transfers mit berücksichtigt, also Schenkungen, die noch zu Lebzeiten der Gebenden übertragen werden. Zwar ist das Volumen der *inter vivos* Transfers geringer als das Erbschaftsvolumen. Dennoch sind die zu Lebzeiten geleisteten intergenerationalen Transfers von erheblicher Bedeutung, und zwar nicht nur für die familialen Generationenbeziehungen, sondern auch für das Ausmaß sozialer Ungleichheit, die soziale Integration und nicht zuletzt für die Sozialpolitik (vgl. ausführlich hierzu Kohli 1999; Künemund & Rein 1999). Wir können an dieser Stelle nicht all diese Punkte angemessen vertiefen. Im Kontext von Erbschaften und

Vermögensverteilung ist neben einem deskriptiven Überblick zu Häufigkeit und Ausmaß privater intergenerationeller Transfers aber vor allem von Interesse, welche Personengruppen solche Transfers leisten und erhalten und welche Verteilungswirkungen von diesen Transfers ausgehen können.

4.4.1 Geleistete aktuelle monetäre *inter vivos* Transfers

Im Alters-Survey werden aktuelle *inter vivos* Transfers erhoben, die im 12-Monatszeitraum vor dem jeweiligen Befragungszeitpunkt geleistet wurden. Die Frageformulierung schließt Eltern, Kinder, Enkel oder andere Verwandte, aber auch Freunde oder Bekannte als potenzielle Empfänger ein. Insgesamt hat knapp ein Drittel der 40- bis 85-Jährigen mindestens eine andere Person regelmäßig finanziell unterstützt oder Geld- oder Sachgeschenke gemacht (Tabelle 4.32). Der Anteil der Personen, die Transfers leisten, ist 1996 und 2002 etwa gleich groß. Die Transferquoten unterscheiden sich wiederum nach soziodemographischen Merkmalen der Gebenden – weniger stark nach Region und Geschlecht, deutlich aber nach Bildung und Einkommen. Das Leisten von Transfers – und insbesondere auch ihr Umfang – hängt also mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen zusammen. So ist nicht nur der Anteil derjenigen, die andere unterstützen, im Quintil der Haushalte mit dem höchsten Haushaltsnettoeinkommen (5. Quintil) am größten, sondern auch die durchschnittlich geleisteten Transfersummen sind hier am höchsten. Zwischen 1996 und 2002 haben die durchschnittlich weitergegebenen Beträge jedoch abgenommen.

Die begünstigten Personen sind in erster Linie die Nachkommen: Mehr als zwei Drittel der Geber unterstützen ihre Kinder (Tabelle 4.33). Dies ist am häufigsten in der Altersgruppe der 55- bis 69-Jährigen der Fall, wo auch der Bedarf auf Seiten der Kinder – etwas in Phasen der Ausbildung oder Familiengründung – am höchsten ist, was bereits auf eine andere Vergabestruktur im Vergleich zu den Erbschaften verweist: Transfers zu Lebzeiten können zielgerichtet jenen zukommen, die es am nötigsten haben.

Im Zeitvergleich sinkt der Anteil derjenigen leicht, die ihren Kindern helfen. Dafür werden 2002 die Enkel häufiger als Empfänger genannt. Am deutlichsten zeigt sich dieser Trend in der Altersgruppe der 70- bis 85-Jährigen: 2002 schenkte fast die

Hälfte der 70- bis 85-Jährigen ihren Enkeln – regelmäßig oder manchmal – Geld. Abgesehen davon, dass die Wahrscheinlichkeit, Enkelkinder zu haben, in dieser Altersgruppe am größten ist, zeigt dieser Befund auch, dass die Nachkommen deutlich früher in ihrem Leben durch private intergenerationelle Transfers unterstützt werden, als es der alleinige Blick auf die Erbschaften nahe legen würde. Die Tendenz, direkt die Enkel zu unterstützen, findet sich vor allem in der niedrigen und der mittleren Bildungsgruppe. Während die Unterstützung für die Kinder zwischen 1996 und 2002 um ca. 14 Prozent zurückgeht, steigt die Unterstützung für die Enkel im selben Ausmaß an (Tabelle 4.33). Das entspricht bei den Enkeln nahezu einer Verdoppelung. Hingegen gilt für die oberen Bildungsgruppen, dass Enkel zwar verstärkt, die eigenen Kinder deshalb aber nicht seltener unterstützt werden. Dieser Trend ist im Osten Deutschlands deutlich weniger stark ausgeprägt, was auf den massiven Geburtenrückgang nach der Wende – und somit auf die Gelegenheitsstrukturen – verweisen dürfte.

Die Tabellen 4.34 bis 4.37 weisen die Verteilung der Gesamthöhe der in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung geleisteten Transfers für 1996 und 2002 aus.⁷³ Rund ein Viertel der geleisteten Transfers beträgt für das gesamte Jahr vor der Erhebung 2002 weniger als 511 Euro. Ein weiteres Viertel der Transfers hat einen jährlichen Wert zwischen 511 Euro und 1.023 Euro. Nur 5 Prozent der Transferleistungen liegen über 10.226 Euro (Tabelle 4.34).

Da die Ressourcen der Gebenden für die Höhe der geleisteten Transfers offensichtlich von Bedeutung sind, ist anzunehmen, dass auch die unterschiedlichen Transferhöhen z.B. zwischen Männern und Frauen auf Unterschiede in der Ressourcenausstattung verweisen – 2002 gaben Frauen durchschnittlich nur 2.300 Euro, Männer hingegen 3.000 Euro (Tabelle 4.32). Auch liegen bei den Männern nur die Hälfte der

73 Alle Personen, die in den zwölf Monaten vor der Befragung finanzielle Transfers geleistet haben, wurden auch nach der Höhe dieser Transfers gefragt; Details zu den Transfers wurden jedoch nur für die ersten vier Personen erhoben. Um die durchschnittliche Höhe der Transfers anzugeben, wurden die Kategorienmittelwerte der an verschiedene Personen geleisteten Transfers addiert und anschließend wieder kategorisiert, wobei der höchsten Kategorie das 1,5-fache der angegebenen Untergrenze zugewiesen wurde. Der Vergleich der Transfersummen zwischen 1996 und 2002 ist insofern schwierig, als in der ersten Welle ein Listenfehler zu einer deutlich geringeren Zahl von Fällen mit verwertbaren Angaben führte. Die Verwendung der fehlerhaften Liste ist aber zufällig über die Befragten verteilt, so dass keine systematische Verzerrung, sondern nur eine geringere Genauigkeit der Schätzung für 1996 vorliegt.

geleisteten Transfers unter 1.023 Euro, während es bei den Frauen 57 Prozent sind (Tabelle 4.34). Wohl aus dem gleichen Grund transferieren Westdeutsche durchschnittlich höhere Summen (Tabelle 4.32). Allerdings fällt der Ost-West-Unterschied in den durchschnittlichen Transfersummen 2002 wesentlich geringer aus als noch 1996.

Die Bedeutung der Ressourcenausstattung auf Geberseite für die Höhe von Transfers dokumentiert sich in dem deutlichen Zusammenhang mit der Bildung und dem Haushaltsäquivalenzeinkommen (Tabellen 4.32 und 4.37). Insgesamt zeigt sich also, dass diejenigen, die über mehr Ressourcen verfügen, auch häufiger und höhere Beträge weitergeben. Welche Personen diese Transfers erhalten, lässt sich einerseits an den Merkmalen der Empfänger dieser Transfers ablesen (vgl. hierzu Künemund & Motel 2000; Künemund, Motel-Klingebiel & Kohli 2005), aber auch direkt anhand der Fragen nach den in den letzten zwölf Monaten erhaltenen Transfers.

4.4.2 Empfangene aktuelle monetäre *inter vivos* Transfers

Weniger als ein Zehntel der 40- bis 85-Jährigen erhält von anderen Personen materielle Transfers in Form von regelmäßiger finanzieller Unterstützung oder Geld- oder größeren Sachgeschenken (Tabelle 4.38). Die 70- bis 85-Jährigen erhalten seltener solche Leistungen, die Jüngeren häufiger. Insgesamt leisten die Befragten deutlich häufiger eine private finanzielle Unterstützung, als sie eine solche Unterstützung erhalten. *Inter vivos* Transfers fließen also – wie auch Erbschaften – hauptsächlich von den Älteren zu den Jüngeren, und damit entgegengesetzt zur öffentlichen intergenerationellen Umverteilung durch die staatlichen Rentenversicherungssysteme (Kohli et al. 2000: 53ff).

Aufgrund des Bedürftigkeitsargumentes wäre zu erwarten, dass diejenigen mit der höchsten Bildung und dem höchsten Einkommen am wenigsten Unterstützungsleistungen erhalten, da sie selbst über genügend Ressourcen verfügen. Die Ergebnisse in Tabelle 4.38 weisen dagegen für diese Gruppen die höchsten Anteile an erhaltenen Unterstützungsleistungen aus. Damit ist das Bedürftigkeitsargument nicht widerlegt, denn hier werden oftmals Notlagen abgedeckt, z.B. im Falle von Arbeitslosigkeit, Trennung oder Scheidung (vgl. Kohli 1999; Künemund & Motel 2000).

Zugleich bestätigt sich aber auch hier eine klare Transmission der sozialen Position der Familien.

Die Ergebnisse in Tabelle 4.39 zeigen, dass zwei Drittel der Befragten Transfers von ihren Eltern oder Schwiegereltern erhalten haben, aber nicht einmal ein Fünftel von ihren Kindern und praktisch niemand von den Enkelkindern. Der Sozialstaat ist insofern sehr erfolgreich – die erwachsenen Kinder müssen nur in Ausnahmefällen ihre Eltern finanziell unterstützen, und die Älteren können im Gegenteil aus ihren laufenden Einkünften oder ihrem Ersparnis den Kindern aushelfen, was sich insgesamt positiv auf die familialen Generationenbeziehungen auswirken dürfte (vgl. Kohli 1999; Künemund & Rein 1999; Künemund 2002). Diese Muster bleiben im Zeitverlauf stabil, auch wenn der Anteil derjenigen, die von ihren Eltern unterstützt werden, 2002 etwas niedriger ausfällt.

Wie bereits die geleisteten sind auch die empfangenen Transfers häufig eher kleinere Beträge: Knapp die Hälfte der 40- bis 85-Jährigen erhalten weniger als tausend Euro, beinahe drei Viertel weniger als 2.556 Euro (Tabelle 4.40). Transfers von beträchtlicher Höhe sind eine Ausnahme. Dass Männer sowohl 1996 als auch 2002 häufiger in den Genuss von Transfers der obersten Kategorie gekommen zu sein scheinen, könnte als Hinweis auf die in finanziellen Dingen nach wie vor dominierende Stellung der Männer in den Familien interpretiert werden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, aus der Altersgruppe der 70- bis 85-Jährigen empfangen nur um die drei Prozent finanzielle Unterstützung, bei den 40- bis 54-Jährigen sind es hingegen ungefähr zwölf Prozent, da die große Mehrheit der Transfers von den Eltern an ihre Kinder geleistet wird. Zwischen 1996 und 2002 gehen die Transferquote der empfangenen Transfers und auch die durchschnittlichen Summen leicht zurück. Die Transferquote der geleisteten Transfers bleibt hingegen konstant – insgesamt hat knapp ein Drittel der 40- bis 85-Jährigen in den zwölf Monaten vor der jeweiligen Befragung mindestens eine andere Person regelmäßig finanziell unterstützt oder Geld- oder Sachgeschenke gemacht.

4.4.3 Frühere Transfers und Koinzidenz von Erbschaften und Schenkungen

Im Alters-Survey von 1996 wurde zusätzlich erhoben, ob die Befragten jemals vor den letzten zwölf Monaten größere materielle Transfers erhalten oder geleistet haben. Tabelle 4.41 zeigt, dass die erhaltenen Transfers im Großen und Ganzen nach den gleichen Kriterien strukturiert sind wie Erbschaften. Zwar hat nur ungefähr jeder achte 40- bis 85-Jährige solch große *inter vivos* Transfers jemals erhalten, dennoch können deutliche Unterschiede zwischen Ost und West sowie zwischen niedriger und hoher Bildung festgestellt werden. Hinsichtlich der geleisteten Transfers fallen die Unterschiede nach Bildung, Einkommen, Region und Geschlecht geringer aus. Darin könnte ein Kohorteneffekt hinsichtlich der verfügbaren Ressourcen zum Ausdruck kommen – die heutigen Älteren können eher private Transfers leisten als ihre Eltern. In diese Richtung weisen auch die Differenzen bei den erhaltenen Transfers nach Alter, welche die 70- bis 85-Jährigen deutlich seltener erhielten.

Entsprechend der starken Korrelation mit den Ressourcen auf Seiten der Transfergeber fallen große Transfers und Erbschaften häufig zusammen: Wer in der Vergangenheit eine Erbschaft erhalten hat, der hat auch wesentlich häufiger große Schenkungen erhalten (Tabelle 4.42). Interessant ist aber auch, dass die Erben dann häufiger selbst größere Schenkungen machen. Die Verteilungswirkungen von Erbschaften und Schenkungen lassen sich an dieser Stelle nicht empirisch im Detail untersuchen. Jedoch könnte man durchaus annehmen, dass große Schenkungen in dieser Hinsicht höchstwahrscheinlich eine Zwischenposition einnehmen, d.h. dass die Bedürftigkeitsaspekte eine größere Rolle spielen werden, als dies bei den Erbschaften der Fall ist (vgl. zu entsprechenden Indizien Künemund, Motel-Klingebiel & Kohli 2005).

4.4.4 Frühere Unterstützungsleistungen und Erbschaften

In diesem Abschnitt werden Erbschaften von den eigenen Eltern und ihr Zusammenhang mit früheren Unterstützungsleistungen an die späteren Erblasser an Hand der

Panelstichprobe des Alters-Survey untersucht.⁷⁴ Wenn Erbschaften Gegenleistungen der Eltern für die Unterstützung durch ihre Kinder darstellen, müsste sich dies in einer höheren Erbquote jener Kinder widerspiegeln, die z.B. ihre Eltern gepflegt haben. Geklärt wird also, ob Befragte, die 1996 angaben, ihre Eltern unterstützt zu haben, in den Jahren bis 2002 *ceteris paribus* häufiger oder höher geerbt haben als andere Befragte.⁷⁵

Die Erbquote von Frauen liegt unter der von Männern (Tabelle 4.43). Zwar sollte dieses Ergebnis ohne Kontrolle für andere Merkmale nicht überbewertet werden, es kann aber festgestellt werden, dass es keinen Hinweis darauf gibt, dass Frauen, die in der großen Mehrheit der Fälle die Pflege der Eltern übernehmen, als Austausch für diese Leistung im Gegenzug häufiger erben würden. Auch die Ergebnisse zum Zusammenhang von Pflegeleistungen oder anderweitiger Hilfe und Erbschancen deuten nicht auf die Wirksamkeit von Austauschmotiven hin. Die Erbquote von Personen, die ihre Eltern 1996 gepflegt haben, liegt nur sehr geringfügig über der jener Befragten, die nicht gepflegt haben (Tabelle 4.44). Die Erbquote jener Personen, die ihren Eltern anderweitig geholfen haben, ist sogar niedriger als die Befragter, für die dies nicht gilt. Da die Unterstützung der Eltern auch teils durch deren Bedürftigkeit bedingt ist, besteht Grund zur Annahme, dass in diesen Fällen das Vererbungspotenzial unterdurchschnittlich ist. Mit anderen Worten: Eltern, die als

74 Es werden ausschließlich Befragte untersucht, die zwischen 1996 und 2002 mindestens einen Elternteil verloren, also eine Erbschaft von den eigenen Eltern erhalten haben können. Probleme bei der Konstruktion der abhängigen Variable bereitet, dass Befragte, die 1996 angaben, bereits von den eigenen Eltern geerbt zu haben, zwischen 1996 und 2002 eine weitere Erbschaft von den Eltern, nämlich vom zweiten Elternteil, erhalten haben können, ohne dass dies an den Daten unmittelbar abzulesen wäre. Wir kennzeichnen daher diejenigen als Empfänger einer weiteren Erbschaft von den eigenen Eltern, die 2002 eine höhere Erbsumme angegeben haben als 1996 und im gleichen Zeitraum nicht eindeutig von anderen Personen geerbt haben. Dieses Vorgehen könnte zu einer gewissen Unterschätzung der Erbschaften von den eigenen Eltern führen, da Personen, die auch von anderen Personen geerbt haben, nicht als Empfänger einer zusätzlichen Erbschaft gekennzeichnet werden, und auch diejenigen Befragten nicht berücksichtigt werden, deren zusätzliche Erbschaften zu gering ausgefallen sind, um zur Angabe einer höheren Erbsummenkategorie zu führen. Auf der anderen Seite werden Befragten unberechtigter Weise Erbschaften von den eigenen Eltern zugerechnet, wenn ihre Erbsummensteigerung nicht auf eine zweite Erbschaft von den Eltern, sondern eine zweite von einer anderen Personengruppe zurückgeht. In Anbetracht der Seltenheit von Erbschaften von anderen Personen dürfte sich dieses Problem aber in Grenzen halten.

75 Aufgrund der genannten Restriktionen und fehlender Angaben zu einem der beiden Zeitpunkte stehen für diese Analysen nur gut 200 Fälle zur Verfügung.

Empfänger von Hilfeleistungen Anlass hätten, tauschmotivierte Erbschaften zu hinterlassen, haben häufiger als andere nichts zu vererben.

Bezüglich der Kontakthäufigkeit zeigen die Ergebnisse eine deutliche – wenngleich auch kontraintuitive – Tendenz: Mit steigender Kontakthäufigkeit sinkt die Chance, eine Erbschaft zu erhalten (Tabelle 4.44). Hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen Kontakthäufigkeit und Erbchancen kann festgestellt werden, dass Wechselwirkungen mit der räumlichen Entfernung vom Elternhaushalt und dem Bildungsniveau der Befragten (sowie dem sozioökonomischen Status der Eltern) im multivariaten Modell bestehen. Insofern könnte die höhere Mobilität, die typischerweise mit höherer Bildung einhergeht, zu einer veränderten Kontakthäufigkeit führen, während Erbschaften aufgrund der Ressourcen der Eltern gerade hier häufiger sind. Der Bildungseffekt wird auch abgeschwächt, wenn die räumliche Nähe mit ins Modell aufgenommen wird (Tabelle 4.45). Diejenigen, die weiter weg wohnen, haben also bessere Erbchancen aufgrund ihrer sozialen Herkunft.

Ein Austauschaspekt könnte sich – insbesondere angesichts der Pflichtteile – aber vielleicht auch eher in der Erbsumme niederschlagen. Die Höhe der Erbschaften weist Ergebnisse zum Zusammenhang früherer Unterstützungsleistungen der Kinder an ihre Eltern und der Höhe der Erbschaften von diesen Eltern an ihre Kinder aus, die angesichts der geringen Fallzahlen mit erheblichen Unsicherheiten behaftet sind (Tabelle 4.46).⁷⁶ Aber auch hier spricht nichts für eine Bevorzugung jener Personen, die ihre Eltern gepflegt, diesen anderweitig geholfen oder in engen Kontakt mit Ihnen gestanden haben, eher im Gegenteil. Erwachsene Kinder, die ihre Eltern unterstützt haben, erhalten häufiger Erbschaften unter 10.000 Euro (Tabelle 4.46). Ein signifikanter Einfluss von Austauschmotiven auf das Vererbungsverhalten kann also nicht nachgewiesen werden.

76 Die Erbsummen wurden sowohl 1996 als auch 2002 kategorial und als Gesamtsumme aller bisher gemachten Erbschaften erhoben. Insofern kann die Höhe der Erbschaften zwischen 1996 und 2002 nur sehr grob abgeschätzt werden (als Differenz aus den Mittelwerten der jeweiligen Intervalle, in drei Kategorien unterteilt, wobei wiederum der höchsten Kategorie das 1,5-fache der angegebenen Untergrenze zugewiesen wurde).

4.5 Zukünftige Erbschaften

Bisher richteten wir unseren Blick auf vergangene Transfers. Diese Analysen geben einen Aufschluss über vorherrschende Erbmuster. An dieser Stelle gehen wir auf Erbschaftserwartungen ein.⁷⁷ Die Befunde basieren auf der SOEP-Frage „Was meinen Sie, werden sie in der Zukunft (noch einmal) eine Erbschaft machen oder eine größere Schenkung erhalten?“, für die im Falle einer positiven Antwort auch die erwartete Höhe der Erbschaft erfragt wurde. Alle Personen mit der Antwort „Ja, sicher“ und „Ja, wahrscheinlich“ wurden zu einer Kategorie zusammengefasst. In einem zweiten Schritt wird der Anteil der Personen mit erwarteten Transfers über 25.000 Euro ausgewiesen. Zusätzlich werden zur Darstellung der Rolle der Eltern bei zukünftigen Transfers nur Personen berücksichtigt, die mindestens noch ein lebendes Elternteil haben.

Insgesamt erwartet nach den Daten des SOEP künftig gut ein Fünftel der erwachsenen Bevölkerung Transfers in Form von Erbschaften oder Schenkungen. Rund die Hälfte davon vermutet, dass es sich dabei um mehr als 25.000 Euro handelt (Tabellen 4.49 und 4.50). Auch im Alters-Survey wurde nach Erbschaftserwartungen gefragt, allerdings wiederum auf der Paarebene. Aufgrund der anderen Alterszusammensetzung erwartet 2002 nur jeder sechste 40- bis 85-Jährige in der Zukunft noch eine Erbschaft (Tabelle 4.47). Im SOEP sind es dagegen insbesondere die unter 40-Jährigen, die häufig noch eine Erbschaft erwarten (Tabelle 4.49).

Rund zwei Drittel derjenigen Befragten des Alters-Survey, die in Zukunft eine Erbschaft erwarten (unabhängig davon, ob sie in der Vergangenheit schon eine Erbschaft gemacht haben), erwarten eine Summe unter 51.129 Euro (Tabelle 4.48).⁷⁸ Es werden insbesondere deutlich weniger kleine Erbschaften unter 2.556 Euro erwartet, als in der Vergangenheit kleine Erbschaften erhalten wurden. Es ist aber nicht auszuschließen, dass diese kleinen Erbschaften aufgrund des erwarteten

77 Fragen dieser Art sind stark annahmebehaftet. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Personen zum Zeitpunkt der Befragung vollständige Informationen zum Vermögen der potenziellen Erblasser haben, und dieses könnte z.B. durch eine längere Pflegebedürftigkeit noch aufgezehrt werden. Derzeit liegen nur wenige Studien zu zukünftigen Vermögensübertragungen vor (Szydlik 2000; Szydlik & Schupp 2004).

78 Die Verteilung der erwarteten Erbsummen wird nicht nach einzelnen Subgruppen betrachtet, weil die Fallzahlen zu klein sind.

kleinen Betrags von den Befragten häufiger als „keine Erbschaft“ kategorisiert werden. Ohnehin kann vermutet werden, dass die Befragten hier eher zögernd Auskunft geben, da es sich um ein „heikles“ Thema handelt (Heitze & Stricker 2004). Insofern wäre auch der Befund, dass Frauen seltener eine zukünftige Erbschaft erwarten (Tabelle 4.47) und im Schnitt geringere Summen angeben (Tabelle 4.49), vorsichtig zu bewerten. Szydlik führt diesen Befund auf eine größere Abneigung von Frauen zurück, über zukünftige Erbschaften und damit den Tod Nahestehender zu sprechen (Szydlik 2000).

Insgesamt weisen die Befunde in die gleiche Richtung wie jene zu den bereits erhaltenen Erbschaften. Ostdeutsche erwarten auch künftig weniger und im Schnitt geringere Transfers. Nur 16 Prozent rechnen hier mit einer Erbschaft – im Westen liegt dieser Anteil bei 26 Prozent (Tabelle 4.50). Und wie bei den erhaltenen Erbschaften ist der Zusammenhang mit Bildung und Einkommen hinsichtlich der Erbschaftserwartung stärker ausgeprägt als hinsichtlich der Höhe der erwarteten Erbschaft. Personen mit selbst genutztem Wohneigentum erwarten etwas häufiger noch eine Erbschaft, im Ausland geborene Deutsche und Ausländer seltener. Die durchschnittlich erwartete Erbsumme liegt – nach dem Alters-Survey von 1996 – mit etwa 78.000 Euro über dem Durchschnitt der bis dahin erhaltenen Erbschaften. Das arithmetische Mittel der zukünftig erwarteten Erbschaften liegt 2002 bei 85.00 Euro, also gut zehntausend Euro höher als das Mittel der in der Vergangenheit erhaltenen Erbschaften.

5 Das Vermögen privater Haushalte in Deutschland

5.1 Vermögensbegriff – Vermögensarten

In seiner Gesamtheit umfasst das Vermögen den Bestand an Sachgütern (z.B. Betriebsvermögen, Immobilienvermögen, Gebrauchsvermögen), Forderungen gegenüber Anderen (Geldvermögen, Sozialvermögen), immateriellen Rechten (z.B. Urheberrechte), wirtschaftlichen Nutzungsmöglichkeiten und Handlungskapazitäten (z.B. Humankapital, kulturelles Vermögen), dem Verbindlichkeiten gegenüber stehen (Stein 2004: 17ff).

Aus der Vielzahl der Vermögensarten kann die vorliegende Analyse der Vermögen privater Haushalte jedoch nur diejenigen berücksichtigen, die im SOEP und (zum Teil) im Alters-Survey erfasst wurden: Immobilienvermögen, Geldvermögen, Betriebsvermögen, Gebrauchsvermögen und Schulden. Dieser Ansatz vernachlässigt z.B. akkumulierte Ansprüche an die gesetzliche Sozialversicherung sowie Erträge des im Lebensverlauf erworbenen Humankapitals. Ungelöste Erfassungs- und Bewertungsprobleme dieser Ansprüche lassen uns von deren Berücksichtigung absehen.⁷⁹

5.2 Höhe und Verteilung von Vermögen in privaten Haushalten

Hauser und Stein (2001) analysierten die Vermögensverteilung auf Basis der Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) (vgl. auch Stein 2004). Aus ihren Untersuchungen ergibt sich ein eindeutiges Bild: Die Vermögensungleichheit hat im Laufe der Zeit zugenommen (Hauser & Stein 2001: 124). Lag der Gini-Koeffizient des Nettovermögens im Jahr 1993 in Westdeutschland noch bei 0,622, stieg er bis 1998 auf 0,640. Für Ostdeutschland zeigt sich allerdings ein anderes Bild: Die Vermögensungleichheit hat im Osten zwischen 1993 und 1998 leicht abgenommen. Dahinter verbergen sich nach Stein jedoch gegenteilige Entwicklungen. Während die Konzentration der Immobilienvermögen tatsächlich abgenommen hat, ist die Kon-

⁷⁹ Zu einer ähnlichen Vorgehensweise auf Basis der Einkommens- und Verbraucherstudie siehe Stein (2004).

zentration des Geldvermögens deutlich gestiegen (Stein 2004: 326 ff). Hinsichtlich der sozialstrukturellen Merkmale der Haushalte zeigt sich eine Verbesserung der Situation der Haushalte allein lebender Männer oder kinderloser Paare, dagegen eine Verschlechterung der Haushalte mit Kindern (Stein 2004: 326 ff).

Das Nettogesamtvermögen der Haushalte im SOEP im Jahr 2002 belief sich auf durchschnittlich 151.749 Euro pro Haushalt. Damit befinden sich ca. 5,7 Billionen Euro in den Händen privater Haushalte in Deutschland (Tabelle 5.2).⁸⁰ Das Nettogesamtvermögen des Haushaltssektors auf Basis des SOEP liegt somit etwas höher als der im 2. Armuts- und Reichtumsbericht dokumentierte und mit Hilfe der EVS ermittelte Wert von fünf Billionen Euro (Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung 2005: 32). Dies kann auf die fehlende Ermittlung des Betriebsvermögens in der EVS zurückgeführt werden. Das Vermögen ist – mit einem Gini-Koeffizienten von 0,718 – sehr ungleich verteilt (Tabelle 5.1). Zwischen den alten und neuen Bundesländern bestehen auch in dieser Hinsicht (noch) wesentliche Unterschiede. Der Durchschnitt beträgt im Osten mit rund 46.500 Euro nur ein Drittel des entsprechenden Wertes im Westen (137.189 Euro). Im Vergleich betrug das durchschnittliche Nettogesamtvermögen privater Haushalte auf Basis der EVS 1998 in Westdeutschland 130.533 Euro, in Ostdeutschland 50.004 Euro (Hauser & Stein 2001: 50).

Die Ungleichheit der Verteilung verschiedener Vermögensarten unterscheidet sich deutlich voneinander. Stein kommt in seiner personenbezogenen Auswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) für das Jahr 1998 zu dem Ergebnis, dass der Gini-Koeffizient für das Nettogeldvermögen 0,652, für das Nettoimmobilienvermögen hingegen 0,718 beträgt (Stein 2004: 214). Das Immobilienvermögen ist also ungleicher verteilt als das Geldvermögen.⁸¹

80 Der Wert des Nettogesamtvermögens des Haushaltssektors auf Basis des SOEP ist unter Vorbehalt – mit dem Hinweis auf das verwendete Mittelwertimputationsverfahren – zu betrachten.

81 Das gilt sowohl für Ost- als auch für Westdeutschland, obwohl die Vermögensstrukturen sich in beiden Landesteilen historisch bedingt noch stark unterscheiden.

5.3 Verbreitung von Immobilienbesitz und Geldvermögen

5.3.1 Immobilienbesitz

Das im SOEP 2002 ermittelte Gesamtvermögen privater Haushalte setzt sich aus verschiedenen Vermögensarten zusammen. Den größten Anteil hat dabei mit mehr als 70 Prozent des Volumens das Immobilienvermögen. Das restliche Volumen setzt sich zu ungefähr gleichen Teilen aus Geldanlagen, Lebensversicherungen und Betriebsvermögen zusammen (Tabelle 5.2).

Der Anteil der Immobilienbesitzer ist in den oberen Vermögensgruppen wesentlich größer. Entsprechend verfügte 1988 weniger als ein Zehntel der Haushalte mit einem Vermögen unter 30.000 Euro über Haus- und Grundbesitz, jedoch neun Zehntel derjenigen mit 200.000 Euro und mehr (Tabelle 5.3). Auch 2002 ist der Anteil der Haushalte mit Haus- und Grundbesitz im obersten Vermögensquintil am höchsten; im Durchschnitt liegt er bei 40 Prozent (Tabelle 5.4).

Auf der Grundlage des Alters-Survey können wir genauer auf die Vermögensverhältnisse der 40- bis 85-jährigen Bevölkerung eingehen. Weitaus mehr als die Hälfte der 40- bis 85-Jährigen besitzt ein Haus oder eine Wohnung (Tabelle 5.5). Die Eigentümerquote der 70- bis 85-Jährigen liegt dabei deutlich tiefer als die der 40- bis 69-Jährigen.

In den alten Bundesländern verfügen zwei Drittel der Bevölkerung in der zweiten Lebenshälfte über Immobilien, im Osten jedoch weniger als die Hälfte. Im Zeitvergleich nimmt das Gefälle der Eigentümerquote zwischen Ost- und Westdeutschland ab, da der Anteil der Immobilienbesitzer in Ostdeutschland steigt.

Für die gesamte Bevölkerung, d.h. über alle Altersgruppen hinweg betrachtet, ergeben sich aus der EVS 1998 folgende Zahlen: Der Anteil der Haushalte mit Immobilienbesitz an allen privaten Haushalten beträgt in Westdeutschland 49 Prozent und in Ostdeutschland 34 Prozent. Insgesamt besitzen also nur ein Drittel aller Ostdeutschen, aber die Hälfte aller westdeutschen Haushalte Immobilien (Stein 2004: 163).

Zusätzlich zeigt Tabelle 5.5, dass der Immobilienbesitz schichtspezifisch verteilt ist. Je höher die Bildung der Befragten, desto wahrscheinlicher verfügen sie oder ihre

(Ehe-)Partner über Immobilienvermögen. 2002 ist die Schichtung nach Bildung noch ausgeprägter.⁸²

Im Alters-Survey wurde auch die Art des Immobilienbesitzes erhoben, und zwar: „Einfamilienhaus, Reihenhauses, Doppelhaushälfte o.ä.“, „Mehrfamilienhaus“, „Wohnung“, „Ferienhaus, Ferienwohnung“ oder „Anderes Grundstück“, wobei Mehrfachantworten möglich waren. Die überwiegende Mehrheit der Immobilienbesitzer hat Häuser (Tabelle 5.6). Unterschiede nach sozioökonomischen Merkmalen zeigen sich insbesondere beim Besitz von Wohnungen. Ostdeutsche besitzen deutlich seltener eine Wohnung als Westdeutsche. Akademiker besitzen doppelt so häufig Wohnungen wie Hauptschüler. Letzteres gilt auch für Ferienhäuser oder -wohnungen.

Zwar wurde im Alters-Survey der Wert des Immobilienvermögens nicht erhoben. Durch die Mehrfachnennungen sind aber zumindest grobe Aussagen über die Höhe des Immobilienvermögens möglich: Wer ein Haus und eine weitere Immobilie besitzt, verfügt wahrscheinlich über ein höheres Immobilienvermögen als Personen, die „nur“ eine Wohnung besitzen. In Tabelle 5.7 sind die häufigsten Konstellationen des Immobilienbesitzes für das Jahr 2002 zusammengefasst. Nur ungefähr vier Prozent aller Immobilienbesitzer haben demnach ein Haus und zusätzlich noch eine Wohnung, ebenfalls ungefähr vier Prozent ein Mehrfamilienhaus und eine weitere Immobilie. Im Westen ist Mehrfachbesitz häufiger. Allerdings kann nicht geklärt werden, ob Befragte mehrere Immobilien einer bestimmten Art besitzen. Drei Viertel der ostdeutschen Immobilienbesitzer verfügen über ein Haus. Ostdeutsche Immobilienbesitzer haben damit häufiger Häuser als Westdeutsche, seltener Wohnungen, seltener verschiedene Arten von Immobilien und aller Wahrscheinlichkeit nach auch seltener mehrere Immobilien im Besitz.

5.3.2 Schulden aus dem Erwerb von Immobilienbesitz

Da Fragen zu Schulden aus dem Erwerb von Immobilien erst 2002 in den Fragebogen des Alters-Survey aufgenommen wurden, können wir keinen Zeitvergleich zwischen den Querschnitten durchführen. Leider sind über den Gesamtwert des

82 Ohne Kontrolle von Drittvariablen wie z.B. Alter bzw. Kohorte kann daraus jedoch nicht auf eine Zunahme der Vermögensungleichheit geschlossen werden.

Immobilienvermögens auch 2002 keine Angaben erhoben worden. Die Tabelle 5.8 weist die Ergebnisse von 2002 für alle Immobilienschulden sowie für Immobilienschulden ab 51.129 Euro aus.⁸³

Zwei Fünftel der Immobilienbesitzer sind verschuldet. Immerhin knapp ein Fünftel aller Immobilienbesitzer haben noch Schulden in Höhe von mindestens 51.129 Euro. Männer sind häufiger verschuldet als Frauen, und die Verschuldung nimmt mit dem Alter ab, weil im hohen Alter selten neue Immobilien erworben werden und die Immobilien, die in früheren Lebensphasen erworben wurden, häufiger abgezahlt sind. Ost- und Westdeutsche sind in etwa gleich häufig verschuldet; unter Berücksichtigung der Höhe der Schulden zeigt sich jedoch, dass der Anteil derjenigen, die hoch verschuldet sind, in Ostdeutschland wesentlich geringer ist. Akademiker sind nicht nur am häufigsten Immobilienbesitzer, sondern auch durchschnittlich höher verschuldet als Nichtakademiker. Dies dürfte mit mehreren Faktoren zu erklären sein; beispielsweise sind Akademiker jünger als der Durchschnitt der Befragten, vielleicht können sie durch die Immobilienschulden aber auch stärker von Steuerersparnissen profitieren. Knapp die Hälfte der verschuldeten Immobilienbesitzer hat Schulden unter 51.129 Euro, die andere Hälfte hat Schulden im Wert von 51.129 Euro und mehr, nur sehr wenige haben Schulden über 255.646 Euro (Tabelle 5.9).

5.3.3 Bruttogeldvermögen

Geldvermögen macht wie erwähnt einen geringeren Teil des Gesamtvermögens aus als Immobilienvermögen, ist jedoch in anderer Hinsicht – etwa Liquidität – von großer Bedeutung. Dabei gilt es zu beachten, dass verschiedene Anlageformen unterschiedlich leicht abrufbar und unterschiedlich risiko- und renditereich sind. Aktien, Lebensversicherungen und Sparbücher sind wichtige Beispiele für Anlageformen und haben möglicherweise ganz unterschiedliche Bedeutungen für die Alterssicherung und das Sparen. Weil die Fragestellung des Alters-Survey jedoch nicht nach Anlageformen differenziert, können wir auf dieser Datengrundlage nur das Geldvermögen allgemein betrachten. Im Alters-Survey wird das Bruttogeldvermögen direkt erfragt.

83 Von allen, die Schulden aus dem Erwerb von Immobilien haben, gaben auch 93 Prozent die Höhe der Schulden an.

1996 und 2002 machten jeweils ein Zehntel der Befragten keine Angaben, zwei Zehntel der Befragten haben kein oder sehr wenig Geldvermögen.

Die große Mehrheit der Bevölkerung (vier von fünf Befragten) verfügt über Bruttogeldvermögen (Tabelle 5.10). Dabei sind sehr große Geldvermögen eher selten. Mehr als 80 Prozent der Befragten, die Angaben zum Vermögen gemacht haben, verfügen über weniger als 51.129 Euro oder haben überhaupt kein Geldvermögen (Tabelle 3.13). Allerdings ist bekannt, dass Verweigerungsrate und Höhe des Vermögens positiv korreliert sind und insbesondere die Häufigkeit großer Vermögen in Umfragen deshalb untererfasst wird. Deutliche Unterschiede im Geldvermögensbesitz finden sich nach der Bildung (Tabellen 5.10 und 5.11). Sowohl die Wahrscheinlichkeit, überhaupt über Geldvermögen zu verfügen, als auch die durchschnittlich gehaltene Geldvermögenssumme steigen mit dem Bildungsgrad der Befragten. Befragte der untersten Bildungskategorie haben 2002 durchschnittlich nur 23.000 Euro, während Befragte mit höchster Bildung durchschnittlich über fast 65.000 Euro verfügen.⁸⁴ Ostdeutsche verfügen durchschnittlich über deutlich geringere Geldvermögenswerte als Westdeutsche (Tabellen 5.10 und 5.12). Während der Anteil der Ostdeutschen, die über Geldvermögen verfügen, zwischen 1996 und 2002 gesunken ist, verfügen diejenigen Ostdeutschen, die Geldvermögen haben, 2002 durchschnittlich über eine höhere Summe.

Männer besitzen häufiger Geldvermögen und insbesondere durchschnittlich höhere Summen (Tabellen 5.10 und 5.13). Dies entspricht den Erwartungen, da das männlichen Ernährermodell gerade für die betrachteten Kohorten noch die Norm war: Hauptsächlich waren Männer erwerbstätig, verdienten und verfügten über das Haushaltseinkommen. „Kehrseite“ dieses Musters ist, dass Männer häufiger verschuldet sind (Tabelle 5.8). Auffällig ist angesichts dieses Ungleichgewichtes, dass Männer und Frauen gleich häufig Immobilienvermögen angeben. Möglicherweise

84 Im Vergleich zum ersten Armuts- und Reichtumsbericht sind die Mittelwerte des Geldvermögens aus dem Alters-Survey sehr hoch. 1998 (EVS) verfügten die westdeutschen Haushalte durchschnittlich über 71.100 und die ostdeutschen privaten Haushalte über 31.900 Mark (Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung 2001: 45). Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Alters-Survey mehr als reines Geldvermögen, nämlich unter anderem Sparbücher, Bausparverträge, Lebensversicherungen, Wertpapiere und Wertgegenstände, also möglicherweise auch Sachvermögen einschließt, und die 40- bis 85-Jährigen durchschnittlich über höhere Vermögen verfügen als die Gesamtbevölkerung.

wird das Geldvermögen häufiger als ein Immobilienbesitz allein einer Person zugerechnet.

Im Schnitt ergibt sich für die im Alters-Survey repräsentierten deutschen Privathaushalte mit positivem Bruttovermögen ein durchschnittlicher Betrag von gut 40.000 Euro.⁸⁵ Dabei ist jedoch zu beachten, dass ein nicht unbedeutender Teil der Bevölkerung über gar kein Vermögen verfügt. Frauen sind in den höheren Vermögensklassen seltener anzutreffen (Tabelle 5.13). Hinsichtlich des Alters zeigt sich auch in dieser Perspektive, dass nicht die Ältesten über das höchste Vermögen verfügen (Tabelle 5.14, siehe auch Tabelle 5.10). Dies deutet auf den bereits mehrfach erwähnten Kohorteneffekt hin. Auch Stein zeigt mit den Daten der EVS (aus datentechnischen Gründen jedoch nur für die 45- bis 60-Jährigen), dass das Nettovermögen der jüngeren Kohorten durchgängig höher liegt als das der älteren, wenn man sie zu einem vergleichbaren Alterszeitpunkt betrachtet (Stein 2004: 305).

Schlomann verweist in diesem Zusammenhang auch auf den höheren Wert der Immobilienvermögen: „Die durchschnittlichen Vermögensbestände verschiedener Altersklassen werden zu einem Teil durch Kohorteneffekte beeinflusst. Obwohl in der Bundesrepublik Deutschland alle Altersklassen eine positive Sparquote besitzen, steigen die durchschnittlichen Vermögensbestände der Haushalte mit zunehmendem Alter des Haushaltsvorstands stark an, während Haushalte mit einer 65-jährigen oder älteren Bezugsperson über geringere Bestände verfügen als diejenigen mit einem Haushaltsvorstand der nächstniedrigeren Altersklasse. Einen wesentlichen Anteil hieran hat der Wert vorhandenen Immobilienvermögens, dessen Besitzerquote für alte Haushalte nur einen unterdurchschnittlichen Wert erreicht. Diese Beobachtung kann aber nicht als Ausdruck einer Verhaltensweise der Haushalte entsprechend der Lebenszyklustheorie interpretiert werden“ (Schlomann 1992: 293).

Die Streuung der Verteilung der Geldvermögen ist im Osten niedriger als im Westen, es gibt im Osten kaum große Geldvermögen über 255.646 Euro (Tabelle 5.12). Die Struktur der Vermögensverteilung ist in beiden Landesteilen dennoch sehr ähnlich.

85 In die Berechnung der durchschnittlichen Geldvermögen gehen nur die Fälle ein, die ein positives Bruttovermögen angegeben haben; Personen, die kein Vermögen angaben, sind in der Berechnung nicht mitberücksichtigt.

Die Veränderung zwischen 1996 und 2002 könnte als Hinweis auf einen Trend zur langfristigen Angleichung hinweisen.

5.3.4 Schulden und Konsumentenkredite

Neben dem Bruttogeldvermögen spielt auch die Verschuldung der privaten Haushalte eine wichtige Rolle in der Beurteilung der Vermögenslage. In diesem Abschnitt werden die Verbreitung und der Umfang von Schulden dargestellt, die nicht aus dem Erwerb von Immobilien resultieren. Diese werden im Folgenden als ‚sonstige Schulden‘ bezeichnet.

Die überwiegende Mehrheit der 40- bis 85-Jährigen ist in dieser Hinsicht schuldenfrei (Tabelle 5.15) – nur ein Fünftel der Bevölkerung hat solche Schulden. Diese sind in den höheren Altersgruppen zunehmend seltener, wahrscheinlich werden im höheren Alter zunehmend weniger große Investitionen getätigt. Dies kann auch als Hinweis auf den Wunsch gesehen werden, den Nachkommen etwas hinterlassen zu können. Wie bei den Schulden aus dem Erwerb von Immobilien sind auch bei diesen sonstigen Schulden Männer häufiger verschuldet als Frauen, Akademiker häufiger als Personen mit geringerer Bildung. Anders als bei den Schulden aus dem Erwerb von Immobilien sind jedoch Ostdeutsche häufiger verschuldet als Westdeutsche, was wahrscheinlich auf Unterschiede im Konsumverhalten nach der Wende hinweist.

Vergleicht man die Immobilienschulden 2002 mit den sonstigen Schulden 2002, so zeigt sich, dass Immobilienschulden nicht nur weiter verbreitet, sondern auch durchschnittlich wesentlich höher sind. Wie oben gezeigt, hat die Hälfte der verschuldeten Immobilienbesitzer Schulden von 51.129 Euro. Sonstige Schulden von 51.129 Euro und mehr haben 2002 jedoch nur gut zehn Prozent (Tabelle 5.16).

Durch Verrechnung von (positivem) Bruttogeldvermögen und (negativen) sonstigen Schulden lässt sich ein Nettogeldvermögen errechnen (Tabelle 5.17). Es zeigt sich, dass sich zu beiden Befragungszeitpunkten nur etwa die Hälfte derjenigen, die angaben, sonstige Schulden zu haben, auch „netto“ verschuldet war. Auf der anderen Seite reicht das Bruttogeldvermögen von gut neun (1996) bzw. sieben Prozent (2002) nicht aus, ihre sonstigen Schulden aufzuwiegen.

5.3.5 Zusammenhang von Immobilienvermögen und Geldvermögen

Wie oben bereits dargestellt, ist das Haus-, Wohnungs- und Grundstückseigentum in der Bevölkerung ungleicher verteilt als Geldvermögen. Würden wir nur Geldvermögen analysieren, würde das Ausmaß der Vermögensungleichheit unterschätzt. Obwohl die Immobilienwerte im Alters-Survey nicht erhoben sind, ist aus der Literatur bekannt, dass Immobilienvermögen einen Großteil des Gesamtvermögens ausmachen: In Westdeutschland hat das Nettoimmobilienvermögen einen Anteil von mehr als 70 Prozent am Nettogesamtvermögen (Stein 2004: 160). Der Zusammenhang von Immobilien- und Geldvermögen lässt sich mit dem Alter-Survey zumindest in groben Zügen charakterisieren.

Der Besitz von Immobilien ist erwartungsgemäß stark mit dem Nettogeldvermögen korreliert (Tabelle 5.18). Insgesamt besitzen 80 Prozent der 40- bis 85-Jährigen Geld- und 60 Prozent Immobilienvermögen. Mit zunehmenden Nettogeldvermögen steigt der Anteil an Immobilieneigentümern (Tabelle 5.18). Der Anteil derjenigen, die Haus-, Wohnungs- oder Grundstückseigentum haben, ist in der Gruppe der Verschuldeten höher als in der Gruppe derjenigen, die kein Geldvermögen besitzen. Da die Frageformulierung ausdrücklich die Nichtberücksichtigung von Schulden aus dem Erwerb von Immobilienvermögen erwähnte, dürfte dies eine Indiz dafür sein, dass Immobilien oft als Sicherheit für Schulden eingesetzt werden. Allerdings könnten die angegebenen Schulden indirekt mit dem Erwerb von Immobilienvermögen zusammenhängen, z.B. aufgrund von Folgekosten.

Mit steigendem Bruttogeldvermögen steigt auch die Wahrscheinlichkeit, eine Immobilie zu besitzen (Tabelle 5.19). Die Nichtberücksichtigung von sonstigen Schulden führt nur im unteren Bereich der Vermögensverteilung zu minimalen Veränderungen.

5.4 Vermögensbestände von Erben

Da Erbschaften dem Vermögen der Begünstigten zufließen, ist zu erwarten, dass Erben durchschnittlich über höhere Vermögen verfügen als Nicht-Erben.⁸⁶ Zugleich ist die Wahrscheinlichkeit, eine Erbschaft zu erhalten, für Wohlhabendere höher, d.h. Erben besitzen wahrscheinlich nicht erst nach der Erbschaft mehr als Nicht-Erben, sondern sie hatten schon vor der Erbschaft durchschnittlich höhere Vermögen. Dies ist allerdings mit den vorliegenden Daten kaum zu rekonstruieren.

Betrachten wir zunächst nur die Differenzen zwischen Erben und Nicht-Erben auf Haushaltsebene. In den Erbenhaushalten befindet sich nach den Daten des SOEP mehr als ein Drittel des Gesamtvermögens (Tabelle 5.2). Ein Großteil der Haushalte mit Erbschaften fällt erwartungsgemäß in die Gruppe der Haushalte mit höheren Vermögensbeständen. Lediglich zwei Prozent der Haushalte ohne Vermögen haben im Jahr 1988 eine Erbschaft angegeben, in den vermögenden Haushalten treten Erbschaften häufiger auf und sie erhalten auch höhere Erbsummen (Tabelle 5.3). Dieser Zusammenhang zeigt sich auch im Jahr 2002 (Tabelle 5.4). Von den wohlhabendsten 20 Prozent der Haushalte haben demnach rund ein Drittel Erbschaften erhalten, bei geringeren oder gar keinem Vermögen liegt dieser Anteil deutlich darunter.

Die Tabelle 5.23 weist die Verteilung des z.T. aus den Angaben von SOEP für den Alters-Survey generierten Nettogesamtvermögens für alle Paare des Alters-Survey getrennt für Erben und Nicht-Erben aus (vgl. hierzu Fußnote 29 sowie Abschnitt 6.1.2). Das Nettogesamtvermögen der Erben ist erwartungsgemäß durchschnittlich höher als das der Nicht-Erben. Fast 80 Prozent der Erben des Alters-Survey, aber nur die Hälfte derjenigen ohne bisherige Erbschaft haben Immobilien (Tabelle 5.20). Natürlich muss auch dieser Zusammenhang einer Prüfung mit multivariaten Verfahren unterzogen werden, denn die Vermutung liegt nahe, dass der Zusammenhang hier – bedingt durch das höhere Durchschnittsalter der Erben – stärker scheint, als er es in Wirklichkeit ist. Erbschaften können sich unmittelbar auf den Immobilienbesitz auswirken, durch das Erben einer Immobilie, aber auch indirekt, indem ererbtes

86 Die folgenden Ergebnisse zu den Unterschieden zwischen Erben und Nicht-Erben sind mit der Einschränkung zu interpretieren, dass sowohl die zum Zeitpunkt der Befragung als Nicht-Erben klassifizierten wie auch die Erben in Zukunft noch (weitere) Erbschaften erhalten können.

Vermögen den Erben ermöglicht, eine Immobilie zu erwerben. Im Querschnitt kann nicht geklärt werden, welche Bedeutung diesen Mustern jeweils zukommt. Lauterbach und Lüscher erläutern dies bei ihrer Analyse des SOEP: „Eine Erbschaft im mittleren und sogar selbst im späteren Lebensalter beeinflusst den Lebensverlauf der Erben deutlich, indem die Wahrscheinlichkeit steigt, noch eine Immobilie zu erwerben oder in die vererbte Wohnung zu ziehen. Höhere Einkommensgruppen, die eher die Möglichkeit haben, eine Erbschaft zu erhalten, verwenden diese mutmaßlich eher für den Kauf einer (weiteren) Immobilie als niedrige Einkommensgruppen“ (Lauterbach & Lüscher 1996: 66).

Tabelle 5.22 zeigt, dass innerhalb der Gruppe der Erben zudem ein positiver Zusammenhang zwischen Erbschafts- und der Bruttogeldvermögenshöhe besteht. Auch diese Befunde deuten darauf hin, dass der Erhalt von Erbschaften die Vermögensausstattung der Personen maßgeblich beeinflusst, entweder, indem die Person sich durch Erhalt der Erbschaft durchschnittlich besser stellt, oder indem die Personen Erbschaften erhalten, die schon besser gestellt sind.

Die deskriptiven Ergebnisse legen die Schlussfolgerung nahe, dass Erbschaften zu einer Verstärkung der Ungleichverteilung der Vermögen in der Empfängergeneration beitragen. Dies ist der Fall, weil erstens nur ein Teil der Bevölkerung überhaupt eine Erbschaft macht und zweitens dieser durch Erbschaften begünstigte Teil der Bevölkerung auch derjenige ist, der an sich schon über höhere Vermögen (wahrscheinlich auch bereits ohne diese Vermögen aus Erbschaften) verfügt. Schon Schlomann wies darauf hin, dass die konzentrationsverstärkende Wirkung der Erbschaften umso stärker sein wird, „je enger die Höhe der Erbschaften positiv mit der Vermögenshöhe des Haushalts ohne Einbeziehung der Erbschaft korreliert“ (Schlomann 1992: 261). Wenn also umgekehrt Haushalte mit höheren Vermögen nicht nur eine höhere Erbschaftswahrscheinlichkeit haben, sondern auch mit großer Wahrscheinlichkeit höhere Summen erben, dann ist davon auszugehen, dass sich die Konzentration der Vermögen bei alleiniger Betrachtung der Erbengeneration verstärkt.

6 Der Einfluss von Erbschaften auf das Vermögen

Welche Bedeutung kommt den Erbschaften für die Vermögensbildung der Haushalte zu und wie wirken sie sich auf die Verteilung der Vermögen aus? Die Erbschafts-Vermögens-Relation gibt Aufschluss darüber, welchen Teil ihres heutigen Vermögens die Erben als Nachlass erhalten bzw. welchen Teil sie selbst erwirtschaftet haben (vgl. Abschnitt 6.1). Die differenzierte Betrachtung der Erbschafts-Vermögens-Relation nach sozioökonomischen Haushaltsgruppen liefert des weiteren Erkenntnisse dazu, ob Erbschaften für alle Gruppen gleich bedeutend oder aber die relativen Anteile der Erbschaften am Vermögen je nach Ausgangssituation unterschiedlich groß sind.

Die Auswirkung des Erbschaftsgeschehens auf die Vermögensverteilung wird auf Basis des SOEP anhand einer Modellrechnung, die einen Wegfall der Erbschaften simuliert, untersucht (vgl. Abschnitt 6.2). Der Vergleich der Verteilung des Nettogesamtvermögens einschließlich Erbschaften mit derjenigen nach hypothetischem Abzug („Konfiskation“) der Erbschaften wird anhand von Verteilungsmaßen wie z.B. dem Gini-Koeffizienten (vgl. Anhang C) durchgeführt.

In der Längsschnittbetrachtung wird geklärt, ob Vermögensübertragungen durch Erbschaften in der Regel in Haushalten anfallen, die schon vorher ein beträchtliches Vermögen aufgebaut haben, oder ob diese Erbschaften selber der Ausgangspunkt für eine Vermögensbildung sind (vgl. Abschnitt 6.3).

6.1 Erbschafts-Vermögens-Relation

Welchen Teil ihres heutigen Vermögens haben die Erben selbst erwirtschaftet und welchen Teil geerbt? Eine Erbschafts-Vermögens-Relation, wie sie für Deutschland erstmals Schlomann mit dem SOEP 1988 berechnet hat (Schlomann 1992: 263ff), gibt den durchschnittlichen Anteil des geerbten Vermögens am Gesamtvermögen an und kann auf diese Frage eine erste Antwort geben. Schlomann weist einen Quotienten in Höhe von 5,89 aus (Schlomann 1992: 264). „Der Vergleich des durchschnittlichen Werts der Erbschaft-Vermögens-Relation zeigt, daß für jede Teilgruppe ein Wert

ermittelt wird, der deutlich über Eins liegt; die Erbschaften der Vergangenheit machen damit im Durchschnitt ein Mehrfaches des aktuell vorhandenen und angegebenen Nettovermögens aus“ (Schlomann 1992: 263). Durchschnittlich wären Erbschaften demgemäß mehr als fünfmal höher als die danach vorhandenen Vermögen.⁸⁷ Es ist aber wenig plausibel, dass die Mehrheit der Haushalte in der Vergangenheit ein Vielfaches ihres heutigen Vermögens verzehrt hat.

Die internationale Literatur kommt denn auch zu ganz anderen Werten. Diese unterscheiden sich unter anderem danach, ob neben Erbschaften auch Transfers *inter vivos* einbezogen werden und ob für die Erbschaften eine Kapitalisierung (Verzinsung) angenommen wird, bleiben aber in allen Fällen deutlich unter Eins. Gemäß den Berechnungen von Wolff für die USA betrug der Anteil der Transfers am Vermögen für das Jahr 1989 knapp 30 Prozent und sank im Jahr 1998 auf knapp 20 Prozent (vgl. Wolff 2003). Abbildung 6.1 gibt einen Überblick über weitere Studien, die den Anteil der Transfers – in der Regel mit Hilfe von Simulationen – zu bestimmen versuchten.⁸⁸

Auch neuere Ergebnisse für Deutschland widersprechen den Befunden von Schlomann und kommen zu plausibleren Quotienten von weniger als Eins. Reil-Held gibt den Anteil der Erbschaften am Gesamtvermögen – ebenfalls auf Basis des SOEP 1988 – mit 34 Prozent an (Reil-Held 2002: 97). Eine Untersuchung des ZEW (Mannheim) auf Basis des SOEP 2002 kommt zum Ergebnis, dass der durchschnittliche Anteil der Erbschaften am Nettogesamtvermögen für Erbenhaushalte bei rund 40 Prozent liegt, wobei hier nur Personen und Haushaltsvorstände im Alter von 30 bis unter 50 Jahren berücksichtigt sind (Westerheide 2004).⁸⁹

87 Aufbauend auf diesem Befund diskutiert der Autor auch die Möglichkeit, Erbschaften könnten die Ungleichheit der Vermögensverteilung vergrößern. Besonders Haushalte mit hohem selbst erworbenen Vermögen könnten eine Erbschaft dazu nutzen, dieses Vermögen zu vermehren, während Haushalte mit keinem oder wenig Vermögen eine Erbschaft eher verwenden würden, Konsumwünsche zu befriedigen oder Schulden zu tilgen. Schlomann selbst prüft diese These aber nicht (vgl. Schlomann 1992).

88 Eine ausführliche Diskussion der Verfahren und Ergebnisse der Forschungsliteratur geben Gale und Potter (2003).

89 Westerheide schätzt auch den Einfluss von Erbschaften auf die Vermögensakkumulation anhand von Querschnittregressionen und kommt zum Schluss, dass die Sparquote bei erhaltenen Transfers 80 Prozent beträgt. Die Sparneigung von Haushalten mit geringem Ausgangsvermögen ist

Abb. 6.1: Studien zum Anteil der Vermögenstransfers am Gesamtvermögen

Author	Country	Share of Transfer Wealth	
		Without Interest	Capitalized
Kotlikoff & Summers (1981)	USA	40% Intergenerational Transfers	52% Intergenerational Transfers
Kotlikoff & Summers (1981)	USA	-	26,3% Bequests
Modigliani (1988)	USA	20%	-
Hurd & Mundaca (1989)	USA	11% Bequests	20% Bequests
Gale & Scholz (1994)	USA	-	31% Bequests
Davies & St. Hilaire (1987)	Canada	35% Bequests	53% Bequests
Kessler & Masson (1989)	France	35% Bequests	46% Bequests
Masson (1986)	France	40% Bequests	50-55% Bequests
Guiso & Jappelli (1995)	Italy	20,2% Bequests	29,5% Bequests
Reil-Held (1999)	Germany	24-25% Bequests	35% Bequests

Quelle: Reil-Held (1999: 52).

6.1.1 Erbschafts-Vermögens-Relation im Jahr 1988

Der Erbschafts-Vermögens-Relation ist zu entnehmen, zu welchen Teilen sich das Vermögen je Haushalt aus Erbschaften und aus selbst gebildetem Vermögen zusammensetzt.⁹⁰ Die ausgewiesene durchschnittliche Erbschafts-Vermögens-Relation ist der durchschnittliche Wert der einzelnen Erbschafts-Vermögens-

dabei wesentlich höher als bei Haushalten mit hohem Ausgangsvermögen (vgl. Westerheide 2004).

90 In die Analysen gehen nur die Haushalte ein, von denen Angaben zu ihrem Vermögen und zur Erbschaftshöhe vorliegen, deshalb ist die Analyse selektiv (vgl. Anhang D). Die Verteilung der Erbschaftshöhen derjenigen, die einen positiven Wert auf der Nettogesamtvermögensvariable haben, unterscheidet sich nur geringfügig von der Verteilung der Erbschaftshöhen über alle Erbenhaushalte. Da es bei denen, die auch ein positives Nettogesamtvermögen angegeben haben, nur minimal mehr höhere Erbschaften gibt, wird der Einfluss der Erbschaften in der Erbschafts-Vermögens-Relation nicht überschätzt, insbesondere dann nicht, wenn man auch von einer Untererfassung der Vermögen ausgeht.

Relationen⁹¹, also des Quotienten, der sich für jeden Erbenhaushalt aus dem Verhältnis seiner in der Vergangenheit erhaltenen Erbschaften zu seinem aktuellen Nettovermögen ergibt.⁹²

Die in geschichteter Form vorliegenden Vermögensangaben im SOEP 1988 wurden metrisiert, indem der niedrigste Skalenwert des Schichtungsintervalls (Modell 1, Tabelle 6.1) oder der höchste Skalenwert (Modell 3, Tabelle 6.2) oder der Mittelwert der jeweiligen Kategorie (Modell 2, Tabelle 6.3) als Nettovermögen eingesetzt wird.⁹³ Ergänzend wurden aus den Vermögensangaben 2002 die Mittelwerte für die jeweiligen Schichtungsintervalle 1988 errechnet (Modell 4, Tabelle 6.4).⁹⁴

Die Erbschaften der Vergangenheit machen im Durchschnitt zwischen 88 Prozent (Tabelle 6.1) und 41 Prozent (Tabelle 6.2) des aktuellen Nettovermögens aus; die an die Vermögensdaten aus 2002 angelehnte Schätzung liegt bei 70 Prozent (Tabelle 6.4). Die Ergebnisse lassen erkennen, dass bei den Selbständigen der geerbte Vermögensanteil geringer ist als bei den übrigen Erwerbstätigen. Ein systematischer Zusammenhang mit dem Haushaltseinkommen existiert dagegen nicht (Tabellen 6.1 bis 6.4).

Wir erzielen im Gegensatz zu Schlomann (1992) – und in Übereinstimmung mit dem Großteil der Literatur – durchschnittliche Erbschafts-Vermögens-Quotienten unter Eins. Die Zahlen von Schlomann würden bedeuten, dass ein großer Teil des durch

91 Die durchschnittliche Erbschafts-Vermögens-Relation ist anfällig für Ausreißer insbesondere in Fällen, in denen wesentliche Teile des geerbten Vermögens offensichtlich bereits aufgezehrt wurden oder hohen Belastungen aus Krediten/Hypotheken gegenüberstehen.

92 Wir weisen nicht einfach das Verhältnis der durchschnittlichen Erbsumme zum durchschnittlichen Nettogesamtvermögen aus, sondern berechnen für jeden Haushalt ein solches Verhältnis, das dann über alle Haushalte aufsummiert und durch ihre Anzahl geteilt wird. Somit liegt nicht nur die Mittelwertinformation, sondern auch die Streuungsinformation vor. Für die Haushalte werden ggf. Personenmerkmale des Haushaltvorstands übernommen (z.B. Alter oder Bildung).

93 Für die nach unten offene niedrigste Ausprägung der Skala (unter 20.000 DM) wurde die Hälfte der Obergrenze angenommen. In der nach oben offenen höchsten Kategorie wurde der Ausgangswert verdoppelt.

94 Modell 4 weist die Vermögensbeträge der Haushalte im Jahr 1988 als Mittelwerte der entsprechenden Schichtungsintervalle (aus 1988) der aggregierten Haushaltsvermögen aus dem Jahr 2002 aus. Dies ist möglich, da die Höhe des Vermögenswertes der Personen 2002 als offener Betrag abgefragt wurde. Die Vermögensbeträge aus dem Jahr 2002 beschränken sich zur Vergleichbarkeit auf die Stichproben A (Westdeutschland) und B (Gastarbeiter in Westdeutschland) und wurden mit dem Faktor 0,736 deflationiert.

Erbschaft zugeflossenen Vermögens zum Zeitpunkt der Befragung 1988 bereits verzehrt bzw. an andere Haushalte weitergegeben wäre. Dies trifft aber nur für eine Minderheit der Haushalte zu, denn die Erbsummen übersteigen die Vermögenswerte nur in weniger als einem Fünftel aller Fälle (Tabelle 6.5).

Allerdings muss berücksichtigt werden, dass hier Vermögenswerte zu unterschiedlichen Zeitpunkten verglichen werden, denn die Erbsummen sind nicht preisbereinigt. Werden sie inflationiert, wird also der heutige Wert der Erbschaft mit dem heutigen Vermögensbestand ins Verhältnis gesetzt, steigt die Erbschafts-Vermögens-Relation entsprechend – umso mehr, je länger die Erbschaften zurückliegen.

Offen bleibt, welchen Teil der Erbschaft der Erbe zum Zeitpunkt der Befragung noch besitzt, mit andern Worten, welchen Teil er gespart oder konsumiert hat. Da die Sparquote auf die erhaltenen Transfers unbekannt ist, sagt die Erbschafts-Vermögens-Relation allein wenig über die relative Bedeutung der Transfers zur Vermögenshöhe der Empfänger vor Erhalt der Transfers aus (Westerheide 2004: 15ff). Haben die Erben die Erbschaft komplett gespart, so kann z.B. aufgrund von Vermögenseinkünften ein wesentlich größerer Teil ihres heutigen Vermögens auf diese Erbschaft zurückgehen, als der Vergleich des damaligen Wertes der Erbschaft mit dem heutigen Vermögensbestand vermuten lässt. In diesem Fall würden wir die Bedeutung der Erbschaften unterschätzen. Haben die Erben ihre Erbschaft aufgebraucht, kann es zu einer Überschätzung kommen, denn in einem solchen Fall kann der heutige Vermögensbestand um ein Vielfaches unter dem Wert der damaligen Erbschaft liegen.

6.1.2 Erbschafts-Vermögens-Relation im Jahr 1996

Immobilien machen einen weitaus größeren Teil des Gesamtvermögens aus als Bargeld oder Wertpapiere (vgl. Kapitel 5). Die Erbschafts-Vermögens-Relation kann also nicht allein mit Bezug auf das Geldvermögen berechnet werden, sondern muss auch das Immobilienvermögen einbeziehen. Da der Wert des letzteren im Alters-Survey nicht erhoben ist, wird hier die Nettogesamtvermögensvariable herangezogen, die aus Informationen aus dem Alters-Survey und Informationen aus dem SOEP generiert wird (vgl. Tabelle 6.10a).

Auf Basis des Alters-Survey 1996 mit der solcherart ergänzten Vermögensvariable beträgt die durchschnittliche Erbschafts-Vermögens-Relation 0,64 (Tabelle 6.10). D.h. Erben haben durchschnittlich zwei Drittel ihres Vermögens geerbt. Immobilienbesitzer mit Erbschaft haben durch diese durchschnittlich knapp die Hälfte ihres aktuellen Vermögens erhalten, während Erben, die nicht über Immobilienvermögen verfügen, zwar kleinere Erbschaften erhalten haben, die jedoch im Durchschnitt den Wert ihres heutigen Vermögens übersteigen. Wenn man davon ausgeht, dass Immobilienbesitzer durchschnittlich ein höheres Gesamtvermögen besitzen, kann man sagen, dass Erbschaften für weniger Vermögende von größerer Bedeutung für die Vermögensbildung sind als für Wohlhabende.⁹⁵

6.1.3 Erbschafts-Vermögens-Relation im Jahr 2002

Wird die Erbschaftshöhe zum Zeitpunkt des Erbfalls ins Verhältnis gesetzt zum Nettogesamtvermögen des Haushaltes 2002, beträgt die durchschnittliche Relation 0,71 (Tabelle 6.7). Unter Berücksichtigung der Wertsteigerung von Immobilien sowie der Preisbereinigung von Gelderbschaften erhöht sie sich auf 1,13 (Tabelle 6.8). In 85 Prozent der Haushalte ist die Erbschafts-Vermögens-Relation kleiner als Eins; durchschnittlich machen die inflationierten Erbschaften hier nur ein Viertel des Gesamtvermögens aus (Tabelle 6.6). In den Haushalten, in denen die Summe der Erbschaft die des Vermögens übersteigt, wurde bereits ein Teil der Erbschaft verzehrt bzw. an andere Haushalte transferiert.

Die Erbschafts-Vermögens-Relation variiert mit dem Alter des Haushaltsvorstandes.⁹⁶ Erben zwischen 40 und 69 Jahren verfügen über die höchsten durchschnittli-

95 Diesen Zusammenhang findet Wolff auch für die USA: "Another surprising result is that, while both the percentage of households receiving a wealth transfer and the value of those transfers rise almost monotonically with income and wealth class, wealth transfers as a share of household net worth for a given group decline with both income and wealth. In 1998, the present value of wealth transfers amounted to 45 percent of total net worth of the lowest income class and only 18 percent for the highest income class. ... The explanation for this result is that while the dollar value of wealth transfers is greater for wealthier groups, small gifts and bequests mean more to poorer families that receive them" (Wolff 2003: 370). Diese Erklärung gilt allerdings nur, wenn man für die Erbschaften eine einheitliche Spar- bzw. Konsumquote unterstellt.

96 Zu beachten ist freilich, dass es sich nur um das Lebensalter des Haushaltsvorstandes handelt und deshalb nicht zwingend um das Alter der jeweiligen Erben in Mehrpersonenhaushalten.

chen Vermögen, davon machen Erbschaften knapp die Hälfte aus (Tabelle 6.7). Für die 70 und mehr Jahre alten Erben machen bisher erhaltene Erbschaften einen wesentlich größeren Teil ihrer Vermögen aus.

6.1.4 Vergleich der Erbschafts-Vermögens-Relation 1988 und 2002

Auf Basis des SOEP lassen sich die Erbschafts-Vermögens-Relationen der Jahre 1988 und 2002 für Westdeutschland vergleichen. Aus Tabelle 6.9 geht hervor, dass der Anteil der Erbschaften am Nettogesamtvermögen 1988 durchschnittlich 87 Prozent betrug. Dieser Anteil ist bei methodisch vergleichbaren Annahmen auf 79 Prozent im Jahr 2002 gesunken, wobei sich das durchschnittliche Gesamtvermögen gegenüber 1988 mehr als verdoppelt hat, die durchschnittliche Erbschaftshöhe hingegen lediglich um rund 40 Prozent angestiegen ist. Dies ist ein erster Hinweis darauf, dass neben Erbschaften auch andere Gründe zum Vermögenszuwachs privater Haushalte geführt haben.

Die differenzierte Darstellung der Erbschafts-Vermögens-Relation von 1988 und 2002 in Tabelle 6.9 macht deutlich, dass diese – wie in der Analyse mit dem Alters-Survey – in Haushalten mit Haus- und Grundbesitz erheblich niedriger liegt als in Haushalten ohne Immobilienbesitz. Die Nettogesamtvermögen sind in Haushalten mit Haus- und Grundbesitz von durchschnittlich 217.000 Euro im Jahr 1988 auf mehr als 550.000 Euro im Jahr 2002 angestiegen und haben sich somit mehr als verdoppelt; die Erbsummen hingegen haben sich in diesem Zeitraum lediglich von etwas über 100.000 Euro auf knapp 140.000 Euro erhöht. Im Zeitraum von 1988 bis 2002 ist die Relation also deutlich gesunken.

Hinsichtlich der Einkommenslage der Haushalte zeigen sich 1988 keine Unterschiede. 2002 ergibt sich eine Bestätigung des Befundes von Wolff (2003) insofern, als im höchsten Einkommensquintil der Anteil der Erbschaften an den verfügbaren Nettovermögen besonders tief liegt (Tabelle 6.9).

6.2 Veränderung der Vermögensverteilung durch Erbschaften

Wie aus den Auswertungen zum Erbschaftsgeschehen hervorgegangen ist, haben Angehörige höherer Bildungs-, Einkommens- und Vermögensschichten eine höhere Erbchance und erben zudem höhere Beträge (vgl. Kapitel 4). Daraus könnte geschlossen werden, dass die soziale Ungleichheit vor Erbschaften geringer sein müsste als danach, sodass sich hypothetisch durch einen Abzug der Erbschaft vom Vermögen die Ungleichheit verringern ließe.

Dieses Szenario soll durch eine empirische Modellrechnung für das Jahr 2002 auf Basis des SOEP nachgestellt werden. Nach einer Preisbereinigung und Immobilienwertsteigerung der Erbhöhen zum Zeitpunkt der Erhebung des Gesamtvermögens wird durch einen Abzug der Erbsumme vom Gesamtvermögen versucht, eine solche Situation vor dem Erbfall nachzubilden.

Stark annahmebehaftet bleiben die nachstehenden Berechnungen aufgrund folgender Gründe:

- Die Erbschaften können über die Zeit bereits konsumiert worden sein (vgl. Fußnote 45).
- Die Erbschaftshöhen des SOEP sind von den zugrunde gelegten Wertsteigerungen bei Immobilien sowie auch den Inflationsraten für Geldmittel und Immobilien abhängig.
- Zusätzliche erbschaftsbedingte Gewinn- und Vermögenszuwächse – z.B. Gewinnzuwächse des verfügbaren Einkommens aufgrund von Mietfreiheit durch eine übertragene Immobilie oder durch Betriebsüberschüsse – können nicht exakt kalkuliert werden.

Hinzu kommt, dass viele Erbschaften nicht erfasst werden und es nicht ausgeschlossen werden kann, dass Wohlhabende diverse Erbschaften, die ihnen vergleichsweise gering erscheinen, nicht angeben, wohingegen Geringverdiener solche Beträge als hoch erachten und bereitwillig darüber berichten.⁹⁷ Zu bedenken bleibt weiterhin,

97 Um einen eventuell unterschätzten Effekt hoher wie auch länger zurückliegender Erbschaften bei wohlhabenden Haushalten auszuschließen, wurden alle Erbsummen mit einem Zinssatz von zwei Prozent pro Jahr (exponentielle Zinseszinsrechnung) aufsummiert.

dass weder die reichsten Personen noch solche in extremer Armut, wie z.B. Obdachlose, aufgrund der Beschränkungen von freiwilligen Erhebungen im SOEP berücksichtigt werden. Erstere müssten vermutlich den Mittelwert stark nach oben ziehen, letztere würden den Anteil derer, die sich qua Erbschaften „verbessern“ können, reduzieren. Hinzu kommt, dass eine eventuelle Umverteilung durch die gesetzliche Erbschaftsteuer nicht berücksichtigt werden kann. Der „reale“ Effekt der Erbschaften wird demnach selbst mit den beschriebenen Annahmen vermutlich noch immer tendenziell unterschätzt.

Gezielte Rückschlüsse auf Verteilungseffekte sind zudem problematisch, da es entscheidend ist, ob die Erbschaft zur Erhöhung der Vermögensressourcen verwendet wird und nur zu einem geringen Teil in den Konsum fließt, ob die Verhaltensweisen hinsichtlich der Konsumentscheidung schon zu früheren Zeitpunkten von der Erwartung einer Erbschaft bestimmt waren, oder ob die Konsumentscheidung neben dem Einkommen und anderen Variablen auch von der Vermögenshöhe als einer weiteren Einflussgröße determiniert wird und somit mehr oder weniger stark ausgeprägte Wirkungen des Erbschaftserhalts beobachtbar sind (Schloman 1992: 261).

Für die differenziertere Prüfung der Auswirkungen von Erbschaften auf die Vermögensverteilung wurden in einem ersten Schritt auf Basis des SOEP 2002 entsprechende statistische Kennziffern zur Vermögensverteilung erstellt (vgl. Anhang A). In der ersten Spalte von Tabelle 6.11 sind die Gesamtvermögen ausgewählter⁹⁸ Haushalte dargestellt. Mit einem durchschnittlichen Nettogesamtvermögen von 162.759 Euro und einem Median von 46.000 Euro verfügen die privaten Haushalte über ein Gesamtvermögen von 5.723 Milliarden Euro (Tabelle 6.11).

Sämtliche verteilungsbezogenen Indikatoren und Ungleichheitsmaße⁹⁹ verweisen auf einen hohen Grad der Ungleichverteilung der Vermögen in privaten Haushalten. Hierzu zählen u.a. folgende Koeffizienten (Tabelle 6.11): Der Gini-Koeffizient, der mit 0,718 im Vergleich mit der Konzentration der Einkommensverteilung einen mehr als

98 Nicht berücksichtigt werden Haushalte, die entsprechende Fragen zum Vermögen verweigerten (n=339; hochgerechnet in 1.000 n=1.388) und Haushalte mit negativem Gesamtvermögen (n=643; hochgerechnet in 1.000 n=2.172).

99 Da diverse Verteilungsmaße sensibel auf 0 bzw. negative Werte reagieren, wurde nach Abzug der Erbschaften die eher konservative Annahme getroffen, jedem Haushalt einen „symbolischen“ Euro Vermögenshöhe zuzuweisen, dadurch werden die Verteilungsmaße im Niveau gesenkt.

doppelt so hohen Grad der Ungleichheit ergibt, aber auch das Theil'schen Entropiemaße (T_t), das eine hohe Sensibilität auf Veränderungen im hohen Einkommensbereich hat, und der MLD-Indikator T_b , der besonders auf Veränderungen im unteren Einkommensbereich reagiert (vgl. Cowell 2000; Hauser & Wagner 2002).

Die Quintilsbetrachtung in Tabelle 6.11 zeigt, dass die obersten 20 Prozent aller vermögenden Haushalte in Deutschland über 72 Prozent des Nettogesamtvermögens in Deutschland verfügen, die untersten 40 Prozent der Haushalte dagegen gerade einmal über 1,2 Prozent des Vermögens. Die Differenzierung der Erbenhaushalte nach der Zugehörigkeit zu den über alle Haushalte gebildeten Vermögensquintilen verdeutlicht, dass das oberste Quintil unter denjenigen, die schon geerbt haben, doppelt so häufig vertreten ist (40 Prozent), das unterste dagegen seltener (6 Prozent).

In den Nettogesamtvermögen sind diejenigen Zugänge an Vermögen aus allen zurückliegenden Erbschaften enthalten, deren Höhe im Jahr 2001 im SOEP erfragt wurde. In einem zweiten Schritt werden nun diese Vermögenszugänge aus Erbschaften bei allen Haushalten, die über Erbschaften und deren Höhe berichten, vom Vermögen abgezogen. Dieses Vorgehen stellt eine Art Modellrechnung dar, um den Effekt auf die Vermögensverteilung zu prüfen.¹⁰⁰ In der zweiten Spalte der Tabelle 6.11 ist das Ergebnis dieses Abzugs dargestellt. Das durchschnittliche Nettogesamtvermögen aller Haushalte würde sich um etwa 10.000 Euro verringern, der Median würde um 5.000 Euro auf einen Betrag von 41.000 Euro sinken.

Wie wirkt sich der Abzug der Erbsumme nun auf die Vermögensverteilung aus? Im obersten Quintil der Vermögensbesitzer verbleiben noch 33 Prozent der Erben (mit Erbschaften: 40 Prozent), umgekehrt erhöht sich der Anteil der Personen, die aufgrund des Abzuges des Erbes nunmehr dem untersten Vermögensquintil zuzuordnen sind, um 10 Prozentpunkte auf knapp 17 Prozent. Ähnliche Veränderungen stellen sich auch in der Gesamtverteilung der Vermögen aller Haushalte ein. Wäh-

100 Bei den geerbten Immobilienvermögen haben wir eine jährliche Wertsteigerung berechnet und die geerbten Vermögenswerte in Preisen des Jahres 2002 ausgewiesen. Bei geerbten Geldvermögen erfolgen hingegen keine jährlichen „Verzinsungen“, was möglicherweise in einigen Fällen zu einer Unterschätzung des geerbten Vermögens führt. Jedoch sei nochmals daran erinnert, dass keinerlei Informationen darüber vorliegen, inwieweit Teile des geerbten Vermögens bis 2002 bereits „aufgezehrt“, sprich konsumiert worden sind.

rend aus dem obersten Vermögensquintil (von 20 Prozent aller Haushalte) ein Prozent in eine niedrigere Quintilsgruppe wandert, wächst die unterste Quintilsgruppe auf knapp 22 Prozent aller Haushalte. Bedeuten diese Veränderungen jedoch eine Zu- oder Abnahme der Vermögensungleichheit?

Der Gini-Koeffizient als Gesamtindikator der Ungleichheit der Verteilung steigt von 0,717 auf 0,722. Auch die ausgewiesenen Entropiemaße zeigen bei der im unteren Einkommensbereich besonders sensitiven Variante T_b einen Anstieg von 3,084 auf 3,230, während das Entropiemaß T_t , welches besonders im oberen Bereich der Verteilung sensitiv reagiert, lediglich einen minimalen Anstieg von 1,163 auf 1,167 aufweist (Tabelle 6.11).

Nur der Variationskoeffizient sowie das generalisierte Entropiemaß GE^{101} weisen nach Abzug der Erbschaft einen niedrigeren Wert auf. Da der Variationskoeffizient jedoch nicht darauf anspricht, in welchem Bereich der Verteilung Varianzveränderungen stattfinden, ist er weder als Armuts- noch als Reichtumsindikator geeignet. Dass der GE-Indikator abnimmt, lässt lediglich die Schlussfolgerung zu, dass im oberen Bereich der Verteilung durch den Abzug der Erbsumme möglicherweise „Ungleichheit“ reduziert wurde (Tabelle 6.11). Insgesamt legen diese Maßzahlen den Schluss nahe, dass die Ungleichheit der Vermögensverteilung ohne Erbschaften größer wäre als mit diesen.

Weshalb die Ungleichheit der Vermögensverteilung bei einem „konfiskatorischen“ Abzug der Erbschaftszugänge steigen würde, wird bei gesonderter Betrachtung der Erbenhaushalte deutlich.¹⁰² In Spalte 3 zeigt sich zunächst, dass die durchschnittlichen Gesamtvermögen der Erbenhaushalte mit annähernd 350.000 Euro mehr als doppelt so hoch sind wie die Vermögenswerte aller Privathaushalte (Tabelle 6.11). Wie bereits festgestellt, gehören 40 Prozent der Erbenhaushalte dem obersten der über alle Haushalte gebildeten Vermögensquintile an (Tabelle 6.11). Diese Haushal-

101 Mit einem α von 2 reagiert dieses Entropiemaß sensitiv auf den oberen Bereich in der Verteilung.

102 Folgende zwei Punkte sollten in diesem Zusammenhang allerdings beachtet werden. Erstens kann der rechnerische Entzug ererbten Vermögens nicht als Bestimmung der tatsächlichen Vermögensverteilung bei konfiskatorischer Erbschaftsbesteuerung angesehen werden, weil davon auszugehen ist, dass eine derartige Besteuerung u.a. gravierende (negative) Auswirkungen auf die Sparneigung hätte. Zweitens bleiben in den hier vorgestellten Modellrechnungen mögliche Verteilungseffekte, die durch die „Umverteilung der konfiszierten Erbschaften“ entstehen könnten, unberücksichtigt.

te verfügen über 83 Prozent der Gesamtvermögenssumme aller Erbenhaushalte. Vermindert man nun die Vermögensbestände der Erbenhaushalte um die durch Erbschaften erzielten Zugänge, steigt die Ungleichheit der Vermögen (Spalte 4, Tabelle 6.11). Während die unterste Vermögensgruppe nach Abzug negative Vermögenswerte aufweist (Verschuldungen), nimmt an der Spitze der Vermögensverteilung die Konzentration zu. Bei Abzug der Erbschaften verfügen die reichsten 33 Prozent aller Erbenhaushalte in der sich ergebenden Vermögensverteilung über 85 Prozent der verbleibenden Vermögenssumme. Mit einer Ausnahme indizieren auch alle in Tabelle 6.11 ausgewiesenen Kennziffern einen deutlichen Anstieg der Ungleichheit innerhalb der Gruppe der Erben.

Der Befund einer steigenden Vermögensungleichheit bei Abzug der Zugänge aus Erbschaften ergibt sich – wenngleich auf unterschiedlichem Niveau – für West- und Ostdeutschland. Um diese Wirkung des Erbschaftsgeschehens auf die Vermögensverteilung so differenziert wie möglich nachzubilden, wurde eine Reihe ergänzender Sensitivitätsanalysen vorgenommen (vgl. ausführlich Anhang C).

Die Ergebnisse weisen darauf hin, dass Erbschaften auf die bestehende Vermögensverteilung deshalb tendenziell nivellierend wirken, weil Haushalte, die ohne Erbschaften über keinerlei Vermögen verfügen würden, erst dadurch überhaupt in die Lage versetzt werden, ein (wenn auch vielleicht geringes) Vermögen aufzubauen, während der Vermögenszuwachs durch Erbschaften bei der Gruppe der ohnehin bereits vermögenden Haushalte nicht zu einer höheren Konzentration des Gesamtvermögens führt.

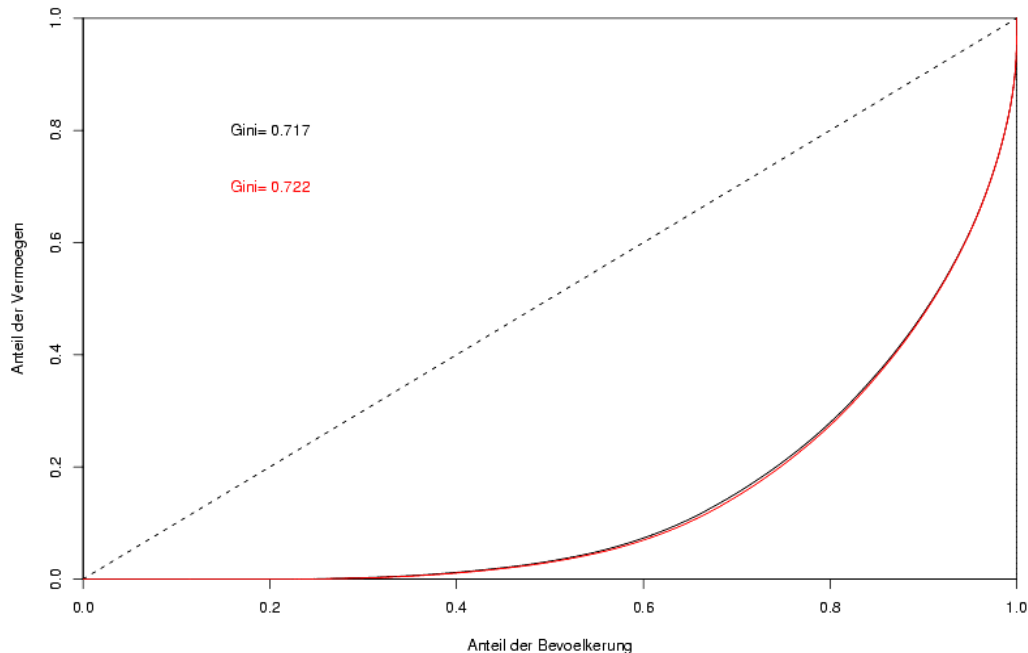
Angesichts der Tatsache, dass die oberen Einkommensgruppen nicht nur häufiger sondern auch höhere Erbschaften erhalten, scheint das Ergebnis, ohne diese Erbschaften wäre die Ungleichheit der Vermögensverteilung noch größer, vielleicht auf den ersten Blick kontraintuitiv. Ein Schlüssel zum Verständnis liegt in der Tatsache, dass für einen armen Haushalt eine kleine Erbschaft einen wesentlich höheren Vermögenszuwachs ausmachen kann als eine große Erbschaft für einen reichen Haushalt. Die Erbschaft ist also für ärmere Haushalte relativ zu ihrem Gesamtvermögen wichtiger. Dies steht in Übereinstimmung mit den Ergebnissen zur Erbschafts-Vermögens-Relation (vgl. Abschnitt 6.1) – z.B. ist für Haushalte mit Haus- und Grundbesitz die Erbschafts-Vermögens-Relation wesentlich geringer als für Haushal-

te ohne Immobilienbesitz; und für Haushalte aus dem höchsten Einkommensquintil ist die Bedeutung der geerbten Vermögen am Gesamtvermögen 2002 am geringsten.

Zugespitzt formuliert: Trotz der höheren Erbquoten und -summen in den oberen Einkommensgruppen und der dadurch bedingten Zunahme der absoluten Ungleichheit der Vermögenspositionen kann ein signifikanter Prozentsatz von Personen und Haushalten aus den unteren Einkommensschichten – relativ zu ihrer Ausgangsposition, nicht in absoluten Beträgen – größere Vermögenszuwächse verzeichnen. Mit anderen Worten: Ein Teil der Erben aus den unteren Vermögensschichten schafft den Anschluss an das Mittelfeld, während sich an der Spitze letztlich wenig ändert und die prozentualen Zuwächse geringer ausfallen.

Bei diesen Befunden bleibt freilich zu berücksichtigen, dass sie auf der gegenwärtigen Erbschaftsbesteuerung beruhen. Insofern ist ein im Moment nicht näher zu bestimmender Anteil dieser Ungleichheitsreduktion auch ein Effekt des gegenwärtigen Besteuerungssystems. Dass die Vermögensungleichheit selbst aber keinesfalls einfach auf die Erbschaften zurückgeht, zeigt Spalte 5 in Tabelle 6.11: Die relative Ungleichheit ist bei jenen höher, die nicht geerbt haben.

Abb. 6.2: Lorenzkurve der Vermögensverteilung in Deutschland mit und ohne Abzug von Erbschaften



Auch eine Darstellung anhand von Lorenzkurven macht deutlich, dass der Abzug des Erbschaftstransfers von den Gesamtvermögen zwar zu einer Erhöhung des Gini-Koeffizienten, aber nur zu einer ganz geringfügigen Erhöhung der Form der Ungleichheit der Vermögensverteilung führt. Die Annahme, Erbschaften vergrößerten generell die sozialen Ungleichheiten, ist im Lichte dieser Ergebnisse nicht haltbar, denn offensichtlich treten auch ungleichheitsnivellierende Wirkungen beim Vermögenstransfer *mortis causa* auf.

6.3 Einfluß von Erbschaften auf Vermögensbildung und –position

Da diejenigen, die bereits geerbt haben, durchschnittlich über höhere Vermögen verfügen, steht außer Frage, dass Erbschaften – wie sicherlich auch große Schenkungen – einen wichtigen Beitrag zum Vermögensaufbau der Empfänger leisten. Denn unabhängig davon, ob sie vielleicht auch schon vor der Erbschaft zu den Begüterteren gehörten, wächst ihr Vermögen in jedem Falle absolut um den transferierten Betrag. Reil-Held, die den Einfluss von Erbschaften auf das Vermögen mit

Hilfe eines geordneten Probit-Models auf Basis der SOEP-Daten schätzt, findet den erwarteten positiven Einfluss von Erbschaften auf die Vermögensbildung (Reil-Held 2002: 100ff). Hier ist nun nicht nur von Interesse, wie groß der Einfluss von Erbschaften und Schenkungen im Vergleich zu anderen Einkommensarten für die Vermögensbildung tatsächlich ist, sondern insbesondere auch für welche Personengruppen der Erhalt von Erbschaften welchen Einfluss auf die Vermögensbildung hat.

Welche Bedeutung Erbschaften für den Vermögensaufbau haben, hängt mit der Mobilität der Vermögenspositionen zwischen den Generationen zusammen: „it is generally thought that a higher degree of intergenerational wealth mobility indicates a lesser role for inheritance as a determinant of wealth.“ (Davies & Shorrocks 2000: 652). Für Deutschland liegen bislang kaum Analysen zur intergenerationellen Vermögensmobilität vor. Für die USA wurde schon 1979 gezeigt, dass die Vermögensmobilität gering ist (Menchik 1979): Mechnik ermittelte eine Korrelation zwischen den Vermögenspositionen von Eltern und Kindern von 0,8. Das spricht für eine große Immobilität der Vermögenspositionen – diese werden gleichsam vererbt.

Die Bedeutung der Erbschaften für den Vermögensaufbau hängt aber auch damit zusammen, wie das Erbe verwendet wird. Westerheide kommt zu dem Ergebnis, dass die Sparneigung aus erhaltenen Transfers hoch ist, mehr als 80 Prozent der in Form von Erbschaften oder Schenkungen erhaltenen Transfers werden der Vermögensbildung zugeführt (Westerheide 2004). Die Frage, wie sich Erbschaften auf die Vermögensbestände auswirken, ist dabei insofern nicht direkt zu beantworten, als erhaltene und auch zukünftige Erbschaften unterschiedliches Verhalten induzieren können. Nach Schlomann lautet die entscheidende Frage: „[...]ob die Erbschaft zu großen Teilen auch mittelfristig zur Erhöhung der Vermögensressourcen verwendet, letztlich also wie ein einmaliger über die Erwartungen hinausgehender Einkommensstrom angesehen wird und nur zu einem geringen Teil in den Konsum fließt, ob die Verhaltensweisen hinsichtlich der Konsumentscheidungen in früheren Perioden schon von der Erwartung einer Erbschaft bestimmt waren, also Konsumausgaben zeitlich vorgezogen werden, oder ob die Konsumentscheidungen neben dem Einkommen und anderen Variablen auch von der Vermögenshöhe als einer weiteren Einflussgröße determiniert wird und somit mehr oder weniger stark ausgeprägte Rückwirkungen des Erbschaftserhalts auf den Konsum gegenwärtiger und zukünfti-

ger Perioden beobachtbar sind. Vor allem die letzten beiden der drei Alternativen führen in ihrer Auswirkung zu einem Anstieg der Konsumausgaben vor oder nach Erhalt einer größeren Erbschaft, so dass der Vermögenszuwachs letztlich sehr viel geringer als die Erbschaftshöhe ausfällt“ (Schloman 1992: 261).

6.3.1 Effekte von Erbschaften auf die Vermögensbildung

Wichtige Einflussfaktoren für die Vermögensbildung und die Höhe der gebildeten Vermögen sind das Einkommensniveau der Haushalte, die Zahl der Jahre, in denen der Haushalt Einkommen erzielt hat, die Größe und die Zusammensetzung des Haushaltes (hauptsächlich danach, wie viele potenzielle Einkommenserzieler im Haushalt leben, also z.B. Zahl der Erwachsenen versus Zahl der Kinder), Vermögenseinkommen in Abhängigkeit vom Vermögensbestand und dem Zinssatz, Wertänderungen, z.B. Wertsteigerungen sowie empfangene Erbschaften. Insbesondere Immobilienerbschaften leisten dabei einen großen Beitrag zur Vermögensbildung (Schüssler & Funke 2002). Wie stark sich Erbschaften auf die Vermögensbildung der Erben auswirken, hängt natürlich auch mit der Höhe der Erbschaften zusammen. Es ist zu erwarten, dass die Höhe der Erbschaft und die Höhe des Geldvermögens positiv miteinander korrelieren.

Für die Bedeutung, die Erbschaften für die Vermögensbildung haben, ist auch von Gewicht, in welcher Lebensphase eine Erbschaft gemacht wird. In jüngeren Jahren kann die Erbschaft z.B. das Startkapital für Bildung und Beruf oder beispielsweise zur Familiengründung beisteuern. Wird in einer späten Lebensphase geerbt, dann können Erbschaften einen Beitrag zur Altersvorsorge leisten.

In der Tabelle 6.13 sind die Ergebnisse einer ordinalen logistischen Regression dargestellt, mit denen der Einfluss von Erbschaften in bestimmter Höhe auf den Bestand an Bruttogeldvermögen auf der Basis des Alters-Survey untersucht wird. Wie erwartet wirken sich Erbschaften positiv auf die Bruttovermögen aus, und zwar auch bei Kontrolle von Drittvariablen wie Alter, Geschlecht und Bildung. Und je höher die erhaltenen Erbschaften sind, desto größer sind auch die Geldvermögensbestände (obwohl dieser Effekt nicht ganz linear ist). Auch das Haushaltsäquivalenzeinkommen beeinflusst die individuelle Vermögensposition positiv. Der Zusammenhang

von Einkommen und Vermögen ist signifikant und positiv. Wer über ein höheres Einkommen verfügt, hat meist auch ein höheres Vermögen.

In Modell 3 zeigt sich ein interessanter Interaktionseffekt von Einkommen und Erbschaften derart, dass zwar das Vermögen mit zunehmenden Einkommen höher ist, aber die Bedeutung von Erbschaften für die Vermögensbildung mit zunehmendem Einkommen abnimmt. Wer geerbt hat, hat eine um das 4,6-fache erhöhte Chance, ein höheres Geldvermögen zu haben als Nicht-Erben. Jedoch nimmt diese Chance ab, je höher das Einkommen der Erben ist. Das ist insofern plausibel, als ein höheres eigenes Einkommen einen größeren Anteil an der Vermögensbildung indiziert. Erbschaften tragen daher in Haushalten, die sich in einer schlechteren Einkommensposition befinden, relativ gesehen stärker zum Vermögensaufbau bei als in Haushalten mit hohem laufenden Einkommen.

Die Tabelle 6.14 weist die Regressionskoeffizienten einer linearen Regression für die abhängige Variable Nettogesamtvermögen im Jahr 2002 aus. Die Ergebnisse bestätigen weitestgehend die Befunde zum Geldvermögen. Allerdings zeigt sich, wenn man das Immobilienvermögen mit berücksichtigt, keine signifikante Interaktion mehr zwischen Einkommen und Erbschaften. Hier scheint es also, als ob Erbschaften für alle Einkommensschichten eine etwa gleich große Bedeutung für den Vermögensaufbau haben.

6.3.2 Veränderung von Vermögenspositionen durch Erbschaften – Ergebnisse der Längsschnittperspektive

Eine Schwierigkeit der Querschnittanalyse mit den Daten des Alters-Survey besteht darin, dass die Frage nicht beantwortet werden kann, ob es einen Unterschied in der Bedeutung der Erbschaft für den Vermögensaufbau macht, wie weit die Erbschaft zurückliegt. Haben weit zurückliegende Erbschaften einen größeren Einfluss auf die Vermögensbildung, z.B. weil sie durch Zinszuwachs langfristig zur Ersparnisbildung beitragen konnten oder haben nah am Zeitpunkt der Befragung liegende Erbschaften ein größeres Gewicht, z.B. weil noch nichts oder nur ein kleiner Teil davon konsumiert wurde? Westerheide zeigt hier keinen deutlichen Unterschied: „Grundsätzlich deuten die Ergebnisse auf Personenebene auf einen hohen Einfluss der Erbschaften

bzw. Transfers auf die individuelle Vermögensbildung hin. Nach den Schätzergebnissen auf Personenebene werden mehr als 80 Prozent der Erbschaften bzw. Schenkungen der Vermögensbildung zugeführt. Dies gilt unabhängig davon, ob alle Transfers betrachtet werden, oder ausschließlich die, die bereits mindestens 5 oder 10 Jahre zurückliegen“ (Westerheide 2004: 20). Reil-Held hingegen zeigt einen Einfluss des Zeitpunkts der Erbschaft: „Der negative Koeffizient zeigt, dass die Wahrscheinlichkeit, dass eine Erbschaft das Vermögen erhöht, desto geringer ist, je früher ein Haushalt geerbt hat. Im Laufe der Jahre werden Erbschaften aufgebraucht und verlieren somit ihre Bedeutung für das Vermögen des Haushalts“ (Reil-Held 2002: 102).

In diesem Abschnitt soll nun geklärt werden, wie sich individuelle Vermögenspositionen durch Erbschaften und Schenkungen zwischen 1996 und 2002 auf Basis des Alters-Survey verändern und ob sich diese Positionen in den oberen oder den unteren Einkommensschichten durch Erbschaften stärker verbessern. Einen ersten Eindruck der Vermögensentwicklung zwischen 1996 und 2002 können die Mobilitätsmatrizen vermitteln. Für alle Befragten und die jeweiligen Subgruppen derjenigen, die zwischen 1996 und 2002 geerbt bzw. nicht geerbt haben, werden hier die Vermögensausstattungen zu beiden Zeitpunkten in Beziehung gesetzt. Bei der Interpretation muss berücksichtigt werden, dass sich die Analyse auf das Geldvermögen der Befragten beschränkt. Eine Abnahme des Geldvermögens muss keine Abnahme des Gesamtvermögens bedeuten, weil Geldvermögen in andere Vermögensformen, beispielsweise Immobilienvermögen, umgewandelt worden sein kann. Ebenso gilt für eine Zunahme des Geldvermögens, dass sie Resultat des Verkaufs von Vermögenswerten sein kann. Die Ergebnisse lassen auf Grund dieser Einschränkungen, aber auch weil keine weitere Unterteilung der Vermögenshöhen möglich ist, somit nur eine recht grobe Einschätzung des Ausmaßes der Vermögensmobilität zu.

Das Ausmaß der (Geld-)Vermögensmobilität erweist sich jedoch als recht hoch. Für keine Ausgangsgruppe liegt die Stabilitätsquote höher als 60 Prozent. Darüber hinaus gibt es verschiedene bemerkenswerte Ergebnisse. Auffällig ist z.B. die ausgeprägte Abwärtsmobilität derjenigen, die 1996 über beträchtliche Geldvermögenssummen verfügten. Dies könnte ein Indiz für Konsumausgaben und Investitio-

nen sein, z.B. für den Kauf von Immobilien. Die wiederholt formulierte These, Erbschaften seien für weniger Vermögende von besonders großer Bedeutung wird aber insgesamt durch die Mobilitätsmatrizen weiter gestützt. Insbesondere die nach Erben und Nicht-Erben differenzierten Tabellen sind hier aufschlussreich (Tabellen 6.18 und 6.19). Knapp 45 Prozent derjenigen, die 1996 über kein oder nur geringfügiges Vermögen verfügten und zwischen 1996 und 2002 nicht geerbt haben, gehören auch zum späteren Zeitpunkt noch der untersten Vermögensgruppe an. Demgegenüber gelingt nur einem Fünftel der Erben in dieser Gruppe kein Aufstieg in eine höhere Vermögensgruppe. Eine ähnlich hohe Bedeutung von Erbschaften kann für Befragte mit höherem Ausgangsvermögen nicht festgestellt werden. Teilweise sind sogar die Abstiegswahrscheinlichkeiten für Erben aus höheren Anfangsgruppen größer. Hier wäre freilich eine Kontrolle von Drittvariablen wichtig, da diejenigen, die eine Aufwärtsmobilität ihrer Vermögensposition erfahren, z.B. durchschnittlich jünger sind.

Die in Tabelle 6.16 dargestellten Resultate stützen die These, Vermögenstransfers *mortis causa* hätten für weniger Wohlhabende verhältnismäßig größere Bedeutung, weil die Vermögenszuwächse bei ihnen deutlicher ausfallen. Gleichzeitig sollte aber berücksichtigt werden, dass auch an dieser Stelle wieder deutlich niedrigere Erbquoten für weniger Vermögende festzustellen sind. Überraschend ist, dass die durchschnittliche Vermögenssumme von Personen ohne Erbschaften vor 1996 für die Gruppe derjenigen höher liegt, die auch zwischen 1996 und 2002 keine Erbschaft erhalten hat. Dieser Befund geht im Wesentlichen auf Ausreißer in der Gruppe der schon 1996 reichsten Nicht-Erben zurück. Die Vermögensausstattung derjenigen, die 1996 bereits geerbt hatten, ist im Großen und Ganzen höher. Dies kann als Hinweis darauf gelesen werden, dass nicht-monetäre Teile dieser Erbschaften zwischen 1996 und 2002 in Geldvermögen umgewandelt wurden, oder aber, dass sie generell schon besser gestellt waren.

Bei aller Unsicherheit legen die Ergebnisse einige vorsichtige Schlussfolgerungen nahe, die mit den bisherigen Befunden weitestgehend im Einklang stehen. Erbschaften scheinen für weniger Vermögende von relativ größerer Bedeutung zu sein. Mobilitätsunterschiede zwischen Erben und Nicht-Erben sind für weniger Vermögende größer. Inwieweit Erbschaften zu Veränderungen in der Vermögensausstattung

privater Haushalte führen, kann auch mit den Längsschnittdaten des SOEP durch einen Vergleich der im Jahr 1988 erhobenen Vermögensbilanz mit der des Jahres 2002 untersucht werden. Zusätzlich kann mit den Daten des SOEP der relative Anteil der Erbschaft am Vermögen in der Längsschnittbetrachtung ermittelt werden. Die an beiden Erhebungen teilnehmenden Haushalte werden hierzu danach differenziert, ob sie 2002 über Vermögenszugänge aus Erbschaften seit 1988 berichten oder keine erbschaftsbedingten Vermögenszugänge haben. Diese Analysen beschränken sich aus methodischen Gründen auf Privathaushalte des Jahres 1988 in Westdeutschland, die auch 2001/2002 noch als Privathaushalte in Deutschland leben.

Tabelle 6.17 bestätigt zunächst, dass diejenigen Haushalte, die über höhere Vermögen im Ausgangsjahr 1988 verfügten, durchschnittlich höhere Erbquoten im Folgezeitraum bis 2001/2002 hatten. Insgesamt haben 9,5 Prozent aller Haushalte des Jahres 1988 in den folgenden 13 Jahren Vermögenszugänge aus Erbschaften zu verzeichnen. In der Gruppe derjenigen, die 1988 über keinerlei Erbschaften verfügten, haben bis 2001 rund acht Prozent eine Erbschaft erhalten; bei jenen, die bereits 1988 geerbt hatten, liegt dieser Anteil mit 16 Prozent doppelt so hoch (Tabelle 6.17).

Blickt man auf die Höhe der Gesamtvermögen im Jahr 2002, so ist festzustellen, dass der durchschnittliche Anteil der Erbsumme am Nettogesamtvermögen des Jahres 2002 bei etwa 27 Prozent liegt, wobei auch hier unterstellt wird, dass in der Zwischenzeit kein Vermögensverzehr der Erbschaft stattfand. Für Haushalte, die im Ausgangsjahr 1988 über keinerlei Vermögen verfügten, macht der Zuwachs aus Erbschaften mehr als ein Drittel des durchschnittlichen Nettogesamtvermögens des Jahres 2002 aus. In der Gruppe derjenigen hingegen, die 1988 bereits ein Vermögen von mehr als 200.000 Euro hatten, beträgt der Zuwachs im Jahr 2002 lediglich 18,3 Prozent. Auch dieser Befund weist somit in die Richtung, dass Erbschaften in bislang wenig vermögenden Haushalten in deutlich stärkerem Maße zur Vermögensbildung und Vermögenssteigerung beitragen können als in Haushalten, die zuvor bereits über hohe Vermögen verfügten. Zwar tritt in letzteren Haushalten durch Erbschaft häufiger ein weiterer kumulativer Zuwachs auf, dieser macht jedoch einen geringeren Anteil an ihrem Gesamtvermögenszuwachs aus.

Auch die weitergehende Differenzierung in Tabelle 6.17 danach, ob die Haushalte vor 1988 eine Erbschaft machten oder nicht, bestätigt den Befund, dass nicht nur das

durchschnittliche Gesamtvermögen im Jahr 2002 bei den Haushalten höher ist, die bereits 1988 geerbt hatten, sondern dass auch die Haushalte, die vor 1988 noch keine Erbschaft gemacht hatten und 1988 nur über Vermögen unter 100.000 Euro verfügten, ihren Vermögenszuwachs im Jahr 2002 zu einem hohen Anteil (41,6 Prozent bzw. 44,4 Prozent) den zwischenzeitlichen Erbschaften verdanken. Das durchschnittliche Vermögen dieser Haushalte läge demnach nach Abzug der Erbschaften dieses Zeitraumes bei rd. 80.000 Euro, d.h. nicht weit über demjenigen der Haushalte ohne Erbschaften in diesem Zeitraum (72.000 Euro).

7 Ergebnisse der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik

7.1 Entwicklung des Erbschaft- und Schenkungsteueraufkommens

Blickt man auf die Entwicklung der Gesamteinnahmen aus Erbschaft- und Schenkungsteuern, so hat sich innerhalb der letzten zehn Jahre das Steueraufkommen – trotz Mindereinnahmen der Erbschaftsteuer im Zuge der gesetzlichen Steuerreformen im Jahr 2000¹⁰³ – mehr als verdoppelt. Es betrug im Jahr 2004 rund 4,3 Milliarden Euro (Tabelle 7.1). Die bei den Ländern verbleibenden übrigen Steuereinnahmen verzeichneten im gleichen Zeitraum deutlich geringere Zuwächse bzw. sind zeitweise sogar gesunken. Entsprechend erhöhte sich der Anteil der Erbschaftsteuer an sämtlichen Ländersteuern in den letzten zehn Jahren von neun auf 18 Prozent und wird gemäß den aktuellen Schätzungen des Arbeitskreises Steuerschätzung in den nächsten Jahren sogar bei knapp mehr als 20 Prozent liegen. Hierbei ist freilich zu berücksichtigen, dass – bezogen auf alle Steuereinnahmen der Länder (also der Einnahmen aus Gemeinschaftssteuern von Bund und Ländern wie Einkommen- und Mehrwertsteuer) – der Anteil der Erbschaftsteuer nur bei knapp 2 Prozent liegt, jedoch hat sich auch dieser bescheidene Anteil in den letzten zehn Jahren nahezu verdoppelt.

7.2 Ergebnisse der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik 2002

Das Statistische Bundesamt hat im Herbst 2004 erste Ergebnisse einer neuen Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik für das Jahr 2002 vorgelegt (vgl. Zifonun & Schöffel 2004). Eine solche Statistik wurde zum ersten Mal seit 1978 wieder erhoben. Danach beliefen sich die Erwerbe von Todes wegen, für die im Jahr 2002 erstmals Steuern festgelegt wurden, auf insgesamt 12,1 Milliarden Euro, die Schenkungen auf 4,6 Milliarden Euro. Dafür fielen insgesamt 2,2 Milliarden Euro Erbschaftsteuer und 0,6 Milliarden Euro Schenkungsteuer an.

103 Die Bundesregierung beziffert die Steuermindereinnahmen als Folge der Erweiterung des § 29 Abs. 1 Nr. 4 des ErbStG auf rund 330.000 Euro; vgl. Bundestagsdrucksache 14/9492.

Aufgrund der Erhebungsmethodik kann die Statistik keine Informationen über alle Vermögensübertragungen des Jahres 2002 liefern. Hierbei ist zum einen zu berücksichtigen, dass die Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik lediglich diejenigen Erwerbe umfasst, für die im Jahr 2002 durch die Finanzämter erstmals die entsprechende Steuer festgesetzt wurde. Da es sich um eine Vollerhebung aller steuerlichen Veranlagungen des Jahres 2002 handelt, kann – z.B. bei aufwendigen Vorermittlungen durch die Finanzämter – der Tod des Erblassers bereits mehrere Jahre zurückliegen. Entsprechend kann die Erbschaftsteuer bei Todesfällen des Jahres 2002 vielfach auch erst in einem späteren Jahr erstmalig festgesetzt werden und ist dann aber nicht in der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik 2002 erfasst. Hinzu kommt, dass bei Erwerben, bei denen im entsprechenden Finanzamt von Anfang an festgestellt wurde, dass es aufgrund der Freibeträge zu keiner Steuerzahlung kommen wird, keine Steuerfestsetzung durchgeführt wird. Es ist davon auszugehen, dass dies auf die überwiegende Zahl der Erwerbe von Todes wegen zutrifft, weshalb die Statistik wenig geeignet ist, Vermögensübergänge eines bestimmten Referenzjahres nachzuzeichnen (vgl. hierzu auch Abschnitt 7.3).

Die steuerlich erfassten Erwerbe von Todes wegen beliefen sich im Jahr 2002 auf 12,1 Milliarden Euro (Tabelle 7.2). Die dafür festgesetzte Steuer betrug 2,2 Milliarden Euro. Blickt man jedoch zunächst auf die Höhe des Wertes der Nachlässe vor Abzügen aufgrund von Freibeträgen erkennt man, dass knapp sechs Milliarden Euro aufgrund von Freibeträgen und Steuerbefreiungen in Abzug gebracht wurden und der Wert aller hier erfassten Nachlassgegenstände bei 17,8 Milliarden Euro liegt.¹⁰⁴ Dieses Vermögen setzt sich aus 30,2 Prozent Grundvermögen sowie 61,6 Prozent sonstigem Vermögen (vor allem Bankguthaben und Wertpapiere) zusammen, wobei zu berücksichtigen ist, dass bei der Bewertung des Immobilien- und Grundvermögens lediglich rund 50 Prozent des jeweiligen Verkehrswertes herangezogen werden. Der Anteil des Betriebsvermögens lag bei 7,8 Prozent (oder 1,4 Milliarden Euro).

104 Die Differenz zwischen dem Reinnachlass und der Summe aller Erwerbe von Todes wegen ergibt sich zum einen aus den Freibeträgen, zum anderen daraus, dass nicht für alle zu einem Nachlass gehörenden Erwerbe von Todes wegen erstmals im Jahr 2002 Erbschaftsteuer festgesetzt worden ist.

Bezüglich der steuerlichen Abzugsmöglichkeiten trägt insbesondere § 16 ErbStG, der die persönlichen Freibeträge in Abhängigkeit von der Steuerklasse regelt,¹⁰⁵ mit 4,3 Milliarden Euro zu einer nachhaltigen Minderung der steuerpflichtigen Vermögenstransfers bei. Quantitativ bedeutsam sind zudem die Steuerbegünstigungen nach § 13a ErbStG, die für Betriebsvermögen sowie von Betrieben der Land- und Forstwirtschaft geltend gemacht werden können.

Tabelle 7.3 ist im oberen Teil nach der Höhe des Reinnachlasses gegliedert, während im unteren Teil eine Differenzierung nach der Höhe der steuerpflichtigen Erwerbe erfolgt. Auf diese Weise wird deutlich, dass zwar knapp 700 Personen einen Nachlass von mindestens 5 Millionen Euro erhielten, aber lediglich 152 Personen auch einen steuerlichen Erwerb von 5 Millionen Euro hatten. Umgekehrt verdreifacht sich die Zahl der Fälle von 11.062 auf 34.577, die lediglich einen steuerpflichtigen Erwerb von weniger als 10.000 Euro haben. Dies verdeutlicht, dass insbesondere aufgrund von Freibeträgen sowie Steuerbegünstigungen der zu versteuernde Wert von Erbschaften erheblich abgesenkt werden kann.

Blickt man auf die Zahl der Steuerfestsetzungen, zeigt Tabelle 7.3, dass mehr als zwei Drittel aller Fälle (67,5 Prozent) durch einen steuerpflichtigen Erwerb bis 50.000 Euro begründet ist, die tatsächlich hierfür festgesetzte Steuer trug jedoch nur 8,3 Prozent zum Gesamtvolumen von 2,2 Milliarden bei. Dagegen wurde von 0,1 Prozent der Fälle (also die 152 oben beschriebenen Personen), für die im Jahr 2002 ein steuerpflichtiger Erwerb von mindestens 5 Millionen Euro festgesetzt wurde, 18,4 Prozent der gesamten festgesetzten Erbschaftsteuer aufgebracht. Dieses Ergebnis bestätigt, dass große Vermögensübertragungen gemäß der Logik der ansteigenden Steuersätze auch den größten Beitrag zu den Erbschaft- und Schenkungsteuereinnahmen leisten. Trotz einer enormen Spreizung zwischen Eingangssteuersatz sowie Steuerhöchstsatz (sieben versus 30 Prozent in Steuerklasse I bzw. 17 versus 50 Prozent in Steuerklasse III) beträgt dennoch die durchschnittliche Steuerbelastung bei steuerpflichtigen Erwerben unter 10.000 Euro immerhin 14,2 Prozent, während die durchschnittliche Steuerbelastung bei steuerlichen Erwerben von 5 Millionen und mehr auch nicht höher als 22,1 Prozent ist.

105 Das ErbStG unterscheidet nach Verwandtschaftsverhältnis des Erwerbers (Erbe bzw. Beschenkten) zum Erblasser bzw. Schenkenden drei Steuerklassen (vgl. Meincke 2002).

Die Ursache hierfür liegt vor allem darin, welche Steuerklasse jeweils zur Versteuerung herangezogen wird. Aus Tabelle 7.4 sowie 7.5 wird deutlich, dass mehr als die Hälfte des steuerlichen Erwerbs Erben der Steuerklasse I zufließt und knapp die Hälfte der festgesetzten Steuern von Erben der Steuerklasse I aufgebracht wird (Tabellen 7.4 und 7.5). Bezogen auf alle Fälle, die einen steuerpflichtigen Erwerb von Todes wegen verzeichnen, überwiegen hingegen mit jeweils mehr als 40 Prozent sowohl die Steuerklasse II als auch Steuerklasse III. Diese Fälle dominieren freilich eher die steuerpflichtigen Erwerbe unter 50.000 Euro, während Erwerbe von über 200.000 Euro überwiegend von Personen der Steuerklasse I, und hier insbesondere Kindern, gemacht werden. Dies erklärt, warum die deutlich höheren Steuersätze der Steuerklasse II und III insbesondere bei „niedrigen“ steuerpflichtigen Erwerben angesetzt werden, während bei den höheren Erbschaften die niedrigeren Steuersätze der Steuerklasse I wirksam werden. Tabelle 7.4 zeigt, dass von allen steuerpflichtigen Erwerbern der Steuerklasse I lediglich 31 Prozent mit dem niedrigsten Steuersatz veranschlagt werden, während dies in Steuerklasse II auf 72 Prozent und in Steuerklasse III auf 76,5 Prozent aller Fälle zutrifft.

Umgekehrt macht die Darstellung auch deutlich, dass 2002 lediglich zwölf Erben (0,01 Prozent) den höchsten Steuersatz entrichten mussten, diese aber immerhin 6,6 Prozent der festgesetzten Steuer aufbrachten, während insgesamt mehr als zwei Drittel aller Erben lediglich mit dem niedrigsten Steuersatz belangt wurden und dadurch 8,6 Prozent des gesamten Steueraufkommens erbrachten.

7.3 Vergleich der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik mit Ergebnissen des SOEP zu Erbschaften und Schenkungen

Die aktuelle Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik umfasst nur die Erwerbe, für die im Jahr 2002 durch die hierfür zuständigen Finanzämter erstmals Erbschaft- oder Schenkungsteuer festgesetzt wurde. Stellt das Finanzamt fest, dass es aufgrund der geltenden Freibeträge usw. zu keiner Steuerzahlung kommen wird, erfolgt keine Steuerfestsetzung (vgl. Reis 2004). Vertreter der zuständigen Finanzämter schätzen, dass in mehr als drei Viertel aller gemeldeten Erwerbe keine Festsetzung stattfindet. Aus diesem Grund erlaubt die Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik keine

Schätzung der Größenordnung des gesamten Erbschafts- und Schenkungsgeschehens eines Jahres.

In Tabelle 7.6 sind deshalb verschiedene Eckwerte zum Erbschafts- wie Schenkungsgeschehen aus unterschiedlichen Datenquellen zusammengestellt, um ein solches Gesamtbild aller monetären Vermögensübertragungen zu ermitteln. Beschränkt man sich auf die mittlere Spalte, so sind im gesamten Jahr 2002 laut Bevölkerungsstatistik etwa 845.000 Menschen in Deutschland verstorben. Diese Zahl bildet sozusagen die Gesamtmenge aller potenziellen Erblasser, wobei natürlich in vielen Fällen wegen fehlender Vermögens- oder Sachwerte überhaupt keine Erben bedacht werden. Laut Hochrechnung auf Basis des SOEP liegt die Punktschätzung bei etwa 600.000 Erbfällen pro Jahr. Da es sich bei dieser Zahl um die Betrachtungsebene aller Erben in privaten Haushalten handelt, ist diese Zahl nicht mit jener der potenziellen Erblasser des Jahres 2002 vergleichbar – es können mehrere Erben bedacht oder gar kein Erbe hinterlassen werden. Die gleiche Ebene der Erben ermittelt hingegen auch die Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik mit ihren ca. 122.000 steuerpflichtigen Erwerben. Der hieraus errechenbare Anteil der steuerpflichtigen Erwerbe an allen Transfers von rund 20 Prozent entspricht einer guten Annäherung an den von den Finanzämtern geschätzten Anteil von Festsetzungen der Steuer.

Den Daten des SOEP zufolge liegt das im Jahr 2002 transferierte Erbschaftsvolumen bei rund 36 Milliarden Euro. Diese Summe ist freilich mit der Summe der steuerlichen Erwerbe gemäß Erbschaftsteuerstatistik in Höhe von zwölf Milliarden als geschätzter Anteil von rund 33 Prozent des steuerlichen Erwerbs an Gesamtvermögenszugängen interpretierbar. Die darauf festgesetzte Steuer in Höhe von 2,2 Milliarden Euro im Jahr 2002 entspricht einem Anteil von sechs Prozent der festgesetzten Steuer am Gesamtvermögenszugang.

8 Motive für Vermögensaufbau und -vererbung

Die Befunde zur Relation von Erbschaften und Vermögen (vgl. Abschnitt 6.1) wie auch der Modellrechnung (vgl. Abschnitt 6.2) verdeutlichen die Relevanz der Erbschaften für die Erklärung der privaten Vermögensakkumulation. Offen ist, ob die Erbschaften den Nachkommen ohne gezielte Absicht der Erblasser zukommen, oder ob es deren Wunsch war, Vermögen an die Nachkommen zu übertragen. Daraus resultiert z.B. jeweils ein spezifisches Spar- bzw. Konsumverhalten. Der Vermögensbildung wie auch der Vermögensweitergabe liegen eine Vielzahl von Motiven zugrunde, die in der ökonomischen Literatur weitläufige Betrachtung gefunden haben (vgl. Barro 1974; Becker & Tomes 1979; Bevan & Stiglitz 1979; Davies 1981; Bernheim, Shleifer & Summers 1985; Becker & Tomes 1986; Modigliani 1986; Davies & Shorrocks 2000). Die in der ökonomischen Theorie diskutierten Motive für Transferleistungen nach dem Tod lassen sich drei konzeptionell verschiedenen Typen zuordnen: dem zufälligen, ungeplanten Vererben, dem altruistischen Vererben und dem durch Tausch motivierten Vererben.

Bleibt das Ersparte – aus Vorsicht oder für späteren Konsum (z.B. für Pflegeleistungen) – bis zum unbekannten Todeszeitpunkt erhalten und wechselt danach den Besitzer, so handelt es sich um zufälliges, ungeplantes Vererben. Da die Übertragung des Vermögens an Hinterbliebene nicht intendiert ist, liegen diesen Erbschaften keine Transferr motive zugrunde (vgl. Davies 1981). Beim altruistischen Vererben können verschiedene Motive unterschieden werden: Integrieren Eltern die Präferenzen der Kinder aus Liebe in ihre Nutzenfunktion und berücksichtigen deren Bedürfnisse genauso wie die Eigenen, so liegt ein ausschließlich altruistisches Vererbungsmotiv vor (vgl. Barro 1974; Becker & Tomes 1979; 1986). Beim retrospektiven Vererben wollen die Eltern in der Regel den Vermögensteil, den sie selbst geerbt haben, an die Kinder weitergeben (vgl. Bevan & Stiglitz 1979). Im Falle des sogenannten paternalistischen Vererbens haben Eltern klare Vorstellungen darüber, was gut für ihre Kinder ist und versuchen, ihnen ein entsprechendes Erbe zu hinterlassen (vgl. Modigliani 1986).

Dem altruistischen steht das durch Tausch motivierte Transferverhalten gegenüber, z.B. als Dank für potenzielle oder tatsächlich geleistete Hilfe im Alter (vgl. Kotlikoff &

Spivak 1981). Das potenzielle Erbe kann in diesem Sinne auch vor dem Erbfall strategisch eingesetzt werden, etwa um Zuwendung und Hilfe im Alter durch „in Aussicht stellen entsprechender Berücksichtigungen bei der Erbaufteilung“ (Bernheim, Shleifer & Summers 1985) zu begünstigen.

Diese Vererbungsmotive haben tendenziell unterschiedliche Konsequenzen für die Vermögensverteilung, da z.B. einzelne Personen bei der Erbschaft bevorzugt oder benachteiligt werden können. Abbildung 8.1 fasst die wesentlichen Argumente und Befunde – in Anlehnung an die Übersichten bei Masson und Pestieau (1997) sowie Stutz und Bauer (2003) – zusammen. Allerdings ist fraglich, ob die Annahme der Dominanz einzelner eindeutiger Motive empirisch haltbar ist. Hinsichtlich der Transfermotive haben wir an anderer Stelle gezeigt, dass die Motivation finanzieller Transferleistungen in der Regel auf einer Kombination verschiedener Motive beruht, die neben Altruismus und Austausch auch Reziprozität, Zuneigung sowie normative Verhaltenerwartungen einschließen (vgl. Künemund & Rein 1999; Künemund & Hollstein 2000; Künemund & Motel 2000; Künemund 2002; Kohli & Künemund 2003b). Das SOEP enthält einige wenige Indikatoren zu den Motiven der Vermögensbildung sowie zu Erbschaften aus der Perspektive künftiger potenzieller Erblasser, mit denen dies näher untersucht werden kann.

Abb. 8.1: Ökonomische Theorie - Motive des Vererbens und ihre Implikationen

	zufälliges, ungeplantes Vererben	altruistisches Vererben			durch Tausch motiviertes Vererben		
		rein altruistisches Vererben	retrospektives Vererben	paternalistisches Vererben	pur durch Tausch motiviertes Vererben	strategisches Vererben	kapitalistisches, unternehmerisches Vererben
Charakteristika	Vermögen wird aus Vorsicht oder für späteren Konsum angespart, der Todeszeitpunkt ist unbekannt, bei Eintritt des Todesfalls wechselt das noch vorhandene Vermögen die Hand, kein spezifisches Transfermotiv.	Eltern integrieren aus Liebe zu ihren Kindern deren Präferenzen in ihre eigene Nutzenfunktion, d.h. sie berücksichtigen deren Bedürfnisse genauso wie die Eigenen.	Eltern geben an ihre Kinder weiter, was sie selbst geerbt haben.	Eltern bestimmen, was gut für ihre Kinder ist und versuchen, ihnen ein entsprechendes Erbe zu hinterlassen.	Erbschaft als Dank für (potenzielle oder geleistete) Hilfe im Alter (basiert auf Versicherungscharakter der Beziehung).	Strategisches Erkaufen von Zuwendung und Hilfe im Alter durch In-Aussichtstellen entsprechender Berücksichtigungen bei der Erbaufteilung, Schenkungen.	Unternehmer bilden Vermögen – inspiriert von protestantischer Ethik (Weber) – die so groß sind, dass sie zu Lebzeiten nicht aufgebraucht werden können. Eigener Nutzen steht im Vordergrund, eventuell besteht auch der Wunsch, etwas Bleibendes zu hinterlassen.
Autoren	Davies (1981)	Barro (1974); Becker & Toms (1979; 1986)	Bevan & Stiglitz (1979)	Modigliani (1986)	Kotlikoff & Spivak (1981)	Bernheim et al. (1985)	Davis & Shorrocks (2000)
Verteilungswirkung innerhalb der Familie	kein beabsichtigter Effekt	reduzierte Ungleichheit	kein beabsichtigter Effekt	kein beabsichtigter Effekt	kein beabsichtigter Effekt	kein beabsichtigter Effekt	kein beabsichtigter Effekt
Wirkungen auf gesellschaftliche Ungleichheit	leicht ausgleichender Effekt	deutlich verstärkender Effekt	verstärkender Effekt	verstärkender Effekt	schwacher und variabler Effekt	schwacher und variabler Effekt	verstärkender Effekt
Erbschaftsteuer: Auswirkungen auf Sparneigung	keine	verringerte Vermögensakkumulation	schwacher und variabler Effekt	verringerte Vermögensakkumulation	keine	keine, bei Schenkungen: verringerte Vermögensakkumulation	verringerte Vermögensakkumulation

Quellen: Masson & Pestieau (1997: 58ff, 74ff); Stutz & Bauer (2003: 78).

8.1 Soziodemographische Differenzierung der Motivlagen

Im Personenfragebogen der Welle 5 (SOEP 1988) sowie im Pretest des Jahres 2004 wurden alle gefragt: „Was meinen Sie, werden Sie im Alter nur Ihre Rente oder Pension haben, oder außerdem auch Geld- oder Sachvermögen als zusätzliche Altersvorsorge? Falls Sie schon im Ruhestand sind: Was trifft heute für Sie zu? (Auszahlungsbeträge aus privaten Versicherungen gelten als Geldvermögen!)“. Die Befragten konnten auswählen: (1) nur durch Rente/Pension gesichert oder (2) auch durch Geld- oder Sachvermögen gesichert. Diejenigen, die im Alter auch über Geld- oder Sachvermögen verfügen werden können wurden gefragt, wie sie dieses Vermögen dann wahrscheinlich verwenden werden. Hier konnten die Befragten aus vier verschiedenen Motiven wählen:¹⁰⁶ (a) werde es brauchen, um meinen Lebensunterhalt zu bestreiten, (b) werde mir davon etwas Besonderes leisten und mir einen schönen Lebensabend machen, (c) will es nur zur Sicherheit haben, falls ich einmal in Not gerate oder pflegebedürftig werde und (d) will es meinen Nachkommen/meiner Familie als Erbschaft zukommen lassen.

1988 gibt rund ein Drittel der Personen an, durch Sach- und Geldvermögen im Alter abgesichert zu sein (Tabelle 8.1). Mit steigenden Vermögen erhöht sich dieser Anteil – auf zwei Drittel für die in wohlhabenden Haushalten lebenden Personen –, die Absicherung durch Rente und Pension bzw. die Ungewissheit über zukünftige Sicherung hingegen sinkt. Mehr als 60 Prozent der durch Sach- und Geldvermögen im Alter abgesicherten Personen gaben an, diese zusätzliche private Säule der Altersvorsorge als Notgroschen für eventuelle unvorhersehbare Ereignisse zu benötigen. Auch dieser Anteil steigt mit der Höhe des Vermögens an.

Knapp zwei Drittel der wohlhabenden Personen beabsichtigten im Jahre 1988, ihr Ersparnis als Erbe zu hinterlassen. Hingegen denkt nur knapp ein Drittel der weniger gut Situierten daran, dies zu tun. Wer bereits einiges an Vermögen gespart hat, macht sich demzufolge weniger Sorgen um die Ausgestaltung des Lebensabends als um die Absicherung in Notfällen und der nachfolgenden Generationen.

¹⁰⁶ Es ist zu berücksichtigen, dass Mehrfachnennungen möglich waren.

Während 1988 lediglich rund ein Drittel berichteten, im Alter auch durch Sach- und Geldvermögen abgesichert zu sein, beträgt 2004 der entsprechende Anteil 41 Prozent. Und während 1988 nur 50 Prozent angaben, Geld- und Sachvermögen als zusätzliche private Säule der Altersvorsorge zur Bestreitung des eigenen Lebensunterhaltes zu benötigen, hat sich dieser Anteil 2004 – nach den Reformen in der Rentenversicherung – auf 83 Prozent erhöht. Knapp zwei Drittel aller Befragten, die für das Alter etwas gespart haben, beabsichtigen im Jahre 2004, den Nachkommen bzw. der Familie dieses Vermögen als Erbe zu hinterlassen. Im Jahr 1988 betrug der entsprechende Anteil lediglich 50 Prozent. Neben diesem altruistischen Sparmotiv hat jedoch auch gleichzeitig das Motiv an Bedeutung gewonnen, sich selbst im Alter etwas Besonderes leisten zu wollen (Tabelle 8.2). Diese Ergebnisse weisen darauf hin, dass es kaum möglich ist, Spar- und Vermögensbildungsmotive auf ein einzelnes Motiv zu reduzieren.

8.2 Sparen und Entsparen

Zwei Drittel der 40- bis 85-Jährigen sparten in den vergangenen zwölf Monaten, wobei der Anteil der Sparer und die durchschnittlich gesparte Summe zwischen 1996 und 2002 zurückgingen – der Anteil der Sparer von 67 Prozent auf 60 Prozent, der durchschnittliche Betrag von 4.369 Euro auf 3.850 Euro (Tabelle 8.3). Männer sparen häufiger als Frauen und durchschnittlich ungefähr 1.200 Euro mehr pro Jahr (Tabelle 8.3). Dies lässt sich u.a. dadurch erklären, dass Frauen häufiger im unteren Einkommensbereich vertreten sind (Becker & Hauser 2003: 101 ff). Und da das Einkommen lebensphasenspezifisch variiert, unterscheidet sich auch das Sparverhalten in einzelnen Lebensphasen: Ältere Menschen über 70 Jahren sparen deutlich seltener und geringere Summen als Jüngere. Dies wird zu einem Großteil am durchschnittlich geringeren Einkommen in den höheren Altersgruppen liegen, aber auch z.T. an Veränderungen in den Motivlagen. Beispielsweise ist das Sparen für bestimmte Anschaffungen in der höchsten Altersgruppe deutlich weniger wichtig (Tabelle 8.4).

Wie beim Vermögen zeigt sich auch im Sparverhalten ein deutlicher Ost-West Unterschied: Zwar unterscheiden sich die Anteile derjenigen, die gespart haben nur

geringfügig, die durchschnittliche Sparsumme liegt in Ostdeutschland (2002: 3.300 Euro) aber deutlich niedriger als im Westen (2002: 4.000 Euro). Auch dies kann sicherlich durch die niedrigeren durchschnittlichen Einkommen im Osten erklärt werden – Bildung und Einkommen sind hoch mit der Sparneigung korreliert (Tabelle 8.3).

Erben und Nicht-Erben unterscheiden sich signifikant hinsichtlich ihres Sparverhaltens zum Befragungszeitpunkt: Auch kontrolliert für Geschlecht, Alter, Familienstand, Einkommen und Vermögen sparen Erben häufiger. Auch wenn dies mit den zu Verfügung stehenden Daten nicht abschließend geprüft werden kann, sprechen diese Befunde dafür, dass das Erbe i.d.R. nicht unmittelbar konsumiert wird, sondern die Erbschaften über das Sparverhalten vermögensbildend wirken.

Diejenigen, die Geld zurückgelegt haben, wurden im Alters-Survey gefragt, für welche Zwecke sie gespart haben: „für bestimmte Anschaffungen“; „für mein eigenes Alter“; „für meine Angehörigen“ oder „für einen anderen Zweck“. Oft wurden mehrere Motive genannt. Insgesamt sind „Anschaffungen“ der am häufigsten genannte Grund, gefolgt von der eigenen Altersvorsorge. Erst an dritter Stelle steht das Sparen für die Angehörigen (Tabelle 8.4). Mit zunehmendem Alter bekommt das Sparen für die Angehörigen jedoch eine größere Bedeutung. Mit dem allgemeinen Trend, 2002 weniger zu sparen, hat aber auch das Sparen für die Angehörigen – und zwar am deutlichsten – nachgelassen. Eine Ausnahme von diesem Trend zeigt sich bei den Jüngeren: Die Altersvorsorge hat als Sparmotiv bei den 40- bis 54-Jährigen zwischen 1996 und 2002 deutlich an Bedeutung gewonnen.

Aber nicht nur das Sparen ist im Vergleich zwischen 1996 und 2002 rückläufig, auch das Entsparen ist seltener geworden – dieser Anteil sinkt von 42 Prozent auf 32 Prozent der 40- bis 85-Jährigen (Tabelle 8.5). Die Summen, auf die in diesen Fällen zurückgegriffen wurde, sind mit rund 8.700 Euro wesentlich höher als die Sparsummen der letzten zwölf Monate. Im Alters-Survey wird auch gefragt, zu welchen Zwecken die Befragten oder ihre (Ehe-)Partner in den letzten zwölf Monaten auf ihr Ersparnis zurückgegriffen haben. Der am häufigsten genannte Zweck ist „für die Wohnung/das Haus“, es folgen die konsumorientierten Zwecke „Anschaffungen“ und „Urlaub“. Tabelle 8.6 zeigt die Anteile jener Personen, die auf ihr Ersparnis zurückgegriffen haben, um ihre Angehörigen zu unterstützen. Die durchschnittlichen

Summen, die hier in den jeweils vergangenen zwölf Monaten aufgewendet wurden, sind 2002 höher als 1996, und sie sind im Jahr 2002 überdurchschnittliche hoch (Tabellen 8.5 und 8.6).

Zusammengenommen könnten diese Befunde als Indiz für eine gewisse Verunsicherung bzw. Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation der 40- bis 85-Jährigen interpretiert werden. Das Sparen erfolgt aber nicht in erster Linie, um Angehörige unterstützen zu können, sondern – bei den Älteren – um das eigene Alter abzusichern und – bei den Jüngeren – für bestimmte Anschaffungen.

9 Überlegungen zur künftigen Verbesserung der Datengrundlage

Die im Rahmen dieses Gutachtens durchgeführten Analysen haben einige Punkte deutlich werden lassen, die in zukünftigen Erhebungen Berücksichtigung finden sollten oder in spezifischen Erhebungen anzugehen sind. Daneben ist absehbar, dass mit dem SOEP – soweit es im jetzt gegebenen Rahmen weitergeführt wird – in Zukunft mit den dann vorliegenden Längsschnittinformationen einige dieser Fragen besser angegangen werden können, als dies aufgrund der heutigen Datenlage in diesem Gutachten möglich war.

Der erste Punkt betrifft die unterschiedlichen Quoten und Beträge, die mit den vorliegenden Daten ermittelt werden. Wie am Vergleich des Alters-Survey und des SOEP deutlich wurde, sind für die stark differerierenden Erbquoten unterschiedliche Zielpopulationen und Konzepte mit je spezifischen Frageformulierungen verantwortlich, die z.B. hier kleinere Erbschaften explizit einschließen und dort ausschließen. Daran ist grundsätzlich nichts zu bemängeln, wenn in den Analysen und Interpretationen die entsprechenden Einschränkungen berücksichtigt werden. Für manche Problemstellungen sind jedoch gerade auch die kleineren Erbschaften interessant – etwa im Hinblick auf die besondere Bedeutung von Erbschaften für Haushalte am unteren Ende der Einkommens- und Vermögenshierarchie (vgl. Shapiro & Wolff 2001). Für die Bearbeitung solcher Probleme ist das Fragekonzept des Alters-Survey wesentlich besser geeignet als das des SOEP. Zudem erhebt der Alters-Survey viel umfassendere Informationen über die Transfers *inter vivos*. Dagegen fehlen im Alters-Survey bisher ausreichend detaillierte Vermögensangaben, sodass die Zusammenhänge zwischen Erbschaften und Vermögensverteilung nur unzureichend abgebildet werden können. Eine Kombination dieser Stärken und Schwächen in *einem* Instrument würde der künftigen Forschung eine bessere Grundlage bieten.

Nicht nur im SOEP, sondern auch im Alters-Survey sind systematische Untererfassungen wahrscheinlich, die in den zukünftigen Wellen dieser beiden Erhebungsinstrumente oder in spezifischen Erhebungen zu vermeiden wären. Auf dem heute gegebenen Kenntnisstand können die Fragen präziser formuliert werden, damit sie mehr Anlass und Raum zur Erinnerung an die Ereignisse bieten, die z.T. weit in der Vergangenheit liegen und insbesondere bei mehrfachen Erbschaften schwer zu

beantwortet sind. Eine direktere Fragestrategie wäre hier in vielerlei Hinsicht sinnvoller: Dort, wo ein Elternteil oder Partner verstorben ist, sollte unmittelbar die Frage anschließen, ob diese Person (damals) etwas hinterlassen hat und an wen dieser Nachlass gegangen ist (wobei die Befragungsperson als ein möglicher, aber nicht als einziger Begünstigter genannte werden könnte). Damit würde die Aufmerksamkeit der Befragten auf diesen einen Erbfall konzentriert. Daran anschließen können weitere Fragen zur Art und Höhe des Nachlasses, die dann ebenfalls verlässlicher sein dürften als bei den bislang vorherrschenden summarischen Erbschaftsfragen. Andere Erbschaften – etwa von Geschwistern – müssten freilich weiterhin über eine solche Globalfrage erfasst werden, da aus Gründen der Erhebungsökonomie nicht alle potenziellen Erblasser explizit angesprochen werden können. Diese Globalfrage wäre dann aber auch von den Erbschaften von Partnern und (Schwieger-)Eltern entlastet, so dass auch hier eine gewisse Verbesserung der Datenqualität erwartet werden kann. Gerade bei diesen beiden letzteren Kategorien ist es, wie gezeigt, bisher zu einer erheblichen Untererfassung der Erbschaften gekommen.

Hinsichtlich der Beträge bleibt auf die Probleme der Bewertung und Berechnung hinzuweisen. Im SOEP wird – wie in den meisten Befragungen, die von Ökonomen konzipiert wurden – der Wert zum Zeitpunkt der Erbschaft erfasst (bei Immobilien der damalige Verkehrswert). Dies erfordert zahlreiche Annahmen zur weiteren Wertentwicklung, die in Anbetracht der geringen Detailinformationen zu den geerbten Gütern große Unsicherheiten mit sich bringen und in manchen Fällen zu systematischen Fehlern führen, etwa im Hinblick auf die spezifische Wertentwicklung von Immobilien oder Betrieben. Diese ist bekanntlich stark von kleinräumigen lokalen und regionalen Bedingungen abhängig, die durch einheitliche Indizes für das gesamte Bundesgebiet stark verzerrt werden können. Dass für Immobilien eine Wertsteigerungsrate und für Geldvermögen eine Inflationsbereinigung anzusetzen ist, dürfte unbestritten sein. Offen bleibt jedoch die Frage einer Kapitalisierung (Verzinsung) des Geldvermögens. Die Annahme eines einheitlichen Zinssatzes kann ebenfalls zu Verzerrungen führen, schon deswegen, weil der Ertrag bei kleineren Vermögen regelmäßig geringer ist als bei größeren. Dazu kommt im SOEP das erwähnte Problem, dass Befragte den damaligen Wert aus der heutigen Sicht systematisch überschätzen könnten. Im

Alters-Survey wird die Schätzung des gegenwärtigen Wertes den Befragten abverlangt – sicher ebenfalls problematisch, aber die Befragten könnten durchaus besser in der Lage sein, diesen Wert zu schätzen, als ein Forscher mit unzureichenden Informationen. Allerdings bleibt dann offen, welche Werte tatsächlich transferiert wurden, da die Befragten Zugewinne und Verluste in Anschlag bringen können. Zur Klärung dieser Problematik ist eine Reihe von gezielten Methodenexperimenten – z.B. mit *split design*-Verfahren – wünschenswert.

Ein zweiter wichtiger Punkt betrifft die dürftigen Informationen zu den einzelnen Nachlässen, die bei den üblichen Survey-Befragungen von Erben ermittelt werden: Nähere Informationen zu den Erblassern und vor allem zum Gesamtumfang und der Aufteilung des Erbes fehlen zumeist. Sind die Erblasser die eigenen Eltern, so sind im SOEP und im Alters-Survey einige Informationen über sie wie z.B. berufliche Stellung vorhanden; bei den Schwiegereltern, Großeltern, weiter entfernten Verwandten oder anderen Personen wird die Datenlage zusehends schlechter. Eine vergleichsweise unaufwendige Möglichkeit zur Verbesserung der Datenlage wäre die Erhebung einiger soziodemographischer Merkmale aller Erblasser, beispielsweise – in Anlehnung an die Netzwerkforschung – durch Verwendung einer Frage zu erhaltenen Erbschaften als Namensgenerator mit anschließenden Fragen zu diesen Personen, soweit die entsprechenden Angaben noch nicht vorliegen (vgl. die Überlegungen von Künemund & Hollstein 2000). Wünschenswert wären neben Informationen zu Beziehungsstand, Geschlecht, Alter, Bildung und Beruf dieser Erblasser auch soziodemographische Indikatoren auf Haushaltsebene, also z.B. zum aktuellen oder ehemaligen Partner der Erblasser.

Schwieriger und wohl auch unzuverlässiger wären Fragen nach dem Gesamtumfang und der Aufteilung des Nachlasses, insbesondere wenn auch länger zurückliegende Erbschaften einbezogen werden sollen. Wir schlagen hier für Panelbefragungen wie das SOEP und den Alters-Survey einen gänzlich anderen Weg vor, nämlich ein Interview mit den Hinterbliebenen von verstorbenen Befragungspersonen („Exit-Interview“). Dies ist seit kurzem in der US-amerikanischen *Health and Retirement Study* (HRS) mit Erfolg versucht worden und hat bereits zu aufschlussreichen Ergebnissen geführt (vgl. Hurd & Smith 2004). Damit können zeitnah detailliertere Angaben zum Nachlass an einer jährlich kleinen, aber über die Jahre stetig anwach-

senden Fallzahl erhoben werden, wobei detaillierte Informationen zum Erblasser (und seinen Verwandten) bereits aus früheren Befragungswellen vorliegen. Ein solches Vorgehen wäre daher vergleichsweise unaufwendig und kostengünstig zu realisieren, obgleich natürlich dieses heikle Thema im Hinblick auf Antwortbereitschaft und Panel-„mortalität“ methodisch mit großer Umsicht angegangen werden muss. Konkret geht es darum, den Gesamtumfang des Nachlasses und seine Verteilung auf alle Begünstigten zu erheben (und somit z.B. auch Stiftungen oder Kirchen als Begünstigte überhaupt erstmals in den Blick zu bekommen). Erst damit ergäbe sich die Möglichkeit, das gesamte Erbschaftsgeschehen zu erfassen. Ebenfalls interessant in diesem Zusammenhang wären beispielsweise Fragen zu Erbstreitigkeiten oder testamentarischen Festlegungen. Vor allem das SOEP bietet aufgrund des Befragungsdesigns wie auch des Weiterverfolgungskonzepts einen geradezu idealen Anknüpfungspunkt für solche „Exit-Interviews“. Später könnte anhand der im SOEP verbliebenen Befragten die Wertenwicklung der Erbschaften, ihre weitere Verwendung zwischen Sparen und Konsum sowie die Nachhaltigkeit einer Veränderung der Position der Befragten in der Vermögenshierarchie erfasst werden, so dass nach einigen Jahren eine deutlich verbesserte Datengrundlage zur Verfügung stünde.

Gezielter freilich lassen sich viele dieser Fragen in einer speziell zugeschnittenen repräsentativen empirischen Studie zu Erbschaften angehen. Zurzeit liegen nur einzelne kleinere Studien – insbesondere die beiden von Braun et al. (2002) und Lettke (2005) – mit schmalem Erhebungsprogramm und geringer Repräsentativität vor. Ein repräsentativer Survey könnte so angelegt werden, dass er auf genau die Fragen zielt, die mit den beiden hier verwendeten Datensätzen nicht oder nicht hinreichend genau beantwortet werden können.

Ein dritter Punkt betrifft die Erbschaftsteuerstatistik. Diese bietet, wie in Kapitel 7 gezeigt, bislang kaum sinnvolle Auswertungsmöglichkeiten, da die empirische Basis (nur steuerlich relevante Fälle) wie auch die erhobenen Daten zu eng sind. Welche Möglichkeiten hier im Prinzip bestehen, machen die Auswertungen der Steuerstatistik des Schweizer Kantons Zürich deutlich. Da hier alle Erbfälle verzeichnet werden – auch diejenigen, die nicht zu einer Steuererhebung führen –, stellt sie eine wesentlich umfassendere Quelle dar, die für die Forschung gut zu nutzen ist und bereits zu

aufschlussreichen Befunden geführt hat, die für Deutschland zur Zeit noch nicht vorgelegt werden können (vgl. Bauer & Schmugge 2004).

Schließlich ist bereits jetzt absehbar, dass eine der Schwächen der hier vorgelegten Analysen – nämlich die fehlenden Angaben zum Konsum bzw. Vermögensverzehr – ab dem Jahr 2007, in dem im SOEP die erneute Erhebung einer Vermögensbilanz ansteht, behoben werden können. Das Erhebungsjahr 2002 als Ausgangspunkt nehmend, können dann jährliche Zu- und Abflüsse (Erbschaften, Sparen, Verschuldung usw.) berücksichtigt werden, was eine weitergehende und verlässlichere Beantwortung der in diesem Gutachten aufgeworfenen Fragen zulassen wird.

10 Zentrale Ergebnisse und sozialpolitische Schlussfolgerungen

1. In diesem Gutachten untersuchen wir den Zusammenhang von Erbschaften und Vermögensverteilung in Deutschland auf der Grundlage der beiden großen Datensätze, die dafür geeignet sind, nämlich des Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) und des Alters-Survey, und – soweit möglich – auch der neuen Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik. Wir legen aktuelle Befunde zum Erbschafts- und Schenkungsgeschehen (Erbquoten, Erbsummen und Transfers *inter vivos* sowie ihre soziodemographischen Korrelate), zum Vermögensbestand der Privathaushalte und zum Einfluss von Erbschaften auf das Vermögen vor und gehen darüber hinaus auf die Motive für Vermögensaufbau (Sparen) und Vermögensvererbung ein.

Bei SOEP und Alters-Survey handelt es sich um national repräsentative Mikrodatensätze, die relativ umfangreiche Informationen zu privaten intergenerationellen Transfers *inter vivos* (Schenkungen) und *mortis causa* (Erbschaften) erheben, wenn auch mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Erhebungsstrategien. Von besonderer Bedeutung ist der Unterschied in der Erfassung kleinerer Erbschaften, die im SOEP faktisch vernachlässigt, im Alters-Survey dagegen explizit abgefragt werden, was sich in erheblich geringeren Erbquoten beim SOEP als beim Alters-Survey niederschlägt. Auch die Bewertung der Erbschaften folgt in den beiden Erhebungen einem unterschiedlichen Konzept (Bewertung für den Zeitpunkt des Erbfalles im SOEP, für den Erhebungszeitpunkt im Alters-Survey).

Die hier vorgelegten Befunde haben deshalb insofern ein besonderes Gewicht, als sie mit unterschiedlichen Erhebungsansätzen und Analysemethoden errechnet worden sind. Darüber hinaus sind sie systematischen Sensitivitätsanalysen unterzogen worden. Auf dem gegenwärtigen Stand der Analysemöglichkeiten können sie damit als umfassend gesichert gelten. Allerdings ist auch hier eine Reihe von Einschränkungen zu beachten, die der Konstruktion der Erhebungsinstrumente geschuldet sind. Wir haben dem Rechnung getragen, indem wir jeweils unterschiedliche Annahmen getroffen und entsprechende Modelle gerechnet haben.

2. Das Erbschaftsgeschehen in Deutschland stellt mit durchschnittlich 36 Milliarden Euro jährlich einen enormen Vermögenstransfer zwischen den Generationen dar, der

knapp zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts entspricht. Einschließlich der Schenkungen beläuft sich der private Vermögenstransfer auf knapp 50 Milliarden Euro jährlich, der Durchschnitt liegt – bei Einbezug der Schenkungen – bei gut 50.000 Euro. Von 1999 bis 2002 traten Erbschaften von größeren Geldbeträgen bei rund 1,5 Prozent aller Privathaushalte pro Jahr auf (Schenkungen bei rund 1 Prozent). Für diesen Zeitraum entspricht das im Durchschnitt pro Jahr etwa 575.000 Haushalten mit Erbfällen sowie rund 400.000 mit Schenkungen.

Erbschaften sind heute keineswegs mehr auf eine kleine Gruppe von ökonomisch besonders begünstigten Personen beschränkt. Gemäß dem Alters-Survey hat fast die Hälfte der 40- bis 85-jährigen Bundesbürger schon einmal eine Erbschaft gemacht. Die Erbquote ist zwischen den zwei Erhebungswellen – von 1996 bis 2002 – geringfügig gestiegen; ein deutlicher Anstieg der Erbquote, wie er gelegentlich erwartet wird, ist hier also (noch) nicht festzustellen. Immerhin zwei Fünftel haben schon eine Erbschaft mit einem Wert von mehr als 2.556 Euro erhalten. Im SOEP, das eine erheblich niedrigere Erbquote ausweist, wird diese aus einer Reihe von Gründen untererfasst.

Der größte Teil der Erbschaften stammt von den eigenen Eltern. Vererbung von Seiten der Schwiegereltern dürfte in beiden Datensätzen unterschätzt werden, ebenso Vererbung von Seiten der (Ehe-)Partner, die offenbar häufig nicht als eigentlicher Erbfall betrachtet wird. Eine bessere Erfassung solcher und anderer Erbfälle würde eine eigenständige gezielte Erhebung voraussetzen.

3. Die bisherige Forschungsliteratur – auch die internationale – lässt vermuten, dass für Erbschaften und Schenkungen in erheblichem Maße das Matthäusprinzip gilt: Wer hat, dem wird gegeben. Dies wird durch unsere Befunde umfassend bestätigt. Personen und Haushalte mit höherer Bildung sowie höherem Einkommen und Vermögen haben eine höhere Erbchance und erhalten eine höhere Erbsumme. Erhebliche Unterschiede bestehen auch zwischen Ost- und Westdeutschland – weniger in der Erbquote als in der Erbsumme. Dagegen sind die (früher markanten) Geschlechtsunterschiede unter den Empfängern fast verschwunden.

Diese Befunde gelten überwiegend für beide Datensätze und alle Erhebungszeitpunkte und bestätigen sich auch in multivariaten Analysen. Daraus kann man auf eine Verschärfung der sozialen Ungleichheit zwischen den Nicht-Erben und Erben

sowie zwischen letzteren schließen: Höhere soziale Schichten erfahren im Durchschnitt einen höheren absoluten Vermögenszuwachs durch Erbschaften. Wenn Vermögensungleichheit mittels eines *absoluten* Ungleichheitskonzepts (Abstände zwischen hohen und niedrigen Vermögen) gefasst wird, gilt deshalb, dass sie durch Erbschaften vergrößert wird.

Für Haushalte mit geringem Vermögen stellen Erbschaften dennoch eine nicht zu unterschätzende Quelle persönlichen Vermögens dar, während für bereits begüterte Haushalte die Vermögensübertragung *mortis causa* einen geringeren Anteil ihres Vermögens ausmacht. Erbschaften haben demnach je nach vorheriger Vermögenssituation einen unterschiedlichen relativen Einfluss auf die Vermögensausstattung der Haushalte. Auch in der individuellen Längsschnittperspektive des Zeitraums 1988 bis 2002 zeigt sich (für Westdeutschland) ein großer Vermögenszuwachs durch Erbschaften bei Haushalten mit bisher geringem oder keinem Vermögen. Der relative Zugewinn durch Erbschaft ist demnach für gering begüterte Haushalte wesentlich höher als für Haushalte mit hohen finanziellen Ressourcen.¹⁰⁷

4. Dagegen zeigen unsere Analysen, dass bei einem *relativen* Ungleichheitskonzept – wie es im größten Teil der Literatur zu Einkommens- und Vermögensverteilung und zu Armut und Reichtum Verwendung findet – die Vermögensungleichheit durch Erbschaften nicht zu-, sondern eher sogar etwas abnimmt. Dieser auf den ersten Blick kontraintuitive Befund erklärt sich zum einen daraus, dass die Erbschafts-Vermögens-Relation (Anteil der Erbschaften am Vermögen) für die oberen Gruppen der Vermögenshierarchie geringer ist als für die unteren. Die absolut höheren Erbsummen, die an die vermögenderen Erben gehen, sind für sie weniger relevant, vergleicht man sie mit den Erben ohne oder mit geringem Vermögen. Für letztere bieten Erbschaften häufig erst die Grundlage für einen – zumeist bescheidenen – Vermögensaufbau (oder für eine Entschuldung).

Zum anderen ist zu beachten, dass bei einem Erbfall das Vermögen des Erblassers in der folgenden Generation – je nach Kinderzahl – unter mehreren Erben *aufgeteilt* wird. Der Effekt auf die Gesamtvermögensverteilung hängt von der Zahl der Kinder

107 In eine ähnliche Richtung wiesen bereits unsere Analysen zu den Transfers zu Lebzeiten (vgl. Künemund, Motel-Klingebiel & Kohli 2005) sowie die Arbeiten z.B. von Klevmarken (2004), Westerheide (2004) und Wolff (2003).

und ihren Erbschaftschancen von den jeweiligen Schwiegereltern ab. Bei mehr als zwei Kindern und Homogamie mit Bezug auf zu erbendes Vermögen in der Kindergeneration folgt rechnerisch eine Verringerung der Ungleichheit der Gesamtvermögensverteilung. Wichtig ist auch die soziale Schichtung der Kinderzahl: Sind Kinderzahl und Vermögen in einer Bevölkerung positiv korreliert, nimmt die Ungleichheit eher ab (durch Verteilung der Vermögen auf mehr Personen und/oder Abnahme der Zahl der Personen ohne bzw. mit geringem Vermögen), im gegenteiligen Falle eher zu.

Schließlich ist der Effekt der Verteilung innerhalb der Geschwistergruppe zu berücksichtigen. Auch wenn Erbschaften – im Gegensatz zu *inter vivos* Transfers, die stärker den bedürftigeren Kindern zugute kommen – unter den Kindern ganz überwiegend gleich verteilt werden, trägt dies durch das unterschiedliche Gewicht gleicher Erbsummen für ungleich wohlhabende Kinder zu einer Verringerung der Ungleichheit bei. Je größer die Ungleichheit unter erwachsenen Geschwistern,¹⁰⁸ desto größer ist dieser ungleichheitsreduzierende Effekt.

Erbschaften können also keinesfalls für die Zunahme der (relativen) Vermögensungleichheit seit Beginn der 1990er Jahre verantwortlich gemacht werden. Sie dürften diese im Gegenteil eher etwas abgemildert haben.

5. Die hier berichteten Befunde sind auch das Ergebnis der bisher geltenden Erbschaftsbesteuerung. Der Effekt der Besteuerung auf die Erbschaftshöhen und ihre Verteilung lässt sich auf dem gegenwärtigen Informationsstand nicht genau bestimmen. Man kann jedoch davon ausgehen, dass eine höhere Besteuerung der hohen Vermögensübertragungen sowohl die absolute wie auch die relative Ungleichheit der Vermögensverteilung reduzieren würde. Bei einer höheren Besteuerung der mittleren und kleineren Transfers ist der zu erwartende Effekt nicht klar. Er dürfte aber jedenfalls den Wohlfahrtsverlust, der mit einer Verringerung der mittleren und niedrigen Erbschaftshöhen verbunden wäre, nicht wettmachen.

108 Die sozioökonomische Ungleichheit zwischen erwachsenen Geschwistern dürfte erheblich höher sein, als gewöhnlich angenommen wird. In einer aktuellen Studie schätzt Conley (2004), dass mehr als die Hälfte der Ungleichheit zwischen Erwachsenen in den USA auf Ungleichheit *innerhalb* von Familien (statt *zwischen* ihnen) zurückzuführen ist.

11 Anhang

Anhang A: Verteilungsmaße

Die Frage nach einer Vergrößerung oder Verringerung der Vermögensungleichheit durch Erbschaften kann mithilfe verschiedener Ungleichheitsmaße beantwortet werden. Dazu wird auf zwei Konzepte abgestellt „relative“ und „absolute“ Ungleichheit. Das relative Ungleichheitskonzept orientiert sich am *Verhältnis* zwischen den Vermögenspositionen innerhalb einer Gruppe bzw. zwischen Gruppen. Hingegen veranschaulicht das absolute Ungleichheitskonzept die Verteilung der Vermögens**be**träge innerhalb oder zwischen Gruppen und reagiert damit auch gegenüber proportionalen Transformationen einer Verteilung.

In der Literatur findet sich eine Fülle von Maßzahlen, die geeignet sind, den Grad der Ungleichheit von Verteilungen zu charakterisieren. Ihren spezifischen Eigenschaften entsprechend bilden sie unterschiedliche Aspekte der Verteilungen ab. Um eine differenzierte Darstellung der Vermögensverteilung zu gewährleisten, finden im vorliegenden Gutachten deshalb mehrere ausgewählte Ungleichheitsmaße Anwendung, über die hier eine kurze Übersicht gegeben wird (vgl. z.B. Cowell 2000; Hauser & Wagner 2002). Für sämtliche in diesem Gutachten herangezogenen Kennziffern gilt: Je höher ihr Wert, desto größer ist die Ungleichheit.

Gini-Koeffizient

Das gebräuchlichste Disparitätsmaß ist der *relative Gini-Koeffizient* (G), der das Verhältnis des Flächeninhalts zwischen Diagonale und Lorenzkurve zum Gesamtflächeninhalt (Fläche zwischen Diagonale und x-Achse) angibt. Er kann Werte zwischen null (Gleichverteilung) und eins annehmen. Der Gini-Koeffizient zielt stark auf die am häufigsten vorkommenden, durchschnittlichen Vermögenswerte ab. Die Vermögensposition wird relativ zur Vermögensposition anderer dargestellt. Eine Vervielfachung (Multiplikation) aller Vermögen um denselben Faktor hat bei diesem gebräuchlichen relativen Ungleichheitsmaß keine Veränderung seines Wertes zur Folge. Wenn hingegen das Vermögen aller Untersuchungseinheiten um einen

konstanten Betrag (Addition) erhöht oder gesenkt wird, verändert sich der relative Gini-Koeffizient (vgl. Amiel & Cowell 1999). Der weniger weit verbreitete *absolute Gini-Koeffizient* (vgl. Blackorby & Donaldson 1980), der sich aus der Multiplikation des relativen Gini-Koeffizienten mit dem gewichteten Mittelwert der Verteilung errechnet, ändert hingegen seinen Wert nicht, wenn das Vermögen aller Untersuchungseinheiten um einen konstanten Betrag (Addition) erhöht oder gesenkt wird.

Theil-Koeffizienten

Zusätzlich werden die aus der Informationstheorie abgeleiteten skalenunabhängigen Teil-Koeffizienten berechnet (vgl. Theil 1967). Sie geben die durchschnittliche Abweichung des logarithmierten Vermögens vom logarithmierten Mittelwert an. Der erste Teil-Koeffizient, das sogenannte *Theilsche Entropiemaß* (T_t), gewichtet die logarithmierten Abweichungen zusätzlich mit dem Vermögensanteil und ist damit weniger sensitiv gegenüber Veränderungen im unteren Bereich. Das zweite Teil-Maß, die so genannte *Mittlere Logarithmische Abweichung* (T_b), reagiert besonders sensitiv auf Veränderungen im unteren Bereich einer Einkommens- oder Vermögensverteilung. Auch im Vergleich zum Gini-Koeffizienten betont das Entropiemaß stärker Verteilungsänderungen in den oberen Vermögensgruppen ("top-sensitive"), während die Mittlere Logarithmische Abweichung stärker auf Verteilungsänderungen in den unteren Vermögensgruppen reagiert ("bottom-sensitive").

Beide Teil-Koeffizienten sind bei einer vollständigen Gleichverteilung auf null normiert, aber anders als beim Gini-Koeffizient ist ihr Wertebereich nach oben offen, geht also auch über 1 hinaus.

Allgemeines Informationsmaß nach Theil

Eine weitaus flexiblere Klasse an Maßen für den Informationsgehalt einer Verteilung – GE (*generalized entropy*) – nutzt eine allgemeinere Auswertungsfunktion und schließt die beiden spezialisierten Teil-Koeffizienten ein. Der für diese Maße verwendete Parameter α spiegelt die Sensitivität des jeweiligen Indikators für verschiedene Schichten der Verteilung wider. So zielt ein hoher Parameter ($\alpha \geq 2$) auf Verteilungsveränderungen in oberen Schichten ab und ein geringer Parameter

($\alpha \leq 0,5$) auf Veränderungen im unteren Bereich. Das Maß GE reagiert also je nach Wahl des Sensitivitätsparameters α sensitiv auf Veränderungen im oberen oder unteren Teil einer Verteilung.

Atkinson-Maß

Das *Atkinson-Maß* wird aus einer utilitaristischen Wohlfahrtsfunktion abgeleitet und ist durch die Wahl eines Parameters (ϵ) bestimmt, mit dem die gesellschaftliche Ungleichheitsaversion reflektiert wird. Ein ϵ -Wert > 0 bedeutet, dass es eine soziale Präferenz für Gleichheit gibt, oder anders ausgedrückt eine Ungleichheitsaversion besteht. Höhere ϵ -Werte (A [$\epsilon \geq 2$]) führen zu einer stärkeren Berücksichtigung unterer Verteilungsbereiche. Eine Erhöhung des Parameters ϵ erhöht demnach die Sensitivität im Hinblick auf die Ungleichheit und gewichtet Verteilungsänderungen vor allem in den unteren Vermögensgruppen stärker. Bei den im Gutachten durchgeführten Verteilungsanalysen werden die ϵ -Werte 1 und 2 berechnet.

Der Variationskoeffizient

Der *Variationskoeffizient* (V) ist definiert als die Standardabweichung geteilt durch den Mittelwert eines Untersuchungsmerkmals. Bei Gleichverteilung ist der Wert null. Der Variationskoeffizient ist ein relatives Streuungsmaß mit der Eigenschaft, nicht auf Multiplikationen zu reagieren.

Quintile als Verteilungsmaß

Die Merkmalsträger können nach Vermögenshöhe in *Quintile* (Fünftel) eingeteilt werden, um festzustellen, welcher Anteil des Gesamtvermögens auf die einzelnen Gruppen entfällt. Bei Gleichverteilung wären dies jeweils 20 Prozent. Je stärker die Anteile der einzelnen Quintile davon abweichen, desto größer ist das Ausmaß an Ungleichheit. Mit zunehmender Ungleichheit steigt der Anteil der oberen Quintile und sinkt der Anteil der unteren Quintile. Maximale Ungleichheit ist dann erreicht, wenn das oberste Quintil über 100 Prozent des Gesamtvermögens verfügt. Die Streuung

innerhalb der Quintile bleibt allerdings bei dieser Kennziffer unberücksichtigt. Analog kann mit Quartilen, Dezilen o.ä. verfahren werden.

Randgruppen-Relation

Basierend auf der Verteilung z.B. von Quartilen lassen sich *Randgruppen-Relationen* (z.B. $Y_{75/25}$) zur Illustration von Spannweiten innerhalb der Verteilung ableiten. Die verwendete 75/25-Relation ergibt sich aus dem Verhältnis der Vermögensschwelle zwischen dem untersten und dem zweiten Quartil zur Vermögensschwelle zwischen dem dritten und dem obersten Quartil. Eine hohe bzw. steigende Randgruppen-Relation zeigt eine hohe bzw. steigende Ungleichheit an.

Anhang B: Mittelwertimputationen von Vermögenswerten

In der SOEP-Befragung 2002 zur persönlichen Vermögensbilanz wurden zwei Erhebungsinstrumente eingesetzt: Im „paper and pencil interview“ (PAPI) konnten die Befragten den Betrag der einzelnen Vermögenskomponenten offen angeben. IM „computer assisted personal interview“ (CAPI) wurden die Befragten hingegen erst durch kategoriale Vermögensschwellen geleitet, bevor sie aufgefordert wurden, den offenen Betrag anzugeben. Wurde dieser verweigert, so liegt zumindest die Kategorienangabe vor.

Jenen CAPI-Befragten, für die nur die kategoriale Angabe des Betrags einer Vermögenskomponente vorlag, wurde der Mittelwert aller in die jeweilige Kategorie fallenden Angaben zur entsprechenden Komponente zugewiesen. Fälle ohne Angaben von Schwellen sowie oder PAPI-Befragte ohne Angaben wurde den Mittelwert aller Befragten der jeweiligen Interviewform für die jeweilige Vermögenskomponente zugewiesen.

Von allen CAPI-Befragten haben zwischen der Hälfte (Lebensversicherung) und einem Viertel (selbstgenutzte Immobilien) einen Betrag der jeweiligen Vermögenskomponente nicht angegeben, durchschnittlich ein Drittel davon nannten zumindest einen kategorialen Schwellenwert. Dagegen verweigerten durchschnittlich ein Fünftel der PAPI-Befragten die offene Angabe zum Wert der jeweiligen Vermögenskomponente. Der Anteil derjenigen, die gar keine Angabe zu den einzelnen Vermögenskomponenten gemacht haben, liegt bei PAPI-Befragten damit durchschnittlich doppelt so hoch wie bei CAPI-Befragten. Die Mittelwertimputationen bei CAPI-Befragten sind aufgrund der höheren Informationsdichte präziser.

Anhang C: Sensitivitätsanalysen

Um die Wirkung des Erbschaftsgeschehens auf die Vermögensverteilung so differenziert wie möglich nachzubilden, wurde das in Abschnitt 6.2 dargestellte Szenario einer „konfiskatorischen Erbschaftsbesteuerung“ durch vertiefende empirische Sensitivitätsanalysen für die Jahre 1988 und 2001/2002 überprüft.

Zunächst wurde in Tabelle C1 geprüft, ob der ermittelte Gini-Koeffizient in Tabelle 6.11 ein signifikantes Niveau aufweist. Dazu wurden die Mittelwerte, der relative Gini-Koeffizient, dessen Standardfehler und dessen Konfidenzintervall für alle Privathaushalte dargestellt. Zusätzlich unterteilen sich die Tabellen in Haushalte mit und ohne Erbschaften (vgl. Tabelle C1). Um herauszufinden, ob sich Schwankungen zwischen den Quintilen des Nettogesamtvermögens ergeben, wurden in Zeile 7 bis 8 zusätzlich die Angaben für jedes Quintil einzeln dargelegt. Ferner findet sich in Spalte 2 die Vermögensverteilung ohne die 20 Prozent der Haushalte am untersten Rand der Verteilung und in Spalte 3 die Verteilung ohne die 20 Prozent der Haushalte am obersten Rand der Verteilung. D.h. die Verteilung wurde einmal oben und einmal unten gekappt, um Einflüsse von extrem hohen bzw. extrem niedrigen Vermögen zu identifizieren.

Die ergänzenden Sensitivitätsanalysen zur Verteilungswirkung von Erbschaften werden in Tabelle C2 bis C9 dargestellt. Es werden inhaltlichen und methodischen Einschränkungen Rechnung getragen:

- In Tabelle C2 sind nur Personen des Geburtsjahrganges 1942 bis 1957 in Privathaushalten aus Westdeutschland in die Verteilungsanalyse einbezogen. Die westdeutsche Kohortenbetrachtung zu den zwei Zeitpunkten 1988 und 2002 hat zum Ziel, die Vermögensveränderung einer Kohorte (ohne deren Elterngeneration) zu ermitteln. Die Zunahme der Konzentration der Vermögen bestätigt sich ebenso wenig wie die Abnahme der Konzentration der Vermögen nach Abzug der Erbsumme.
- In Tabelle C3 ist auf Personen im Lebensalter von 45 bis 60 Jahren abgezielt. Eine Altersgruppenbetrachtung zu zwei Zeitpunkten kann Aufschluss über die Vermögensveränderung derjenigen mit der höchsten Erbquote geben. Eine ge-

nerelle Zunahme der Vermögenskonzentration in der jüngeren Vergangenheit bestätigt sich in dieser Stichprobe, für eine Abnahme der Vermögenskonzentration nach Abzug der Erbsumme gibt es weder 1988 noch 2002 Anzeichen.

- In Tabelle C4 sind nur Haushalte der „Hocheinkommensstichprobe G“ ausgewiesen. Eine isolierte Betrachtung der Haushalte der „Hocheinkommensstichprobe“ (Einkommen von 3.500 Euro und mehr) im Jahr 2002 hat den Vorteil, die Vermögensveränderung innerhalb einer einkommenshomogeneren Gruppe am oberen Rand der Vermögensverteilung nachbilden zu können. Auch hier kann eine Abnahme der Konzentration der Vermögen nach Abzug der Erbsumme nicht bestätigt werden.
- In Tabelle C6 wurden lediglich das Vermögen wie auch die Höhe der Erbschaft von Personen in Haushalten berücksichtigt, deren beide Elternteile bereits verstorben sind. Zusätzlich sind nur Personen mit mittleren und größeren Erbschaften einbezogen, d.h. Transfers über 5.000 Euro, um den Erbanteil am Vermögen zu steigern. Um Problemen der Verzerrung entgegenzuwirken, wenn z.B. gut Situierte kleinere Erbschaften eher nicht, weniger gut Situierte kleinere Erbschaften aber häufiger angeben, beziehen sich diese Berechnungen nur auf Übertragungen von Immobilien. Die isolierte Betrachtung aller Haushalte im Jahr 2002 mit Immobilientransfers von bereits verstorbenen Eltern lässt die Abbildung einer homogenen Gruppe von Erben zu. Es zeigt sich, dass die Hypothese einer Abnahme der Konzentration der Vermögen nach Abzug der Erbsumme durch die Indikatoren nicht bestätigt werden kann.
- In Tabelle C7 und Tabelle C8 fand eine zeitliche Eingrenzung vom Zeitpunkt des Erhaltes der Erbschaft statt. Tabelle C7 umfasst Erbschaften der letzten 10 Jahre, wohingegen Tabelle C8 Erbschaften bis vor 28 Jahren mit aufnimmt. Dieses Zeitfenster wurde aus Gründen der Vergleichbarkeit mit den Daten aus dem Jahr 1988 gewählt. In diesem Jahr wurden Erbschaften in einem Zeitrahmen von 1960 bis 1988, also für 28 Jahre, erhoben. Ziel dieser Abgrenzung war die Verringerung von Unsicherheiten, die aus Erinnerungsproblemen resultieren. Die Mehrzahl der Indikatoren erhöht sich und weist somit auf einen Zunahme der Ungleichheit hin. Damit kann eine Abnahme der Konzentration der Vermögen nach Abzug der Erbsumme nicht bestätigt werden.

- In Tabelle C9 wurden Verteilungsanalysen des Nettogesamtvermögens unter Abzug der imputierten Erbsumme vorgenommen. Wie aus Tabelle 3.4 hervorgeht, verweigerten rund 28 Prozent der Haushalte die Angabe der Höhe des Vermögenstransfers mortis causa. Dieser beträchtliche Ausfall wurde durch eine Mittelwertimputation auf Grundlage vorhandener Vermögenswerte behoben. In den vorangegangenen Tabellen wurden diese Verweigerungen aus den Analysen ausgeschlossen. Die Mittelwertimputation von Erbsummen (bei Antwortverweigerung der Erben) begrenzen mögliche methodische Selektivitäten im Antwortverhalten von Erben und gleichen eine potenzielle Unterschätzung des „wahren“ Erbgeschehens aus. Wie in den Modellen zuvor ist auch hier ein Anstieg der gemessenen Indikatoren zu verzeichnen, wonach die Abnahme der Konzentration der Vermögen nach Abzug der Erbsumme nicht bestätigt werden kann.

Im Ergebnis zeigen die Sensitivitätsanalysen, dass sich die Hypothese, dass die gesamtgesellschaftliche Ungleichheit durch Erbschaften zunimmt, mit einem solchen Modell nicht bestätigen lässt.

Anhang D: Selektivität und Disproportionalität

Im SOEP 1988 liegt der Anteil der Haushalte ohne Angaben in der Erbschafts- und Vermögensbilanz bei knapp sechs Prozent, weil diese Haushalte den drop-off nicht ausgefüllt haben (vgl. Tabelle 3.1). Im gepoolten Datensatz 2001 bis 2003 beträgt der Anteil der Haushalte ohne Angaben ebenso rund sechs Prozent – und zwar aufgrund von Matchingverfahren (vgl. Tabelle 3.5). Für die 1.562 Haushalte ohne Angaben in der Vermögensbilanz 1988 und die 2.284 Haushalte ohne Informationen in 2001 und 2003 wurden folgende Ausfallanalysen vorgenommen.

Zunächst wurde der jeweilige Anteil der Haushalte mit fehlenden Werten pro Haushaltsgruppe bestimmt (vgl. Tabelle 3.1 und Tabelle 3.5). Besonders häufig verweigerten jene Haushaltsvorstände Angaben zur Vermögensbilanz, die auch keine Angaben zum Haushaltseinkommen (16,7 Prozent) und zur Stellung im Beruf (24,1 Prozent) gemacht haben (vgl. Tabelle 3.1). Des Weiteren verweigern tendenziell eher jene Haushaltsvorstände die Angaben zu Vermögen, die selbst wahrscheinlich über größere Vermögen verfügen. Dies sind in erster Linie Haushalte mit Wohneigentum (8,4 Prozent), mit höher qualifizierten Vorständen (7,4 Prozent) und mit Haushaltsvorständen in den beruflichen Stellungen Beamte (6,9 Prozent), Angestellte (7,8 Prozent) und Selbständige (6,8 Prozent).

In einem weiteren Schritt wurden multivariate Logit-Schätzungen durchgeführt. Die dichotome abhängige Variable „Verweigerung der Vermögensbilanz“ nimmt den Wert Eins an, wenn die Angabe der Vermögensbilanz verweigert wurde und den Wert Null, wenn eine Angabe des Haushaltes zur Vermögensbilanz vorliegt. Demnach beträgt die Wahrscheinlichkeit der Haushalte mit Haus- und Grundbesitz, die Angabe zu verweigern, das 1,9-fache der Wahrscheinlichkeit der Haushalte ohne Grund und Boden, keine Angabe zur Vermögensbilanz zu machen (vgl. Tabelle D1). Ebenso ist es viel wahrscheinlicher, dass Haushalte ohne Angabe des Haushaltseinkommens auch die Angaben zur Vermögensbilanz verweigern als Haushalte des zweiten Einkommensquintils. Ähnliches zeigt sich beim Antwortverhalten der Haushaltsvorstände ohne Angabe der beruflichen Stellung (vgl. Tabelle D1). Auch für 2002 ergibt die Überprüfung der Haushalte ohne Informationen im Datensatz, dass die Antwort-

ausfälle mit Einkommen und Vermögen korrelieren. Hier verweigern Haushalte ohne Angaben zum Einkommen fast dreimal so häufig Angaben zum Vermögen wie Haushalte des zweiten Einkommensquintils (vgl. Tabelle D2).

Zusätzlich wurden Ausfallanalysen für diejenigen Haushalte vorgenommen, die zwar eine Erbschaft, nicht jedoch deren Höhe angegeben haben. In Tabelle 3.4 ist erkennbar, dass 28,8 Prozent aller Erbenhaushalte, die Angabe des Wertes der Vermögensübertragung verweigern. Wieder stellt sich die Frage, ob die Verweigerung von Angaben zur Erbschaftshöhe strukturiert oder zufällig ist.

Aus Tabelle D3 ist erkennbar, dass an folgende Haushaltsgruppen ein höherer Anteil an Haushalten die Angabe des Betrages der Erbschaft verweigert:

- Haushalte mit Haus- und Grundbesitz,
- Haushalte ohne Angaben zum Haushaltseinkommen und mit geringerem Haushaltseinkommen,
- Haushalte mit Verweigerung der Angabe des Erbjahres,
- Haushalte, die als Art der Erbschaft Unternehmensbesitz angaben,
- Haushalte, die als Art der Erbschaft Haus- und Grundbesitz angaben,

Insgesamt legen die Sensitivitätsanalysen den Schluss nahe, dass in der Gruppe der Erben, die den Betrag ihres Vermögens oder ihrer Erbschaft verweigern, tendenziell häufiger Personen aus vermögenderen Haushalten anzutreffen sind. Es bleibt weitergehenden methodischen Analysen – z.B. weitergehenden multivariaten Imputationsverfahren (wie dem nearest neighbour matching-Verfahren) – vorbehalten, die vorliegende Datenbasis zu verbessern.

Anhang E: Erhebungsinstrumente

Inhaltsübersicht:

1.	Erbfälle im Haushalt (SOEP 1988)	144
2.	Gesamtvermögen im Haushalt 1988 (SOEP 1988)	145
3.	Erbfälle im Personenfragebogen (SOEP 2001)	146
4.	Persönliche Vermögensbilanz (SOEP 2002)	147
5.	Private monetäre Transfers (AS 1996)	149
6.	Erbschaften (AS 1996)	152
7.	Sparen und Vermögen (AS 1996)	153
8.	Entsparen und Schulden (AS 1996)	154
9.	Private monetäre Transfers (AS 2002)	155
10.	Erbschaften, Immobilienbesitz und diesbezügliche Schulden (AS 2002)	157
11.	Sparen (AS 2002)	159
12.	Vermögen (AS 2002)	160
13.	Entsparen und Schulden (AS 2002)	161

Erbschaften

11. Haben Sie (oder ein anderes Haushaltsmitglied) nach 1960 einmal eine Erbschaft gemacht, bei der Ihnen Haus- und Grundbesitz, Wertpapiere, Beteiligungen oder sonstiges Vermögen zugeflossen ist?

Ja ☐



Nein ☐ ➔

Weiter mit Frage 12!

Bitte für jede Erbschaft
die Zusatzfragen 11A - 11D ausfüllen!

1. Erbschaft 2. Erbschaft 3. Erbschaft

- 11A Welche Person in diesem Haushalt
hat die Erbschaft gemacht?

Vorname

- 11B In welchem Jahr war das?

 1 9
 1 9
 1 9

- 11C Um welche Art von Vermögen ging
es dabei?

Haus- und Grundbesitz	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wertpapiere oder Beteiligungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bargeld, Bankguthaben usw.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

- 11D Wie hoch war der damalige
Wert dieser Erbschaft etwa
(abzüglich eventueller Schulden)?

Betrag in DM

Weiß nicht

☐
☐
☐

Gesamtwert des Vermögens

10. Wenn Sie einmal überschlägig das gesamte Vermögen dieses Haushalts zusammenrechnen (Geld- und Sachvermögen, einschließlich des selbstgenutzten Wohneigentums, aber *ohne* Hausrat und Auto), wie hoch ist etwa der Gesamtwert?

Geben Sie bitte nur die zutreffende Größenordnung an.

Vergessen Sie aber nicht, eventuell aufgenommene Hypotheken, Darlehen oder sonstige Kredite abzuziehen.

Bei Selbständigen:
einschließlich des privaten
Anteils am Betriebs- oder
landwirtschaftlichen Ver-
mögen.

- | | |
|--------------------------------------|--------------------------|
| Keinerlei Vermögen | <input type="checkbox"/> |
| unter 20.000 DM | <input type="checkbox"/> |
| 20.000 bis unter 60.000 DM | <input type="checkbox"/> |
| 60.000 bis unter 100.000 DM | <input type="checkbox"/> |
| 100.000 bis unter 200.000 DM | <input type="checkbox"/> |
| 200.000 bis unter 400.000 DM | <input type="checkbox"/> |
| 400.000 bis unter 800.000 DM | <input type="checkbox"/> |
| 800.000 bis unter 1 500.000 DM | <input type="checkbox"/> |
| 1 500.000 DM und mehr | <input type="checkbox"/> |
| Weiß nicht | <input type="checkbox"/> |

108. Haben Sie persönlich schon einmal eine Erbschaft gemacht oder eine größere Schenkung erhalten? Wir meinen dabei Übertragungen von Haus- und Grundbesitz, von Wertpapieren, Beteiligungen, sonstigem Vermögen oder größeren Geldbeträgen.

Ja ☐

Nein ☐ ➔

Sie springen auf Frage 109!

☞ Bitte für jeden Fall einer Erbschaft oder Schenkung die Zusatzfragen a) bis e) ausfüllen!
Falls Sie mehrere Erbschaften gemacht oder Schenkungen erhalten haben, tragen Sie bitte die erste unter "1. Fall", die zweite unter "2. Fall" und die dritte unter "3. Fall" ein.

	1. Fall	2. Fall	3. Fall
a) In welchem Jahr war das? Jahr:	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>
b) Handelte es sich um –			
– eine Erbschaft?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
– eine Schenkung oder "Überschreibung"?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
c) Um welche Art von Vermögen ging es dabei?			
Haus- und Grundbesitz, Eigentumswohnung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wertpapiere (Schatzbriefe, Aktien, Fonds usw.)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bargeld, Bankguthaben usw.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Unternehmensbesitz oder -beteiligung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sonstige Vermögenswerte/Sachgeschenke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
d) Wie hoch war der <u>damalige</u> Wert dieser Erbschaft oder Schenkung?			
☞ Bei Haus- und Grundbesitz bitte damaligen <u>Verkehrswert</u> angeben!	DM / Mark <input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Weiß nicht	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
e) Von wem haben Sie diese Erbschaft oder Schenkung erhalten?			
Eltern, Elternteil	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Schwiegereltern	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Großeltern	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ehepartner/-partnerin	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sonstige Person(en)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

109. Was meinen Sie, werden Sie in der Zukunft (noch einmal) eine Erbschaft machen oder eine größere Schenkung erhalten?

Ja, sicher ☐ ➔

Wird der Wert vermutlich über oder unter 50.000 DM liegen?

Ja, wahrscheinlich ☐

Unter 50.000 DM ☐

Über 50.000 DM ☐

Nein ☐

Weiß nicht ☐

Ihre persönliche Vermögensbilanz

Verfügen Sie persönlich über folgende Formen von Eigentum oder Vermögen?
Falls ja: schätzen Sie bitte jeweils den heutigen Vermögenswert.

A Sind Sie persönlich Eigentümer des Hauses oder der Wohnung, in der Sie selbst wohnen?

Ja ☐ ➔

Nein ... ☐
⬇

Wert:

Wenn Sie heute verkaufen würden, wieviel würden Sie für Wohnung/Haus einschließlich Grundstück erzielen?

EURO

Belastungen:

Falls Wohnung/Haus noch mit Darlehen belastet ist, wie hoch ist etwa die heutige Restschuld (ohne Zinsen)?

EURO

Persönlicher Eigentumsanteil:

Sind Sie alleiniger Eigentümer (zu 100%) oder Miteigentümer (z.B. gemeinschaftlich mit Ehepartner)?

Alleiniges Eigentum

☐

Wenn letzteres, wie hoch ist Ihr persönlicher Anteil?

Anteil in %

B Haben Sie, abgesehen von selbst genutztem Wohneigentum, sonstigen Haus- oder Grundbesitz?

Ja ☐ ➔

Nein ... ☐
⬇

Art und Anzahl der Immobilien:

Um welche Art Immobilien handelt es sich dabei?

Einfamilienhaus/Eigentumswohnung (aber nicht selbst genutzt) ☐

Mehrfamilienhaus/Mietshaus ☐

Ferienwohnung/Wochenendwohnung ☐

Unbebautes Grundstück ☐

Sonstige Immobilie ☐

Wie viele solcher Immobilien – ohne das selbstgenutzte Wohneigentum – haben Sie insgesamt?

Anzahl

Wert:

Wenn Sie Ihren Immobilienbesitz – ohne das selbstgenutzte Wohneigentum – heute verkaufen wollten, welchen Preis könnten Sie etwa erzielen?

EURO

Persönlicher Eigentumsanteil:

Sind Sie davon alleiniger Eigentümer (zu 100%) oder Miteigentümer (z.B. gemeinschaftlich mit Ehepartner)?

Alleiniges Eigentum

☐

Wenn letzteres, wie hoch ist Ihr persönlicher Anteil?

Anteil in %

Belastungen:

Falls Ihr Immobilienbesitz noch mit Darlehen belastet ist, wie hoch ist etwa die heutige Restschuld (ohne Zinsen)?

EURO

- C** Verfügen Sie über Geldanlagen von mehr als 2.500 EURO, etwa in Form von Sparguthaben, Spar- oder Pfandbriefen, Aktien oder Investmentanteilen?

Ja ☐ ➔
Nein ... ☐
↓

Wert:

Wie hoch schätzen Sie den Wert Ihrer Geldanlagen insgesamt?

EURO

Persönlicher Eigentumsanteil:

Sind diese Geldanlagen alle auf Ihren Namen angelegt oder laufen sie teilweise auch auf Gemeinschaftskonten mehrerer Personen, etwa bei Ehepaaren?

Alleiniges Eigentum ☐

Wenn letzteres, wie hoch ist Ihr persönlicher Anteil?

Anteil in %

- D** Besitzen Sie gegenwärtig Lebensversicherungen oder private Rentenversicherungen oder Bausparverträge?

Ja ☐ ➔
Nein ... ☐
↓

Wert:

Wie hoch schätzen Sie den derzeitigen Rückkaufwert dieser Versicherungsverträge bzw. Geldanlagen?

EURO

- E** Sind Sie Eigentümer eines gewerblichen Betriebes, d.h. einer Firma, eines Geschäfts, einer Kanzlei, einer Praxis oder eines landwirtschaftlichen Betriebes, oder an einem solchen Betrieb beteiligt?

Ja ☐ ➔
Nein ... ☐
↓

Persönlicher Eigentumsanteil:

Sind Sie in diesem Betrieb alleiniger Unternehmer, oder beteiligter Unternehmer, z.B. nach GBR, GmbH oder KG?

Alleiniger Unternehmer ☐

Beteiligter Unternehmer ☐

Wert:

Wie hoch schätzen Sie den heutigen Vermögenswert Ihres Betriebes bzw. Ihrer Beteiligung? Das ist der Preis vor Steuern, den Sie bei einem Verkauf des Betriebes bzw. Ihrer Beteiligung erzielen könnten, unter Berücksichtigung eventueller bestehender Kreditbelastungen.

EURO

- F** Verfügen Sie über Sachvermögen von mehr als 2.500 EURO (ohne Kraftfahrzeuge) in Form von Gold, Schmuck, Münzen oder wertvollen Sammlungen?

Ja ☐ ➔
Nein ... ☐
↓

Wert:

Angenommen, Sie könnten diese Sachvermögen veräußern: Wie hoch schätzen Sie den Gesamtwert ein?

EURO

- G** Einmal abgesehen von Hypotheken für Haus- und Grundbesitz oder Baudarlehen: Haben Sie zur Zeit noch Schulden aus Krediten, die Sie als Privatperson bei einer Bank, einer sonstigen Einrichtung oder bei einer Privatperson aufgenommen haben, und für die Sie privat haften?

Gemeint sind nur größere Schulden von 2.500 EURO oder mehr. Ohne Hypotheken und Baudarlehen!

Ja ☐ ➔
Nein ... ☐
↓

Belastung:

Derzeitige Restschulden (ohne Zinsen):

EURO

Frage 86
nächste Seite!

Nr.					Weiter mit
800.	<p>Viele Menschen machen anderen Geld- oder Sachgeschenke oder unterstützen diese finanziell. Dabei kann es sich z.B. um Eltern, Kinder, Enkel oder andere Verwandte, aber auch um Freunde oder Bekannte handeln. Wie ist das bei Ihnen? Haben Sie in den vergangenen 12 Monaten jemandem Geld geschenkt, größere Sachgeschenke gemacht oder jemanden regelmäßig finanziell unterstützt?</p> <p style="text-align: right;">K. 40</p> <p>Ja <input type="checkbox"/> 1 58</p> <p>Nein <input type="checkbox"/> 2</p> <p>Weiß nicht <input type="checkbox"/> 8</p>				800A
<p>Bitte für alle genannten Personen Frage A bis E nacheinander abfragen!</p> <p style="text-align: center;">K. 41 K. 42 K. 43 K. 44</p>					801
A	Welche Person war das?	1. Person Code lt. Personenkarte 11-13	2. Person Code lt. Personenkarte 11-13	3. Person Code lt. Personenkarte 11-13	4. Person Code lt. Personenkarte 11-13
Code in Kopfzeile eintragen!		<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
B	Waren dies ...	Mehrfachnennungen möglich!	Mehrfachnennungen möglich!	Mehrfachnennungen möglich!	Mehrfachnennungen möglich!
Geldgeschenke		<input type="checkbox"/> 1 14	<input type="checkbox"/> 1 14	<input type="checkbox"/> 1 14	<input type="checkbox"/> 1 14
größere Sachgeschenke		<input type="checkbox"/> 1 15	<input type="checkbox"/> 1 15	<input type="checkbox"/> 1 15	<input type="checkbox"/> 1 15
regelmäßige finanzielle Unterstützung?		<input type="checkbox"/> 1 16	<input type="checkbox"/> 1 16	<input type="checkbox"/> 1 16	<input type="checkbox"/> 1 16
Anderes (bitte notieren)		17	17	17	17
C	Wenn Sie einmal alles zusammenzählen, wieviel war das etwa in den letzten 12 Monaten?	Kennbuchstabe notieren	Kennbuchstabe notieren	Kennbuchstabe notieren	Kennbuchstabe notieren
Liste 800 vorlegen und Kennbuchstaben nennen lassen!		<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Verweigert		<input type="checkbox"/> 97	<input type="checkbox"/> 97	<input type="checkbox"/> 97	<input type="checkbox"/> 97
Weiß nicht		<input type="checkbox"/> 98	<input type="checkbox"/> 98	<input type="checkbox"/> 98	<input type="checkbox"/> 98
D	War diese Zuwendung mehr als im Jahr davor oder war es weniger, oder war es etwa genauso viel wie im Jahr davor?				
Mehr als im Jahr davor		<input type="checkbox"/> 1 20	<input type="checkbox"/> 1 20	<input type="checkbox"/> 1 20	<input type="checkbox"/> 1 20
Weniger als im Jahr davor		<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 2
Etwa genauso viel		<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 3
Weiß nicht		<input type="checkbox"/> 8	<input type="checkbox"/> 8	<input type="checkbox"/> 8	<input type="checkbox"/> 8
E	Gibt es noch eine weitere Person, der Sie in den letzten 12 Monaten Geld gegeben oder größere Sachgeschenke gemacht haben?				
Ja		<input type="checkbox"/> 1 21 → 2. Person	<input type="checkbox"/> 1 21 → 3. Person	<input type="checkbox"/> 1 21 → 4. Person	<input type="checkbox"/> 1 21 → Fr. 800F
Nein		<input type="checkbox"/> 2 → Fr. 801	<input type="checkbox"/> 2 → Fr. 801	<input type="checkbox"/> 2 → Fr. 801	<input type="checkbox"/> 2 → Fr. 801
F	<p>Mehr als 4 Personen genannt → Welche Personen waren das?</p> <p style="text-align: center;">K. 44 22-24 25-27 28-30</p> <p><input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/></p>				

Nr.		K. 48	Weiter mit
802.	<p>Wenn Sie nun an große Geldbeträge oder Sachwerte denken, wie zum Beispiel große Geldbeträge für besondere Anschaffungen, außergewöhnliche Geschenke oder langjährige regelmäßige Unterstützungen während der Ausbildungszeit:</p> <p>Haben Sie jemals vor 1995 große Geldbeträge oder Sachwerte an Eltern, Kinder, Enkel oder andere Verwandte, Freunde oder Bekannte geschenkt?</p>	<p>Ja <input type="checkbox"/> 1 31</p> <p>Nein <input type="checkbox"/> 2</p> <p>Weiß nicht <input type="checkbox"/> 8</p>	<p>803</p> <p>804</p>
803.	<p>An welche Person oder welche Personen war das?</p> <p>Code aus Personenkarte eintragen!</p> <p>Person <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> 32-34</p> <p>Person <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> 35-37</p> <p>Person <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> 38-40</p> <p>Person <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> 41-43</p> <p>Person <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> 44-46</p> <p>Mehr als 5 Personen genannt <input type="checkbox"/> 1 47</p>		
804.	<p>Und umgekehrt: Wenn Sie nochmals an große Geldbeträge oder Sachwerte denken und von möglichen Erbschaften einmal absehen:</p> <p>Haben Sie jemals vor 1995 große Geldbeträge oder Sachwerte von Eltern, Kindern, Enkeln oder anderen Verwandten, Freunden oder Bekannten geschenkt bekommen?</p>	<p>Ja <input type="checkbox"/> 1 48</p> <p>Nein <input type="checkbox"/> 2</p> <p>Weiß nicht <input type="checkbox"/> 8</p>	<p>805</p> <p>806</p>
805.	<p>Von welcher Person oder welchen Personen war das?</p> <p>Code aus Personenkarte eintragen!</p> <p>Person <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> 49-51</p> <p>Person <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> 52-54</p> <p>Person <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> 55-57</p> <p>Person <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> 58-60</p> <p>Person <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> 61-63</p> <p>Mehr als 5 Personen genannt <input type="checkbox"/> 1 64</p>		

29. Nun zu etwas ganz anderem:

K. 8

Haben Sie oder Ihr (Ehe-)Partner schon einmal etwas geerbt?
Bitte denken Sie dabei auch an kleinere Nachlässe.

Ja ☐ 1 11

Nein ☐ 2

Bitte weiter mit der
nächsten Frage!

Aus dem Nachlaß welcher Personen stammt diese Erbschaft
bzw. stammen diese Erbschaften?

Bitte kreuzen Sie alle Personen an, von denen Sie etwas geerbt haben!

- Eigene Eltern ☐ 1 12
- Eltern des (Ehe-)Partners ☐ 13
- Großeltern ☐ 14
- Großeltern des (Ehe-)Partners ☐ 15
- Andere (bitte angeben) ☐ 16

Wenn Sie einmal alles zusammenrechnen, wie hoch wäre der heutige
Wert dieser Erbschaften in etwa insgesamt?

- unter 5.000 DM ☐ 1 17
- 5.000 bis unter 25.000 DM ☐ 2
- 25.000 bis unter 100.000 DM ☐ 3
- 100.000 bis unter 500.000 DM ☐ 4
- 500.000 bis unter 1.000.000 DM ☐ 5
- 1.000.000 DM und darüber ☐ 6

30. Erwarten Sie oder Ihr (Ehe-)Partner in Zukunft eine oder mehrere Erbschaften?
Bitte denken Sie dabei auch an kleinere Nachlässe.

Ja ☐ 1 18

Nein ☐ 2

Bitte weiter mit der
nächsten Frage!

Wie hoch könnte insgesamt der Wert dieser Nachlässe ungefähr ausfallen?

- unter 5.000 DM ☐ 1 19
- 5.000 bis unter 25.000 DM ☐ 2
- 25.000 bis unter 100.000 DM ☐ 3
- 100.000 bis unter 500.000 DM ☐ 4
- 500.000 bis unter 1.000.000 DM ☐ 5
- 1.000.000 DM und darüber ☐ 6

44. Haben Sie oder Ihr (Ehe-)Partner in den vergangenen 12 Monaten regelmäßig oder unregelmäßig etwas Geld zurückgelegt?

Wenn ja, für welche Zwecke?

Ja ☐ 1 12

Nein ... ☐ 2 ➔

Bitte weiter mit der nächsten Frage!

und zwar:

für bestimmte Anschaffungen ☐ 13

für mein eigenes Alter ☐ 14

für meine Angehörigen ☐ 15

für einen anderen Zweck (bitte angeben) ☐ 16

Wenn Sie Geld zurückgelegt haben:

Wenn Sie einmal grob schätzen, wieviel war das ungefähr insgesamt in den letzten 12 Monaten?

 DM

17.22

45. Wenn Sie einmal an Ihr gesamtes Vermögen denken, also an Sparbücher, Bausparverträge, Lebensversicherungen, Wertpapiere und Wertgegenstände, die Ihnen oder Ihrem (Ehe-)Partner gehören, nicht aber an Immobilien:

Wie hoch ist der Betrag in etwa?

- 23/24
- | | | | | |
|--------------------------|--------------|-----|--------------------------|----|
| unter | 1.000 DM | ... | <input type="checkbox"/> | 01 |
| 1.000 bis unter | 5.000 DM | ... | <input type="checkbox"/> | 02 |
| 5.000 bis unter | 10.000 DM | ... | <input type="checkbox"/> | 03 |
| 10.000 bis unter | 25.000 DM | ... | <input type="checkbox"/> | 04 |
| 25.000 bis unter | 50.000 DM | ... | <input type="checkbox"/> | 05 |
| 50.000 bis unter | 100.000 DM | ... | <input type="checkbox"/> | 06 |
| 100.000 bis unter | 200.000 DM | ... | <input type="checkbox"/> | 07 |
| 200.000 bis unter | 500.000 DM | ... | <input type="checkbox"/> | 08 |
| 500.000 bis unter | 1.000.000 DM | ... | <input type="checkbox"/> | 09 |
| 1.000.000 DM und darüber | | | <input type="checkbox"/> | 10 |
| ----- | | | | |
| Habe kein Vermögen | | | <input type="checkbox"/> | 11 |

46. Haben Sie oder Ihr (Ehe-)Partner in den letzten 12 Monaten auf Ihr Ersparnis oder Ihr Vermögen zurückgegriffen?

Wenn ja, zu welchen Zwecken?

Ja ☐ 1 26

Nein ☐ 2

Bitte weiter mit der nächsten Frage!

und zwar:

für den normalen Lebensunterhalt ☐ 26

für besondere Anschaffungen ☐ 27

für die Wohnung / das Haus ☐ 28

für Urlaubsreisen ☐ 29

um Angehörige zu unterstützen ☐ 30

für einen anderen Zweck (bitte angeben) ☐ 31

Wenn Sie auf Ersparnis oder auf Vermögen zurückgegriffen haben:

Wenn Sie einmal grob schätzen, wieviel war das ungefähr insgesamt in den letzten 12 Monaten?

 DM

52-37

47. Einmal abgesehen von Hypotheken: Haben Sie oder Ihr (Ehe-)Partner zur Zeit Schulden aus Krediten, die Sie z.B. bei einer Bank oder Sparkasse, bei einem Kauf- oder Versandhaus oder bei einer Privatperson aufgenommen haben?

Wenn ja, wie hoch ist der Betrag in etwa?

Ja ☐ 1 38

Nein, habe keine Schulden ☐ 2

und zwar:

- unter 1.000 DM ☐ 01
- 1.000 bis unter 5.000 DM ☐ 02
- 5.000 bis unter 10.000 DM ☐ 03
- 10.000 bis unter 25.000 DM ☐ 04
- 25.000 bis unter 50.000 DM ☐ 05
- 50.000 bis unter 100.000 DM ☐ 06
- 100.000 bis unter 200.000 DM ☐ 07
- 200.000 bis unter 500.000 DM ☐ 08
- 500.000 bis unter 1.000.000 DM ☐ 09
- 1.000.000 DM und darüber ☐ 10

Nr.	FINANZIELLER AUSTAUSCH UND LEBENSSTANDARD	Weiter mit
800.	<p>Viele Menschen machen anderen Geld- oder Sachgeschenke oder unterstützen diese finanziell. Dabei kann es sich z.B. um Eltern, Kinder, Enkel oder andere Verwandte, aber auch um Freunde oder Bekannte handeln. Wie ist das bei Ihnen?</p> <p>Haben Sie in den vergangenen 12 Monaten jemandem Geld geschenkt, größere Sachgeschenke gemacht oder jemanden regelmäßig finanziell unterstützt?</p> <p> Bitte für alle genannten Personen Frage 800A bis 800D nacheinander abfragen!</p> <p>(800)</p>	<p>K. 42 Ja <input type="checkbox"/> 1 232 800A</p> <p>Nein <input type="checkbox"/> 2 801</p> <p>Weiß nicht <input type="checkbox"/> 8</p>

	K. 43 1. Person 11	K. 44 2. Person 11	K. 45 3. Person 11	K. 46 4. Person 11
800A Welche Person war das? Code in Kopfzeile eintragen:	Code lt. Personenkarte 12-14 <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	Code lt. Personenkarte 12-14 <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	Code lt. Personenkarte 12-14 <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	Code lt. Personenkarte 12-14 <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>
800B Waren dies ... Mehrfachnennungen möglich! Geldgeschenke <input type="checkbox"/> 1 15 größere Sachgeschenke <input type="checkbox"/> 1 16 regelmäßige finanzielle Unterstützung? <input type="checkbox"/> 1 17 oder anderes (bitte notieren) <input type="checkbox"/> 1 18 _____ _____ 19-48	<input type="checkbox"/> 1 15 <input type="checkbox"/> 1 16 <input type="checkbox"/> 1 17 <input type="checkbox"/> 1 18 _____ _____ 19-48	<input type="checkbox"/> 1 15 <input type="checkbox"/> 1 16 <input type="checkbox"/> 1 17 <input type="checkbox"/> 1 18 _____ _____ 19-48	<input type="checkbox"/> 1 15 <input type="checkbox"/> 1 16 <input type="checkbox"/> 1 17 <input type="checkbox"/> 1 18 _____ _____ 19-48	<input type="checkbox"/> 1 15 <input type="checkbox"/> 1 16 <input type="checkbox"/> 1 17 <input type="checkbox"/> 1 18 _____ _____ 19-48
800C Wenn Sie einmal alles zusammenzählen, wie viel war das etwa in den letzten 12 Monaten? Liste 800 vorlegen und Kennbuchstaben nennen lassen! Verweigert <input type="checkbox"/> 97 Weiß nicht <input type="checkbox"/> 98	Kennbuchstabe notieren: 50/51 <input type="text"/> <input type="checkbox"/> 97 <input type="checkbox"/> 98	Kennbuchstabe notieren: 50/51 <input type="text"/> <input type="checkbox"/> 97 <input type="checkbox"/> 98	Kennbuchstabe notieren: 50/51 <input type="text"/> <input type="checkbox"/> 97 <input type="checkbox"/> 98	Kennbuchstabe notieren: 50/51 <input type="text"/> <input type="checkbox"/> 97 <input type="checkbox"/> 98
800D Gibt es noch eine weitere Person, der Sie in den letzten 12 Monaten Geld gegeben oder größere Sachgeschenke gemacht haben? Ja Nein	52 1 <input type="checkbox"/> 2. Person 2 <input type="checkbox"/> Frage 801	52 1 <input type="checkbox"/> 3. Person 2 <input type="checkbox"/> Frage 801	52 1 <input type="checkbox"/> 4. Person 2 <input type="checkbox"/> Frage 801	52 1 <input type="checkbox"/> Frage 800E 2 <input type="checkbox"/> Frage 801
800E Mehr als 4 Personen genannt: Welche Personen waren das? <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> 53-55 56-58 59-61 K. 46				

Nr.		Weiter mit
801.	<p>Und umgekehrt: Haben Sie selber in den vergangenen 12 Monaten Geld geschenkt bekommen, größere Sachgeschenke erhalten oder hat Sie jemand regelmäßig finanziell unterstützt?</p> <p> Bitte für alle genannten Personen Frage 801A bis 801D nacheinander abfragen!</p> <p>(801)</p>	<p>K. 46</p> <p>Ja <input type="checkbox"/> 1 62</p> <p>Nein <input type="checkbox"/> 2</p> <p>Weiß nicht <input type="checkbox"/> 8</p> <p>801A</p> <p>802</p>

	K. 47 1. Person 11	K. 48 2. Person 11	K. 49 3. Person 11	K. 50 4. Person 11
801A Von welcher Person war das? Code in Kopfzeile eintragen:	Code lt. Personenkarte 12-14 <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	Code lt. Personenkarte 12-14 <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	Code lt. Personenkarte 12-14 <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	Code lt. Personenkarte 12-14 <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>
801B Waren dies . . . Mehrfachnennungen möglich!				
Geldgeschenke	<input type="checkbox"/> 1 15	<input type="checkbox"/> 1 15	<input type="checkbox"/> 1 15	<input type="checkbox"/> 1 15
größere Sachgeschenke	<input type="checkbox"/> 1 16	<input type="checkbox"/> 1 16	<input type="checkbox"/> 1 16	<input type="checkbox"/> 1 16
regelmäßige finanzielle Unterstützung?	<input type="checkbox"/> 1 17	<input type="checkbox"/> 1 17	<input type="checkbox"/> 1 17	<input type="checkbox"/> 1 17
oder anderes (bitte notieren)	<input type="checkbox"/> 1 18 _____	<input type="checkbox"/> 1 18 _____	<input type="checkbox"/> 1 18 _____	<input type="checkbox"/> 1 18 _____
	19-48	19-48	19-48	19-48
801C Wenn Sie einmal alles zusammenzählen, wie viel war das etwa in den letzten 12 Monaten? Liste 800 vorlegen und Kennbuchstaben nennen lassen!	Kennbuchstabe notieren: 50/51 <input type="text"/>	Kennbuchstabe notieren: 50/51 <input type="text"/>	Kennbuchstabe notieren: 50/51 <input type="text"/>	Kennbuchstabe notieren: 50/51 <input type="text"/>
Verweigert	<input type="checkbox"/> 97	<input type="checkbox"/> 97	<input type="checkbox"/> 97	<input type="checkbox"/> 97
Weiß nicht	<input type="checkbox"/> 98	<input type="checkbox"/> 98	<input type="checkbox"/> 98	<input type="checkbox"/> 98
801D Gibt es noch eine weitere Person, von der Sie in den letzten 12 Monaten Geld oder größere Sachgeschenke erhalten haben?				
Ja	⁵² 1 <input type="checkbox"/> ► 2. Person	⁵² 1 <input type="checkbox"/> ► 3. Person	⁵² 1 <input type="checkbox"/> ► 4. Person	⁵² 1 <input type="checkbox"/> ► Frage 801E
Nein	2 <input type="checkbox"/> ► Frage 802	2 <input type="checkbox"/> ► Frage 802	2 <input type="checkbox"/> ► Frage 802	2 <input type="checkbox"/> ► Frage 802
801E Mehr als 4 Personen genannt:				
Welche Personen waren das?	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	K. 50
	53-55	56-58	59-61	

45. Nun zu einem anderen Thema:

Haben Sie oder Ihr (Ehe-)Partner schon einmal etwas geerbt?
Bitte denken Sie dabei auch an kleinere Nachlässe.


(29)


Ja ☐ 1 900
 ↓

Nein 2 ☐ →

Bitte weiter mit **Frage 46**

45a Aus dem Nachlaß welcher Personen stammt diese Erbschaft bzw. stammen diese Erbschaften?

 Bitte kreuzen Sie **alle** Personen an, von denen Sie etwas geerbt haben!

- 1
- Eigene Eltern ☐ 901
- Eltern des (Ehe-)Partners ☐ 902
- Großeltern ☐ 903
- Großeltern des (Ehe-)Partners ☐ 904
- (Ehe-)Partner ☐ 905
- Partner aus vorangegangener Ehe ☐ 906
- Geschwister ☐ 907
- Andere (bitte angeben): ☐ 908
-  909-933

45b Wenn Sie einmal alles zusammenrechnen, wie hoch wäre der heutige Wert dieser Erbschaften in etwa insgesamt?

- unter 5.000 DM (unter 2.556 Euro) ☐ 1 934/935
- 5.000 bis unter 25.000 DM (2.556 bis unter 12.782 Euro) ☐ 2
- 25.000 bis unter 100.000 DM (12.782 bis unter 51.129 Euro) ☐ 3
- 100.000 bis unter 500.000 DM (51.129 bis unter 255.646 Euro) ☐ 4
- 500.000 bis unter 1.000.000 DM (255.646 bis unter 511.292 Euro) ☐ 5
- 1.000.000 DM und darüber (511.292 Euro und darüber) ☐ 6

98, 99

**46. Erwarten Sie oder Ihr (Ehe-)Partner in Zukunft eine oder mehrere Erbschaften?
Bitte denken Sie dabei auch an kleinere Nachlässe.**

(30)

Ja ☐ 1 936
↓Nein 2 ☐ →Bitte weiter mit **Frage 47**

Wie hoch könnte insgesamt der Wert dieser Nachlässe ungefähr ausfallen?

- | | | |
|--------------------------------|--|------------------------------------|
| unter 5.000 DM | (unter 2.556 Euro) | <input type="checkbox"/> 1 937/938 |
| 5.000 bis unter 25.000 DM | (2.556 bis unter 12.782 Euro) | <input type="checkbox"/> 2 |
| 25.000 bis unter 100.000 DM | (12.782 bis unter 51.129 Euro) | <input type="checkbox"/> 3 |
| 100.000 bis unter 500.000 DM | (51.129 bis unter 255.646 Euro) | <input type="checkbox"/> 4 |
| 500.000 bis unter 1.000.000 DM | (255.646 bis unter 511.292 Euro) | <input type="checkbox"/> 5 |
| 1.000.000 DM und darüber | (511.292 Euro und darüber) | <input type="checkbox"/> 6 |

47. Haben Sie oder Ihr (Ehe-)Partner Haus-, Wohnungs- oder Grundstückseigentum?

(34)

Ja ☐ 1 939
↓Nein 2 ☐ →Bitte weiter mit **Frage 49**

und zwar:  Bitte kreuzen Sie alles an, was zutrifft! 1

- | | |
|--|------------------------------|
| Einfamilienhaus, Reihenhause, Doppelhaushälfte o.ä. | <input type="checkbox"/> 940 |
| Mehrfamilienhaus | <input type="checkbox"/> 941 |
| Wohnung | <input type="checkbox"/> 942 |
| Ferienhaus, Ferienwohnung | <input type="checkbox"/> 943 |
| Anderes Grundstück | <input type="checkbox"/> 944 |

**48. Haben Sie oder Ihr (Ehe-)Partner aus dem Erwerb von Immobilien
noch Schulden zu tilgen?**

Ja ☐ 1 945
↓Nein 2 ☐ →Bitte weiter mit **Frage 49**

**und zwar
in einem Umfang von:**

- | | | |
|--------------------------------|--|------------------------------------|
| unter 5.000 DM | (unter 2.556 Euro) | <input type="checkbox"/> 1 946/947 |
| 5.000 bis unter 25.000 DM | (2.556 bis unter 12.782 Euro) | <input type="checkbox"/> 2 |
| 25.000 bis unter 100.000 DM | (12.782 bis unter 51.129 Euro) | <input type="checkbox"/> 3 |
| 100.000 bis unter 500.000 DM | (51.129 bis unter 255.646 Euro) | <input type="checkbox"/> 4 |
| 500.000 bis unter 1.000.000 DM | (255.646 bis unter 511.292 Euro) | <input type="checkbox"/> 5 |
| 1.000.000 DM und darüber | (511.292 Euro und darüber) | <input type="checkbox"/> 6 |

96, 99

**56. Bei den nun folgenden Fragen geht es um Ihre finanzielle Situation.
Verfügen Sie oder Ihr (Ehe-)Partner über eine Lebensversicherung?**

(43)

Ja ☐ 1 973Nein ☐ 2Weiß nicht ☐ 8

57. Haben Sie sich bereits über die staatlich geförderte, so genannte "Riester-Rente" informiert?

 Kreuzen Sie bitte **alles** an, was zutrifft!

Ja, ich habe bereits einen Sparvertrag für eine private Altersvorsorge mit staatlicher Förderung ('Riester-Rente') abgeschlossen ☐ 974

Ja, ich habe mich in einem persönlichen Gespräch beraten lassen (z.B. von einer Bank/Sparkasse, einem Vermögens-/Steuerberater, einer Verbraucherzentrale) ☐ 975

Ja, ich habe mir Informationsmaterial zuschicken lassen ☐ 976

Ja, ich habe mich auf anderem Weg darüber informiert (z.B. Zeitung, Fernsehen, Radio, Internet) ☐ 977

Nein, ich habe mich noch nicht informiert ☐ 978

Nein, ich habe nicht vor, mich darüber zu informieren ☐ 979

Nein, kommt für mich nicht mehr in Frage, da ich im Ruhestand bin / kurz vor dem Ruhestand stehe ☐ 980

58. Haben Sie oder Ihr (Ehe-)Partner in den vergangenen 12 Monaten regelmäßig oder unregelmäßig etwas Geld zurückgelegt?

Wenn ja, für welche Zwecke?

(44)

Ja ☐ 1 1000Nein ☐ 2

→

Bitte weiter mit Frage 59


und zwar:

für bestimmte Anschaffungen ☐ 1001für das Alter ☐ 1002für Angehörige ☐ 1003Für einen anderen Zweck (bitte angeben): ☐ 1004

1005-1034

 Sofern Sie Geld zurückgelegt haben:

Wenn Sie einmal grob schätzen, wieviel war das ungefähr insgesamt in den letzten 12 Monaten?

 Bitte geben Sie den Betrag entweder in DM **oder** in Euro an!

DM **oder**

Euro

1035-1039

1040-1044

59. Wenn Sie einmal an Ihr gesamtes Vermögen denken, also an Sparbücher, Bausparverträge, Lebensversicherungen, Wertpapiere und Wertgegenstände, die Ihnen oder Ihrem (Ehe-)Partner gehören, nicht aber an Immobilien:

Wie hoch ist der Betrag in etwa?

(45)

- | | | | | | | | |
|--------------------------|--------------|----------------------------|---------------|-------|--------------------------|----|-----------|
| unter | 1.000 DM | (unter | 511 Euro) | | <input type="checkbox"/> | 01 | 1050/1051 |
| 1.000 bis unter | 5.000 DM | (511 bis unter | 2.556 Euro) | | <input type="checkbox"/> | 02 | 1052/1053 |
| 5.000 bis unter | 10.000 DM | (2.556 bis unter | 5.113 Euro) | | <input type="checkbox"/> | 03 | 1054/1055 |
| 10.000 bis unter | 25.000 DM | (5.113 bis unter | 12.782 Euro) | | <input type="checkbox"/> | 04 | 1056/1057 |
| 25.000 bis unter | 50.000 DM | (12.782 bis unter | 25.564 Euro) | | <input type="checkbox"/> | 05 | 1058/1059 |
| 50.000 bis unter | 100.000 DM | (25.564 bis unter | 51.129 Euro) | | <input type="checkbox"/> | 06 | 1060/1061 |
| 100.000 bis unter | 200.000 DM | (51.129 bis unter | 102.258 Euro) | | <input type="checkbox"/> | 07 | 1062/1063 |
| 200.000 bis unter | 500.000 DM | (102.258 bis unter | 255.646 Euro) | | <input type="checkbox"/> | 08 | 1064/1065 |
| 500.000 bis unter | 1.000.000 DM | (255.646 bis unter | 511.292 Euro) | | <input type="checkbox"/> | 09 | 1066/1067 |
| 1.000.000 DM und darüber | | (511.292 Euro und darüber) | | | <input type="checkbox"/> | 10 | 1068/1069 |

Habe kein Vermögen ☐ 11 1070/1071

98, 99



Bitte weiter mit **Frage 60**

60. Haben Sie oder Ihr (Ehe-)Partner in den letzten 12 Monaten auf Ihr Ersparnis oder Ihr Vermögen zurückgegriffen?

Wenn ja, zu welchen Zwecken?

(46)

Ja ☐ 1 1072
↓

Nein ☐ 2 →

Bitte weiter mit **Frage 61**

und zwar:

- 1
- für den normalen Lebensunterhalt ☐ 1073
- für besondere Anschaffungen ☐ 1074
- für die Wohnung / das Haus ☐ 1075
- für Urlaubsreisen ☐ 1076
- um Angehörige zu unterstützen ☐ 1077
- für einen anderen Zweck (bitte angeben): ☐ 1078



1079-1108



Sofern Sie auf Ersparnis oder auf Vermögen zurückgegriffen haben:

Wenn Sie einmal grob schätzen, wieviel war das ungefähr insgesamt in den letzten 12 Monaten?



Bitte geben Sie den Betrag entweder in DM oder in Euro an!

1110-1115

DM oder

1116-1121

Euro

61. Einmal abgesehen von Hypotheken: Haben Sie oder Ihr (Ehe-)Partner zur Zeit Schulden aus Krediten, die Sie z.B. bei einer Bank oder Sparkasse, bei einem Kauf- oder Versandhaus oder bei einer Privatperson aufgenommen haben?

Wenn ja, wie hoch ist der Betrag in etwa?

(47)

Ja ☐ 1 1122
↓

Nein, habe keine Schulden ... ☐ 2 →

Bitte weiter mit **Frage 62**

und zwar:

- | | | | | | | | |
|--------------------------|--------------|----------------------------|---------------|-------|--------------------------|----|-----------|
| unter | 1.000 DM | (unter | 511 Euro) | | <input type="checkbox"/> | 01 | 1123/1124 |
| 1.000 bis unter | 5.000 DM | (511 bis unter | 2.556 Euro) | | <input type="checkbox"/> | 02 | 1125/1126 |
| 5.000 bis unter | 10.000 DM | (2.556 bis unter | 5.113 Euro) | | <input type="checkbox"/> | 03 | 1127/1128 |
| 10.000 bis unter | 25.000 DM | (5.113 bis unter | 12.782 Euro) | | <input type="checkbox"/> | 04 | 1129/1130 |
| 25.000 bis unter | 50.000 DM | (12.782 bis unter | 25.564 Euro) | | <input type="checkbox"/> | 05 | 1131/1132 |
| 50.000 bis unter | 100.000 DM | (25.564 bis unter | 51.129 Euro) | | <input type="checkbox"/> | 06 | 1133/1134 |
| 100.000 bis unter | 200.000 DM | (51.129 bis unter | 102.258 Euro) | | <input type="checkbox"/> | 07 | 1135/1136 |
| 200.000 bis unter | 500.000 DM | (102.258 bis unter | 255.646 Euro) | | <input type="checkbox"/> | 08 | 1137/1138 |
| 500.000 bis unter | 1.000.000 DM | (255.646 bis unter | 511.292 Euro) | | <input type="checkbox"/> | 09 | 1139/1140 |
| 1.000.000 DM und darüber | | (511.292 Euro und darüber) | | | <input type="checkbox"/> | 10 | 1141/1142 |

98, 99

43. Besaßen Sie oder andere Personen im Haushalt letztes Jahr eine oder mehrere der folgenden Wertanlagen?

- Sparbuch / Spargirokonto ☐
- Bausparvertrag ☐
- Lebensversicherung ☐
- Festverzinsliche Wertpapiere
(Sparbriefe, Pfandbriefe) ☐
- Sonstige Wertpapiere
(Aktien, Fonds, Anleihen u.ä.) ☐
- Betriebsvermögen (eigenes Unternehmen,
Beteiligungen am Unternehmen, landwirt-
schaftliches Betriebsvermögen) ☐

Nein, keine
dieser Wertanlagen ☐



Sie springen auf Frage 45!

44. Wie hoch waren, alles in allem, die Einnahmen aus Zinsen, Dividenden und Gewinnen aus diesen Wertanlagen im letzten Kalenderjahr?

Im letzten Jahr DM

Falls nicht genau bekannt:

bitte schätzen Sie den Betrag anhand dieser Liste:

- unter 500 DM ☐
- 500 bis unter 2.000 DM ☐
- 2.000 bis unter 5.000 DM ☐
- 5.000 bis unter 10.000 DM ☐
- 10.000 bis unter 20.000 DM ☐
- 20.000 DM und mehr ☐

45. Haben Sie oder ein anderes Haushaltsmitglied im letzten Jahr einen größeren Geldbetrag oder entsprechende Vermögenswerte (z.B. Immobilien, Auto) durch Erbschaft, als Geschenk oder als Lotteriegewinn erhalten?

Wir meinen nur Geldbeträge oder Sachwerte ab 5.000 DM.

Ja ☐



Nein ☐

Sie springen auf Frage 46!

und zwar durch:

- Erbschaft ☐
- Schenkung ☐
- Lotteriegewinn ☐

45a Wie hoch war der Betrag oder der Wert ungefähr?

DM

12 Literatur

- Amiel, Yoram & Frank A. Cowell (1999): Thinking about inequality. Cambridge.
- Barro, Robert J. (1974): Are government bonds net wealth? In: Journal of Political Economy, 82, 1095-1117.
- Bauer, Tobias & Susanne Schmutz (2004): Erben in der Schweiz. Vortrag am 32. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (München, 08.10.2004).
- Becker, Gary S. & Nigel Tomes (1979): An equilibrium theory of the distribution of income and intergenerational mobility. In: Journal of Political Economy, 87, 1153-1189.
- Becker, Gary S. & Nigel Tomes (1986): Human capital and the rise and fall of families. In: Journal of Labor Economics, 4, 1-39.
- Becker, Irene & Richard Hauser (2003): Anatomie der Einkommensverteilung. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1969-1998. Berlin.
- Beckert, Jens (2004): Unverdientes Vermögen: Soziologie des Erbrechts. Frankfurt am Main.
- Bengtson, Vern L. (2001): Beyond the nuclear family: The increasing importance of multi-generational bonds. In: Journal of Marriage and Family, 63, 1-16.
- Berger, Peter A. (1998): Soziale Mobilität. In: Schäfers, Bernhard & Wolfgang Zapf (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Bonn, 574-583.
- Bernheim, B. Douglas, Andrei Shleifer & Lawrence H. Summers (1985): The strategic bequest motive. In: Journal of Political Economy, 93, 1045-1076.
- Bevan, David L. & Joseph E. Stiglitz (1979): Intergenerational Transfers and Inequality. In: The Greek Economic Review, 1, 8-26.
- Blackorby, Charles & David Donaldson (1980): A theoretical treatment of indices of absolute inequality. In: International Economic Review, 21, 107-136.
- Braun, Michael & Walter Müller (1997): Measurement of education in comparative research. In: Comparative Social Research, 16, 163-201.
- Braun, Reiner, Florian Burger, Meinhard Miegel, Ulrich Pfeiffer & Karsten Schulte (2002): Erben in Deutschland. Köln.
- Brown, Jeffrey R. & Scott J. Weisbenner (2002): Is a bird in hand worth more than a bird in the bush? Intergenerational transfers and savings behavior. Cambridge, MA: NBER Working Paper Series (Working Paper 8753).
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.) (2001): Lebenslagen in Deutschland - Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bonn.
- Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (Hrsg.) (2005): Lebenslagen in Deutschland - Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin.
- Conley, Dalton (2004): The pecking order. New York.
- Cowell, Frank A. (2000): Measurement of inequality. In: Atkinson, Anthony B. & Francois Bourguignon (Hrsg.): Handbook of income distribution. Amsterdam, 87-166.
- Davies, J.B. & F. St. Hilaire (1987): Reforming capital income taxation in Canada. Ottawa.
- Davies, James B. (1981): Uncertain lifetime, consumption and dissaving in retirement. In: Journal of Political Economy, 89, 561-577.

- Davies, James B. & Anthony F. Shorrocks (2000): The distribution of wealth. In: Atkinson, Anthony B. & Francois Bourguignon (Hrsg.): Handbook of income distribution. 605-675.
- DeLong, J. Bradford (2003): A history of bequests in the United States. In: Munnell, Alicia H. & Annika Sundén (Hrsg.): Death and dollars. Washington, D.C., 33-63.
- Diekmann, Andreas (2004): Empirische Sozialforschung. Reinbek.
- Dittmann-Kohli, Freya, Christina Bode & Gerben J. Westerhof (Hrsg.) (2001): Die zweite Lebenshälfte - Psychologische Perspektiven. Ergebnisse des Alters-Survey. Stuttgart.
- Dittmann-Kohli, Freya, Martin Kohli, Harald Künemund, Andreas Motel, Christina Steinleitner, Gerben J. Westerhof & in Zusammenarbeit mit infas-Sozialforschung (1997): Lebenszusammenhänge, Selbst- und Lebenskonzeptionen. Erhebungsdesign und Instrumente des Alters-Survey. Berlin: Forschungsgruppe Altern und Lebenslauf (Forschungsbericht 61).
- Dunn, Thomas A. & John W. Phillips (1997): Do parents divide resources equally among children? Evidence from the AHEAD survey. Syracuse, NY: Maxwell Center for Demography and Economics of Aging (Aging Studies Program Paper No. 5).
- Gale, William G. & Samara Potter (2003): The impact of gifts and bequests on aggregate saving and capital accumulation. In: Munnell, Alicia H. & Annika Sundén (Hrsg.): Death and dollars. Washington, D.C., 319-344.
- Gale, William G. & Karl John Scholz (1994): Intergenerational transfers and the accumulation of wealth. In: The Journal of Economic Perspectives, 8, 145-160.
- Ganzeboom, Harry B.G., Paul M. De Graaf & Donald J. Treiman (1992): A standard international socio-economic index of occupational status. In: Social Science Research, 21, 1-56.
- Granato, Nadia (2000): Mikrodaten-Tools: CASMIN-Bildungsklassifikation. Eine Umsetzung mit dem Mikrozensus 1996. Mannheim: ZUMA (ZUMA-Technischer Bericht 2000/12).
- Guiso, Luigi & Tullio Jappelli (1995): Intergenerational transfers, borrowing constraints and the timing of home ownership. Mimeo.
- Hauser, Richard & Holger Stein (2001): Die Vermögensverteilung im vereinigten Deutschland. Frankfurt am Main.
- Hauser, Richard & Gert G. Wagner (2002): Die personelle Einkommensverteilung. In: Zimmermann, Klaus F. (Hrsg.): Neuere Entwicklungen in der Wirtschaftswissenschaft. Heidelberg, 371-438.
- Heitze, Ulrike & Katja Stricker (2004): Wie sag ich's meinen Eltern? In: JUNGEKARRIERE, 06/04, 90-94.
- Hurd, Michael D. & B. Gabriela Mundaca (1989): The importance of gifts and inheritances among the affluent. In: Lipsey, Robert E. & Helen Stone Tice (Hrsg.): The measurement of saving, investment, and wealth. Chicago, 727-758.
- Hurd, Michael D. & James P. Smith (2004): The division of bequests. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Infratest Burke Sozialforschung (1988): SOEP 1988 Methodenbericht zum Befragungsjahr 1988 (Welle 5). München.
- Keister, Lisa A. & Stephanie Moller (2000): Wealth inequality in the United States. In: Annual Review of Sociology, 26, 63-81.

- Kessler, Denis & André Masson (1989): Bequest and wealth accumulation: Are some pieces of the puzzle missing? In: *Journal of Economic Perspectives*, 3, 141-152.
- Klevmarken, N. Anders (2004): On the wealth dynamics of Swedish families, 1984-98. In: *Review of Income and Wealth*, 50, 469-491.
- Kohli, Martin (1999): Private and public transfers between generations: Linking the family and the state. In: *European Societies*, 1, 81-104.
- Kohli, Martin (2004): Intergenerational transfers and inheritance: A comparative view. In: Silverstein, Merrill, Roseann Giarrusso & Vern L. Bengtson (Hrsg.): *Intergenerational relations across time and place (Springer Annual Review of Gerontology and Geriatrics, Vol. 24)*. New York, 266-289.
- Kohli, Martin & Harald Künemund (Hrsg.) (2000): *Die zweite Lebenshälfte - Gesellschaftliche Lage und Partizipation im Spiegel des Alters-Survey*. Opladen.
- Kohli, Martin & Harald Künemund (2003a): Der Alters-Survey: Die zweite Lebenshälfte im Spiegel repräsentativer Daten. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B20/2003, 18-25.
- Kohli, Martin & Harald Künemund (2003b): Intergenerational transfers in the family: What motivates giving? In: Bengtson, Vern L. & Ariela Lowenstein (Hrsg.): *Global aging and challenges to families*. New York, 123-142.
- Kohli, Martin, Harald Künemund & Jörg Lüdicke (2005): Intergenerational transfers and social inequality. The impact of private financial transfers on the material well-being of the receiving generation in middle and late adulthood. Berlin: Forschungsgruppe Altern und Lebenslauf.
- Kohli, Martin, Harald Künemund, Andreas Motel & Marc Szydlik (2000): *Grunddaten zur Lebenssituation der 40-85jährigen deutschen Bevölkerung. Ergebnisse des Alters-Survey*. Berlin.
- Kohli, Martin & Marc Szydlik (1999): Familienbande. In: *Kursbuch 135 (Hrsg.): Die Erbengesellschaft*. Berlin.
- Kohli, Martin & Marc Szydlik (Hrsg.) (2000): *Generationen in Familie und Gesellschaft*. Opladen.
- Kosmann, Marianne (1998): *Wie Frauen erben. Geschlechterverhältnis und Erbprozeß*. Opladen.
- Kotlikoff, Laurence J. (1988): Intergenerational transfers and savings. In: *Journal of Economic Perspectives*, 2, 41-58.
- Kotlikoff, Laurence J. & A. Spivak (1981): The family as an incomplete annuities market. In: *Journal of Political Economy*, 89, 372-391.
- Kotlikoff, Laurence J. & Lawrence H. Summers (1981): The role of intergenerational transfers in aggregate capital accumulation. In: *Journal of Political Economy*, 89, 706-732.
- Künemund, Harald (2002): Sozialstaatliche Leistungen und Familienbeziehungen im Alter - Verdrängung oder Ergänzung? In: Backes, Gertrud M. & Wolfgang Clemens (Hrsg.): *Zukunft der Soziologie des Alter(n)s*. Opladen, 167-181.
- Künemund, Harald & Betina Hollstein (2000): Soziale Beziehungen und Unterstützungsnetzwerke. In: Kohli, Martin & Harald Künemund (Hrsg.): *Die zweite Lebenshälfte. Gesellschaftliche Lage und Partizipation im Spiegel des Alters-Survey*. Opladen, 212-276.
- Künemund, Harald & Andreas Motel (2000): Verbreitung, Motivation und Entwicklungsperspektiven privater intergenerationeller Hilfeleistungen und Transfers. In: Kohli, Martin & Marc Szydlik (Hrsg.): *Generationen in Familie und Gesellschaft*. Opladen, 122-137.

- Künemund, Harald & Martin Rein (1999): There is more to receiving than needing: Theoretical arguments and empirical explorations of crowding in and crowding out. In: *Ageing and Society*, 19, 93-121.
- Künemund, Harald, Andreas Motel-Klingebiel & Martin Kohli (2005): Do intergenerational transfers from elderly parents increase social inequality among their middle-aged children? Evidence from the German Aging Survey. In: *Journal of Gerontology: Social Sciences*, 60B, S30-S36.
- Langbein, Ulrike (2002): *Geerbte Dinge. Soziale Praxis und symbolische Bedeutung des Erbens*. Köln.
- Langbein, Ulrike (2003): *Erbstücke. Zur individuellen Aneignung materieller Kultur*. In: Lettke, Frank (Hrsg.): *Erben und Vererben*. Konstanz.
- Lauterbach, Wolfgang (1998): Familiensystem und Vermögensübertragung - Zur Bedeutung einer Erbschaft für Erben und Erblasser. In: Wagner, Michael & Yvonne Schütz (Hrsg.): *Verwandtschaft. Sozialwissenschaftliche Beiträge zu einem vernachlässigten Thema*. Stuttgart, 237-261.
- Lauterbach, Wolfgang & Kurt Lüscher (1996): Erben und die Verbundenheit der Lebensverläufe von Familienmitgliedern. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 48, 66-95.
- Lettke, Frank (2005): Erste Ergebnisse des Konstanzer Erbschafts-Surveys. Vortrag an der Tagung: Mehr Erbschaften - weniger Ungleichheit? (DIW Berlin, 22.04.2005).
- Masson, André (1986): A cohort analysis of age-wealth profiles generated by a simulation model in France (1949-1975). In: *Economic Journal*, 173-190.
- Masson, André & Pierre Pestieau (1997): Bequest motives and models of inheritance: A survey of literature. In: Erreygers, Guido & Toon Vandevelde (Hrsg.): *Is inheritance legitimate? Ethical and economic aspects of wealth transfers*. Berlin, 54-88.
- McGarry, Kathleen (2000): Inter vivos transfers and intended bequests. In: *Journal of Public Economics*, 73, 321-351.
- Meincke, Jens Peter (2002): *Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz - Kommentar*. München.
- Menchik, Paul L. (1979): Inter-generational transmission of inequality: An empirical study of wealth mobility. In: *Economica*, 46, 349-362.
- Modigliani, Franco (1986): Life cycle, individual thrift, and the wealth of nations. In: *The American Economic Review*, 76, 297-313.
- Modigliani, Franco (1988): The role of intergenerational transfers and life cycle saving in the accumulation of wealth. In: *Journal of Economic Perspectives*, 2, 15-40.
- Piketty, Thomas (2000): Theories of persistent inequality and intergenerational mobility. In: Atkinson, Anthony B. & Francois Bourguignon (Hrsg.): *Handbook of income distribution*. Amsterdam, 429-475.
- Reil-Held, Anette (1999): Bequests and aggregate wealth accumulation in Germany. In: *The Geneva Papers on Risk and Insurance*, 24, 50-63.
- Reil-Held, Anette (2002): *Die Rolle intergenerationaler Transfers in Einkommen und Vermögen älterer Menschen in Deutschland*. Mannheim: Universität Mannheim.
- Reis, Dieter (2004): Von der Sterbefallanzeige zur Steuerfestsetzung. Vortrag beim Workshop: Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik 2002 - Möglichkeiten und Grenzen (Statistisches Bundesamt Wiesbaden, 24.11.2004), Wiesbaden.

- Rendtel, Ulrich (1995): Lebenslagen im Wandel: Panelausfälle und Panelrepräsentativität. Frankfurt.
- Rosenblatt, Bernhard von, SOEP-Gruppe & Infratest Sozialforschung (2002): SOEP 2002 Methodenbericht zum Befragungsjahr 2002 (Welle 19) des Sozio-oekonomischen Panels. München.
- Schlomann, Heinrich (1991): Der Einfluß von Erbschaften auf die Vermögensausstattung privater Haushalte im Jahr 1988. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Diskussionspapier Nr. 39).
- Schlomann, Heinrich (1992): Vermögensverteilung und private Altersvorsorge. Frankfurt am Main.
- Schupp, Jürgen, Tobias Gramlich, Bettina Isengard, Gert G. Wagner & Bernhard v. Rosenblatt (2003): Repräsentative Analyse der Lebenslagen einkommensstarker Haushalte. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Forschungsauftrag für das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung).
- Schupp, Jürgen & Marc Szydlík (2004): Erbschaften und Schenkungen in Deutschland. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Wochenbericht 05/2004): 59-65.
- Schüssler, Reinhard & Claudia Funke (2002): Vermögensbildung und Vermögensverteilung. Düsseldorf.
- Schüssler, Reinhard, Oliver Lang & Hermann Buslei (2000): Wohlstandsverteilung in Deutschland 1978 - 1993. Düsseldorf.
- Shapiro, Thomas M. & Edward N. Wolff (Hrsg.) (2001): Assets for the poor. The benefits of spreading asset ownership. New York.
- Stein, Holger (2004): Anatomie der Vermögensverteilung. Berlin.
- Stutz, Heidi & Tobias Bauer (2003): Erben und Vererben in der ökonomischen Theorie. In: Lettke, Frank (Hrsg.): Erben und Vererben. Konstanz, 75-89.
- Szydlík, Marc (1999): Erben in der Bundesrepublik Deutschland. Zum Verhältnis von familialer Solidarität und sozialer Ungleichheit. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 51, 80-104.
- Szydlík, Marc (2000): Lebenslange Solidarität? Generationenbeziehungen zwischen erwachsenen Kindern und Eltern. Opladen.
- Szydlík, Marc (2004): Inheritance and inequality: Theoretical reasoning and empirical evidence. In: European Sociological Review, 20, 31 - 45.
- Szydlík, Marc & Jürgen Schupp (2004): Wer erbt mehr? Erbschaften, Sozialstruktur und Alterssicherung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 56, 609-629.
- Tesch-Römer, Clemens, Susanne Wurm, Andreas Hoff & Heribert Engstler (2002a): Alterssozialberichterstattung im Längsschnitt: Die zweite Welle des Alterssurveys. In: Motel-Klingebiel, Andreas & Udo Kelle (Hrsg.): Perspektiven der empirischen Alterssoziologie. Opladen, 155-189.
- Tesch-Römer, Clemens, Susanne Wurm, Andreas Hoff & Heribert Engstler (2002b): Die zweite Welle des Alterssurveys. Erhebungsdesign und Instrumente. Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen (Diskussionspapiere Nr. 35).
- Theil, Henri (1967): Economics and Information Theory. Amsterdam.

- Westerheide, Peter (2004): Auswirkungen von Erbschaften und Schenkungen auf die Vermögensbildung privater Personen und Haushalte. Mannheim: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW Discussion Paper No. 04-28).
- Wolff, Edward N. (1999): Wealth accumulation by age cohort in the U.S., 1962-1992: The role of savings, capital gains and intergenerational transfers. In: The Geneva Papers on Risk and Insurance, 24, 27-49.
- Wolff, Edward N. (2003): The impact of gifts and bequests on the distribution of wealth. In: Munnell, Alicia H. & Annika Sundén (Hrsg.): Death and dollars. Washington, D.C., 345-388.
- Zifonun, Natalie & Roland Schöffel (2004): Neue Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik 2002. In: Wirtschaft und Statistik, 9, 1028-1035.